

Pit Wuhrer · Die Trommeln von Drumcree

Pit Wuhrer

Die Trommeln
von Drumcree

Nordirland am Rande des Friedens

WoZ im Rotpunktverlag

Der Autor dankt dem ProWoZ-Förderverein, dessen Recherchierfonds viele Reisen nach Nordirland mit finanziert hat; sie ermöglichten zahlreiche Berichte in der WochenZeitung (WoZ) und auch dieses Buch.

Er dankt auch den KollegInnen in der WoZ, die während seiner Abwesenheit oftmals eingesprungen sind.

Ein besonderer Dank gilt Brigitte Matern, ohne deren Lektorat dieses Buch zwar doppelt so lang, aber nur halb so gut geworden wäre.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wuhrer, Pit:

Die Trommeln von Drumcree : Nordirland am Rande
des Friedens / Pit Wuhrer. – Zürich : Rotpunktverl., 2000
ISBN 3-85869-209-3

© 2000 Rotpunktverlag, Zürich

Alle Rechte vorbehalten.

Umschlagfoto: Kelvin Boyes, Belfast

Druck und Bindung: Freiburger Graphische Betriebe

ISBN 3-85869-209-3

1. Auflage

Inhalt

Einleitung

Am Abgrund vorbei?

Vom Streit der politischen Leidenschaften 7

Kapitel 1

King Billy und der Osteraufstand

Ein notwendiger Rückblick auf vierhundert Jahre 15

Kapitel 2

Von Ho Chi Minh zu Lord Widgery

Selbstverständlichkeiten und ein Massaker 34

Kapitel 3

Für Gott und Ulster

Gusty Spence, der Mann, der den Krieg begann 56

Kapitel 4

Der Preis der Freiheit

Die drei Leben des IRA-Freiwilligen Tommy McKearney 72

Kapitel 5

Zum Abschuss freigegeben

Die Methoden der britischen Aufstandsbekämpfer 90

Kapitel 6

Im Auftrag Ihrer Majestät

Die Politik der loyalistischen Paramilitärs 105

Kapitel 7

Die Holperstrecke zur Verständigung

Das britische Modell setzt sich durch 119

Kapitel 8

Nordirische Marschordnung

Die jährliche Inspektion des Frontverlaufs 140

Kapitel 9

Drumcree. Die letzte Bastion

Protestantische Passionsspiele in sechs Gängen 152

Kapitel 10

Zwischen Arroganz und Misstrauen

Die UnionistInnen deuten ihren Sieg 165

Kapitel 11

Die vielen Gesichter der Rebellion

Dogmatische, militärische, demokratische Traditionen 184

Kapitel 12

Nette Kandidaten, wendige Partei

Sinn Féins Weg in den Parlamentarismus 202

Kapitel 13

Knieschüsse und ein Hauch von Luxus

Demilitarisierung, Demobilisierung, Demoralisierung 222

Kapitel 14

Im Land der Mauern

Nordbelfast kommt nicht zur Ruhe 237

Kapitel 15

Neue Jobs, alte Probleme

Keltische Tierarten und eine wachsende Unterklasse 249

Kapitel 16

In zehn Jahren die nächste Runde?

Nordirland zwischen Absturz und Normalisierung 266

Anhang

Glossar 281

Zeittafel 289

Übersichtskarten 292

Einleitung

Am Abgrund vorbei?

Vom Streit der politischen Leidenschaften

Nordirland steht am Rande des Friedens. Die Zahl der Anschläge ist markant zurückgegangen; die Irisch-Republikanische Armee (IRA) hält sich an ihren Waffenstillstand und hat sogar einen Teil ihres Arsenal versiegeln lassen; auch die probritischen paramilitärischen Organisationen haben ihre Anschläge weitgehend eingestellt und die britische Armee wurde in die Kasernen zurückbeordert. Die Angst der Bevölkerung vor Bombenexplosionen und Killertrupps ist größtenteils verschwunden. Es geht bergauf: Die nordirische Wirtschaft boomt, die Grundstückspreise steigen, die Zahl der Arbeitsplätze wächst. Nach 28 Jahren Direktverwaltung durch London tagen im Schloss Stormont am Rande von Belfast wieder ein nordirisches Parlament und eine Regionalregierung, die ganz gewöhnliche Themen behandeln: Wie bekommen wir mehr Unternehmen ins Land? Wo kann der Staat weiter sparen?

Das Gefängnis Long Kesh, Symbol der Repression und des Widerstands, hat im September 2000 seine Pforten für immer

geschlossen. Die meisten Gefangenen sind freigelassen worden, was als spätes Eingeständnis der britischen Regierung gewertet werden kann, dass es sich bei den Troubles der letzten Jahrzehnte eben doch um einen Krieg und nicht, wie stets behauptet, um ein Terrorismusproblem gehandelt hat.

Viele Organisationen beschäftigen sich bereits mit der Aufarbeitung der jungen Vergangenheit, sie planen Denkmäler, enthüllen Erinnerungstafeln und wollen die Hintergründe jener Massaker und Morde endlich geklärt wissen, deren Auftraggeber bis anhin nur schemenhaft erkennbar sind. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte gehört zum festen Bestandteil aller Friedensprozesse – das war in El Salvador so wie auch in Südafrika, in Ruanda oder im ehemaligen Jugoslawien. Selbst die britische Regierung zeigt guten Willen: Seit Anfang 2000 vernimmt eine von London eingesetzte Kommission in Derry ZeugInnen, die Aufschluss darüber geben könnten, was am »Blutsonntag« des Jahres 1972 (bei dem britische Fallschirmjäger vierzehn Demonstranten erschossen) tatsächlich geschehen war. Weitere Nachforschungen dürften folgen.

Es deutet vieles darauf hin, dass der Krieg, der in den letzten drei Jahrzehnten über 3600 Menschen das Leben gekostet hat, vorbei ist. Die Bevölkerung in den vom Konflikt am stärksten betroffenen Gebieten ist erschöpft – und die PolitikerInnen sind sich weitgehend einig. In London regiert eine Labour-Partei, die trotz vieler Kurswechsel dem Nordirlandproblem offener gegenübersteht als die konservativen Tories. In Dublin amtiert die Partei Fianna Fáil, die den Zielen der IRA (nicht aber deren Methoden) etwas Verständnis entgegenbringt. Die Europäische Kommission in Brüssel hat sich ins Zeug gelegt und mehrere hundert Millionen Euros in Projekte gesteckt, die dem Frieden und der Versöhnung dienen sollen. In Nordirland signalisierte die Führung der größten (protestantischen) Partei Kompromissbereitschaft – und reagierte damit auf eine Offerte der IRA, die die Vergeblichkeit ihres militärischen Kampfes erkannt und sich für einen parlamentarischen Weg entschieden hat.

Auf der politischen Ebene scheint alles klar, zumal eine große Mehrheit der Abgeordneten im neuen nordirischen Parlament das Friedensabkommen von 1998 unterstützt. Eigentlich dürfte nichts mehr schief gehen.

Dennoch hangelt sich der Friedensprozess von Krise zu Krise. Einzelne Verhandlungspunkte wie die Reorganisation der nordirischen Polizei und die neu geschaffenen grenzüberschreitenden Gremien drohen den Kompromiss scheitern zu lassen. Denn die politischen Führungsgremien genießen in der Bevölkerung kein großes Vertrauen. Die Mehrdeutigkeit des Abkommens und die unterschiedlichen Interpretationen durch die PolitikerInnen lassen viel Raum für Spekulationen, die Verhandlungsführer spielten zu oft mit verdeckten Karten.

Terrorismus oder Befreiungskampf?

Die Situation ist komplex, zumal die subjektive Wahrnehmung in vielen Fällen den vorgetragenen Fakten widerspricht. Die Skepsis ist besonders in jener Bevölkerungsgruppe groß, die sich eigentlich entspannt zurücklehnen könnte. Den protestantischen UnionistInnen war es immer wichtig gewesen, die Union von Nordirland und Britannien fest verankert zu wissen; dank des Friedensabkommens ist diese Union nun stabiler als je zuvor. Doch viele ProtestantInnen können das nicht glauben und blicken argwöhnisch auf einzelne Teile der Vereinbarung. Die katholischen RepublikanerInnen von der IRA verfolgten das gegenteilige Ziel: Sie wollten die Union aufbrechen und Nordirland mit dem Süden zu einer gesamtirischen Republik vereinen. Sie haben (nimmt man dieses Ziel als Maßstab) mit dem Abkommen eine schwere Niederlage erlitten – blicken aber recht frohgemut in die Zukunft (was wiederum das Misstrauen der anderen Seite verstärkt).

Da Wahrnehmungen unter Umständen bedeutsamer sind als Fakten und zur politischen Kraft heranwachsen können, muss man sich ein Stück in die Geschichte zurückbegeben. Nur so können die unterschiedlichen Hoffnungen und Ängste nachvollzogen werden, und nur so ist es möglich, die scheinbar paradoxe Situation – hier geknickte SiegerInnen, dort freudestrahlende VerliererInnen – aufzulösen.

Zwei Bevölkerungsgruppen stehen sich in der nordirischen Gesellschaft gegenüber. Sie unterscheiden sich in Herkunft, Kultur und Identität und definieren sich großteils über ihre Konfession: Von den insgesamt 1,6 Millionen NordirInnen gehören schätzungsweise 750 000 der protestantischen Mehrheit an, die katholische Minderheit umfasst etwa 650 000 Menschen. Die Religion spielt in diesem Konflikt insofern eine Rolle, als sie in der Regel (aber nicht immer) die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Seite bestimmt. Innerhalb der Gruppen gibt es jedoch Unterschiede. Die ProtestantInnen sehen sich überwiegend als UnionistInnen (weil sie die politische Union mit Britannien befürworten), ein kleinerer Teil begreift sich jedoch als »loyalistisch«, da er der britischen Krone loyal gegenübersteht. Die LoyalistInnen greifen auch zu Waffen, wenn sie die Union gefährdet sehen, und schließen ein unabhängiges Nordirland nicht aus, solange dies der Krone und dem Commonwealth unterstellt bleibt. Die katholische Bevölkerung hingegen versteht sich als »nationalistisch«. Ihr Nationalismus hat allerdings wenig gemein mit einer auf dem Kontinent mittlerweile weit verbreiteten nationalistischen Politik à la Jörg Haider, Christoph Blocher oder deutsche NPD. Die nordirischen NationalistInnen wollen ein zum Nationalstaat vereinigtes Gesamtirland, weil sie sich darin bessere Lebensverhältnisse und weniger Diskriminierung versprechen als im britisch beziehungsweise unionistisch dominierten Nordirland. Militanter als die NationalistInnen sind die irischen RepublikanerInnen; sie beziehen sich auf die Ideale der Französischen Republik von 1789 (nicht auf die deutschen oder US-amerikanischen Republikaner!) und schließen auch Gewalt nicht aus, um ihrem Ziel einer gesamtirischen Republik näher zu kommen.

Der Konflikt zwischen Britannien, den nordirischen ProtestantInnen und den KatholikInnen ist fast vierhundert Jahre alt. Der eine Teil der nordirischen Bevölkerung steht in der Tradition der aus England und Schottland verjagten protestantischen Bauern und LandarbeiterInnen, die ab dem 17. Jahrhundert einen Teil des irischen Nordostens besiedelten; sie fühlen sich mit dem Mutterland weiterhin verbunden. Der andere Teil sieht sich nach wie vor als von den englischen Kolonialherren und den UnionistInnen unterdrückte (katholische) Urbevölkerung. Konfession und Kultur trugen auf beiden Seiten zur überlebensnotwendigen Identifikationsfindung bei. Dennoch ist die Religion nur Ausdruck, nicht Ursache des Konflikts.

Dieser Hintergrund erschwert noch heute eine Lösung. In vielen Krisenregionen der Welt standen und stehen sich nur zwei Kontrahenten gegenüber, in Nordirland sind es drei – die irischen RebellInnen (die gegen die »britische Kolonialmacht« kämpften), der britische Staat und die probritischen UnionistInnen (die zwar prinzipiell auf Britanniens Seite standen, sich aber manchmal – wie zu Beginn des letzten Jahrhunderts – auch gegen ihre Schutzmacht wandten und mitunter eigene Ziele verfolgten). Und damit sind nur die direkt in den Konflikt verwickelten Parteien genannt – denn auch andere Kräfte spielten eine Rolle, wie die Regierungen in Dublin und Washington oder die Europäische Union und das Finanzkapital in der Londoner City.

Die höchst unterschiedlichen Interessen all dieser Beteiligten haben den nordirischen Konflikt zu einem kaum entwirrbaren Knoten geknüpft – nicht einmal über den Charakter der Auseinandersetzung herrscht Einigkeit. Handelte es sich um einen Religionskrieg (wie vielerorts noch behauptet wird)? Um einen antikolonialen Befreiungskampf? Um einen Verfassungskonflikt? Um einen Bürgerkrieg? Oder vielleicht doch um nackten Terrorismus? Wie soll eine Lösung gefunden werden, wenn es schon in dieser Frage keine Verständigung gibt? Sicher ist nur eins: Wenn es ein Krieg war (und so nannten es die RepublikanerInnen und die britischen Militärs), so war es kein gewöhnlicher.

Die Vielsprachigkeit eines Konflikts

Sprache kann nach so vielen Jahren der Auseinandersetzung kaum noch neutral sein, politische Begriffe sind es ganz gewiss nicht. Was die einen »Ulster« oder »die Provinz« nennen, heißt auf der anderen Seite »die sechs Grafschaften«, und selbst das Wort »Nordirland« ist – genau betrachtet – nicht wertneutral, da es eine Eigenständigkeit des Nordostens der irischen Insel impliziert, die von einem Teil der nordirischen Bevölkerung heftig bestritten wird. Da der Charakter des Konflikts ebenfalls umstritten ist, hat sich in Nordirland der Begriff Troubles eingebürgert – ein Wort, das sich am ehesten mit »Ärger, Schwierigkeiten, Unruhe« übersetzen lässt. Wer Trouble mit der Bank hat, steckt wahrscheinlich in Geldnöten; ein junges Mädchen in Trouble erwartet ein Kind; und wenn die Leber Trouble macht, sollte man die Pubs besser meiden. Angewandt auf eine der längsten militärischen Auseinandersetzungen in der Geschichte, klingt der vage Begriff

Troubles harmlos, und doch umschreibt er ziemlich genau den merkwürdigen Zustand zwischen Krieg und Normalität, zwischen Gewalt und Idylle, der den Konflikt kennzeichnet. Denn die meiste Zeit passierte nichts – die Menschen gingen ihrem Tagwerk nach, arbeiteten in Fabriken und auf Feldern, standen vor den Sozialämtern, bekamen Kinder, schickten sie auf Schulen und starben in ihren Betten. Dann wiederum gab es Phasen, in denen Junge und Alte durch die Straßen rannten und Barrikaden errichteten, während maskierte Männer um sich schossen und Sprengstoffspezialisten Bomben entschärften – aber auch das geschah oftmals nur in einzelnen Quartieren und Landstrichen. Ein großer Teil der nordirischen Bevölkerung hat in den letzten dreißig Jahren von den Troubles nicht viel gespürt.

Und noch einen Vorzug hatte der ambivalente Begriff Troubles – mit ihm konnte man über den Konflikt reden, ohne den ProtagonistInnen zugeordnet zu werden. Das ist wichtig in einer Gesellschaft, die selbst beim Namen einer Stadt keine Neutralität kennt: Wer die zweitgrößte Ortschaft Nordirlands Derry nennt, gibt seine politische Auffassung genauso zu erkennen wie jemand, der von Londonderry spricht. Und wo waren die Mitglieder der paramilitärischen Organisationen eingesperrt? In Long Kesh, wie RepublikanerInnen und LoyalistInnen meinen? Oder im »Maze«, wie die britische Verwaltung und die meisten Medien das Gefängnis nannten, nachdem es unter dem alten Namen Long Kesh in Verruf gekommen war?

Hat es sich gelohnt?

Und nun also Frieden. Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass sich die IRA eines Tages mit der britischen Regierung auf ein Abkommen verständigt, das Nordirland auf lange Zeit im Vereinigten Königreich verankert – und dass dieses Projekt von unionistischer Seite heftig attackiert würde? Ein Vierteljahrhundert lang hat die kleine Guerillatruppe Krieg gegen eine der mächtigsten Armeen der Welt geführt: sechshundert oftmals schlecht ausgebildete und miserabel ausgestattete IRA-Freiwillige gegen dreißigtausend durchtrainierte, hochgerüstete, ordentlich bezahlte Profis – ein Kampf, der kaum zu gewinnen war. Keine politische Bewegung in Europa (mit Ausnahme der baskischen vielleicht) hat ihren Mitgliedern so viel abverlangt und ihnen so wenig geboten.

Was trieb die Menschen dazu, ihre Jugend für »die Sache« zu opfern und ihr ganzes Leben zu riskieren? Über zehntausend RepublikanerInnen waren im Laufe der letzten dreißig Jahre in der IRA aktiv, viele Tausende saßen jahrelang im Gefängnis, vierhundert wurden getötet. In Irland kämpften die Menschen mit einer Leidenschaft, die es sonstwo in Westeuropa in politischen Fragen kaum gibt. Was trieb sie an? Was haben sie erreicht? Rechtfertigt das Ergebnis den langen, harten Kampf? Oder folgt in zehn, fünfzehn Jahren eine neue Generation, die sich mit Waffen versorgt und den Kampf aufnimmt – so wie das im letzten Jahrhundert öfter der Fall war?

Der Ausgang der Operation Frieden ist ungewiss. Nur eine Analyse der ProtagonistInnen kann Auskunft darüber geben, wo die Schwachpunkte sind und welche Chancen für eine dauerhafte Beilegung des Konflikts bestehen. Auf beiden Seiten des gesellschaftlichen Grabens arbeiten politische Kräfte daran, die Friedensvereinbarungen zu Fall zu bringen. Man kann ihre Haltung gefährlich nennen und verantwortungslos, da Nordirland immer noch nicht gefeit ist gegen einen Absturz ins Chaos. Aber auch sie stehen in der Tradition des Konflikts – ob sie nun den bewaffneten Kampf gegen »die Briten« weiterführen oder bei der kleinen Kirche von Drumcree die Trommeln rühren.

Kapitel 1

King Billy und der Osteraufstand

Ein notwendiger Rückblick auf vierhundert Jahre

Wer ist P. O'Neill? Selbst lang gediente IRA-Mitglieder müssen passen, wenn sie nach der Bedeutung jenes Namens gefragt werden, der immerhin unter jeder IRA-Erklärung steht. Ist der Deckname eine Reverenz gegenüber dem Klan der O'Neills, der im 17. Jahrhundert so heroisch gegen die englischen Eroberer aufbegehrte? – Kann schon sein. Passen würde es jedenfalls, denn die O'Neills, die weite Teile der heutigen Grafschaft Tyrone beherrschten, waren der letzte Stamm, der sich den Engländern entgegenstellte; sie haben einige große Schlachten geschlagen, waren letztendlich aber doch unterlegen, und der Klanführer flüchtete lieber ins spanische Exil, als sich der englischen Krone zu unterwerfen.

Das war im Jahr 1603. Fünf Jahre später begann das englische Königshaus mit der Ansiedlung schottischer und englischer AuswanderInnen und legte damit den Grundstein für einen Konflikt, der bis heute andauert. Wer die Auseinandersetzungen in Nordirland verstehen will, muss sich ein bisschen hineinbegeben in die Geschichte der vielen Niederlagen, der kurzzeitigen Erfolge und der endlosen Wiederholungen. Denn die historischen Ereignisse prägen noch heute das kollektive Gedächtnis auf beiden Seiten des gesellschaftlichen Grabens. Nirgendwo sonst in Europa dominieren die toten Generationen die Lebenden so sehr wie in Irland, nirgendwo sonst kommt die Vergangenheit der Gegenwart so oft in die Quere, und nirgendwo sonst werden mit so viel Elan immer wieder die gleichen Schlachten geschlagen.

Schon lange vor der Rebellion der O'Neills war es immer wieder zu Aufständen gekommen; die Truppen der englischen Krone, die 1170 in Irland Fuß fasste, hatten große Mühe mit der irischen Bevölkerung. Der Einfluss der Krone blieb auf einen kleinen Teil der Insel beschränkt, da die meisten Versuche, gälische Stammesfürsten einzubinden, bald scheiterten. Vor allem im 16. Jahrhundert kam es zu zahlreichen Rebellionen; die Erhebung der O'Neills, die 1594 begann, brachte England sogar an den Rand einer Niederlage. Dass die Klans so erfolgreich operieren konnten, verdankten sie dem katholischen Spanien. Ein paar Jahre zuvor hatte die katholische Weltmacht ihre »Nordprovinzen« (die heutigen Niederlande) an das protestantische England verloren und eine verheerende Niederlage gegen die englische Flotte erlitten. Via Irland hoffte Spanien, den Aufstieg der neuen Weltmacht aufhalten zu können.

Auch der Vatikan unterstützte die irische Revolte. Bis zur Reformation hatten die Päpste die Herrschaft Englands über Irland gutgeheißen, nachdem sich die englische Kirche aber von Rom losgesagt hatte,

wechselte der Vatikan die Seite. Und so wurde Irland erstmals zum Schauplatz der Rivalitäten europäischer Großmächte. Die Iren, denen es eigentlich nur darum gegangen war, die Eindringlinge loszuwerden, standen unversehens im Zentrum eines Machtkampfes um religiöse und weltliche Vorherrschaft. Auch später fanden europäische Großkonflikte in Irland einen Nebenschauplatz – so etwa Ende des 17. Jahrhunderts, als sich das mit England ringende Frankreich mit dem entthronten englischen König Jakob II. zusammentat, oder ein Jahrhundert später, als das inzwischen revolutionäre Frankreich erneut eine irische Revolte gegen die Engländer unterstützte (den Aufstand der United Irishmen). Auch Deutschland versuchte in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts die irische Karte zu spielen, erst der Kaiser, dann die Nazis. Wer immer in Gegnerschaft zu England stand, suchte zuerst in Irland nach einer Möglichkeit, das Empire von dort aus, also gewissermaßen durch die Hintertür, herauszufordern – schon deswegen war für London die Kontrolle über die Nachbarinsel stets wichtig.

Die Siedler kommen

Während sich die Großen um die Aufteilung der Welt zankten, veränderte sich das Leben der irischen Bevölkerung. Die Ansiedlung schottischer und englischer AuswanderInnen zu Beginn des 17. Jahrhunderts schuf Tatsachen, die kaum mehr rückgängig zu machen waren. Die englische Krone hatte nämlich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Mit den neuen SiedlerInnen schuf sie die für jede erfolgreiche Kolonialisierung unverzichtbare Zwischenschicht, außerdem stand ihr damit auf der Insel eine Miliz zur Verfügung, die sie jederzeit mobilisieren konnte. Die englische Krone war mit der Aussiedlung aber auch einen Teil der überzähligen Bevölkerung im eigenen Land losgeworden. Viele SiedlerInnen stammten aus ärmlichen Verhältnissen: Sie gehörten zu den Bauern, deren Katen und Felder den Viehherden des Adels und des aufstrebenden Bürgertums im Wege standen oder die durch die neuen Pachtgesetze in den Ruin getrieben worden waren. Später folgten ihnen Familien, die ihre Lebensgrundlage durch den »systematisch betriebenen Diebstahl des Gemeindegüter« (Karl Marx), die Privatisierung des Gemeindegüter, verloren hatten. In Schottland war die Verdrängungspolitik (die Highland-Clearances) besonders konsequent betrieben worden, und so stammten viele der Neuankömmlinge von dort. Mit ihnen kam auch der Presbyterianismus nach Irland, eine besonders in Schottland gepflegte Form des Protestantismus.

Die protestantischen SiedlerInnen ließen sich auf beschlagnahmtem Klan-Gebiet nieder, mehrere Londoner Handelsgesellschaften erhielten die Grafschaft Derry zugesprochen (die sie in Londonderry umbenannten). Die IrInnen aber verloren alle Besitztitel und das Recht, ihren Glauben auszuüben; ihre alten Stammesstrukturen verschwanden schnell. Eine ungeheure Umverteilungsaktion begann: Die Landbevölkerung wurde dezimiert und von ihrem Land vertrieben; einige kamen als Hilfsarbeiter bei englischen Großgrundbesitzern unter, andere fanden auf kargem Boden ein dürftiges Auskommen. Noch heute sind die fruchtbaren Täler und Ebenen Nordirlands

protestantisches Gebiet. Und die katholischen Bauernfamilien leben noch immer dort, wo die Krume dünn oder der Boden sumpfig ist. Zwischen den Hügeln von South Armagh war das Land so karg, dass es kein protestantischer Neuansiedler haben wollte, und so blieb die Bevölkerung hier rein katholisch – ein Umstand, den die britische Armee später beim Kampf gegen die IRA zu spüren bekam.

Der Kampf um Boden begann früh. 1641 erhoben sich die katholischen IrInnen, um ihr Land zurückzugewinnen; die Führer des Aufstandes (der anfangs erfolgreich verlief) erklärten allerdings, sie würden auch in Unterstützung des englischen Königs Karl I. handeln, der sich gerade im Krieg mit dem englischen Parlament befand. Doch die Truppen des Parlaments besiegten die Royalisten, von denen einige nach Irland flüchteten. 1649 setzten ihnen die neuen englischen Herren unter Oliver Cromwell nach: Die Strafexpedition galt sowohl den Royalisten wie der irischen Bevölkerung, in Irland sollte sich nie wieder eine Opposition ausbreiten können.

Dem Ansturm der englischen Krieger waren die IrInnen nicht gewachsen: Über 600 000 (von rund 1,5 Millionen) IrInnen wurden abgeschlachtet, weitere 100 000 verschifften die Engländer als SklavInnen in die neuen Kolonien jenseits des Atlantiks. Nach dem Sieg erließ das englische Parlament eine Reihe drastischer Gesetze: Es beschlagnahmte das gesamte Land der drei irischen Provinzen Ulster, Leinster und Munster (und verschenkte es zum Teil an Cromwells Soldaten); den IrInnen blieb nur noch Connaught, die vierte Provinz, die vorwiegend aus Steinen und Sümpfen besteht. »In die Hölle oder nach Connaught!«, lautete der Befehl, den heute noch jedes irische Kind kennt. Wer nach 1654 außerhalb des zugewiesenen Territoriums westlich des Flusses Shannon angetroffen wurde, riskierte die Todesstrafe.

Vierzig Jahre nach Cromwells Expedition zogen wieder Rivalen um die englische Herrschaft durch die Insel: 1688 setzten die Bürgerlichen in England den (katholischen) König Jakob II. ab und holten sich einen holländischen Prinzen des Hauses Oranien ins Land, der als Wilhelm III. von Oranien den Thron bestieg. Der mit Frankreich verbündete Jakob flüchtete nach Irland und sammelte dort irisch-katholische Truppen um sich. Die protestantischen Grundbesitzer, Pächter und Kaufleute sahen in dem irischen Feldzug für Jakob (zu Recht) auch eine Rebellion der irisch-katholischen Bevölkerung und riefen den Oranier zu Hilfe. Die protestantische Bevölkerung der Grafschaft Derry zog sich 1689 vor den herannahenden katholischen Truppen hinter die Stadtmauern zurück (dreizehn Lehrlinge verrammelten die Tore – eine Tat, die heute noch ausgiebig gefeiert wird) und widerstand der Belagerung, die über ein halbes Jahr andauerte. Am 12. Juli 1690 kam es schließlich zur entscheidenden Schlacht zwischen Wilhelms Armee und Jakobs Heer. Wer damals am kleinen Fluss Boyne gewonnen hat, ist jedes Jahr zu sehen: Der 12. Juli ist der Höhepunkt der protestantischen Marschaison. Die Verbände (der größte benannte sich nach dem Königshaus der Oranier) feiern an diesem Tag auch die protestantische Vorherrschaft, die ihr »King Billy« mit einer langen Reihe von Strafgesetzen (Penal

Laws) begründete. Mit diesen verloren die irischen KatholikInnen das Bürgerrecht, Grundbesitz war ihnen nicht mehr gestattet und sie durften weder lesen noch schreiben lernen. Ein Teil der Penal Laws wurde erst 1829 wieder aufgehoben.

Die protestantischen United Irishmen

Danach herrschte lange Zeit Ruhe im Land. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam es wieder zu Rebellionen – diesmal aber auf protestantischer Seite. Die Vorherrschaft Englands, vor allem aber die Einschränkungen, welche die Londoner Regierung dem Handel in Nordirland auferlegte, brachten das sich allmählich herausbildende irisch-protestantische Bürgertum und einen Teil des Landadels in Konflikt mit der Krone. Eine Reihe protestantischer Bürger verlangten – beeinflusst von den Idealen der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der Aufklärung – die Aufhebung der Penal Laws; sie verlangten gleiche Rechte für die katholische Bevölkerung und bejubelten die Französische Revolution. Die englische Regierung machte Zugeständnisse und bewilligte die Gründung eines (protestantischen) Parlaments in Irland – der erste Ansatz zu einer Selbstverwaltung, dem noch viele folgen sollten. Einer Gruppe radikaler Presbyterianer genügte dies jedoch nicht mehr: Sie wollten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (auch für die irischen KatholikInnen) und gründeten 1791 die Society of the United Irishmen. Die United Irishmen unter Führung des protestantischen Dubliner Rechtsanwalts Theobald Wolfe Tone forderten eine umfassende Parlamentsreform, nur so könne der britische Einfluss auf irische Angelegenheiten zurückgedrängt werden. Der irische Republikanismus wurde also von radikalen Protestanten begründet – aber das wissen heute nur noch die wenigsten ProtestantInnen.

Um ihre Ziele durchzusetzen, suchte Wolfe Tone den Kontakt zum revolutionären Frankreich, das daraufhin sogar Schiffe schickte, um einen geplanten Aufstand zu unterstützen (die Flotte konnte allerdings nicht anlanden). Die englische Regierung ging mit aller Gewalt gegen die Aufrührer vor; deren von Empörung angetriebene Erhebung scheiterte bald. Die gemäßigten Kräfte aber lösten vor Schreck ihr Parlament gleich selbst auf, und im Jahre 1801 wurde Irland Großbritannien einverleibt: Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland war geboren und Irland keine Kolonie mehr.

In den folgenden Jahren hob das britische Parlament einen Großteil der Zwangsgesetze auf; die katholische Mittelschicht, die sich daraufhin heranbildete, nahm immer mehr Einfluss auf das politische Geschehen. Mit dem Kleinbürgertum wuchs auch die gesellschaftliche Macht der katholischen Kirche. Der Klerus beteiligte sich an der so genannten Emanzipationsbewegung von Daniel O'Connell (die für die Gleichstellung der Katholiken eintrat); diese Verbindung trug erheblich dazu bei, dass der irische Nationalismus eine konfessionelle Prägung gewann. Die Bewegung verzeichnete einige Erfolge (so durften ab 1829 auch Katholiken ins Unterhaus gewählt werden), aber auf dem Land

herrschte weiterhin bittere Armut. 1837 besaßen laut einer Zählung in der Grafschaft Donegal die achttausend EinwohnerInnen der Region Tullaghobegly zusammen zehn Betten, 93 Stühle und 243 Schemel. Ab 1845 wuchs die Armut ins Unermessliche: Eine Kombination mehrerer unglücklicher Umstände (Ernteaufschläge, strenge Winter und erbarmungslose britische Grundbesitzer, die irische Pächter bei Zahlungsverzug sofort verjagten) führten zu einer großen Hungersnot, die bis 1850 andauerte und eine Million Menschen das Leben kostete. Eine weitere Million (von zwischenzeitlich insgesamt 8,5 Millionen IrInnen) emigrierte, vorwiegend in die USA und in die britischen Kolonien Kanada und Australien.

Die Unfähigkeit der Londoner Regierung, die die Versorgungskrise nicht bewältigen konnte (und wohl auch nicht bewältigen wollte), und die Willkür der britisch-protestantischen Grundherren radikalisierte die Überlebenden der Hungerkatastrophe. Die irische Bevölkerung und die Nachfahren der EmigrantInnen haben bis heute nicht vergessen, dass London auch während der größten Not Lebensmittel aus Irland exportieren ließ. Aus den USA, wo heute weitaus mehr Menschen irischer Herkunft leben als in Irland, aber auch aus Kanada, Australien und Neuseeland kam in den folgenden anderthalb Jahrhunderten viel politische und finanzielle Unterstützung für den irischen Befreiungskampf. Ohne Geld und Waffen aus Nordamerika wäre beispielsweise der Kampf der IRA in den letzten Jahrzehnten kaum denkbar gewesen.

Irland organisiert sich

Manche Organisationen wurden sogar in den USA gegründet – wie die »fenische Bewegung«, die 1858 gleichzeitig in New York und Dublin entstand. In Irland nannte sich die Organisation Irish Republican Brotherhood. Viele ihrer Gründer hatten sich schon an der Bewegung Junges Irland und an deren Aufstand 1848 beteiligt und waren der Überzeugung, dass nur militärische Gewalt die britische Herrschaft über Irland beenden könne. Die Bruderschaft der Fenier, in der sich Handwerker wie Angestellte, Kaufleute wie Pächter zusammengeschlossen hatten, verbreitete sich schnell; ihr Aufstand von 1867 konnte jedoch niedergeschlagen werden – wohl auch deswegen, weil sich die Organisation allein auf die nationale Frage konzentrierte und (wie zuvor das überkonfessionelle Junge Irland) die sozialen Belange und das Elend der Landbevölkerung außer Acht ließ.

Die nationalrevolutionären Bestrebungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts blieben eine Sache der Mittelschichten, aber die Ideen der Fenier lebten weiter. Eine andere Bewegung – die ab 1879 aktive Landliga – schlug den umgekehrten Kurs ein und beschäftigte sich vornehmlich mit dem Los der Kleinbauern, und das mit einigem Erfolg. Bessere Pachtverträge, niedriger Pachtzins und die Möglichkeit einer Übernahme des Pachtlandes durch die PächterInnen standen im Mittelpunkt des Forderungskatalogs der Landliga, die mit ihrem passiven Widerstand gegen britisch-protestantische Großgrundbesitzer

rasch an Popularität gewann. In einem Fall war die Kampagne von Kleinbauern, die die Pachtverträge ignorierten, so erfolgreich, dass ein bestreikter Großgrundbesitzer der neuen Kampfform seinen Namen gab: Er hieß Charles Boycott.

Parallel zu den Aktionen der Landliga ertönte immer lauter der Ruf nach Home Rule, nach Selbstverwaltung. Vorgetragen wurde diese Forderung insbesondere von der im Westminster-Parlament vertretenen Irish Parliamentary Party (IPP). Teile der mit dem Großbürgertum verbundenen (britischen) Liberalen Partei unterstützten die Forderung – schließlich ging es ja nicht um Unabhängigkeit, und zudem benötigten die Liberalen die irischen Stimmen im britischen Unterhaus. Gegen Home Rule votierten jedoch die konservativen Tories, die mit dem Großgrundbesitz liiert waren und sich später in Conservative and Unionist Party umbenannten. Auch im folgenden Jahrhundert lehnten die Konservativen jede noch so geringe irische Selbstständigkeit ab. Die ersten zwei Anläufe zu mehr Selbstverwaltung (1886 und 1893) fanden keine Mehrheit, erst der dritte Versuch schien erfolgreich: 1912 verabschiedete das Unterhaus ein Home-Rule-Gesetz, das am 1. August 1914 in Kraft treten sollte. Doch zum verabredeten Termin war der Erste Weltkrieg bereits drei Tage alt.

Dass Irland sich selbst verwalten sollte, hatte die irischen ProtestantInnen in helle Aufregung versetzt. 1912 unterzeichneten innerhalb weniger Wochen rund 400 000 UnionistInnen eine Erklärung, in der sie gelobten, die Union mit Britannien unter allen Umständen zu verteidigen. 1913 gründete Edward Carson die Ulster Volunteer Force (UVF), eine Privatarmee, der nach eigenen Angaben bald hunderttausend Freiwillige angehörten und die große Sympathien in der britischen Irland-Verwaltung und beim Militär genoss. 1914 verfügte die UVF über ausreichend Gewehre für den großen Schlag (die Waffen waren unter anderem von Deutschland geliefert worden). »Wir kämpfen nicht, um von England wegzukommen, wir kämpfen, um bei England zu bleiben«, rief Carson den protestantischen Arbeitern, Bauern und Handwerkern zu.

Die Parole behielt auch während des Weltkriegs ihre Gültigkeit: Viele Tausende UVF-Freiwillige (in Irland gab es keine Wehrpflicht) zogen als »36. (Ulster) Division« der britischen Armee in die Materialschlachten auf dem Kontinent und verteidigten im fernen Frankreich König, Vaterland und die Union mit Britannien. Am 1. Juli 1916 kam es dabei zu der denkwürdigen »Schlacht an der Somme« – es war ein besonders sinnloses Gemetzel in diesem imperialistischen Krieg. Die UVF-Mitglieder zogen in Reih und Glied ins gegnerische Feuer, am Abend waren 5500 Mann tot, der Rest im Lazarett; keine andere Truppeneinheit des Empires hatte bis dahin an einem einzigen Tag so viele Soldaten verloren. Auf dieses Opfer sind die nordirischen UnionistInnen heute noch stolz: In der Schlacht an der Somme, so sagen sie, hätten ihre Vorväter die Union mit Britannien gerettet. Zu ihrem Gedenken marschieren deshalb an jedem ersten Sonntag im Juli Zehntausende durch die Straßen von Nordirland; am bekanntesten ist

mittlerweile der Marsch der Oranier-Loge von Portadown hinauf zur Kirche von Drumcree.

Das Fanal von Ostern 1916

Auch einige Katholiken waren auf Seiten Britanniens in den Krieg gezogen, »um Irlands Sache zu vertreten«, aber unter den IrInnen war die Kriegsbegeisterung längst nicht so groß. Die meisten Fenier und die Mitglieder der 1905 gegründeten Partei Sinn Féin verurteilten den Krieg, besonders scharfe Kritik äußerte der irische Gewerkschaftsführer James Connolly. Der erklärte Marxist war einer der Ersten, die beide Aspekte des irischen Problems miteinander verbanden: Die soziale Befreiung der Arbeiterklasse sei ohne Lösung der nationalen Frage nicht möglich, nationale Unabhängigkeit ohne Sozialismus aber nicht erstrebenswert, schrieb Connolly. Was haben die irischen Armen davon, wenn die Fahne ausgetauscht wird, die Ausbeutung aber bleibt? Er gründete eine proletarische Bürgerarmee, die Irish Citizen Army, die sich später mit den Volunteers, dem militärischen Flügel der fenischen Irish Republican Brotherhood (IRB), zur Irish Republican Army (IRA) zusammenschließen sollte. Mitten im Weltkrieg, als die irischen Revolutionäre die britischen Truppen auf fernen Schlachtfeldern gebunden glaubten, rief die Führung der IRB zum Aufstand gegen das Kolonialregime auf. Am Ostermontag 1916 besetzten die Volunteers das Hauptpostamt von Dublin; Pádraic Pearse, einer der Anführer, verlas die Unabhängigkeitserklärung, danach wurde die irische Trikolore gehisst. Aber es war eine schlecht vorbereitete Erhebung, deren Kommandanten einander widersprechende Befehle gaben (während die einen zur Attacke bliesen, schickten andere ihre Leute wieder heim); so kam es nur in Dublin und Umgebung zum Aufstand. Nach einer Woche war die Rebellion niedergeschlagen. Auf längere Sicht war die Reaktion der Briten wahrscheinlich bedeutsamer als der Aufstand selbst: Pearse, Connolly und die übrigen Anführer wurden umgehend exekutiert, das nationalistische Irland hatte seine ersten Märtyrer.

Mit Home Rule wollte sich danach die Mehrheit der irisch-katholischen Bevölkerung nicht mehr zufrieden geben. Bei der Unterhauswahl im Dezember 1918 – der Weltkrieg war gerade zu Ende gegangen – verlor die gemäßigt nationalistische irische Parlamentspartei IPP fast alle ihre Mandate. Die militantere Partei Sinn Féin gewann 73 der 105 irischen Sitze, boykottierte jedoch Westminster und rief ein eigenes Parlament aus (den Dáil Éireann), das im Januar 1919 kurzerhand die Unabhängigkeit proklamierte. Bald danach begann die 1917 gebildete IRA den Guerillakrieg: Ihre Freiwilligen attackierten die Royal Irish Constabulary, die Polizei des britischen Staates, und andere britische Einrichtungen und zogen sich anschließend wieder zurück. Die britische Verwaltung hatte die Situation bald nicht mehr im Griff. Lediglich im Norden behielten die protestantischen Paramilitärs der UVF die Oberhand, sie hatten ihre Waffen ausgegraben und bekämpften die irische Unabhängigkeitsbewegung, indem sie wehrlose KatholikInnen angriffen. Das noch vom Weltkrieg geschwächte Empire sandte Hilfstruppen, vorwiegend Weltkriegsveteranen, die mit großer

Grausamkeit vorgingen. Sie glaubten, die irische Bevölkerung mit brutalen Mitteln in die Knie zwingen zu können, und erreichten das Gegenteil – ein Fehler, der den britischen Militärs sechzig Jahre später erneut unterlaufen sollte.

Der Hungerstreik von Terence McSwiney, dem Bürgermeister von Cork, brachte die Bevölkerung schließlich ganz auf die Seite der IRA; McSwiney, der nach 73 Tagen im Gefängnis von Brixton starb, weil die britische Regierung jedes Einlenken ablehnte, sagte einmal: »Nicht wer am meisten Leid zufügen kann, sondern wer am meisten Leid erdulden kann, wird siegen.« Dieser Satz wurde zum Leitspruch des Hungerstreiks von 1981, bei dem die damalige Regierungschefin Margaret Thatcher ebenso kategorisch ein Nachgeben ausschloss – mit ebenso weit reichenden Folgen.

Und noch ein Ereignis während des Unabhängigkeitskrieges blieb der irischen Bevölkerung lange im Gedächtnis haften: Am Nachmittag des 21. November 1920 schossen Polizei und britische Truppen bei einem gälischen Football-Spiel in Dublin mitten in die Zuschauermenge; zwölf Menschen starben an diesem ersten »Blutsonntag« der irischen Geschichte. Sie seien beschossen worden, rechtfertigten die Truppen ihre Tat – mit genau der gleichen Aussage sollte die britische Armee später ihr Massaker am »Blutsonntag« des Jahres 1972 begründen.

Nicht weniger erbarmungslos waren die protestantischen Arbeiter und Paramilitärs im Norden, die 1920 innerhalb weniger Wochen die katholischen Beschäftigten der großen Belfast Fabriken und Werften von ihren Arbeitsplätzen vertrieben (über zehntausend ArbeiterInnen verloren ihre Jobs); bei der Gelegenheit wurden auch GewerkschafterInnen, vor allem die AktivistInnen der letzten Streiks, hinausgeprügelt. Noch im gleichen Jahr schufen nordirische Politiker, Großgrundbesitzer und Fabrikherren neue paramilitärische Spezialeinheiten zur Unterstützung der Polizei: die A-Specials (eine vollamtliche mobile Einsatztruppe), die B-Specials (Teilzeitverbände, die ebenfalls uniformiert und bewaffnet waren und Ende der sechziger Jahre eine wichtige Rolle bei der Verfolgung der Bürgerrechtsbewegung spielen sollten) und die C-Specials (die nur selten aktiv wurden). Personal stand genug zur Verfügung: Ganze Einheiten der UVF traten geschlossen in den Polizeidienst ein.

Die Teilung Irlands

Die britische Regierung leitete derweil die Teilung Irlands in die Wege. 1920 unterbreitete sie dem Unterhaus den Government of Ireland Act, einen Gesetzentwurf, der die Schaffung von zwei irischen Parlamenten mit beschränkter Vollmacht sowie einen Rat von Irland vorsah, der als Verbindungsgremium gedacht war und die Option einer Wiedervereinigung offen halten sollte (das Element eines gesamtirischen Gremiums taucht auch bei späteren Lösungsmodellen immer wieder auf und ist wichtiger Bestandteil des Karfreitagsabkommens von 1998). Die nordirischen UnionistInnen

reagierten zuerst skeptisch, stimmten dann aber zu: Ein eigener Regionalstaat, so ihre Überlegung, würde sie etwas unabhängiger von einem plötzlichen Gesinnungswandel in Britannien machen – wer konnte schon ausschließen, dass demnächst die Labour-Partei an die Regierung kam?

Lange hatten britische Regierungsbeamte und Unionisten über die Größe eines neuen Teilstaates Nordirland nachgedacht. Die irische Provinz Ulster umfasste neun Grafschaften: Donegal, Derry, Fermanagh, Cavan, Tyrone, Monaghan, Armagh, Down und Antrim. In diesem Ulster hätten die ProtestantInnen aber nur eine Mehrheit von 56 Prozent der Bevölkerung gehabt – zu wenig, um die Herrschaft dauerhaft zu sichern. Also entschieden sich die unionistisch-britischen Strategen für eine kleinere Variante und verzichteten auf die vorwiegend katholischen Grafschaften Donegal, Cavan und Monaghan. Die ebenfalls überwiegend katholischen Grafschaften Fermanagh und Tyrone sowie die südlichen Teile von Armagh und Down wollten sie jedoch nicht hergeben – ein nur auf protestantische Siedlungsgebiete reduziertes Nordirland wäre kaum überlebensfähig gewesen. In den sechs Grafschaften, die ab 1921 dann das Territorium von Nordirland bildeten, waren rund zwei Drittel der Bevölkerung unionistische ProtestantInnen und ein Drittel nationalistische KatholikInnen.

Die Grenzziehung sorgt bis heute für politischen Zündstoff. London und die UnionistInnen argumentieren seit Jahrzehnten mit dem Mehrheitsprinzip: Über die Zukunft Nordirlands habe die Mehrheit der nordirischen Bevölkerung zu bestimmen, so sei das nun mal in einer Demokratie. RepublikanerInnen halten dem entgegen, dass die Grenze willkürlich gezogen worden sei und dass – wenn man schon demokratische Maßstäbe anlege – die gesamte Bevölkerung von Irland entscheiden müsse. In dieser Grundsatzfrage unterscheidet sich auch der Nationalismus vom irischen Republikanismus. Wer allein die nordirische Bevölkerung mit ihrer unionistischen Mehrheit über Verfassungsfragen befinden lasse, so die RepublikanerInnen, gebe den UnionistInnen eine Art Vetorecht. Die Debatte über dieses »unionistische Veto« prägte auch den Friedensprozess der letzten Jahre.

Der britische Teilungsplan von 1920 stieß bei den IRA-Freiwilligen auf harte Ablehnung – dafür hatten sie schließlich nicht gekämpft. Doch es gab ein Problem. Die republikanische Armee war zwar auch nach britischem Dafürhalten nicht zu schlagen, aber die Einheiten waren ausgelaugt; es fehlte an Mann und Munition. Ab Beginn der Auseinandersetzungen im Frühsommer 1919 waren rund 700 IRA-Mitglieder, 500 Soldaten und Polizisten sowie 700 Zivilpersonen umgekommen. Die britische Regierung unter David Lloyd George drohte nun mit einer Ausweitung des Konflikts und dem Einsatz regulärer Truppen, zudem plädierten das irische Bürgertum und der katholische Klerus energisch für eine Einstellung des Kampfes. Im Norden hatte Britannien ohnehin schon Fakten geschaffen: Anfang Juni 1921 eröffnete König Georg V. in Belfast das erste nordirische Parlament. Und so verkündete die IRA im Juli 1921 einen Waffenstillstand.

Im Dezember 1921 unterzeichnete eine irische Delegation mit dem IRA-Führer Michael Collins an der Spitze nach langen Verhandlungen schließlich einen Friedensvertrag. Mit dem Vertrag akzeptierten die Rebellenführer die Teilung der Insel und garantierten der britischen Marine permanente Nutzungsrechte der irischen Häfen. Dafür billigte Britannien die Gründung eines Freistaates auf dem Gebiet der 26 Grafschaften im südlicheren Teil Irlands. Dieser Staat hatte allerdings im Commonwealth zu verbleiben, die Abgeordneten mussten also weiterhin einen Eid auf die britische Krone ablegen. In den Führungsgremien von Sinn Féin und IRA fand der Vertrag eine knappe Zustimmung, an der Basis überwog jedoch die Ablehnung. Als das irische Parlament im Januar 1922 den Kompromiss akzeptierte, kam es innerhalb von Sinn Féin und IRA zu Abspaltungen. Der Parlamentsvorsitzende Eamon de Valera, der wie Collins am Osteraufstand 1916 teilgenommen hatte, gab sein Amt ab und wurde Führer der VertragsgegnerInnen. Collins hatte seine KritikerInnen nicht überzeugen können: »Wir haben jetzt die Freiheit, die Freiheit durchzusetzen«, sagte er; der Freistaat im Süden sei nur der erste Schritt hin zu einem unabhängigen Gesamtirland. Doch die RepublikanerInnen (in dieser Zeit bürgerte sich dieser Begriff ein) teilten seinen Optimismus nicht und beschlossen, weiterhin für eine gesamtirische Republik zu kämpfen. Im März 1922 trafen sie sich zu einem IRA-Konvent; sie ernannten einen siebenköpfigen Armeerat und gaben der IRA mit Brigaden, Bataillonen und Kompanien eine Struktur, die im Prinzip heute noch besteht. Damit existierten im Freistaat zwei Armeen – die reguläre Truppe der neuen Regierung, bestehend aus Collins' Gefolgsleuten, und die IRA der Vertragsgegner.

Kurz darauf begann der irische Bürgerkrieg, in dem sich die ehemaligen Kampfgefährten zuerst in einem offenen Gefecht, dann in einem aufreibenden Guerillakrieg bekämpften. Im August 1922 erschossen IRA-Mitglieder ihren ehemaligen Anführer Collins, danach wurde das Vorgehen auf beiden Seiten besonders erbarmungslos: Die Dubliner Regierung erließ scharfe Gesetze. Ende 1922 saßen über zehntausend IRA-Mitglieder in Haft, mehrere Dutzend von ihnen wurden – um Exempel zu statuieren – ohne großes Federlesen exekutiert. Die IRA hatte keine Chance – ihr Aufstand gegen die Regierung des Freistaates fand nicht die nötige Unterstützung der Bevölkerung, außerdem erhielt die neue Regierung militärische Schützenhilfe von Britannien. Ende April 1923 verkündete Rebellenführer de Valera das Ende der Kämpfe; die IRA vergrub ihre Waffen. Nie wieder, so schworen sich die Republikaner daraufhin, dürfe es zu einer Spaltung der Bewegung kommen.

Auch im Norden war es zu Gewalttätigkeiten gekommen: Im Juni 1921 trieb ein loyalistischer Mob mit Hilfe der Polizei innerhalb nur einer Nacht 150 katholische Familien aus einem gemischten Wohngebiet in Nordbelfast – dieselben Straßenzüge zwischen New Lodge und Tiger's Bay sind noch heute umkämpft (siehe Kapitel 14). Einen Monat später intensivierten militante protestantische Unionisten ihre Angriffe. Sie besaßen nun zwar ein eigenes Parlament, fühlten sich aber noch nicht sicher: Der Waffenstillstand der IRA 1921 hatte die ProtestantInnen das

Schlimmste befürchten lassen – möglicherweise kungelte die britische Regierung hinter den Kulissen mit dem Erzfeind, sonst hätten die Republikaner doch nicht einfach ihre Waffen beiseite gelegt. Am Tag nach der Waffenstillstandserklärung, mit der die IRA ihren Krieg gegen Britannien beendete, überfielen Protestanten katholische Viertel und töteten vierzehn Menschen; bei weiteren Angriffen starben zwanzig KatholikInnen. Dieses Muster wiederholte sich auch später: Wann immer die nordirischen Loyalisten einen Verrat der Briten vermuteten, attackierten sie die katholische Zivilbevölkerung. Vom Beginn des irischen Unabhängigkeitskrieges (Frühsommer 1919) bis zum Ende des Bürgerkriegs (Sommer 1923) kamen allein in Belfast 453 Menschen bei Überfällen, Polizeieinsätzen und Straßenschlachten ums Leben.

Zwei Staaten, zwei Konfessionen

Die folgenden Jahrzehnte brachten in beiden irischen Staaten etwas Ruhe, die Waffen schwiegen, die republikanische Bewegung erholte sich nur langsam von ihrer Niederlage. Im Freistaat verabschiedete sich Eamon de Valera endgültig von der Hoffnung, die Republik militärisch durchsetzen zu können; er verließ seine alte Partei Sinn Féin und gründete 1926 Fianna Fáil (»Soldaten des Schicksals«); schon 1922 hatte sich der vertragstreue Teil von Sinn Féin abgespalten, aus ihm sollte später die konservative Partei Fine Gael (»Stamm der Gälen«) entstehen. Mit der Gründung von Fianna Fáil löste sich de Valera von der radikalen Tradition des Republikanismus. Bereits 1927 war er Oppositionsführer im südirischen Parlament, 1932 wurde er zum Premierminister gewählt (er behielt dieses Amt bis 1948, wurde in den fünfziger Jahren zweimal wiedergewählt und war von 1959 bis 1973 irischer Staatspräsident). Unter seiner Regierung verabschiedete das Parlament 1937 eine neue Verfassung, die die Untertanenpflicht gegenüber der britischen Krone beendete und mit Artikeln 2 und 3 einen Anspruch auf ganz Irland erhob. 1948 folgte die Proklamation der unabhängigen irischen Republik; Irland verließ den Commonwealth und war damit völlig frei. Allerdings auch völlig katholisch: Die Verfassung von 1937 schrieb die »besondere Stellung der Kirche« fest, die das Bildungswesen gestaltete, die Sozialpolitik kontrollierte, Bücher zensierte und gesellschaftlich einflussreicher war als Parlament und Regierung. »Wir sind eine katholische Nation«, sagte de Valera einmal.

Im Norden war derweil das protestantische Gegenstück entstanden. 1934 umriss Nordirlands erster Premierminister Sir James Craig (später Lord Craigavon) die Situation mit den Worten, er sei »vor allem Oranier und dann erst Politiker und Abgeordneter«, und fügte hinzu, dass er »besonders stolz« darauf sei, »dass wir ein protestantisches Parlament und einen protestantischen Staat haben«. Um ihre Vormachtstellung zu erhalten, hatten sich die UnionistInnen einiges einfallen lassen: Scharfe Sicherheitsgesetze erlaubten der protestantischen Polizei und den staatlichen Paramilitärs ein rücksichtsloses Vorgehen gegen jede Opposition; es gab kein allgemeines und gleiches Wahlrecht (in den Kommunen war das

Wahlrecht an meist protestantischen Haus- und Grundbesitz gebunden), Wahlkreismanipulationen sorgten zusätzlich für ein protestantisches Übergewicht; schließlich wurde die katholische Minderheit in allen öffentlichen Belangen, wie der Zuteilung von Sozialwohnungen, diskriminiert. Auch die Arbeitsplätze blieben vornehmlich UnionistInnen vorbehalten. Zentrales Bindeglied dieser völkischen und zutiefst rassistischen Gemeinschaft war der Oranier-Orden, aus dem sich ein halbes Jahrhundert lang (1922–1972), von drei Ausnahmen abgesehen, alle Kabinettsmitglieder rekrutierten.

Beide Staaten hatten sich also eingerichtet (mit dem Unterschied, dass im Süden eher die katholische Kirche und weniger der Staat die religiöse Minderheit drangsalierte). Gegen die etablierte Ordnung im Norden wie im Süden konnten die Restbestände der republikanischen Bewegung wenig ausrichten. IRA-Einheiten unternahmen zwar Ende der dreißiger Jahren noch eine Bombenkampagne in England und in den vierziger Jahren einzelne Aktionen in Nordirland, sie wurden aber von den drei Regierungen rigoros bekämpft. Es gab Internierungen, lange Haftstrafen, Exekutionen. Die so genannte Grenzkampagne der IRA von 1956 bis 1962 glich einem letzten Aufbäumen der IRA; sie wollte mit Angriffen entlang der inneririschen Grenze »befreite Gebiete« schaffen, erreichte damit aber nichts anderes, als ihre Existenz unter Beweis zu stellen. 1962 erklärte die IRA die Kampagne für beendet, versteckte ihre Waffen in Speichern und Erdlöchern und verkündete, dass sie »der endgültigen und siegreichen Phase des Kampfes für die vollständige Freiheit Irlands« zuversichtlich entgegenblicke. Ein großspuriger Satz angesichts der Bedingungen, unter denen er formuliert wurde. Wer konnte schon wissen, dass nur sieben Jahre später die bislang längste Phase im Kampf um »die Freiheit Irlands« beginnen würde?

Kapitel 2

Von Ho Chi Minh zu Lord Widgery

Selbstverständlichkeiten und ein Massaker

Paddy McParlamb ist nicht der Einzige, der den August 1969 seiner Lebtag nie vergessen wird. Noch heute hat er ein Bild genau vor Augen: »Die haben sich umgedreht und sind plötzlich auf uns zugerast.« McParlamb arbeitete damals in der Maschinenfabrik Mackie in Westbelfast. Er war einer von fünfhundert katholischen Arbeitern und befand sich gerade wie viele seiner zehntausend protestantischen Kollegen auf dem Nachhauseweg – aber etwas war merkwürdig: »Überall wimmelte es von Polizei.« Das Mackie-Werksgelände lag mitten in einem katholischen Wohngebiet, die protestantischen Beschäftigten mussten durch einige katholische Straßen laufen, bevor sie ihr Viertel an der Shankill Road erreichten. Aber an jenem Frühabend des 15. August 1969 hatten McParlamb's protestantische Kollegen gar nicht vor heimzugehen: »Kaum waren sie auf ihrem Territorium angekommen, machten sie wieder kehrt«, erzählt McParlamb.

Was dann geschah, haben die älteren Menschen im katholischen Westbelfast noch gut in Erinnerung: Unterstützt von der Polizei und den Hilfspolizisten der B-Specials stürmten die protestantisch-loyalistischen Arbeiter das katholisch-nationalistische Viertel Clonard. Sie schmissen Fensterscheiben ein, warfen Brandflaschen hinterher und schlugen alle zusammen, die sich ihnen in den Weg stellten. Innerhalb kurzer Zeit brannten die ersten Häuser. An Gegenwehr war nicht zu denken: Die protestantische Royal Ulster Constabulary (RUC), die B-Specials und der Mob waren in der Übermacht. In der Bombay Street gingen 57 Häuser in Flammen auf, insgesamt wurden an jenem Tag 150 Häuser zerstört – vor den Augen der untätigen Feuerwehr, denn »das waren alles Loyalisten«.

Während die bewaffneten Loyalisten durch die katholischen Straßen vorrückten, suchte die bedrängte Bevölkerung verzweifelt nach Mitteln, um die Meute aufzuhalten. Es dauerte eine Weile, bis ein paar alte Flinten aufgetrieben waren, die einige IRA-Mitglieder nach der Beendigung ihrer Grenzkampagne 1962 auf dem Dachboden versteckt hatten. »Wenn wir damals Waffen gehabt hätten, wäre es nie so weit gekommen«, sagt McParlamb. Schon deswegen dürfe die IRA nie abrüsten. Die damaligen Ereignisse wirkten noch lange nach: In jenen Tagen wurde eine neue IRA geboren, die sich vor allem die Verteidigung der katholischen Quartiere zum Ziel setzte und deswegen auch dann noch an ihren Waffen festhielt, als der Kampf gegen Britannien vorbei war. »Denkt an Bombay Street!«, argumentierten IRA-Mitglieder dreißig Jahre später.

Die Leichtigkeit des Aufbruchs

Aus heiterem Himmel waren die Attacken im August 1969 nicht gekommen. Fünf Jahre zuvor, im Alter von vierzehn Jahren, hatte Paddy McParlamb schon einmal eine mehrtägige Straßenschlacht miterlebt. Auslöser war eine kleine Fahne im Parteibüro einer damals fast in Vergessenheit geratenen Partei gewesen. An diesem grün-weiß-orangen Fähnlein nahm ein Prediger Anstoß, der sich in den protestantisch-loyalistischen Arbeitervierteln Belfasts bereits einen Namen gemacht hatte, weil er wortgewaltig und unermüdlich gegen das Reich des Bösen, die irische Republik, wettete. Einer größeren Öffentlichkeit wurde er jedoch erst 1964 bekannt, als er die Polizei unmissverständlich aufforderte, sofort die kleine irische Trikolore aus dem Schaufenster des Sinn-Féin-Büros an der katholischen Divis Street zu entfernen. Sonst würde er, Ian Paisley, mit seinen Männern das Büro stürmen. Das tat die Polizei jedoch lieber selbst, denn gesetzeskonform war die Auslage in dem Schaufenster ohnehin nicht: Die Fahne Irlands durfte nur dort gezeigt werden, wo sie keinen Anstoß erregte. Also schickte die RUC-Führung einen Trupp Polizisten vor, dem es mühelos gelang, einen Aufruhr zu provozieren, der die Falls Road, die Hauptstraße des katholischen Westbelfast, drei Tage lang in Atem hielt. Danach kehrte wieder Ruhe ein, bis sich zwei Jahre später von Ian Paisley aufgewiegelte Arbeiter daran machten, die IRA direkt zu bekämpfen (siehe Kapitel 3).

Das war im Jahre 1966. Die Beatles feierten gerade ihre ersten Triumphe, alle Welt sprach von »Swinging London«, die Labour-Partei unter Harold Wilson gewann ihre zweite Unterhauswahl und England die Fußballweltmeisterschaft. In Britannien blickten die meisten Menschen recht frohgemut in die Zukunft: Die Bevölkerung hatte Arbeit und eine Regierung, die sich für den Wohlfahrtsstaat einsetzte. Auch in Nordirland schienen sich die Dinge zum Guten zu wenden: Captain Terence O'Neill, der 1963 zum vierten Premierminister Nordirlands gewählt worden war, suchte den Kontakt zur Regierung im Süden, um die Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern. Nach über vier Jahrzehnten kalten Kriegs zwischen Nord und Süd strebte O'Neill eine vorsichtige Reform der nordirischen Gesellschaft an; Nordirland, so die Überzeugung des Unionisten, müsse sich öffnen, um in der modernen Welt bestehen zu können, und dürfe die katholische Minderheit nicht länger ausgrenzen. Doch seine Bemühungen kamen für die eigenen Parteigänger viel zu früh und für einen gewichtigen Teil der Minderheit zu spät.

Denn ab Mitte der sechziger Jahre eroberte das Fernsehen auch die Wohnstuben des katholischen Bevölkerungsteils, und was die Menschen auf den Bildschirmen zu sehen bekamen, veränderte ihre Sicht der Welt. Denn überall passierte Unerhörtes: In Bolivien führte ein Guerillachef namens Che Guevara Partisanen durch die Wälder, in Vietnam widersetzte sich die Bevölkerung dem Terror der USA, in der Tschechoslowakei versuchte der Prager Frühling eine Reform des Realsozialismus, in Frankreich, Italien und Deutschland ließen sich Arbeiter, Lehrlinge und StudentInnen nicht mehr alles gefallen, in

Mexiko revoltierten ebenfalls StudentInnen und in den USA wuchs der Protest gegen den Krieg in Indochina. In Nordirland fanden vor allem die Demonstrationen und Boykottaktionen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA großen Anklang. Deren Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit inspirierte besonders die katholischen StudentInnen: »Wir sind hier die weißen Neger«, stellten sie fest und engagierten sich in der 1967 gegründeten Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA).

In Nordirland herrschte Aufbruchstimmung. Dank einer britischen Bildungsreform fanden immer mehr Kinder aus katholischen Familien den Weg in die Queen's University von Belfast; gleichzeitig konnten die jungen katholischen ArbeiterInnen problemlos die Kinos an der protestantischen Shankill Road besuchen – ein beliebtes Freizeitvergnügen, denn dort liefen die besseren Filme als in den muffigen, von Betschwestern kontrollierten Lichtspielhäusern in den katholischen Vierteln der Stadt. Die alten Grenzen zwischen oben und unten, zwischen protestantischen und katholischen Gemeinschaften existierten zwar weiterhin, aber sie waren durchlässig geworden, für einen Moment jedenfalls. Alles schien möglich. »Wir hatten enormes Selbstvertrauen, wahrscheinlich mehr Selbstvertrauen als Verstand«, erinnert sich Fergus O'Hare, einer der Aktivisten jener Zeit, »und wir ließen uns nicht einschüchtern, weder von den Gesetzen noch von der Polizei.«

Also machten sich Fergus O'Hare und viele andere mit großem Optimismus und einer Portion Naivität daran, die gesellschaftlichen Verhältnisse und ein Regime zu verändern, das sie als Menschen zweiter Klasse behandelte. Sie taten dies, indem sie Selbstverständlichkeiten verlangten wie ein allgemeines und gleiches Wahlrecht, die Aufhebung willkürlich gezogener Wahlkreisgrenzen, das Ende der Diskriminierung bei der Zuteilung von Sozialwohnungen und bei der Stellenvergabe im öffentlichen Dienst, die Aufhebung der Ausnahme Gesetze aus den zwanziger Jahren und die Auflösung der Sonderpolizei. Das waren im westeuropäischen Kontext (von den faschistischen Staaten Portugal und Spanien und dem Griechenland der Obristen abgesehen) fürwahr keine systemsprengenden Forderungen. In Nordirland aber trafen sie den Nerv der protestantischen Gesellschaft, sie brachten das Stormont-Regime (benannt nach jenem Belfast Schloss, in dem ab den dreißiger Jahren Parlament und Regierung amtierten) an den Rand des Zusammenbruchs.

Wahlmanipulationen und Autobahnen

Vor allem das Kommunalwahlsystem widersprach allen demokratischen Grundsätzen. Wahlberechtigt war nämlich nur, wer über Grund- und Hausbesitz verfügte. Da die Stimmenzahl auch noch an die Größe des Besitzes gekoppelt war und ProtestantInnen eher als KatholikInnen Liegenschaften und Immobilien besaßen, hatten Fabrikanten bis zu achtzehn, ArbeiterInnen und Arbeitslose aber gar keine Stimmen. Dazu kam eine Manipulation der Wahlkreise, die so

schamlos betrieben wurde, dass es bald einen Begriff dafür gab: Gerrymandering. Der Trick bestand darin, die Wahlkreise so zu ziehen, dass auf der einen Seite möglichst wenige UnionistInnen möglichst viele Abgeordnete wählen konnten und auf der anderen Seite viele nationalistische Stimmen für einige wenige Mandate gebraucht wurden.

Ein gutes Beispiel für diese Methode lieferte die Gemeinderatswahl der Stadt Derry im Jahr 1966. Die Stadt war damals in drei Wahlkreise aufgeteilt, und nach dem herrschenden Mehrheitswahlsystem fielen alle Mandate der jeweiligen Wahlkreise an die obsiegende Partei. Im südlichen Wahlbezirk wählten rund zehntausend KatholikInnen und tausend ProtestantInnen acht Abgeordnete ins Lokalparlament, im nördlichen Wahlkreis (ebenfalls acht Mandate) gingen knapp viertausend ProtestantInnen und etwa 2500 KatholikInnen abstimmen, im östlichen Bezirk bestimmten rund 2700 protestantische und 1900 katholische Stimmen über die Sitzvergabe. Zwei Drittel der Bevölkerung waren also katholisch, und obwohl die KatholikInnen grundsätzlich für nationalistische KandidatInnen votierten, saßen im Kommunalparlament den acht nationalistischen Abgeordneten zwölf Unionisten gegenüber, die damit über die Vergabe der städtischen Wohnungen und der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst entschieden.

Das Gerrymandering hatte unter anderem zur Folge, dass die Behörden alles unternahmen, um die wachsende katholische Bevölkerung innerhalb der bestehenden nationalistischen Wahlkreise unterzubringen. Wenn die Fläche für neue Wohnungen nicht mehr ausreichte, wurde eben in die Höhe gebaut. Alle Wohntürme von Belfast liegen in nationalistischen Vierteln. Besonders dicht bebaut war das Gebiet am unteren Ende der Falls Road, auf dem die Divis-Flats standen – riesige Wohnblocks, in denen Hunderte von Familien zusammengepfercht wurden (bis auf den Divis-Tower mit seinem Armeeposten auf dem Dach hat man die Blocks inzwischen wieder abgerissen, weil die Menschen das Leben in den modernen Slums nicht aushielten und die verwinkelten Bauten der IRA zudem gute Operationsmöglichkeiten boten).

Wie sehr die unionistischen Politiker damals ihre Klientel bedienten, ist auch an anderen Bauten abzulesen. So erhielt 1964 bei der Standortentscheidung über die zweite Universität Nordirlands nicht etwa die zweitgrößte Stadt (das katholische Derry) den Zuschlag, sondern die kleine, vorwiegend protestantische Gemeinde Coleraine. Auch Industrieanlagen wurden fast ausschließlich östlich des Bann angesiedelt: Dieser Fluss teilt Nordirland in eine östliche, vorwiegend protestantisch besiedelte Hälfte und in eine westliche, weitgehend katholische. Wo der von den maßgeblichen Politikern bevorzugte Bevölkerungsteil lebt, zeigen auch die Autobahnen, die in einem Bogen von Craigavon/Portadown über Lisburn, Belfast, Antrim bis Ballymena ziemlich genau durch das wichtigste protestantische Siedlungsgebiet verlaufen.

Die Troubles beginnen

Die Forderungen der BürgerrechtlerInnen bewirkten jedoch wenig. Erst als sie im Juni 1968 in Caledon, einem kleinen Ort in der Grafschaft Tyrone, ein Haus besetzten, das einer jungen, unverheirateten Protestantin zugesprochen worden war (obwohl viele kinderreiche katholische Familien seit langem auf der Warteliste standen), reagierte der Staat: Er schickte die RUC und ließ das Haus räumen. Zwei Monate später organisierte die Bürgerrechtsorganisation NICRA in der Nähe eine Demonstration. Dieser erste Bürgerrechtsmarsch, der in der Kleinstadt Coalisland begann und in der fünf Kilometer entfernten Bezirksstadt Dungannon endete, bot einen Vorgeschmack auf künftige Auseinandersetzungen, und zwar in zweierlei Hinsicht. Erstens kündigten Loyalisten einen Gegenmarsch auf der gleichen Strecke an. Sie gaben damit der Polizei den Vorwand, die geplante Kundgebung in Dungannon zu verbieten (diese Methode wurde später häufig eingesetzt und verfehlte ihre Wirkung nie, obwohl die Gegendemonstration dann nur selten stattfand). Zweitens wurde damals schon deutlich, wie brüchig das Bündnis der Bürgerrechtsbewegung war. »Der Marsch sei unpolitisch, wurde uns gesagt«, erinnert sich Bernadette McAliskey, die unter ihrem Mädchennamen Devlin als Sprecherin der Bewegung bekannt wurde, »aber dann tauchten doch ein paar Leute mit Polittransparenten auf.« Es waren Leute wie Michael Farrell von den Young Socialists, der zwei Wochen vorher gegen den US-Krieg in Vietnam und drei Tage zuvor gegen den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei demonstriert hatte. »Fahnen weg und alle in Reih und Glied, befahlen uns die Ordner. Aber alle lachten nur, trotteten fröhlich weiter, aßen Orangen, rauchten, und in jedem Pub am Weg blieben ein paar Marschierer hängen.« Gegen die »Karnevalsstimmung«, die damals herrschte, sei die gemäßigte NICRA-Führung machtlos gewesen, sagt Bernadette McAliskey; niemand hörte zu, als die nationalistischen Politiker die Versammlung gemäß Polizeianordnung vorzeitig auflösten. Die Jugendlichen setzten sich auf die Straße und sangen bis Mitternacht Rebellenslieder. »Die Polizisten waren ebenfalls verduzt, sie wussten nicht, was sie mit uns anfangen sollten.«

Das änderte sich beim zweiten Bürgerrechtsmarsch am 5. Oktober 1968 in Derry – dieser wurde von der RUC gestoppt, bevor er richtig begonnen hatte. Die Demonstration wurde verboten, weil die protestantischen Apprentice Boys of Derry kurz nach Bekanntwerden des NICRA-Marsches just am selben Tag und auf derselben Strecke einen eigenen Umzug veranstalten wollten. Trotz Verbot kamen vierhundert BürgerrechtlerInnen zusammen; auch drei Unterhausabgeordnete der Labour-Partei und ein Kamerateam des (staatlichen) Irischen Fernsehens waren angereist. Als die RUC-Polizisten die Knüppel zogen und DemonstrantInnen krankenhaushausreif schlugen, ließen die TV-Leute ihre Kamera laufen: Die blutigen Szenen gingen um die Welt. Damit erwies die protestantische Polizei ihrer politischen Führung jedoch einen Bärendienst – die Bürgerrechtsbewegung wurde von der nordirischen und der internationalen Öffentlichkeit erstmals zur Kenntnis genommen. Die Empörung über das Vorgehen der Polizei war groß; viele Historiker sehen in jenem 5. Oktober 1968 die Geburtsstunde der Troubles.

In Derry hielt der Aufruhr drei Tage lang an. Am vierten Tag sprang der Funke auf Belfast über. Zweitausend StudentInnen zogen zum Rathaus, kurz vor dem Stadtzentrum wurden sie aber von der Polizei gestoppt, weil eine kleine Gegendemonstration unter Führung von Ian Paisley ebenfalls unterwegs war (diese aufzulösen sah sich die Polizei leider nicht imstande). Noch in der gleichen Nacht gründeten die StudentInnen eine Organisation namens People's Democracy (PD), die später zum linken Zentrum der Bürgerrechtsbewegung werden sollte. Auch in Derry entstand eine neue Organisation – das Bürgeraktionskomitee, in dem der Lehrer John Hume eine gewichtige Rolle spielte.

Im November verkündete die nordirische Regierung, vom britischen Labour-Premier Harold Wilson unter Druck gesetzt, ein Reformprogramm. Premier O'Neill versprach, Sozialwohnungen künftig nach einem neuen System zuzuteilen, die Ausnahme Gesetze aufzuheben und das Kommunalwahlrecht von Firmen abzuschaffen. Ein Teil der Bürgerrechtsbewegung gab sich damit zufrieden, obwohl nicht alle Forderungen erfüllt worden waren. Weniger glücklich zeigten sich hingegen der kompromisslose Flügel der Unionistischen Partei, der gegen die Ruhestörer hartes Durchgreifen verlangte, und jene StudentInnen, die von den loyalistischen Attacken und den Polizeiübergriffen radikalisiert worden waren. Auf halbem Wege könne man doch nicht stehen bleiben, sagte sich People's Democracy und beschloss einen Marsch von Belfast nach Derry. Innerhalb der Bürgerrechtsbewegung stieß der Plan freilich auf herbe Kritik, die konservativeren Teile distanzierten sich, und womöglich wäre die kleine Gruppe, die

am 1. Januar 1969 tatsächlich in Belfast loszog, allein und isoliert geblieben, hätten da nicht Loyalisten und Polizisten die Chance gewittert, es den StudentInnen einmal so richtig zu zeigen.

Vier Tage waren die DemonstrantInnen unterwegs, zuerst hatten sich nur vierzig eingefunden, dann aber wurden es immer mehr. Mehrmals täglich stellten sich ihnen Loyalisten in den Weg, von denen sie angepöbelt, angerempelt, manchmal auch verprügelt wurden. Am vierten Tag führten Polizisten den kleinen Demonstrationszug in einen Hinterhalt: An der Brücke von Burntollet wurde er von zweihundert Männern empfangen, die sich sogleich mit Holzplatten, Flaschen, Eisenstangen und Knüppeln auf die Marschierenden warfen. Als Stunden später die humpelnde und blutende Schar junger Leute in Derry eintraf, schickten die Medien wieder Bilder von zusammengeprügelten BürgerrechtlerInnen um die Welt.

Eher britisch als irisch

Für viele ProtestantInnen hatten die PD-Mitglieder jedoch nur bekommen, was sie verdienten. Denn hinter all den Märschen konnte nur die IRA stecken, das behauptete schließlich Tag für Tag die Regierung. Und die verhassten RepublikanerInnen waren ja auch mit

von der Partei. Neben den Mitgliedern verschiedener katholischer Parteien (der Nationalistischen Partei, der Demokratischen Nationalistischen Partei und der Nordirischen Labour-Partei, die sich 1970 zur Social Democratic and Labour Party SDLP zusammenschlossen) und der radikaleren People's Democracy waren auch die Republikanischen Clubs in der Bürgerrechtsbewegung vertreten. Deren Einfluss schien jedoch gering zu sein. Zumindest die StudentInnen nahmen die RepublikanerInnen kaum wahr: In ihrer Vorstellung trugen Republikaner Trenchcoats und eine Flinte unter dem Arm – und solche Leute hatten sie auf ihren Demonstrationen nie gesehen. Die irische Vereinigung war ohnehin kaum ein Thema; der radikale Flügel der Bürgerrechtsbewegung orientierte sich eher an den vergleichsweise demokratischen Verhältnissen in Britannien – die Republik im Süden betrachteten viele als rückständiges, korruptes, muffiges und frömmliches Gemeinwesen, das mindestens genauso reformbedürftig war wie der Norden. Dass das unionistische Establishment damals nicht erkannte, dass die militanteren BürgerrechtlerInnen Nordirland nicht irischer, sondern britischer machen wollten, als es war, gehört wohl zu seinen größten Fehlleistungen.

Nach dem Belfast–Derry-Marsch im Januar 1969 endeten die meisten Bürgerrechtsdemonstrationen in handgreiflichen Auseinandersetzungen. Die Unruhe im Land ergriff auch das nordirische Kabinett: Ende Januar verließ der stellvertretende Premierminister Brian Faulkner die Regierung O'Neill, da er den Reformkurs des Regierungschefs nicht länger mittragen wollte. Die Spaltungstendenzen innerhalb der Unionistischen Partei verstärkten sich noch, als Mitte April Bombenanschläge Stromleitungen und Wasserwerke beschädigten, wofür man sofort die IRA verantwortlich machte. Zwei Tage später verließ Landwirtschaftsminister James Chichester-Clark ebenfalls das Kabinett; Reformen wie die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts seien angesichts der bedrohlichen Lage völlig fehl am Platze, sagte er. Später stellte sich heraus, dass die neue UVF (siehe Kapitel 3) die Bomben gelegt hatte – aber da war Terence O'Neill schon zurückgetreten. An seine Stelle rückte Chichester-Clark, der Brian Faulkner ins Kabinett zurückholte, aber zwei Jahre später wurde auch er kaltgestellt, weil er der Parteirechten nicht hart genug durchgriff. Chichesters Nachfolger Faulkner erging es nicht besser; 1974 brachte ihn ebenfalls eine Rebellion des kompromisslosen Flügels der Unionistischen Partei zu Fall.

Nach O'Neills Demission im Frühjahr 1969 erlebte Nordirland eine weitere politische Überraschung: Im April gewann die unabhängige, gerade 21 Jahre alte Bürgerrechtlerin Bernadette Devlin im Wahlkreis Mid-Ulster eine Nachwahl für das Londoner Unterhaus. Damit hatte die Bürgerrechtsbewegung plötzlich eine Sprecherin, die auch außerhalb Nordirlands gehört wurde. Schon bei ihrer ersten Rede im ehrwürdigen House of Commons brach Devlin mit einem Tabu – so genannte Jungfernreden, so wollte es die Tradition, durften bis dahin keine umstrittenen Themen behandeln. Aber unbekümmert und keck, wie sie war, beschimpfte Devlin die britischen Politiker; sie kritisierte das

Desinteresse, das Britannien Nordirland und den dort lebenden Menschen entgegenbringe, und beschrieb das »unionistische Monster«, das mit britischer Duldung entstanden sei. Am Ende ihrer Rede warnte sie vor einer militärischen Lösung des politischen Konflikts: »Wenn britische Truppen nach Nordirland geschickt werden, möchte ich nicht in der Haut der Mutter oder Schwester eines dieser unglücklichen Soldaten stecken.« Diese Hellsicht ging aber unter in der allgemeinen Empörung über ihre Frechheit – man habe nunmehr »einen Castro im Minirock« im Parlament, hieß es in einem vergleichsweise milden Kommentar.

Free Derry, Free Belfast

Dann kam der Sommer und mit ihm die Märsche der unionistischen Verbände. Der 12. Juli 1969, an dem die ProtestantInnen wie jedes Jahr den Sieg am Boyne feierten, endete in Auseinandersetzungen zwischen katholischen Jugendlichen und der Staatsmacht, in deren Folge RUC-Beamte den 67-jährigen Katholiken Francis McCloskey erschlugen. Als einen Monat später junge KatholikInnen den traditionellen Umzug der Apprentice Boys in Derry störten, attackierten tausend Polizisten das nationalistische Arbeiterviertel Bogside. Sie lösten damit eine zwei Tage andauernde Straßenschlacht aus: Ihr Versuch, mit Gasgranaten und Gummigeschossen in das Ghetto vorzudringen, scheiterte jedoch am Widerstand der gesamten Bevölkerung. Die Schlacht (sie ging später als Battle of Bogside in die Geschichtsbücher ein) führte zur offenen Revolte; die rebellischen Arbeiterfamilien erklärten ihr Viertel zum Sperrgebiet für die Staatsmacht, riefen ihr »Free Derry« aus und betrieben drei Jahre lang (bis Juli 1972) eine eigene Verwaltung. Sie patrouillierten durch das Viertel, ignorierten Steuer- und Gebührenbescheide, organisierten Kinderkrippen und den Schulunterricht. In diesem Teil von Derry hatte der Staat nicht mehr viel zu sagen.

Um die bedrängte Bogside-Bevölkerung zu entlasten und die RUC auch andernorts zu beschäftigen, zettelten katholische AuführerInnen in Belfast, Coalisland, Dungannon, Armagh usw. ebenfalls Aufstände an. Mit Erfolg: Die völlig überforderte Polizei zog sich erschöpft zurück. An ihre Stelle rückte die britische Armee, die von der Londoner Labour-Regierung nach Nordirland entsandt worden war. Die katholische Bevölkerung von Derry und Belfast begrüßte die Intervention. Im Glauben, endlich eine neutrale Staatsmacht anstelle der verhassten RUC vor sich zu haben, bewirteten Frauen und Männer die britischen Soldaten mit Tee, Biskuits und Zigaretten. Sie empfanden den Einmarsch der britischen Truppen als Glücksfall: Britannien kümmerte sich also doch um die geschundenen Menschen am Rande des Vereinigten Königreichs. Doch die Freude währte nicht lange.

Auch in Belfast hofften viele KatholikInnen auf eine Wende zum Guten, wenngleich die Verhältnisse hier ganz anders waren. Während sich im vorwiegend katholischen Derry die Polizei und die Bogside-BewohnerInnen gegenüberstanden, kämpften im vorwiegend

protestantischen Belfast neben der RUC auch ProtestantInnen gegen die KatholikInnen. Mitte August 1969 starben in Nord- und Westbelfast innerhalb von drei Tagen sieben Menschen; fünf KatholikInnen wurden von der RUC und den Loyalisten, zwei ProtestantInnen von Republikanern erschossen. In Armagh töteten B-Specials einen katholischen Arbeiter. Die Schüsse fielen ausnahmslos in Arbeitervierteln, denn nur dort fanden die Straßenkämpfe statt.

Hunderte flohen aus brennenden Häusern, andere verließen ihre Wohnungen vorsichtshalber; sie übernachteten in Schulen und Sporthallen, einige gingen über die Grenze, wo irische Armeeeinheiten Feldlazarette aufstellten. Schätzungen zufolge wurden allein in den Monaten Juli bis September 1969 in Belfast 1500 katholische und 300 protestantische Familien vertrieben; KatholikInnen mussten das protestantische Ostbelfast verlassen, ProtestantInnen wurden aus Westbelfast verjagt, im konfessionell gesprenkelten Nordbelfast zog man wieder klare Grenzen.

Als die britischen Truppen auch in Belfast einmarschierten, glaubten viele BürgerrechtlerInnen ihrem Ziel nun ein großes Stück näher gekommen zu sein. Nur einige Mitglieder von People's Democracy blieben skeptisch: Die Armee ist nicht gekommen, weil die nationalistische Bevölkerung angegriffen wurde – sie ist gekommen, weil die angegriffene Bevölkerung zurückgeschlagen hat, lautete ihre These. Und sie behielten Recht: London schickte zwar Soldaten, ließ aber das Stormont-Regime unangetastet. Denn die Hauptaufgabe der Truppen war, für Recht und Ordnung zu sorgen, und so stützten sie bald das herrschende Recht und die herrschende Ordnung. Die Entscheidung, militärisch zu intervenieren, ohne politisch einzugreifen, war der größte Fehler der britischen Regierung im Jahre 1969.

Die August-Unruhen hatten alle überrascht, aber niemanden so sehr wie die kleine illegale Irisch-Republikanische Armee (IRA). Über Jahrzehnte hinweg hatten die irischen Republikaner auf den Tag gewartet, an dem sich die irische Bevölkerung gegen die britische Fremdherrschaft und das unionistische Regime erheben würde, und jetzt, als die Zeit gekommen schien, stand die IRA mit leeren Händen da. Schlimmer noch: die nationalistische Bevölkerung war bedroht, aber alles, was die IRA zu ihrem Schutz aufbieten konnte, waren ein paar alte Revolver. Nach der Niederlage im Grenzkrieg (1956–1962) hatte die in Dublin sitzende IRA-Führung einen Kurs der Politisierung eingeschlagen: Der bewaffnete Kampf habe seine Grenzen erreicht, hatte Stabschef Cathal Goulding Mitte der sechziger Jahre erklärt; dass die IRA die Briten besiegen könne, sei ein »lächerlicher Wunschtraum«. Die IRA müsse sich an Wahlen beteiligen, eine »sozialistische Politik« vertreten und – ganz im Sinne des republikanischen Urahn Wolf Tone – ein Bündnis mit fortschrittlichen ProtestantInnen suchen. Schließlich gab es ja auch noch andere Themen, um die man sich kümmern konnte: Als beispielsweise das Recht auf freien Fischfang in irischen Gewässern bedroht war, organisierte die republikanische Führung Fish-ins, politische Angelausflüge. Für so etwas brauchte man keine Waffen, und so verkaufte die IRA-Führung ihr gesamtes Arsenal an eine

walisische Nationalistengruppe. Eine Kampfstruktur war ebenfalls kaum mehr vorhanden, die IRA hatte allem Anschein nach kapituliert. Die Abkürzung der republikanischen Armee wurde nach den August-Ereignissen neu interpretiert: »IRA = I Ran Away«, lautete der spöttische Spruch auf manchen Mauern, »Ich rannte weg«. Eine solche Schmach konnten etliche Veteranen früherer IRA-Kampagnen und die jungen RepublikanerInnen nicht auf sich sitzen lassen, und so schritten sie nach den Straßenkämpfen zur Abrechnung mit der Führung in Dublin. Die heftigen Debatten führten 1969/70 schließlich zur Spaltung der republikanischen Bewegung in die politisch orientierten Officials und die traditionell-militaristisch ausgerichteten Provisionals (siehe Kapitel 11).

Ab Anfang 1970 – die Unruhen hatten sich gelegt und London einen Teil der Truppen wieder abgezogen – begannen sich die Provisionals neu zu gruppieren und mit Waffen einzudecken. Währenddessen versuchte die britische Labour-Regierung, einigen Forderungen der Bürgerrechtsbewegung nachzukommen. Doch die meisten Reformen kamen aufgrund des heftigen Widerstands der nordirischen UnionistInnen nur langsam voran, manche waren zudem von höchst zweifelhafter Natur. So wurden zwar die B-Specials aufgelöst, an ihre Stelle aber trat das Ulster Defense Regiment (UDR), das wiederum rein protestantisch besetzt war und sich in Windeseile den gleichen schlechten Ruf erwarb.

Schon die Ankündigung dieser Umstrukturierung hatte im Oktober 1969 die ProtestantInnen in den Belfaster Arbeitervierteln in helle Aufregung versetzt. Sie empfanden die Abschaffung der B-Specials als Schwächung ihres Staates und protestierten zwei Tage lang in der Shankill Road; dabei erschossen loyalistische Paramilitärs einen Polizisten – er war der erste RUC-Beamte, der in den Troubles starb. (Das Thema Polizeireform ist ein Dauerbrenner geblieben: Dreißig Jahre später droht der im Karfreitagsabkommen von 1998 vereinbarte Umbau der RUC den ganzen Friedensprozess zu sprengen.)

Überzeugungsarbeit an der Shankill Road

Nach den Ausschreitungen im August 1969 zerfiel die Bürgerrechtsbewegung in ihre Bestandteile. »Aus der Asche von Bombay Street erhoben sich die Provisionals«, stand an einer Mauer. Die Provisional IRA rief nicht mehr nach Reformen, sondern kämpfte für das alte Ziel eines vereinten Irland. Die gemäßigten NationalistInnen gründeten ihrerseits – ermuntert und unterstützt von London und Dublin – die katholisch-sozialdemokratische SDLP, die von da an im parlamentarischen Rahmen für vorsichtige Reformen stritt. Sie galt bald als Vereinigung honoriger Herren, wurde in den Medien als einzig akzeptable politische Vertretung der nationalistischen Bevölkerung gefeiert und repräsentierte vor allem jene Schichten, die im Laufe der nächsten Jahre von einzelnen Reformen profitierten: katholische Bauunternehmer und Architekten, die erstmals Staatsaufträge erhielten; AkademikerInnen, denen plötzlich

Karrieremöglichkeiten an Universitäten geboten wurden; Medienleute und Angestellte, die im öffentlichen Dienst unterkamen.

Nur People's Democracy, die treibende Kraft in der Bewegung, geriet in eine Krise. Zwischen dem Militarismus der Provisionals und dem Parlamentarismus der SDLP blieb wenig Raum für eine radikale politische Kraft. Die BewohnerInnen der katholischen Arbeiterviertel hatten mit dem Aufbau und der Verteidigung von »Free Derry« und »Free Belfast« und der Waffenbeschaffung genug zu tun; die protestantischen ArbeiterInnen interessierten sich noch weniger für den antikapitalistischen Kampf der PD-AktivistInnen. Diese versuchten zwar weiterhin, die protestantische Arbeiterklasse zu mobilisieren, indem sie Flugblätter vor protestantischen Betrieben verteilten und gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Verkehr demonstrierten. Aber die Spaltung der Arbeiterklasse konnten sie nicht überwinden, die Kluft war doch größer, als sie gedacht hatten. Die protestantischen Mitglieder – bei PD hatten sich, anders als bei SDLP oder IRA, etliche ProtestantInnen engagiert – mussten ihre Wohnviertel verlassen, weil sie von ihren eigenen Leuten ständig als Veräter attackiert wurden (auch katholische PD-Mitglieder erhielten Todesdrohungen, sollten sie noch einmal einen Fuß auf protestantisches Gebiet setzen).

Im Laufe des Jahres 1970 schoben sich die alten Kontrahenten des Konflikts wieder in den Vordergrund: die britische Armee und die IRA. Im Sommer nahmen die Spannungen zwischen den beiden Bevölkerungsteilen erneut zu. Den Auftakt machte Derry, wo das Appellationsgericht eine Strafe gegen die Unterhausabgeordnete Bernadette Devlin bestätigte; sie war wegen »aufrührerischen Verhaltens« während der Schlacht von Bogside zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach ihrer Verhaftung am 26. Juni rebellierten die empörten Bogside-BewohnerInnen und attackierten britische Soldaten, die ihrerseits CS-Gas einsetzten. Der Aufruhr erfasste auch Nordbelfast, wo er, wie so oft, in Straßenschlachten zwischen katholischen NationalistInnen und protestantischen UnionistInnen mündete. Am nächsten Tag jagten die protestantischen Werftarbeiter von Harland & Wolff ihre katholischen Kollegen aus dem Betrieb; und als danach auch in Westbelfast Unruhen ausbrachen, verhängte die neue britische Regierung (Ende Juni 1970 hatten die Konservativen die Unterhauswahl gewonnen) eine Ausgangssperre über die katholischen Viertel an der unteren Falls Road. Die britische Armee durchkämmte das ganze Gebiet, prügelte sich durch die Straßen, zertrümmerte Wohnungseinrichtungen, erschoss bei Feuergefechten mit der IRA vier unbeteiligte Zivilisten und verhaftete über vierhundert Menschen. Damit war für die katholische Bevölkerung Nord- und Westbelfasts Britannien zum Feind und die IRA – die einzige Kraft, die sie verteidigte – zum Freund geworden.

Internierung und Mietstreiks

Die IRA, die sich anfangs der Verteidigung katholischer Viertel verschrieben hatte, ergriff zuerst Vergeltungsmaßnahmen und ging dann in die Offensive über. Die nun besser bewaffneten Provisionals

begannen Bomben zu legen und auf Polizisten wie Soldaten zu schießen. Politische Erwägungen spielten in jener Zeit keine große Rolle. Alles, was dem Feind schadete, war erlaubt, und der Feind lauerte überall. 1971 begann die IRA mit Brandanschlägen auf Kaufhäuser und setzte erstmals Autobomben ein, denen nicht nur die erklärten Ziele (Armeeangehörige, Polizisten und andere Repräsentanten des Staates) zum Opfer fielen, sondern auch Unbeteiligte. Im August 1971 schlug der Staat erneut zu: Nordirlands Premierminister Brian Faulkner verfügte nach Rücksprache mit London die Internierung aller IRA-Verdächtigen. In den frühen Morgenstunden des 9. August verhaftete ein massives Militär- und Polizeiaufgebot über dreihundert Menschen, die nach den geltenden Ausnahmegesetzen ohne Anklage und Richterspruch unbegrenzt festgehalten werden konnten.

Die Internierung geriet zum grandiosen Fehlschlag: Die meisten Verhafteten waren den Behörden von IRA-Aktionen in den vierziger und fünfziger Jahren bekannt und schon aus Altersgründen nicht mehr aktiv; andere wurden eingesperrt, weil sie als Bürgerrechtler in den Akten standen. Aktive IRA-Mitglieder waren kaum darunter und auch kein einziges Mitglied der loyalistischen Paramilitärs. Die Aktion war ein sicherheitspolitischer Flop mit verheerenden Auswirkungen: Innert weniger Stunden rebellierte die gesamte nationalistische Bevölkerung, und die Empörung ließ auch dann nicht nach, als die Behörden die ersten Verhafteten wieder heimschickten. Denn die erzählten, was die Internierten in den Baracken des ehemaligen Militärflugplatzes Long Kesh im Westen Belfasts und auf dem alten Gefängnisschiff Maidstone erwartete.

Schon im Frühjahr 1971 hatten britische Offiziere begonnen, nordirische Polizisten in die Techniken der Verhörkunst einzuweisen. Ihre Foltermethoden hatte die britische Armee im Laufe ihrer Kolonialkriege in Aden, Kenia und auf Zypern ausprobieren und verfeinern können. Ein später veröffentlichter Regierungsbericht zählte fünf Methoden auf, die während der Internierungszeit angewandt wurden: Die Internierten bekamen kaum zu essen, durften nicht schlafen, mussten stundenlang mit gespreizten Beinen zur Wand stehen und sich mit gespreizten Fingern von ihr abstützen, trugen oft eine Kapuze und waren der »weißen Folter« ausgesetzt, die keine körperlichen Spuren hinterlässt (hohe Dauertöne, völlige Isolation, usw.); dazu kamen die üblichen Beleidigungen, Schikanen und Prügel.

Bei der Armee besonders beliebt war eine Methode, die Peter Carragher, ein Bauer in South Armagh, erlebte: »Sie haben mir die Augen verbunden und mich in einen Helikopter verfrachtet, dann hat der abgehoben. Nach einer Weile sagten sie mir, wir seien jetzt auf fünfhundert Meter und sie würden mich rauschmeißen, wenn ich nicht aussage. Dann haben sie die Tür aufgemacht und mich rausgeworfen. Der Helikopter flog aber nur ein paar Zentimeter über dem Boden.« Sechs bis sieben Tage wurden die Internierten verhört und gefoltert, in einigen Fällen führte dies zu bleibenden psychischen Schäden, andere starben an den Spätfolgen dieser Behandlung.

Wer vorher nicht in der Provisional IRA war, trat ihr nun bei. Im September zündeten die Provos, so wurden die Provisionals genannt, erstmals eine Bombe in einem Pub (an der Shankill Road), die zahlreiche Vergeltungsanschläge auslöste. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1971 kamen 34 Menschen um, in den fünf Monaten nach Beginn der Internierung starben 140. Die BewohnerInnen von »Free Derry« und »Free Belfast« riefen derweil als Protest gegen die Internierung einen Mietstreik aus; im Oktober beteiligten sich bereits 16 000 Haushalte daran. Die britische Regierung hielt dennoch bis Dezember 1975 an der Internierungspolitik fest, im Verlauf dieser vier Jahre saßen insgesamt fast zweitausend Menschen ohne Anklage und Urteil durchschnittlich über zwölf Monate in Haft. Ihre Entscheidung zugunsten der Internierung war der größte Fehler der britischen Regierung im Jahre 1971.

Bloody Sunday, das Ende der Bürgerrechtsbewegung

Der größte Fehler des Jahres 1972 folgte ein halbes Jahr später. Noch glaubten etliche an die Macht des gewaltlosen Protests. Bis zu dem Tag, der als Blutsonntag von Derry in die Geschichte eingegangen ist. An jenem Tag, es war der 30. Januar 1972, zogen rund 30 000 Menschen von Creggan, dem Stadtteil oberhalb von Bogside, hinunter zu den Rossville Flats, um dort ihre Kundgebung gegen die Internierungspolitik der britischen Regierung abzuhalten. »Trotz allem, was sie uns bis dahin angetan hatten, fühlten wir uns stark«, erinnert sich Bernadette McAliskey. Der Marsch, zu dem die Derry Civil Rights Association aufgerufen hatte, war illegal wie alle Demonstrationen in jener Zeit, doch das kümmerte wenige. Als die Armee die DemonstrantInnen in der Nähe der Rossville Flats stoppte, zogen sie eben zum zweihundert Meter entfernten Free-Derry-Corner weiter, jenem Straßeneck mit der großen Hausaufschrift »You are now entering Free Derry«.

Bei den Rossville Flats waren derweil etwa hundert Jugendliche damit beschäftigt, die Soldaten mit Steinen zu bewerfen und den Gummigeschossen auszuweichen, die als Antwort geflogen kamen. Als sich ein Teil der Menge am Free-Derry-Corner um die provisorische Rednertribüne der BürgerrechtlerInnen scharte (ein anderer Teil machte sich auf den Heimweg, denn die Reden kannte man schon), fielen die ersten Schüsse. Bernadette McAliskey wollte gerade ihre Rede beginnen, da »sah ich, wie sich plötzlich alle auf den Boden warfen«. Auch sie ging in Deckung. »Als ich Minuten später nachschaute, lagen immer noch ein paar herum. Die sind regungslos vor Angst, dachte ich. Aber sie waren tot.«

An diesem Blutsonntag erschoss ein Fallschirmjägerbataillon, das eigens wegen des Demonstrationenzuges herbeigeordert worden war, dreizehn Menschen, ein vierzehnter erlag später seiner Schussverletzung. Es waren alles Männer (obwohl auch sehr viele Frauen und Kinder anwesend waren), die meisten waren um die zwanzig und in den Rücken getroffen worden, als sie sich in Sicherheit

bringen wollten. Sie seien von der IRA angegriffen worden, rechtfertigten sich die verantwortlichen Offiziere später, doch dafür hat sich bis heute kein vertrauenswürdiger Zeuge gefunden, Tausende bezeugten das Gegenteil. Das aber hinderte Lord Widgery, Britanniens obersten Richter, nicht, die Armee von jeder Schuld freizusprechen. Sein Untersuchungsbericht, der in der Bemerkung gipfelte, ohne Demonstration hätte es auch keine Toten gegeben, wurde vom britischen Unterhaus akzeptiert. Selbst die wohlmeinende Vermutung, die Fallschirmjäger hätten nicht befehlsgemäß gehandelt, sondern seien einfach Amok gelaufen, wurde durch die parlamentarische Absegnung des Widgery-Berichts widerlegt: Der Kampfeinsatz war ohne Fehl und Tadel. Noch im selben Jahr wurde der für das Massaker verantwortliche Kommandant für hervorragende Verdienste um die britische Krone zum Ritter geschlagen.

Die Absolution von höchster Stelle verstärkte die Botschaft, die vom Blutsonntag ausging: Wer sich dem Staat widersetzt, riskiert das Leben. Die Botschaft kam an – ein Teil der katholisch-nationalistischen Bevölkerung zog sich aus dem politischen Geschehen zurück, kaum jemand wollte noch demonstrieren, diese Art der Manifestation hatte ausgedient. Andere gelangten jedoch zu einem ganz anderen Schluss. Gewalt könne nur mit Gewalt beantwortet werden, sagten sie. Der Versuch der Bürgerrechtsbewegung, sich dem Stormont-Regime friedlich zu widersetzen, war in Blut ertränkt worden. Auch jenen, die bis dahin den Kampf der Provisionals für ein vereintes Irland als romantische Träumerei abgetan hatten, kam es nach den Schüssen in Derry und nach der Veröffentlichung des Widgery-Berichts gar nicht mehr so irrational vor, sich bei der IRA zu bewerben.

Kapitel 3

Für Gott und Ulster

Gusty Spence, der Mann, der den Krieg begann

Der Mann steht noch immer hoch im Kurs. »Gusty?«, fragt der Sechzehnjährige und nimmt mit einem Mal Haltung an, »Gusty Spence?« Ja, der könne viel erzählen; Mann, was der alles erlebt hat! Der Junge gerät schnell ins Plaudern, berichtet von den Heldentaten dieses Gusty Spence, gestikuliert heftig und vergisst dabei ganz die Andenken, die er eigentlich verkaufen wollte – Schals, Anstecknadeln, Mützen, Wimpel und Musikkassetten, auf denen die Freiwilligen der Ulster Volunteer Force (UVF) besungen werden. Gusty komme manchmal hier vorbei, sagt der Junge ein bisschen stolz. Früher habe er hier über diesem Laden gearbeitet, bei der Shankill Historical Society, auf die ein großes Schild an der Hauswand hinweist. Die Augen des Jungen leuchten, und man sieht Augustus »Gusty« Spence auch schon vor sich: ein schneidiger Kerl mit Offiziersmütze, mächtigem Schnurrbart und entschlossenem Blick. So jedenfalls zeigen ihn die Bilder, die vor Jahren aus dem Gefängnis geschmuggelt wurden. Eine imposante Persönlichkeit, kraftvoll, stark, herrisch.

»Wenn die Leute von Gusty Spence reden, sprechen sie nicht von mir, sondern von einem anderen Gusty Spence. Vergiss also, was du draußen gehört hast. Ich habe mit all dem nichts mehr zu tun, für mich ist das vorbei.« Der dieses sagt, passt so gar nicht zu den Fotos: kein Schnauz, keine zackige Stimme, keine breiten Schultern, sondern ein freundlicher älterer Herr mit lichtigem Haar, einem kleinen Bäuchlein und verschmitzten Augen. Er habe viele Hungerstreiks mitgemacht, sagt er, bis zu vierzig Tage lang. Dabei gehe die Gesundheit zugrunde. Einige Geschwüre habe er sich schon wegoperieren lassen müssen, die Gallenblase sei draußen, und auch Herz und Magen täten nicht mehr so recht. Welch ein Unterschied zu jenem Gusty Spence, der einst höchstpersönlich die mächtigen Feinde des protestantischen Volkes herausgefordert und der IRA den Krieg erklärt hatte!

Augustus »Gusty« Spence, 1933 geboren, war als Sohn einer angesehenen Familie in der Shankill aufgewachsen. Sein Vater hatte einst in der 36. (Ulster) Division der britischen Armee gedient, und auch Gusty war weit herumgekommen: mit vierzehn Jahren Arbeit in einer Westbelfaster Textilfabrik, danach eine Stelle bei Harland & Wolff, später Gelegenheitsjobs in England, schließlich Berufssoldat in der britischen Armee – Westdeutschland, Korea, Aden, Hongkong, Zypern. Eine typische Karriere damals, viele protestantische Arbeiter gingen zum Militär, wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit und weil die Armee »richtige Männer« brauchte. 1965 wurde Gusty Spence schließlich gefragt, ob er nicht der UVF beitreten wolle, jener paramilitärischen Organisation, die an die Tradition der Ulster

Volunteer Force von 1912 anknüpfen wollte. Sie nannten die neue Organisation ebenfalls UVF und übernahmen auch das alte Motto: »For God and Ulster.« Kurze Zeit später war Gusty Spence einer der Anführer.

»Die Situation erschien uns bedrohlich damals«, erinnert sich Spence. »Man hatte uns gesagt, dass die Republikaner den 50. Jahrestag des Osteraufstandes 1916 mit Brandbomben feiern wollten. Außerdem war von einer Verschwörung der IRA die Rede; es hieß, dass sie die gesamte Regierung in die Luft sprengen wolle. So heizten sie die Stimmung an. Dabei gab es damals keine IRA-Verschwörung, es gab ja nicht einmal eine IRA.« Wie viele ProtestantInnen glaubte jedoch auch Gusty Spence damals den Worten des jungen Predigers Paisley.

Ian Richard Kyle Paisley, 1926 in Ballymena als Sohn des Baptistenpredigers und ehemaligen UVF-Mitglieds James Kyle Paisley geboren, verstand es gut, Ängste zu schüren. Nur eine kleine Unaufmerksamkeit, predigte er wieder und wieder, und die Heerscharen des Feindes würden die Grenzen stürmen, die Protestanten in Ketten schlagen und auf Galeerenschiffen in die Sklaverei nach Rom führen. Zumindest aber würden sie den Protestanten alle Arbeitsplätze wegnehmen und sie aus ihren Wohnungen vertreiben. Waren nicht die Katholiken gerade dabei, den Sozialstaat zu plündern, um riesige Familien heranzuzüchten, auf dass sie dereinst die Mehrheitsverhältnisse kippen könnten? Der Feind sei natürlich auch unter ihnen selbst, unachtsame Menschen, sogar Verräter, Menschen wie Terence O'Neill zum Beispiel.

Paisley und die Mitglieder seiner 1951 gegründeten Sekte, der Free Presbyterian Church of Ulster, agierten auf der Straße, in Betsälen und in Fabrikantinen. Bis in die fünfziger Jahre hinein waren in den Werften und anderen Großbetrieben Bibelstunden während der Mittagspause keine Seltenheit. Paisley schaffte es, alles miteinander zu verknüpfen: Jeder Kompromiss in religiösen Fragen bedrohe Arbeitsplätze, jede Konzilianz auf politischem Gebiet gefährde protestantischen Wohnraum. Für die Bibelsprüche interessierten sich die protestantischen Arbeiter herzlich wenig, für bessere Jobs und bessere Wohnungen dafür umso

mehr.

Als die IRA 1956 ihren Grenzkrieg ausrief, gründete Paisley die Ulster Protestant Action (UPA), eine Art Bürgerwehr zum Schutz protestantischer Einrichtungen vor IRA-Angriffen. Da die aber nicht angriff, wandten sich Paisley und seine Männer einer anderen wichtigen Frage zu: der ordentlichen Beflagung öffentlicher Gebäude. Symbole hatten auch damals schon übergroße Bedeutung. 1958 marschierten Paisley und seine UPA immer wieder durch Belfast, um ihre Forderung durchzusetzen, nach der über jedem Amt ein Union Jack zu wehen habe. Im Jahr darauf stachelte er bei einer denkwürdigen UPA-Kundgebung in der Belfaster Shankill Road die Protestantenjugend auf: Ob sie denn nicht wüssten, dass in Haus Nummer 425 in der Shankill Road Papisten wohnten, des Papstes Mannen!, geiferte er. Und die Eisdiele?

Italienische Papisten! Und das Haus Aden Street Nummer 56? Fast hundert Jahre lang hätten dort Protestanten gewohnt, und heute: Papisten! Crimea Street Nummer 38? Papisten!

Nach der Rede rannte der Mob durch die Shankill Road, warf Scheiben ein, plünderte Läden und schmierte Parolen an die Wände: »Taigs Out!«, »Scheißkatholiken raus!« Paisley selbst hatte damit natürlich nichts zu tun. Als die Menge loszog, saß er bereits wieder im Auto. Er sei nicht dabei gewesen, beteuerte er später. Paisley war nie dabei. Nicht 1964, als die von ihm auf Trab gebrachte Polizei eine kleine irische Trikolore beschlagnahmte und damit größere Unruhen auslöste. Nicht 1965, als seine Anhänger die paramilitärische Killertruppe UVF gründeten. Und auch nicht 1966, als Mitglieder der soeben von ihm gegründeten Ulster Protestant Volunteers (UPV) die UVF mit Sprengstoff versorgten. Ian Paisley predigte nur, den Rest besorgten andere.

Die ersten Opfer der UVF

Am 21. Mai 1966 erreichte ein Schreiben die Redaktionen der Belfast Tageszeitungen. »Von diesem Tag an erklären wir der IRA und ihren Splittergruppen den Krieg. Bekannte IRA-Männer werden von uns gnadenlos und ohne zu zögern exekutiert. (...) Wir dulden keine Einmischung – von welcher Seite auch immer – und warnen die Behörden vor weiteren beschwichtigenden Reden. Wir sind schwer bewaffnete Protestanten und unserer Sache voll ergeben. gez. Captain William Johnstone, Stabschef der UVF.« Das war die erste Botschaft von Gusty Spence. Das Schreiben erwähnte die Anschläge nicht, die vorher stattgefunden hatten, aber wenig erfolgreich ausgefallen waren. Zum Beispiel den Anschlag auf die Haustüre eines unionistischen Parlamentariers (es sollte nach einer IRA-Aktion aussehen) oder den Molotowcocktail, der ein katholisches Pub treffen sollte, stattdessen aber in der Wohnung einer 77-jährigen protestantischen Witwe landete, die an den Brandverletzungen verstarb.

Eine Woche nach »Captain Johnstones« Botschaft versammelte Spence seine Einheit in einem Hinterzimmer der Standard-Bar an der Shankill Road. Spence erläuterte die nächste Aktion – die Eliminierung des Katholiken Leo Martin, den er für einen Spion der IRA hielt. Am folgenden Abend warteten vier UVF-Freiwillige in einem geklauten Wagen auf ihr Opfer. Die Wartezeit dauerte lang und war vergeblich, doch da kam ein anderer Mann des Wegs, der 28-jährige John Patrick Scullion. Er wankte gerade von einer Zechtour nach Hause und sang sich lautstark durch sein Repertoire an irischen Rebellenliedern. Das konnte nur einer von der IRA sein. Scullion erlag drei Wochen später den Schussverletzungen.

Einen Monat nach dem Anschlag auf Scullion gab Spence erneut den Befehl, Leo Martin aufzuspüren. Aber der war wieder nicht aufzufinden. Frustriert kehrte die UVF-Einheit an die Shankill Road zurück und genehmigte sich im Malvern Arms, einem Pub, in dem auch nach der

Sperrstunde ausgeschenkt wurde, ein paar Bier. Da betraten vier Männer die Kneipe, Barmixer aus dem International Hotel im Stadtzentrum, die ebenfalls von der großzügigen Auslegung der Schankzeiten wussten. Alle vier waren Katholiken, einer sprach einen südirischen Akzent: Damals war es noch nicht ungewöhnlich, dass Katholiken in der Shankill Road zechten oder Protestanten die Pubs entlang der Falls Road besuchten. Doch Spence bestellte seinen Männern eine Runde, spionierte ein wenig an der Theke und kehrte mit der Erkenntnis zurück: Alles IRA-Leute.

Als die vier kurz nach zwei Uhr morgens das Malvern Arms verließen, erwartete sie die UVF. Zwei der vier wurden schwer verletzt, einer starb. Spence und seine Leute wurden bald geschnappt, im folgenden Prozess identifizierte einer der Verletzten Spence als Täter: Er habe ununterbrochen abgedrückt und sechs Mal getroffen. Spence, dem das Gericht auch den tödlichen Schuss anlastete, wurde zu »lebenslänglich, mindestens zwanzig Jahre Gefängnis« verurteilt.

Nach dem Attentat verbot die nordirische Regierung die UVF, und Ian Paisley distanzierte sich von Spence. Die protestantische Community von der Shankill Road war entsetzt, die Exekution von Menschen, die sich außer ihrem Katholizismus nichts hatten zuschulden kommen lassen, entrüstete sie; denn noch waren Gewalttaten dieser Art in Nordirland ungewöhnlich. Doch dann kam die Bürgerrechtsbewegung, die an der Shankill Road als Bedrohung aufgefasst wurde; die ProtestantInnen attackierten sie, die IRA schlug zurück, die Gewaltspirale drehte sich nach oben – und auf einmal war Gusty Spence der Held der Shankill Road: Hatte er nicht alles schon viel früher erkannt und auch sofort konsequent gehandelt? Spence wurde zum Superstar.

Die Lügen der Barone

Spence dirigierte seine UVF, die 1968/69 immer mehr Zulauf erhielt, jahrelang vom Knast aus. Im Gefängnis an der Crumlin Road und später im Lager von Long Kesh war er kommandierender Offizier der ständig wachsenden Zahl von protestantischen Mithäftlingen. Er gab die Befehle, inspizierte die Lager, hielt Paraden ab und verbannte – wenn es sein musste – unfolgsame Mitglieder aus der Organisation. Aber er hatte auch Zeit, viel Zeit. Spence begann zu lesen, Bücher zur irischen Geschichte, die Schriften des irischen Marxisten und Gewerkschaftsführers James Connolly, auch Texte von Frantz Fanon und Che Guevara. Im Gefängnis lernte er Gälisch und machte erstmals Bekanntschaft mit Leuten, die ein paar hundert Meter westlich von der Shankill Road aufgewachsen waren: Katholiken, Bürgerrechtler, Republikaner, IRA-Mitglieder.

»Ich habe mich als einfachen Soldaten Ihrer Majestät gesehen«, erzählt Gusty Spence. »Dass ich manipuliert wurde, dämmerte mir erst, als ich von der Special Branch (der Aufklärungseinheit der nordirischen Polizei RUC) verhört wurde. Die interessierten sich nämlich nicht für

die Einzelheiten, sondern für ›die Konspiration‹, wie sie es nannten. Die wussten Sachen, von denen ich keine Ahnung hatte. Eigentlich hätten wir die Gewehre gegen die Brut da oben richten müssen und nicht gegen die Katholiken.« Auf die »Brut da oben« ist Spence gar nicht gut zu sprechen. Im Gefängnis war ihm aufgegangen, dass die wirklich Herrschenden im Lande die ArbeiterInnen beider Gemeinschaften gegeneinander ausgespielt hatten. »In den dreißiger Jahren war die Armut noch größer. Damals haben sich die protestantischen und die katholischen Arbeiter zusammengetan, haben gemeinsam demonstriert. Meine Eltern waren dabei. Sie forderten Essen, genug Lebensmittel für die Kinder, mehr wollten die nicht. Es waren mächtige Demonstrationen gegen die Sozialpolitik der unionistischen Barone, denn die Sozialhilfe war teuflisch niedrig. Diese Bastarde haben den Arbeitern nicht das geringste Vergnügen gegönnt, nicht einmal eine Zigarette!«

Die gemeinsamen Aktionen der Arbeitslosen im Jahre 1932 waren erfolgreich, die Sozialhilfe wurde verdreifacht. Doch in der Folgezeit heuerten die Unternehmer, wenn ihre Position bedroht war, Killer an, die mit ein paar Schüssen das alte Gewaltkarussell wieder in Gang setzten. »Und da war es mit dem gemeinsamen Demonstrieren wieder vorbei. Die Bosse erzählten, dass alle Protestanten gegen die katholische Bedrohung zusammenhalten müssten, und damit war die Gefahr gebannt. Es hat nie wieder einen gemeinsamen Kampf gegen die Herrschenden gegeben.« Im Gefängnis hat Gusty Spence begriffen, was dieser »protestantische Staat für protestantische Menschen« in Wirklichkeit war: »eine glatte Lüge.« Denn den protestantischen ArbeiterInnen sei es nicht besser ergangen als den katholischen, jedenfalls nicht viel besser. Heute sei er ein »demokratischer Sozialist«, sagt Spence, einer, der will, »dass alle einen fairen Anteil am Reichtum des Landes bekommen, ohne Ansehen ihrer Hautfarbe, ihrer Klasse, ihrer Herkunft. Alle haben ein Anrecht auf Glück!« Ja, auch damals habe er so empfunden, »es war mir nur nicht so klar. Mann, war ich damals dumm, war ich naiv, war ich bigott.«

Die Salven des Propheten

Während Spence im Gefängnis die Gegenseite kennen lernte und mit den Kommandanten der anderen paramilitärischen Verbände bei der britischen Nordirlandverwaltung bessere Haftbedingungen und den politischen Status der Gefangenen erstritt, tourte Ian Paisley noch energischer durch Nordirland. Die »kommunistische« Bürgerrechtsbewegung war für ihn der Beweis, dass er mit seinen Prophezeiungen richtig lag. Hatte er nicht stets vor den gefährlichen Ansichten des Premierministers Terence O'Neill gewarnt und scharf verurteilt, als sich dieser mit irischen Politikern traf? Und hatte er nicht von Anfang an ein härteres Vorgehen gegenüber den Bürgerrechtlern gefordert?

Im April 1969 legte die UVF eine Reihe von Bomben, die den unionistischen Modernisierer O'Neill aus dem Amt sprengten; nach

diesem Erfolg intensivierte Paisley seine Anstrengungen, seine Ulster Protestant Volunteers (UPV) zu einer Volksmiliz auszubauen. Wie bei vielen seiner Handlungen folgte er darin seinem Idol Edward Carson, der einst »Ulster« vor Home Rule bewahrt hatte und den er oft und gern in Gestik und Kleidung imitierte. Der neue Premierminister James Chichester-Clark begrüßte anfangs die Bildung einer Volksmiliz, war dann aber schnell wieder in Deckung gegangen; schließlich stand seiner Regierung mit der RUC, den B-Specials und den Territorialeinheiten der Armee eine ansehnliche Streitmacht zur Verfügung. Die Idee einer protestantischen Volksmiliz als »dritter Kraft« sollte Ian Paisley aber auch dann nicht loslassen, als er unumstrittener Führer einer großen Partei war: Immer wieder gründete er Verbände, die gewisse Ähnlichkeiten mit den illegalen Paramilitärs aufwiesen.

Paisley spielt virtuos auf allen politischen Instrumenten: Er beherrscht das ABC des zivilen Widerstands und droht geschickt mit dem »Volkswillen«, indem er auf eine meist gerade erst gegründete, windige Organisation verweist, die diesen »Volkswillen« angeblich geäußert hat; und er versteht die Spielregeln des parlamentarischen Systems. Bei der Wahl zum nordirischen Parlament 1969 kandidierte er direkt gegen den unionistischen Premierminister O'Neill (und verlor nur knapp), bei der darauf folgenden Nordirlandwahl (1970) eroberte er den gleichen Wahlkreis mühelos; zwei Monate später gewann er (wieder gegen die Unionistische Partei) einen Sitz im Londoner Unterhaus, den er seither ohne Schwierigkeiten verteidigt; ab 1979 wurde er schließlich auch ins Europäische Parlament gewählt und erhielt dabei immer die meisten Stimmen. Ian Paisley gilt nicht ganz zu Unrecht als Nordirlands populärster Politiker.

Einer der einflussreichsten Gottesdiener ist er auf jeden Fall. Seit den fünfziger Jahren unterhält er gute Kontakte zu protestantischen Fundamentalisten in den USA – die rassistisch-bigotte Bob-Jones-University of Greenville, Carolina, verlieh ihm 1966 eine Ehrendoktorwürde, auf die er besonders stolz ist –, und wie ein Südstaatenprediger hört er sich manchmal auch an, wenn er die Bauern, Händlerinnen, Hausfrauen und Handwerker seiner Gemeinde in Angst und Schrecken versetzt, um sie im gleichen Moment wieder zu beruhigen: »Gott hat mir gezeigt, dass er ein kleines Volk in Ulster hat. Ein auserwähltes Volk! Ein erlöstes Volk! Ein errettetes Volk! Ein gottesfürchtiges Volk! Ein besonderes Volk! Sein Volk! Und ich glaube Gott!« So predigt Paisley seit einem halben Jahrhundert landauf, landab in bis zu vier Gottesdiensten pro Sonntag, bei Straßenversammlungen, auf Kundgebungen, in Parlamentssälen. Und viele glauben ihm Wort für Wort. Hatte nicht Gott (nachzulesen in der Bibel, die sie wörtlich nehmen) immer dann Propheten gesandt, wenn Israel in Gefahr war, und ist nicht Ian Paisley ein solcher Prophet, geschickt, um Ulster aus der Krise zu führen?

Dass seine Gemeinde mit vielleicht zehntausend Mitgliedern eine kleine Minderheit darstellt, ficht die Freien PresbyterianerInnen nicht an. Schließlich hat Gott Gideon aufgefordert, seine Truppen auf ein

Minimum zu reduzieren, damit es nicht so aussehe, als habe Israel sich selbst geholfen. Und Gideon hat über die Midianiter gesiegt.

Der Kneipenkrieg

Überbordende Selbstgerechtigkeit, eine große Verachtung für alle Nichtgläubigen, tief sitzender Rassismus und ein militanter Antikatholizismus prägen die kleinbürgerliche Glaubensgemeinschaft der Freien Presbyterianer. In den protestantischen Arbeitervierteln kommen noch Angst, Verunsicherung und Hass dazu. Hier glaubten viele allzu gern Paisleys Behauptung, dass die Katholiken 1969 ihre Häuser in der Bombay Street selber in Brand gesteckt hätten, um die Protestanten zu diskreditieren. Wer so hinterhältig ist, verdient keinen Respekt und keine menschenwürdige Behandlung. In einem rauen Klima, wie es in den Arbeitervierteln herrscht, konnten Paisleys Lügen schnell verheerende Folgen haben.

Anfang der siebziger Jahre gab es eine Reihe von Fällen, in denen protestantische Jugendgangs schwächere Katholiken nicht nur verprügelten, sondern ihnen auch mit Scherben, Nägeln oder Messern die Buchstaben UVF ins Fleisch ritzen. Erniedrigungen und Quälereien dieser Art nahmen zu, als die Belfast IRA zusätzlich zu ihren Attacken auf britische Soldaten und RUC-Beamte eine weitere Front eröffnete. Im März 1971 vollbrachten IRA-Mitglieder eine in den Augen der protestantischen Bevölkerung besonders heimtückische Tat. Sie luden drei junge schottische Soldaten, die sie nach Dienstschluss in einer Kneipe getroffen hatten, auf ein paar Bier in ein entlegenes Pub ein – und erschossen sie unterwegs. Damit wurden erstmals auch Soldaten, die sich im Ausgang befanden, zum Ziel einer Aktion. Dieses Attentat hatte gleich zwei Folgen: Fortan zogen protestantische Jugendliche, die sich Tartans nannten, durch die Straßen zwischen den beiden Communities und sorgten für Unruhe, wo immer sie mit ihren Schals im Schottenkaro und ihren Springerstiefeln hinkamen. Und kurz danach schlossen sich viele der örtlichen loyalistischen Verteidigungsgruppen zur Ulster Defense Association (UDA) zusammen, die schnell zur größten paramilitärischen Organisation heranwuchs (die UVF war ja verboten) und in ihrer besten Zeit fünfzigtausend Mitglieder zählte.

Nach Beginn der Internierungen im August 1971 traf die damalige IRA-Führung eine weitere verhängnisvolle Entscheidung, die sich noch lange rächen sollte: Ende September sprengte eine IRA-Einheit das Pub Four Step Inn an der Shankill Road in die Luft, zwei Menschen kamen dabei um. Die Bombe war eindeutig gegen die protestantische Zivilbevölkerung gerichtet, die danach keinen Paisley mehr brauchte, um in Empörung zu geraten. Die Vergeltung war fürchterlich: Im Dezember explodierte in McGurk's Bar im Stadtzentrum ein UVF-Sprengsatz (fünfzehn Tote), danach legte die IRA eine Bombe in ein Möbelgeschäft an der Shankill Road (vier Tote), und die UVF antwortete mit einem Anschlag auf Murtagh's Bar in der nationalistischen Springfield Road (ein Toter).

Dieser Belfaster Todesreigen gipfelte 1972 im Bloody Friday: An diesem Tag zündete die IRA im Stadtzentrum von Belfast innerhalb weniger Stunden 26 Bomben, bei denen elf Menschen starben. Im kollektiven Gedächtnis der UnionistInnen hat sich dieser Blutfreitag ebenso tief eingegraben wie der Blutsonntag von 1972 in den Köpfen der nationalistischen Bevölkerung – da konnte die IRA später noch so oft erklären, ihr Kampf gelte nur den britischen Besatzern. Der Blutfreitag war auch noch in anderer Hinsicht ein Eigentor: Zehn Tage später unternahm die britische Armee ihre größte Operation seit dem Suez-Krieg und schickte 12 000 Soldaten mit Bulldozern und Panzern in die katholischen Viertel, wo manche EinwohnerInnen – immer noch schockiert von dem IRA-Anschlag – bei der Beseitigung der Barrikaden mithalfen. Das war das Ende von »Free Derry« und »Free Belfast«.

Die Schlächter von der Shankill Road

1972 war mit fast fünfhundert Toten das schlimmste Jahr des Krieges. Vielen ist es auch noch in Erinnerung, weil in ihm eine besonders scheußliche Serie von Morden begann. Im August 1972 wurde in Nordbelfast der 48-jährige Nachtwächter Thomas Madden tot aufgefunden. Er war, wie sich herausstellte, gefoltert worden; sein Leichnam wies 147 Messerstiche auf, keiner davon war tödlich. Die Täter hatten den Katholiken nach langen Quälereien erdrosselt. Im folgenden Jahr tötete ebenfalls ein Protestant den Politiker Paddy Wilson von der Social Democratic and Labour Party mit 32 und dessen Freundin Irene Andrews mit 19 Stichen (der dafür verurteilte John White ist heute UDA-Sprecher in Belfast). Aus diesen Einzelfällen wurde 1975 eine Taktik, die die gesamte nationalistische Bevölkerung von Belfast in Atem hielt. Verantwortlich dafür war das UVF-Mitglied Lenny Murphy, der eine eigene Gang gründete (die so genannten Shankill Butchers, die Shankill-Metzger), weil ihm die Mordaktionen der UVF zu betulich erschienen. Diese sadistische Gang spezialisierte sich darauf, Menschen einzusammeln, die ihr katholisch vorkamen; sie schleppten sie in Garagen oder Pubs, schlugen sie dort öffentlich oder privat halb tot und zerstückelten die Opfer anschließend mit chirurgisch exakten Messerstichen. Insgesamt haben Murphy und seine elfköpfige Gang zwischen 1975 und 1977 mindestens neunzehn Menschen gefoltert und getötet.

Für die UVF war die Auswahl der Opfer an sich schon in Ordnung. Schon damals verfolgten die loyalistischen Paramilitärs die Strategie, unbeteiligte Katholiken abzuschießen, um die IRA unter Druck zu setzen (siehe auch Kapitel 6). Was die UVF aber störte, war Murphys besonders brutales Vorgehen, weil es in der eigenen Community Abscheu hervorrief, außerdem konnte sie seine von blindem Hass geleitete Disziplinlosigkeit nicht dulden. Als Murphy nach fünf Jahren Haft (ihm konnten die Taten nicht nachgewiesen werden) die Organisation durch weitere Morde in Verruf brachte, lenkten Informationen aus dem Umfeld der loyalistischen Paramilitärs eine IRA-Einheit auf seine Spur. Nach seinem Tod 1982 richtete ihm die

UVF ein paramilitärisches Begräbnis mit allen Ehren aus; sein Grabstein trägt die Inschrift: »Hier ruht ein Soldat«.

Der loyalistische Generalstreik

Andere, die sich ebenfalls als Soldaten Ihrer Majestät begriffen, distanzierten sich von den Schlächtereien der Shankill Butchers. Sie zogen einen Kopfschuss vor – oder einen Einsatz wie den im Frühjahr 1974. Zu jener Zeit hatten sich im englischen Sunningdale die Regierungen von Britannien und Irland und die Vertreter der SDLP, der konfessionsübergreifenden Alliance Party und der UnionistInnen auf eine politische Lösung verständigt. Diese sah die Einsetzung einer Provinzregierung unter Beteiligung aller verfassungsgemäßen Parteien (»power sharing«) sowie die Bildung eines Gesamtirischen Rats vor, dessen Befugnis aber von den Vertragsparteien unterschiedlich interpretiert wurde. Was im Kern der Versuch war, die IRA zu schwächen (Machtbeteiligung der SDLP, Mitsprache der irischen Regierung, die dafür eine schärfere Gangart gegenüber den Republikanern versprach), wurde von der loyalistischen Basis als Kapitulation vor dem Feind verstanden.

Mitte Mai 1974 legten die vom Ulster Workers' Council vertretenen protestantischen ArbeiterInnen aus Protest gegen das Sunningdale-Abkommen in Großbetrieben und Elektrizitätswerken die Arbeit nieder; viele Beschäftigte folgten sofort dem Streikaufruf, andere mussten erst durch die Paramilitärs – die offen und bewaffnet durch die Straßen zogen – dazu gezwungen werden. Ian Paisley, der vehement gegen das Abkommen gewettert hatte, hielt sich zu Beginn der direkten Konfrontation zwischen loyalistischer Arbeiterschaft und britischem Staat zurück. Kurz vor Streikbeginn flog er wegen einer »dringenden Bibelmission« in die Vereinigten Staaten und kehrte erst zurück, als sich der Streikerfolg bereits abzuzeichnen begann. Dass er sich unmittelbar nach seiner Rückkehr an die Spitze der Streikbewegung stellen und den Erfolg für sich reklamieren wollte, stieß vielen Aktivisten des Arbeiterrates sauer auf. Sie – und nicht er – hatten den einzigen erfolgreichen Generalstreik in der Geschichte des Vereinigten Königreichs auf die Beine gestellt: Nach vierzehn Tagen ließ die Labour-Regierung unter Harold Wilson das Sunningdale-Abkommen wie eine heiße Kartoffel fallen. Brian Faulkner, der nach Chichester-Clark die Führung der Unionisten-Partei übernommen und das Abkommen unterschrieben hatte, war damit erledigt.

Auch Paisley war vorerst erledigt, zumindest in den Augen der militanten loyalistischen Paramilitärs. Sie hatten genug von seinen Anbiederungen und seinen Distanzierungen, von seinen Aufrufen und seinem Abwiegeln. Der Partei- und Kirchenführer konnte nicht alle Erwartungen erfüllen. Seine Kirchengemeinde begrüßte zwar prinzipiell die Morde der loyalistischen Kommandos, doch damit zu tun haben wollte sie nichts. Die Paramilitärs wiederum wollten nicht länger einem Mann zuhören, der »am Montag den Bürgerkrieg ausruft und ihn am Freitag wieder abbläst« (wie es der langjährige UDA-Vorsitzende Andy

Tyrie formulierte). Die Führer der in den paramilitärischen Gruppen organisierten protestantischen ArbeiterInnen lösten sich spätestens 1974 von ihrem damaligen geistigen Anführer und verfolgten danach eine eigenständige Politik.

Auch Gusty Spence, der 1985 entlassen wurde, wollte ab Mitte der siebziger Jahre von Paisley nichts mehr wissen. »Achtzehn Jahre lang stand die Zeit für mich still, ich konnte nur dasitzen und nachdenken: Was hat mich hierher gebracht, was bedeutet meine Haft für meine Frau und meine vier Kinder?«, sagt er und erzählt, wie er einmal spätabends zu dem Teil des Lagers hinüberwanderte, in dem die Provos saßen. »Dort löste sich ein Schatten aus dem Novembernebel. ›Bist du das, Gusty?«, fragte der. ›Ja«, sagte ich, ich konnte nicht sehen, wer es war. ›Warum zum Teufel sind wir eigentlich hier drin?‹ ›Ich weiß es nicht«, antwortete ich. Die Situation habe ich bis heute nicht vergessen.«

In der Haft und auch später hat Spence viele Briefe geschrieben, unter anderem an die Mutter von Peter Ward, für dessen Ermordung er verurteilt worden war, und er hat sich für das Leid entschuldigt, das er über sie gebracht hatte. 1978 schlug er zur Verblüffung aller erstmals einen Waffenstillstand und Verhandlungen mit der IRA vor: »Es waren doch nicht die protestantischen Arbeiter, die die katholischen Arbeiter diskriminiert haben. Man braucht Macht, um jemanden diskriminieren zu können. Diese Macht hatten wir nie.« Nach seiner Entlassung 1985 engagierte sich Spence in der Shankill Historical Society, später arbeitete er als ehrenamtlicher Sozialarbeiter im Shankill Activity Centre, in dem er ein unabhängiges Plattenstudio aufbaute (das zuweilen auch von KatholikInnen genutzt wurde) und wo er eine Reihe von Computerausbildungsplätzen einrichten ließ. Wenn er sich für Frieden einsetze, dann werde sie ihm verzeihen, hatte ihm die Mutter von Peter Ward geschrieben.

Als im Oktober 1994 das Vereinigte Loyalistische Kommando von UVF und UDA der Initiative der IRA folgte und ebenfalls einen Waffenstillstand ausrief, stand Gusty Spence noch einmal im Rampenlicht: Er verlas die Erklärung, mit der die protestantischen Paramilitärs ihre Waffenruhe begründeten und – darauf hatte Spence gedrängt – mit der sie sich bei den Opfern entschuldigten. Danach wurde es still um ihn, die Krankheiten häuften sich. Nur der Mann, der ihn einst in den Kampf geschickt hatte, zieht noch immer durch Nordirland und predigt Widerstand gegen Ulsters Feinde. Vielleicht hätte auch Ian Paisley eine mehrjährige Zwangspause gut getan.

Kapitel 4

Der Preis der Freiheit

Die drei Leben des IRA-Freiwilligen Tommy McKearney

Seine drei Brüder starben während der Troubles: Der erste wurde von der eigenen Bombe zerrissen, der zweite verblutete im Kugelhagel der britischen Armee, den dritten töteten protestantische Killer. Er selbst verbrachte fast die Hälfte seines Lebens im Untergrund und in Gefängnissen, wo er misshandelt und als Verbrecher abgestempelt wurde. Den ersten großen Hungerstreik 1980 überlebte er nur knapp, und am Ende seiner langen Haft stand er dann plötzlich alleine da – weil er es wagte, den Kurs der Bewegung zu kritisieren, für die er alles riskiert hatte. Tommy McKearneys Geschichte ist die Geschichte einer Generation, die viel gewagt und viel verloren hat: die Zuversicht, die FreundInnen, die Angehörigen, das eigene Leben. Aber nur wenige hat die Wucht der Gewalt, die sie mit entfesselten, so hart getroffen wie die McKearneys. Und doch schwingt keine Erbitterung mit, wenn der heute 47-Jährige sein Leben schildert. Wie er so dasitzt und Bilanz zieht im Wohnzimmer seines kleinen neuen Hauses – man möchte kaum glauben, dass so vieles in so wenige Jahre passt und dass er all das wirklich auch selbst erlebt hat. So emotionslos berichtet er, so ernsthaft analysiert er, und so sorgfältig entwickelt er seine Argumente. Er hat viel nachgedacht, das schafft Distanz.

Aber Tommy McKearney hat auch Glück gehabt. Das Glück heißt Patricia. Ihr war er erstmals Anfang der siebziger Jahre begegnet, auf einer seiner vielen Fluchten in die Republik Irland, dort lernten sie sich kennen, und später hat sie ihn dann im Gefängnis besucht. Als er 1993 entlassen wurde, stand sie vor der Tür. Er zog zu ihr nach Monaghan, jener Grafschaft der Republik Irland, die wie ein Keil nach Nordirland hineinragt. Patricias Schwester Margaret schenkte den beiden ein Baugrundstück und etwas Geld zur Hochzeit, dann bauten sie in viel Eigenarbeit das kleine Haus am Rand von Monaghan-Town. Wenn Tommy McKearney von den letzten Jahren erzählt, lachen seine Augen. In Monaghan fühlt er sich wohl und einigermaßen sicher. Hier ist er einfach Patricias Mann und kein »IRA-Terrorist« wie ein paar Kilometer weiter nördlich. Doch den unstillen Blick und die leicht angespannte Haltung – ein Merkmal vieler ehemaliger Gefangener und Flüchtlinge – hat McKearney nicht ablegen können. In den ersten Jahren nach seinem Einzug ist hin und wieder die Polizei vorbeigekommen, um das Haus zu durchsuchen; heute, so vermutet er, wird nur noch sein Telefon abgehört.

Der Weg in die IRA

Tommy McKearney wurde 1953 im nordirischen Moy (Grafschaft Tyrone) geboren und wuchs in einer republikanischen Familie auf – beide Großväter waren Mitglieder der IRA gewesen, beide hatten einst im irischen Bürgerkrieg gekämpft (einer war auch in Spanien, um die Republik gegen Francos Faschisten zu verteidigen). Als sich Ende der sechziger Jahre die Bürgerrechtsbewegung formierte und Gleichheit und Gerechtigkeit forderte, war Tommy fünfzehn, alt genug also, um mitzubekommen, wie die BürgerrechtlerInnen von den Unionisten und deren Polizei zusammengeschlagen wurden. Der erste

Bürgerrechtsmarsch von Coalisland nach Dungannon fand August 1968 in der Nähe seines Heimatortes statt und war über Wochen hinweg Dorfgespräch.

Ein Jahr später – in Belfast gingen gerade nationalistische Straßenzüge in Flammen auf – zog einer der Großväter nach Moy. Er erzählte von früheren Kämpfen und erklärte seinen Enkeln, was in Nordirland gerade vor sich ging. Tommy und seine Geschwister hörten gebannt den tollen IRA-Geschichten zu, die der alte Mann so gut zu schildern wusste, und waren tief beeindruckt, dass es da eine Kraft gab, die den Mächtigen Paroli bot. Auch die Eltern hatten als RepublikanerInnen nichts gegen den Kampf der IRA einzuwenden, Hauptsache, ihre Kinder blieben den Troubles fern. Eine vergebliche Hoffnung.

Denn dann kam der 9. August 1971, ein Tag, der Tommys Leben veränderte. An diesem Tag brachte der Postbote die schriftliche Nachricht über Tommys Abschneiden bei der Abschlussprüfung; gleichzeitig informierte ihn sein Vater (der Dorfmetzger von Moy) über die neueste Schandtat der unionistischen Regierung: Die Internierung hatte gerade begonnen. Die Prüfung war nicht so gut ausgefallen wie erhofft, aber die Nachricht von den Internierungen verschlug ihm die Sprache. Und so beschloss Tommy McKearney, dass die Berufsausbildung erst einmal warten sollte.

Mit dem Zeugnis konnte er vielleicht Lehrer werden, viel mehr Möglichkeiten boten sich einem katholischen Jungen in Tyrone damals nicht. »Aber das war nicht wichtig damals«, sagt er, »man konnte ja überall einen Job finden, wenn nicht hier, dann in London, New York oder Sydney. In jener Zeit schien alles möglich: In Vietnam besiegte der Vietcong gerade die größte Militärmacht der Welt, alles veränderte sich.« Wozu also vorausplanen? Seine Eltern waren natürlich dagegen, er beschloss dennoch, der IRA beizutreten. »Es sollte ja nicht für lange sein«, sagt er, und seine Mutter habe das dann auch akzeptiert. »Wir glaubten wirklich, dass wir die Briten besiegen könnten. Und wir dachten, das würde nur ein paar Jahre dauern.« Danach, so seine Hoffnung, konnte das Leben weitergehen. Er war ja noch jung, gerade erst achtzehn Jahre alt. Es dauerte eine Weile, bis diese Hoffnung schwand.

Über sein »Engagement« in der republikanischen Bewegung will er nicht viel erzählen, schließlich könne seine Entlassung aus dem Gefängnis jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass er vor allem in seiner Region operierte, in den Grafschaften Tyrone, Armagh, Monaghan und Fermanagh. Tyrone ist seit langem Rebellenland, schon während des Unabhängigkeitskrieges in den zwanziger Jahren hatten militante RepublikanerInnen hier eine starke Basis. »Die Handwerker mit ihrem Selbstbewusstsein, die Kleinbauern mit ihrem traditionellen Hang zum Anarchismus und die materielle Not: Das hat dazu geführt, dass die republikanische Bewegung hier immer sehr stark war«, sagt McKearney. Oppositionelle hatten hier immer gute Chancen: Im Tyroner Unterhauswahlkreis Mid-Ulster gewann 1969 die

Bürgerrechtlerin Bernadette Devlin eine Nachwahl, im Wahlkreis Fermanagh/South Tyrone stimmte 1981 eine Mehrheit für Bobby Sands (der sich gerade im Hungerstreik befand und kurz danach starb), und seit 1997 repräsentiert der frühere IRA-Kommandant Martin McGuinness die Bevölkerung von Mid-Ulster im House of Commons. Dieses Umfeld gab auch McKearney Bewegungsfreiheit.

1972 musste er untertauchen. »Die Polizei kam zu meinen Eltern und nahm aus Versehen meinen jüngeren Bruder Pádraig mit. Da wusste ich: Sie sind hinter mir her. Unterzutauchen war relativ einfach. Hier sympathisieren viele mit der republikanischen Bewegung, auch nationalistische Familien halfen einem weiter.« Die seien zwar nicht immer einverstanden gewesen mit dem bewaffneten Kampf, aber verraten hätten sie einen nie. Tommy McKearney fand überall Unterschlupf, aber das Leben war hart. »Du durftest nie etwas bei dir tragen, keine Zahnbürste, keinen Rasierpinsel, keine zweite Unterhose. Das wäre bei Kontrollen zu auffällig gewesen.« Damals war die Überwachung allerdings noch nicht so ausgefeilt wie heute, vor allem besaßen die Truppen kein aktuelles Foto des IRA-Freiwilligen McKearney (das letzte stammte aus der Schulzeit und zeigte ihn als Vierzehnjährigen). Mit gefälschten Papieren oder guten Ausreden kam er durch alle Sperren. »Wichtig war, dass wir nie zu viert in einem Auto saßen und dass die Soldaten unsere Hände nicht sahen. Wir gaben uns als Bauarbeiter aus, hatten aber die Hände von Scharfschützen.«

Hoffnung auf den schnellen Sieg

An 1972 kann sich Tommy McKearney noch gut erinnern – es war das Jahr des »Blutsonntags« von Derry, des »Blutfreitags« von Belfast und das Jahr der Auflösung der nordirischen Regierung durch London und des ersten Waffenstillstands (der aber nur zwei Wochen hielt). In diesem Jahr stand die IRA bereits in der dritten Phase ihres Kampfes. Hatte sie sich in der ersten Phase (1970) noch auf die Verteidigung der nationalistischen Viertel von Nordirland konzentriert, so war 1971 die Phase der Vergeltung, in der Polizei, Armee und Kaufhäuser zu »legitimen Zielen« erklärt wurden. In der dritten Phase nun gingen die RepublikanerInnen, in der Hoffnung auf ein schnelles Ende, auf allen Ebenen in die Offensive. »Victory 72« hieß die Parole – Sieg im Jahr 1972. Optimismus herrschte auch noch im folgenden Jahr (»Victory 73«) und im nächsten (»Victory 74«). Doch das Konzept des kurzen Krieges ging nicht auf. »Wir hatten die Briten einfach unterschätzt«, sagt Tommy McKearney. »Wir dachten, wenn wir nur genügend Soldaten in Leichensäcken zurückschicken, würde die britische Öffentlichkeit meutern – so wie sich die Bevölkerung in den Staaten gerade dem Vietnamkrieg widersetzte. Aber der Aufschrei blieb aus.« Der nordirische Krieg trat in Britannien nur selten ins öffentliche Bewusstsein, und außerdem handelte es sich – anders als in den USA – nicht um Wehrpflichtige, die da tot zurückgeschickt wurden, sondern um Mitglieder einer Berufsarmee.

Tommy McKearney lebte das harte Leben eines IRA-Mitglieds »on the run«. Im Untergrund zu agieren bedeutete für die älteren Freiwilligen

das Ende ihres bisherigen Lebens: Sie sahen kaum noch Frau und Kinder, verloren ihren Job oder ihr kleines Geschäft, häuften oft Schulden an und konnten ihren Familien nichts bieten – nicht einmal die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Auch die Jüngeren lebten ein einsames Leben; neue Beziehungen zu knüpfen, Freund oder Freundin zu finden, war kaum möglich. Der Kampf im Untergrund führte entweder auf den Friedhof oder ins Gefängnis, anderes erwartete die Freiwilligen nicht. Die dritte Möglichkeit – eine mit einem Waffenstillstand verbundene Amnestie – stand damals noch nicht auf der Tagesordnung.

Nach seinen »Aktionen« haute Tommy McKearney manchmal über die Grenze in den Süden ab, wo er meistens ein bisschen Ruhe fand. Jedoch nicht immer: 1974 verurteilte ein irisches Gericht Tommy McKearney wegen IRA-Mitgliedschaft zu einem Jahr Haft, den drei Richtern genügte die Vermutung eines Polizisten, dass McKearney IRA-Mitglied sei. Er saß neun Monate im Gefängnis Portlaoise – »in relativer Sicherheit«, wie er sagt, weil damals die Republik Irland politisch Verfolgte noch nicht an die Behörden des Vereinigten Königreichs auslieferte.

Ebenfalls im Jahre 1974 parkten Tommys Bruder Seán und dessen Kollege Eugene Martin ein Auto vor einer Tankstelle bei Dungannon in der Grafschaft Tyrone. Die IRA verfolgte immer noch ihre Strategie der allgemeinen Zerstörung, um die Kosten des Konflikts für die britische Regierung so hoch wie möglich zu treiben. Irgendwann würden dem Staat schon die Mittel für die Entschädigungsleistungen ausgehen – eine Rechnung, die allerdings nicht aufging. Die Bombe, die die beiden IRA-Männer an die Tankstelle transportiert hatten, explodierte zu früh; Seán war gerade neunzehn Jahre alt.

In drei Stunden lebenslänglich

Nach McKearneys Freilassung aus Portlaoise intensivierte die britische Armee ihre Suche nach ihm, das Netz zog sich langsam zu. Die Geheimdienste der britischen Armee und der nordirischen Polizei arbeiteten immer effizienter. Zudem bot die offene Brigadestruktur der IRA mit ihren großen Bataillonen und Kompanien Spitzeln viel Einblick. Der Anfang 1975 ausgehandelte Waffenstillstand (er hielt ein knappes halbes Jahr) erlaubte den Geheimdienstlern ruhige Recherchen. Die IRA-Führung reagierte erst zu Beginn des Jahres 1977 auf die wachsende Zahl undichter Stellen in der Organisation und stellte ihre »aktiven Dienstleistungen« auf kleine Zellen um. Dank dieser Neustrukturierung lernte nicht jedes Mitglied gleich den halben Verein kennen, sondern nur noch die vier oder fünf Mitglieder der jeweiligen Zelle und vielleicht einen Verbindungsoffizier.

Für Tommy McKearney kam die Reorganisation zu spät. Er wurde im Oktober 1977 in einem angeblich sicheren Haus eines »Freundes« geschnappt und von dort ins zentrale RUC-Zentrum von Castlereagh (Belfast) geschafft und der üblichen Behandlung unterzogen. Fragen,

Schläge, Hungern, Schlafentzug, noch mehr Fragen, noch mehr Schläge. Sie verdrehten ihm die Handgelenke, bis er ohnmächtig wurde; sie stülpten einen Müllsack über seinen Kopf, bis ihm die Luft wegblieb, und prügeln auf ihn ein. Misshandlungen bildeten einen festen Bestandteil des Verhörs. Da selten Zeugenaussagen vorlagen, waren die Ankläger auf die Geständnisse der Verdächtigten angewiesen – oder auf Kronzeugen, die ebenfalls prügeln gewonnen wurden. In McKearneys Fall waren die Schikanen noch übler ausgefallen als gewöhnlich, jedenfalls war der Polizeiarzt, der ihn nach sieben Tagen »Verhör« untersuchte, so schockiert, dass er zwei spektakuläre Schritte unternahm: Er wandte sich an die Öffentlichkeit und quittierte den Dienst. »Seine Beschwerde verhallte erst ungehört«, erinnert sich McKearney, »aber dann wurde doch eine Untersuchung anberaumt. Und plötzlich ging alles ganz schnell.« Sein Fall wurde auf das Fließband der nordirischen Justiz gelegt; und da die Behörden ihn aus dem Weg haben wollten – ein misshandelter Untersuchungsgefangener konnte ihnen mehr Unannehmlichkeiten bereiten als ein misshandelter, aber rechtskräftig verurteilter Häftling –, kam es ruckzuck zum Prozess, und ebenso schnell war das Urteil gesprochen: Nach nur dreistündiger Verhandlungsdauer wurde McKearney wegen Mordes an einem Postboten, der in seiner Freizeit der Armee diente, zu lebenslanger Haft verurteilt. Als Entscheidungsgrundlage diente das Protokoll eines »Geständnisses« während seines Verhörs.

Zu jener Zeit lief das Fließband der nordirischen Justiz wie geschmiert: Die im Vereinigten Königreich üblichen Geschworenen waren in Nordirland im Zuge der Justizreform von 1973 abgeschafft worden; die Kronzeugenregelung produzierte jede Menge dubioser Aussagen, wer vor Gericht kam, wurde auch verurteilt. Innerhalb kurzer Zeit saßen mehr RepublikanerInnen im Gefängnis, als draußen aktiv waren.

Für die Aburteilung der republikanischen Gefangenen waren aufgrund von Sondergesetzen Sondergerichte zuständig; sie galten als politische Häftlinge, bis ihnen 1976 die damalige Labour-Regierung diesen Sonderstatus entzog. Tommy McKearney war demnach ein einfacher Verbrecher, als er 1978 ins britische Hochsicherheitsgefängnis Long Kesh im Westen von Belfast überführt wurde. Wie viele andere Mithäftlinge weigerte er sich jedoch, diese Entscheidung anzuerkennen. Er lehnte es ab, Sträflingskleidung anzuziehen, und so blieb ihm – wie seinen Kampfgefährten – als einziges Kleidungsstück eine Decke.

Vom Deckenprotest zum Hungerstreik

Der Deckenprotest weitete sich rasch aus; alle RepublikanerInnen, die nach August 1976 verurteilt wurden, beteiligten sich daran. Doch der Erfolg blieb aus. Die Forderung nach Wiederzuerkennung des Sonderstatus als politische Gefangene wurde außerhalb der Gefängnisse kaum wahrgenommen, auch die nationalistische Bevölkerung interessierte sich nur mäßig für den Kampf der Häftlinge. Die Hoffnung auf eine schnelle Beendigung des Kriegs war draußen lange schon verfliegen, alles sah eher nach einem Schrecken ohne Ende aus. Das

vermochte nicht viele zu mobilisieren – selbst dann nicht, als die Gefangenen den Protest verstärkten und ihren »Schmutzstreik« begannen. Diese Aktionsform – die Häftlinge wuschen sich nicht mehr und beschmierten die Zellenwände mit ihren Exkrementen – war auch eine Reaktion auf das Vorgehen vieler Wärter, die nicht nur ständig prügeln, sondern mitunter Toilettenkübel auf den Matratzen ausleerten, um den Widerstand der RepublikanerInnen zu brechen (ein Teil der fast durchwegs protestantischen Wärter beging solche Schweinereien mit Leidenschaft; zwei Dutzend von ihnen wurden dafür von der IRA getötet).

Die Apathie der nationalistischen Bevölkerung schwand erst, als einige unabhängige Linke aus dem Umfeld von People's Democracy zusammen mit RepublikanerInnen die so genannten

H-Block-Komitees gründeten (benannt nach den acht H-förmigen Gefängnisblocks in Long Kesh) und Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Kundgebungen organisierten. Die britische Regierung, ab 1979 unter Margaret Thatcher, blieb davon jedoch unbeeindruckt. Ende Oktober 1980 beschlossen die republikanischen Gefangenen, für ihre grundlegenden Forderungen in den Hungerstreik zu treten: Sie verlangten, wieder eigene Kleidung tragen zu dürfen, die Abschaffung der Häftlingsarbeit, freie Zusammenkünfte mit den Mitgefangenen, einen normalen Besuchs-, Brief- und Paketverkehr und die Wiederherstellung des früher üblichen Straferlasses (vor dem Deckenprotest galt eine Strafe nach der halben Haftzeit als verbüßt, danach musste man mindestens zwei Drittel der Zeit absitzen). Die Häftlinge hatten sieben Männer für den Hungerstreik bestimmt: sechs IRA-Häftlinge standen stellvertretend für die sechs Grafschaften Nordirlands, der siebte Mann war Mitglied der kleinen republikanischen Irish National Liberation Army (INLA). Repräsentant der Grafschaft Tyrone war Tommy McKearney.

Der Hungerstreik dauerte dreiundfünfzig Tage. Nach fünfzig Tagen, die Hungerstreikenden hatten die schlimmsten Schmerzen bereits hinter sich, begann die kritische Phase, das Augenlicht und die inneren Organe drohten zu versagen. Da signalisierte ein Vertreter der britischen Regierung plötzlich ein Einlenken. Die Gefangenen beendeten ihre Aktion, für einige (darunter McKearney, der sich bereits im Delirium befand) bedeutete das Rettung in letzter Minute. Auch draußen wurde Entwarnung gegeben, denn in ganz Tyrone hatten Menschen Geld für die Fahrt nach Long Kesh gesammelt: Sie wollten das Gefängnis stürmen, um die Hungerstreikenden zu unterstützen. Aus Tyrone stirbt uns dort keiner, hieß die Parole.

Doch die britischen Behörden hatten sie gelinkt, sie akzeptierten keine einzige Forderung. Die Gefangenen waren verbittert, einige diskutierten einen neuen Hungerstreik. Die Teilnehmer des ersten Streiks kamen für den zweiten nicht in Frage – es mussten gesunde Kerle antreten, denn die Auseinandersetzung mit Thatcher würde zäh werden, das wussten sie von Anbeginn. Und so entschieden sie sich für eine Stafette: Ein Mann sollte beginnen, im Falle seines Todes sollte der nächste den

Hungerstreik aufnehmen. Bobby Sands, der während des vorangegangenen Hungerstreiks Kommandant der republikanischen Häftlinge war und sich am vehementesten für einen erneuten Hungerstreik eingesetzt hatte, war der Erste. Ihm folgten neun weitere in den Tod.

Tommy McKearney war nach dem ersten Hungerstreik zwar geschwächt, aber er bekam mit, was draußen vor sich ging. Die Aktionen der H-Block-Komitees und der erneute Hungerstreik lösten eine Massenerhebung aus, die bald nicht mehr steuerbar war, auch nicht von der republikanischen Bewegung (die IRA hatte den Hungerstreik anfangs abgelehnt, da er vom militärischen Kampf ablenke). Überall und beinahe täglich fanden Versammlungen, Demonstrationen und Sitzblockaden statt. Die Bevölkerung von Fermanagh/South Tyrone wählte den hungerstreikenden Bobby Sands bei einer Nachwahl im April ins britische Unterhaus, ein anderer Hungerstreikender, Kieran Doherty, wurde im Juni ins Dubliner Parlament gewählt. Nicht einmal während der Blütezeit der Bürgerrechtsbewegung waren so viele Menschen aktiv gewesen.

Das Thema ließ die Öffentlichkeit nicht mehr los, der Kampf um die politische Anerkennung der Gefangenen fand weltweite Beachtung. Die Europäische Kommission für Menschenrechte versuchte zu vermitteln, Europaabgeordnete besuchten Bobby Sands, selbst der Vatikan sandte eine Botschaft. Als Bobby Sands Anfang Mai starb und hunderttausend Menschen in Belfast seinem Sarg folgten, verkündeten US-amerikanische Docker einen Boykott britischer Schiffe. In vielen Städten Europas kam es zu Großdemonstrationen, in Neu-Delhi legten Abgeordnete des indischen Parlaments eine Schweigeminute ein, Regierungschefs kondolierten, an manchen Orten detonierten Bomben vor oder in britischen Einrichtungen.

Das Elend mit der Elite

In Nordirland war die Stimmung ebenfalls explosiv. Der Aufstand dauerte vom Winter 1980 bis in den Herbst 1981. Für Tommy McKearney war das richtungsweisend. Die Solidaritätsbewegung mit den Hungerstreikenden, so sagte er später, habe ihm gezeigt, dass es eine Alternative zum bewaffneten Kampf gab. Obwohl die Häftlinge den Hungerstreik von sich aus beendeten (der Druck der Angehörigen war immer stärker geworden), erfüllte die britische Regierung kurze Zeit später die meisten ihrer Forderungen. Häftling McKearney konnte wieder eigene Kleider tragen, Besuch empfangen, Bücher lesen.

Damit begann sein Studium an der »Universität von Long Kesh«, wie die von den Gefangenen kontrollierten Flügel der H-Blocks hießen, in denen regelmäßig Vorträge, Debatten, Seminare abgehalten wurden. McKearney wurde langsam klar, dass die Bewegung sich verrannt hatte. Die alten Konzepte waren nicht aufgegangen, Britannien steckte die Verluste an Soldaten und Geld scheinbar mühelos weg, auch der internationale Druck auf London ließ bald wieder nach. Ein Erfolg des

republikanischen Kampfes war nicht abzusehen. Als besonders nachteilig empfand McKearney die Verengung der Bewegung, die durch die militärischen Aktionen zur Sache einiger weniger geworden war, zur Angelegenheit einer Elite: »Im Grunde haben wir den Kampf isoliert und auf die Operationen einiger bewaffneter Männer reduziert.«

Dass die alten Konzepte nicht mehr taugten, war auch anderen aufgefallen. Nach dem Ende des Hungerstreiks entwickelte die Sinn-Féin-Fraktion um die ehemaligen IRA-Chefs Gerry Adams und Martin McGuinness eine politische Strategie, die sich an den Wahlerfolgen der Hungerstreikenden orientierte. Die alte Führung und der langjährige Präsident Ruairí Ó Brádaigh wurden abgewählt. Während Ó Brádaigh am Prinzip der Wahlabstinenz festhielt, das eine Beteiligung an Wahlen mit der Anerkennung der Teilung Irlands gleichsetzte, verzeichnete die parlamentarische Linie bald Erfolge: Sinn Féin gewann auf Anhieb die Stimmen eines Drittels der irisch-katholischen Bevölkerung. Die Doppelstrategie von bewaffnetem und parlamentarischem Kampf verleihe dem republikanischen Kampf noch mehr politische Legitimität, argumentierte der neue Vorsitzende Gerry Adams. Der Streit um die Parteilinie führte einige Jahre später (1986) zur Spaltung von Sinn Féin; die Traditionalisten um Ruairí Ó Brádaigh gründeten eine eigene Organisation, die Republican Sinn Féin (siehe auch Kapitel 11).

Der Riss ging durch die ganze Bewegung bis hinein in die Gefängnisse. Von den damals sechshundert IRA-Häftlingen in Long Kesh lehnten etwa hundert die Adams-Linie ab, unter ihnen Tommy McKearney. Mit Ó Brádaigh war er allerdings auch nicht einverstanden, und so rief er mit dreißig weiteren Gefangenen den Kongress 86 ins Leben. »Wir akzeptierten den neuen Kurs nicht, wollten aber auch keine Fortsetzung der alten militärischen Strategie.« Nach Meinung McKearneys entsprang das Parlamentarismuskonzept der Adams-Führung dem gleichen Elitegedanken, der auch der IRA zugrunde lag: In beiden Fällen galt das Motto »Gebt uns eure Unterstützung, den Rest erledigen wir«, und eben dieses zutiefst undemokratische Konzept verwehrte der Bevölkerung eine eigenständige Rolle im Kampf für eine bessere Gesellschaft. »Das Problem mit dem Parlamentarismus kennen wir doch aus der Geschichte«, sagt McKearney. »Je stärker du auf die Wahlurne schielst, desto inhaltsleerer wird deine Politik. Und sicher ist auch: Im Parlament veränderst du nichts.«

Darüber hätte er gerne mit vielen diskutiert, drinnen wie draußen. Aber es ging nicht, die alten Kampfgenossen rückten von ihm ab. McKearney weiß auch warum: »Uns haben alle Mächtigen dieser Welt kritisiert, beschimpft, verurteilt. Das macht immun, auch gegen Kritik von innen. So wird leicht zum Verräter, wer den gegenwärtigen Kurs der Führung auch nur leise in Zweifel zieht.« Seine Kritik an der parlamentaristischen Strategie hat Tommy McKearney anhand der Lektüre der linken Klassiker entwickelt – James Connolly natürlich, Marx und Engels, auch Lenin, vor allem aber Rosa Luxemburg.

Der Überfall von Loughgall

Long Kesh war McKearneys Hochschule. Nur wenn das Knastregime wieder härter wurde, störten die Wärter sein Studium. Das war beispielsweise im September 1983 der Fall, als achtunddreißig IRA-Häftlingen ein spektakulärer Massenausbruch gelang. Ihre Flucht führte zur größten Menschenjagd, die je im Vereinigten Königreich veranstaltet worden war. Nach einer Woche waren noch immer neunzehn Gefangene verschwunden. Unter den Entflohenen befand sich auch Tommys jüngerer Bruder Pádraig, der zu vierzehn Jahren Haft verurteilt worden war, weil man bei ihm eine Maschinenpistole gefunden hatte. Dass Pádraig McKearney Tyrone wie seine Westentasche kannte, verhalf einem ganzen Trupp zur Flucht in die irische Republik. Sie flüchteten weiter in die USA, McKearney aber blieb in der Region, und er blieb aktiv. Bis zu jenem Abend des 8. Mai 1987, an dem zwei IRA-Einheiten fünf Meilen östlich von Moy einen Bagger klauten, einen Sprengsatz in die Schaufel hoben und zu dem leer stehenden RUC-Gebäude in Loughgall fuhren. Als der Bagger den Zaun durchbrach, ging ein Trommelfeuer los. Ein Großaufgebot der britischen Armee, darunter drei Dutzend Soldaten des Sondereinsatzkommandos SAS, hatte ihnen aufgelauert. Alle acht IRA-Mitglieder starben im Kugelhagel, ebenso ein Autofahrer, der zufällig in der Nähe war. Die IRA von Tyrone verlor an diesem Abend mehrere außerordentlich erfahrene Kämpfer, einer davon war der 32-jährige Pádraig McKearney.

Pádraigs Tod beschäftigte Tommy McKearney lange. Dass Informanten das IRA-Kommando verpiffen haben, gilt als erwiesen. Aber andere Fragen blieben offen. Warum waren hier die wichtigsten IRA-Leute der Region gemeinsam im Einsatz? Gerüchten zufolge waren sie der Aktion zuvor sehr skeptisch gegenübergestanden. Aber warum fuhren sie dann trotzdem los? Warum griffen die Briten, die die gesamte Baggerfahrt beobachtet hatten, nicht früher zu? Warum wurde kein Versuch unternommen, die Männer zu verhaften? Und hatte sich denn tatsächlich alles so abgespielt, wie es die britische Armee verbreiten ließ? Der Vorgang war schließlich nie öffentlich untersucht worden. »Der Staat ist doch rechenschaftspflichtig«, sagt Tommy McKearney. »Er muss begründen können, wenn er etwas tut. Und er muss lückenlos aufklären, wenn er den Menschen das höchste Gut, nämlich ihr Leben, raubt.« Solange ein Staat das nicht tue, könne er keine Loyalität erwarten.

Ein Jahr nach diesem Massenhinterhalt kam es anlässlich einer Gedenkveranstaltung der republikanischen Bewegung zum Eklat. An sieben Gräbern hielt der ehemalige IRA-Führer und heutige Unterhausabgeordnete Martin McGuinness die Gedenkansprache, doch an Pádraigs Grab durfte er nicht reden. Tommy hatte aus dem Gefängnis heraus Einspruch erhoben, und auch seine Schwester Margaret McKearney schickte aus Dublin einen Protestbrief. Margaret war in den siebziger Jahren vom britischen Geheimdienst und von Scotland Yard als »gefährlichste Terroristin des Vereinigten Königreichs« gejagt worden. Die Behörden hatten so lange mit dem Finger auf sie gezeigt, bis ein loyalistisches Killerkommando den Hinweis aufgriff. Im Oktober 1975 erschossen Mitglieder der UVF ein

älteres Ehepaar namens McKearney, weil sie es für die Eltern von Margaret hielten. Das ermordete Ehepaar trug jedoch lediglich den gleichen Namen.

1991, im vorletzten Gefängnisjahr, ließ sich Tommy McKearney in die nordirische Vollzugsanstalt Maghaberry versetzen. Er hatte sich aufgrund seiner Kritik an Sinn Féin von der IRA losgesagt und war in Long Kesh aus der IRA-Gefangenenorganisation ausgetreten, was gar nicht goutiert worden war. In Maghaberry saßen neben den nichtpolitischen Häftlingen auch jene ein, die sich mit den britischen Behörden arrangiert hatten oder aus anderen Gründen nicht mehr den Kommandostrukturen der Paramilitärs unterstanden. Und weil es in Maghaberry keine Trennung zwischen republikanischen und loyalistischen Gefangenen gab, lernte er bald Dissidenten der anderen Seite kennen.

Hier erfuhr er auch vom Schicksal seines dritten Bruders, Kevin: Obwohl dieser nie etwas mit der IRA zu tun gehabt hatte, wurde sein Metzgereibetrieb Anfang 1992 von einer UVF-Schwadron überfallen. Kevin war sofort tot, sein Onkel erlag den Schussverletzungen drei Monate später. Im September des gleichen Jahres wurden dann Kevins Schwiegereltern Opfer eines UVF-Anschlags. »Auf die wahllosen Angriffe der loyalistischen Killertrupps hat die republikanische Bewegung nie eine Antwort gefunden«, sagt er heute.

Das dritte Leben

Nach siebzehn Jahren Haft wurde Tommy McKearney 1993 dann entlassen. »Es war schon ein merkwürdiges Gefühl, wieder draußen zu sein«, sagt er, und manchmal sei es auch ganz schön peinlich gewesen. Etwa wenn er Leute wiedertraf, die ihn früher versteckt hatten und an deren Namen er sich partout nicht mehr erinnern konnte. »Die dachten wahrscheinlich, ich wolle von ihnen nichts mehr wissen.« Bei Patricia aber fand er Halt, und bald hatte er auch in einer Ziegelei in Monaghan einen Job als Baggerfahrer. »Angestellte werden gefragt, wo sie die letzten zwanzig Jahre verbracht haben, bei Arbeitern ist das nicht so wichtig«, erzählt er. Auf dem Bagger jedenfalls hatte er Zeit zum Nachdenken, so wie früher im Knast. Nach der Arbeit betreute er Exsträflinge, und 1998 gründete er mit anderen das Ex-Prisoners Assistance Committee Expac, eine Hilfsorganisation für ehemalige Gefangene. Wer bis zu zwanzig Jahre im Gefängnis verbringt (das ist viel länger, als ein Lebenslänglicher in Britannien sitzen muss), für den beginnen nach der Entlassung neue Schwierigkeiten. Viele haben – wie McKearney – vor ihrer IRA-Zeit nicht viel gelernt, es gibt für sie kaum Jobmöglichkeiten; zudem ist meist ihr altes Beziehungsnetz zerstört, die ehemaligen Frauen oder Freundinnen haben sich anderweitig orientiert; und von den Sicherheitskräften werden sie schikaniert wie eh und je. Nicht einmal eine Auswanderung kommt in Frage: Die Behörden der USA, das klassische Emigrationsziel der IrInnen, verweigern den weniger prominenten republikanischen Exhäftlingen die Einreise.

Hat sich das alles denn gelohnt? Was für eine Frage! »Wir sind doch keine Buchhalter, die Kosten-Nutzen-Rechnungen anstellen«, sagt McKearney. Außerdem sei es viel wichtiger, zu schauen, dass die nächste Generation nicht gleich wieder in einen Krieg stolpere und in die gleiche Sackgasse renne. Die republikanische Bewegung brauche eine Alternative, »die sich weder auf den militärischen Kampf noch auf das elitäre Konzept einer parlamentarischen Vertretung stützt«. An die Stelle elitärer Grüppchen müsse eine Massenbewegung treten, in der es keine Geheimverhandlungen gibt, sondern offene, demokratische Politik. Eine Bewegung wie damals, mit Sit-ins, Demonstrationen, Blockaden und Kundgebungen. Eine Illusion vielleicht in diesen Zeiten, aber die Illusion eines Mannes, der weiß, dass es solche Bewegungen in den letzten Jahrzehnten in Nordirland mehrfach gegeben hat, und der fest überzeugt ist, dass die Voraussetzungen für eine Massenmobilisierung weiterhin vorhanden sind: Denn immer noch gibt es Armut und Unterdrückung, und immer noch stehen britische Truppen im Land. Der gegenwärtige Kurs der Sinn-Féin-Spitze, da ist er sich sicher, geht in die falsche Richtung: »Weshalb sollte die große irisch-nationalistische Front von Belfast über Dublin bis Washington zu einem vereinigten und dann ausgerechnet auch noch sozialistischen Irland führen? Warum sollten die konservativen Parteien im Süden und die teilweise noch reaktionärer irisch-amerikanischen Politiker in den Staaten eine progressive Bewegung unterstützen, die nicht nur die Briten, sondern auch das irisch-katholische Establishment beseitigen will?«

Ob sein Modell einer solidarischen, demokratischen, humanen, säkularen Gesellschaft je eine Chance haben wird, weiß er nicht. Aber er unternimmt nun einen weiteren Anlauf. »Das Ziel von uns Republikanern war doch nicht nur, die Verbindung zwischen Irland und Britannien zu kappen«, sagt er, »wir wollten immer auch eine bessere Gesellschaft schaffen.« Voraussetzung dafür sei Aufklärung. Und weil das mit Zeitungen halt immer noch am besten geht, hat er Anfang 2000 mit anderen Sinn-Féin-kritischen Exhäftlingen das republikanische Diskussions- und Theoriemagazin »Fourthwrite« gegründet: »Wir müssen herausfinden, was wann warum falsch lief und wie wir es künftig besser machen können«, sagt er. »Ideen sind wichtiger als Waffen«, heißt es im Editorial der ersten Ausgabe von »Fourthwrite«, in der auch ein Beitrag von Stephen King, einem engen Berater des neuen nordirischen Premiers David Trimble, steht. Die Sicht der anderen Seite ist dem Grenzgänger Tommy McKearney wichtig, da sie auch der eigenen Positionsbestimmung dient: Im Sommer 2000 lancierte er zusammen mit loyalistischen Exgefangenen aus Maghaberry eine weitere Zeitschrift: »The Other View«. Vielleicht klappt es ja doch noch mit der Veränderung von unten.

Kapitel 5

Zum Abschuss freigegeben

Die Methoden der britischen Aufstandsbekämpfer

Nein, viel diskutiert habe man darüber nicht, schließlich hätten die Truppen ja nur kurze Zeit bleiben sollen. Tony Benn, der Grandseigneur der britischen Labour-Linken, saß mit in der Londoner Regierung, als das Kabinett 1969 Soldaten nach Nordirland schickte. »Wir haben damals ohnehin nur selten über Irland gesprochen«, sagt Benn heute, aber das sei nicht der einzige Fehler gewesen, den die damalige Labour-Regierung und ihre Nachfolgerinnen begangen hätten. Noch gravierender sei gewesen, dass die Regierung zwar die Armee dorthin geschickt, aber sonst alles beim Alten belassen habe: »Damit wurden die Soldaten faktisch zur Stütze des undemokratischen Stormont-Regimes«, sagt der damalige Technologie- und Energieminister. Heute jedoch ist die Sachlage für ihn klar: »Eine Lösung des Nordirlandproblems kann nur gefunden werden, wenn sich Britannien ganz aus Irland zurückzieht.«

Sie wussten nicht, was sie taten – ein erstaunliches Bekenntnis der Politik angesichts der vielen Erfahrungen, die Britannien bis dahin bereits mit antikolonialistischen Bewegungen gesammelt hatte. Und doch kommt das Bild von einer Labour-Regierung, die unversehens in den Konflikt hineinrutschte, der Wirklichkeit sehr nahe: Irland hatte über Jahrzehnte hinweg in der britischen Tagespolitik keine Rolle gespielt. Seit Gründung des nordirischen Teilstaates im Jahre 1921 war es Sitte, alle Nordirland betreffenden Themen an das Regionalparlament in Belfast zu delegieren. Das britische Unterhaus sei nicht der richtige Ort, hieß es, wenn Abgeordnete eine Debatte über die nordirischen Zustände verlangten. Solange die Unionisten Nordirland im Griff hatten, wollte die britische Herrschaft es gar nicht so genau wissen, mit welchen Methoden sie operierten. Umso erstaunter war die britische Öffentlichkeit dann, als sie plötzlich mit Berichten über blutende DemonstrantInnen und das rabiate Vorgehen der nordirischen Polizei konfrontiert wurde.

Von den Bildern aufgeschreckt, schickte London den Truppen damals Oliver Wright, einen erfahrenen Diplomaten, hinterher. Der ehemalige Botschafter in Bonn und Washington sollte in Erfahrung bringen, was auf der Insel eigentlich vor sich ging. Nach achtzehn Tagen Recherche erstattete Wright im September 1969 dem damaligen Innenminister und späteren Premier James Callaghan geheimen Bericht: Es sei wohl schon zu der einen oder anderen Ungerechtigkeit gegenüber der katholischen Bevölkerung gekommen, übermittelte Wright damals seinem Auftraggeber, doch im Kern habe in Belfast »das weltweit zu beobachtende Phänomen der Jugendrevolten Fuß gefasst«. Und nun befürchteten die »protestantischen Siedler«, von einem »komisch

riechenden, rückwärts gewandten und politisch minderwertigen« Südirland aufgesogen zu werden. Die nordirische Regierung stehe deshalb auch unter dem Druck der Extremisten aus den eigenen Reihen, doch gegen diese dürfe man nicht mit Gewalt vorgehen, das sei zu gefährlich. Sein Rat: »Die katholischen Barrikaden räumen« und dem Gesetz wieder Geltung verschaffen, am Ende käme es schließlich den Katholiken zugute, »wenn sie von uns zusammengehauen werden«. Als der Bericht dreißig Jahre später an die Öffentlichkeit gelangte, war das der britischen Regierung so peinlich, dass sie ihn sofort wieder unter Verschluss nahm. Denn die Empfehlung des damaligen britischen Kundschafters (man müsse den KatholikInnen gegenüber »grausam sein, um ihnen Gutes zu tun«) blieb über lange Zeit hinweg die maßgebliche Richtschnur der britischen Nordirlandpolitik.

Für das Grausame im Guten gab es einen Fachmann: Brigadegeneral Frank Kitson. Kitson war nicht nur ein erfahrener Offizier, sondern auch der bedeutendste britische Militärtheoretiker seiner Zeit, dessen Meinung in London hoch geachtet wurde. Vor seinem Einsatz in Nordirland hatte er bereits die britische Aufstandsbekämpfung in Kenia, Malaysia und Zypern koordiniert. Punkt eins jeder Aufstandsbekämpfung sei, den Feind zu isolieren, fasste Kitson seine Nordirlanderfahrungen in dem Buch »Low Intensity Operations« (1971 unter dem Titel »Im Vorfeld des Krieges« auf Deutsch erschienen) zusammen. Habe der Feind aber bereits Einfluss auf die Zivilbevölkerung gewonnen, müsse die Regierung Gegenmaßnahmen ergreifen, um die Kontrolle über die Bevölkerung zurückzugewinnen – beispielsweise indem sie »Spezialisten« einsetzt, die die »Subversiven isolieren, deren Motive bloßstellen und diskreditieren«. Nach diesem Drehbuch operierten die britischen Sicherheitskräfte bis in die neunziger Jahre.

Vom offenen Krieg zum »Terrorismusproblem«

So war es denn auch nicht erstaunlich, dass London der Medienarbeit bald große Bedeutung einräumte. 1972 löste die konservative Regierung unter Edward Heath das nordirische Parlament und die unionistische Regierung von Stormont auf, an die Stelle der nordirisch-protestantischen Minister traten britische Staatssekretäre. London übernahm die Direktherrschaft, entzog den nordirischen Kommunalbehörden alle Kompetenzen (bis auf die Müllabfuhr und die Friedhofsverwaltung), reformierte das Wohnungswesen, beseitigte die schlimmsten Exzesse der unionistischen Herrschaft und entsandte Experten, welche ab sofort die Medien mit opportunen Informationen versorgten. Die Propagandaabteilung leistete gute Arbeit: Bald tauchten in vielen Blättern haarsträubende Berichte über IRA-Mitglieder auf, die »vor Augenzeugen« Frauen vergewaltigt hatten, dem Kommunismus ewige Treue gelobten und Gelder veruntreuten. JournalistInnen, die diesen Geschichten keinen Glauben schenken wollten und nachrecherchierten, bekamen es plötzlich mit ihrer Chefredaktion zu tun oder wurden – wie der damalige »Times«-Reporter Robert Fisk –

von Regierungsmitgliedern höchstpersönlich zu einem »klärenden Gespräch« gebeten. Die Propagandisten der Geheimdienste fälschten Presseausweise, gaben sich als Reporter aus und informierten ihre Auftraggeber, wenn beispielsweise ein TV-Team der BBC einen regierungskritischen Bericht vorbereitete. Diese intervenierten dann beim BBC-Aufsichtsrat, der den geplanten Report entweder entschärfte oder ganz aus dem Programm strich.

Spätestens ab 1974 bildeten die Medien einen festen Bestandteil im Propagandakrieg. Dieser Macht konnten die RepublikanerInnen nur ein Mittel entgegensetzen: die Wahrheit. Wer es wissen wollte, fand bald heraus, dass die IRA-Angaben den Tatsachen viel eher entsprachen als die Verlautbarungen der britischen Regierung, der Armee und der nordirischen Polizei – aber die meisten JournalistInnen wollten es gar nicht wissen. Die britischen Geheimdienste und die Aufklärungseinheiten der RUC bespitzelten auch die in Nordirland arbeitenden Medienleute und hatten über alle Dossiers angelegt, die selbst intime Details enthielten.

Etwa zur gleichen Zeit änderten die britischen und nordirischen Sicherheitskräfte ihre Strategie: Britannien konnte sich auf Dauer einen offenen Krieg gegen einen Teil der Bevölkerung nicht leisten. 1975 beendete London die Internierungspolitik, die so verheerend schief gelaufen war, und begann stattdessen mit der »Ulsterisierung« des Konflikts. Der Strategiewechsel diente vor allem dem Zweck, die internationale Öffentlichkeit zu beruhigen: Für die Bekämpfung der Aufständischen war fortan nicht mehr die britische Armee zuständig, sondern die nordirische Polizei. Diese sei viel besser geeignet, das »Terrorismusproblems« Herr zu werden. Die RUC wurde verstärkt, besser ausgebildet und besser bewaffnet; gleichzeitig krepelte London das nordirische Justizwesen um, da dieses nun die Aufgabe hatte, das »Terrorismus« Herr zu werden. Das Unterhaus schaffte die bis dahin üblichen Geschworenengerichte ab und ließ Einzelrichter urteilen, die in Polizeigewahrsam erpresste Geständnisse auch dann verwerten konnten, wenn sie vor Gericht widerrufen wurden. So wurden aus Verhörungszimmern »Folterzentren« (wie es die Europäische Kommission für Menschenrechte in einem Bericht 1976 nannte). Vor allem im RUC-Zentrum Castlereagh (Belfast) kamen Verdächtige nur selten mit einem blauen Auge davon: Es wurden Finger gebrochen, Trommelfelle perforiert, Rippen geknackt; auch subtilere Foltermethoden (wie sensorische Deprivation) mit schwerwiegenden Langzeitfolgen kamen zum Einsatz.

Dieser Behandlung wurden alle unterzogen, die sich irgendwie verdächtig machten; selbst Leute, die nur ein Flugblatt verteilt hatten, fanden sich plötzlich in Untersuchungshaft wieder. Doch die katholisch-nationalistische Bevölkerung ließ sich auf diese Weise nicht befrieden. Um einen Keil zwischen die Bevölkerung und »die Subversiven« zu treiben, so hatte Brigadegeneral Kitson in seiner Lehrschrift geschrieben, müsse eine Regierung Kompromissbereitschaft zeigen. Aber auch er hatte bemerkt, dass dies im Falle Nordirland nicht so einfach war, denn: »Gewisse Teile der unionistischen Mehrheit

versuchen, ihre eigene Regierung davon abzuhalten, gegenüber der nationalistischen Minderheit Konzessionen zu machen.«

Da die »gewissen Teile der unionistischen Mehrheit« angeblich nicht auszuschalten waren, wurden sie eingebunden. Bereits Anfang der siebziger Jahre unterhielten britische Agenten enge Beziehungen zu den probritischen loyalistischen Paramilitärs, die zwischen 1971 und 1975 fast fünfhundert Menschen töteten, zumeist KatholikInnen, die schon aufgrund ihrer Herkunft im Verdacht standen, die IRA zu unterstützen. Mit ihrem Rückzug aus der direkten Konfrontation hinterließ die britische Armee also nicht nur eine militarisierte protestantische Polizei, sondern auch loyalistische Hilfstruppen, denen die »Terrorismusbekämpfung« dort oblag, wo die RUC nicht weiterkam. Die britische Regierung entzog sich damit jedweder öffentlicher Kritik: Der Konflikt war für sie einerseits nur noch ein Law-and-Order-Problem und andererseits eine Auseinandersetzung zwischen den militanten Kräften in beiden Teilen der nordirischen Bevölkerung. London war aus dem Schneider und konnte in die Rolle des »ehrlichen Vermittlers« schlüpfen.

Die neue Strategie war erfolgreich; vom anfänglichen Optimismus der IRA blieb wenig übrig, aus dem »kurzen Krieg« war ein langer geworden. Die IRA-Freiwilligen verübten zwar weiterhin Anschläge, mussten sich aber zunehmend mit internen Problemen (der zunehmenden Zahl von Spitzeln) und der Kriminalisierungsstrategie der britischen Regierung auseinandersetzen, die 1976 den Sonderstatus der Gefangenen aufhob. Da offiziell kein Krieg herrschte, konnte es auch keine Kriegsgefangenen geben, die nach der Genfer Konvention anders hätten behandelt werden müssen als normale Häftlinge. Doch die britische Nordirlandverwaltung hatte den Widerstand der RepublikanerInnen unterschätzt. Was können Gefangene schon erreichen?

Ein Blick zurück in die Geschichte hätte sie vielleicht gewarnt: Schließlich waren es nicht die unerfüllten Hoffnungen auf Unabhängigkeit gewesen, die die irisch-katholische Bevölkerung nach dem Osteraufstand von 1916 empört und aufgebracht hatten, sondern die Erschießung ihrer Anführer und der Tod Terence McSwineys nach seinem langen Hungerstreik.

Mit der typischen Arroganz der Macht (die noch größer wurde, als Margaret Thatcher 1979 die Amtsgeschäfte übernahm) ignorierte die britische Regierung den Deckenprotest und den Schmutzstreik, mit dem die Gefangenen die Wiedereinführung des Sonderstatus erzwingen wollten, und sie ignorierte auch den ersten Hungerstreik 1980 (siehe Kapitel 4). Der zweite Hungerstreik 1981 veränderte jedoch die Situation. Je länger das Martyrium der Hungerstreikenden in den Gefängnissen andauerte, desto mehr Jugendliche bewarben sich bei der IRA. Was als Abschreckung gedacht war, bewirkte genau das Gegenteil, mit jedem Tod wuchs die Wut in der nationalistischen Bevölkerung. Dagegen war jedes Mittel im Arsenal der Counter-Insurgency machtlos. Britannien, das sich aus dem Konflikt stehlen wollte, stand weltweit als

Schurke da. Margaret Thatcher verdiente sich in jenen Tagen zwar den Beinamen »Eiserne Lady«, weil sie keinen Zentimeter nachgab – doch die britische Nordirlandstrategie war gründlich gescheitert, vorerst jedenfalls.

Britische Selbsttäuschung

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die dem Kampf der Gefangenen und damit der irisch-republikanischen Sache so unverhofft zuteil wurde, aber auch die Wahlerfolge von Sands und Doherty ließen auch IRA und Sinn Féin ihre Strategie überdenken. Bis dahin war Sinn Féin ein politisches Anhängsel der bewaffneten Organisation gewesen, ein legales Sprachrohr des IRA-Armeerrats. Nun gewann aber eine neue Riege immer mehr Einfluss in der Partei: Gerry Adams und Martin McGuinness, beide erfahrene Kämpfer und Kommandeure der IRA, versprachen einen politischeren Kurs; und Danny Morrison, ein gewiefter PR-Stratege (der heute als Schriftsteller arbeitet), fand die richtigen Worte dafür. Künftig werde man mit der Armalite (dem damals gebräuchlichen IRA-Gewehr) in der einen und dem Stimmzettel in der anderen Hand für die Unabhängigkeit von ganz Irland kämpfen: Das Begriffspaar »Armalite and ballot box« umriss prägnant die neue Doppelstrategie. IRA und Sinn Féin wandten sich damit ab von dem Prinzip der Nichtanerkennung aller aus der irischen Teilung hervorgegangenen Institutionen. Gewonnene Mandate durften damals zwar noch nicht wahrgenommen werden, aber wählen sollte man Sinn-Féin-KandidatInnen schon können.

Das Ergebnis der vorsichtigen Annäherung an den Parlamentarismus überraschte alle. Bei der Wahl zur nordirischen Versammlung im Jahre 1982 (dieses Pseudoparlament war von der britischen Regierung eingerichtet und bald wieder aufgelöst worden) erzielte Sinn Féin auf Anhieb zehn Prozent aller Stimmen, also rund ein Drittel der nationalistischen Voten. Die britische Öffentlichkeit war schockiert: Jahrelang hatten die Medien den Armee- und Polizeisprechern geglaubt, die bei jeder Gelegenheit vom bevorstehenden Ende der IRA sprachen. Der Hungerstreik sei »die letzte Karte der IRA«, hatte etwa Premierministerin Thatcher verkündigt. Fast alle vertrauten dem offiziellen Bild: Die republikanische Guerilla sei isoliert, die »Gangster« könnten sich in den nationalistischen Quartieren nur dank ihrer Waffen halten, und demnächst werde man sie »ausquetschen wie eine Tube Zahnpasta«. Und nun dieses Wahlergebnis. Selbst die britische Regierung, die es besser hätte wissen können, war verblüfft; offenbar war sie der eigenen Propaganda aufgesessen.

Der Konflikt, das dämmerte nun auch Margaret Thatcher, konnte mit militärischen und juristischen Mitteln zwar eingedämmt, nicht aber beigelegt werden. Die RepublikanerInnen verfügten offenkundig über eine breite, solide Basis, und die konnte man schlecht einsperren. Bei der Unterhauswahl 1983 steigerte Sinn Féin ihren Stimmenanteil gar auf 13,4 Prozent, im Wahlkreis Westbelfast gewann Gerry Adams

erstmals einen Sitz im britischen Unterhaus (den er allerdings nicht einnahm).

Zum großen Bedauern der staatlichen Ermittlungsbehörden stellte sich auch noch die Kronzeugenregelung als Flop heraus. Den Sicherheitskräften war es bei Verhören zwar manchmal gelungen, IRA-Mitglieder zum Sprechen zu bringen, doch die zugesicherte Straffreiheit verleitete einige zu haltlosen Anschwärmereien: Sie verpiffen ihren gesamten Bekanntenkreis. 1983 saßen aufgrund der Aussagen von »Superpetzern« (»super grasses«) rund dreihundert Verdächtige hinter Gittern (in einem Fall genügte einem Richter die Angaben eines einzigen Mannes, um 33 Angeklagte summarisch zu verurteilen). In den Berufungsverhandlungen wurden jedoch beinahe alle Beschuldigten freigesprochen; die Kronzeugen seien »unglaubwürdig und verlogen«, urteilten die Richter. Die Ermittler hatten sich von der Kronzeugenregelung mehr Informanten und bessere Informationen erhofft. Ihre Annahme, dass die von der IRA geknechtete Bevölkerung massenhaft bei ihnen vorstellig würde, war jedoch falsch. Der Ansturm blieb aus.

Der Verrat der Eisernen Lady

Die Situation war festgefahren, die Regierung konnte nicht ein Drittel der katholischen Bevölkerung kriminalisieren. Und so entwarf London ein neues Konzept mit dem Ziel, einerseits Dublin einzubinden und andererseits die katholische Reformpartei SDLP zu stärken. Bis 1982 hatte die SDLP als einzige politische Kraft der nationalistischen Bevölkerung gegolten, nach den spektakulären Wahlerfolgen von Sinn Féin befürchteten die Regierungen in London, Dublin und Washington eine politische Radikalisierung. Sie mussten der SDLP den Rücken stärken; das ging freilich nur durch politische Reformen. 1984 schlug die irische Regierung vor, das Problem, das durch Sinn Féins Politisierung entstanden war, durch eine Annäherung zwischen Nord- und Südirland zu entschärfen. Dem von Dublin propagierten New Ireland Forum lag die Idee zugrunde, eine grenzüberschreitende Körperschaft zu bilden, in der die SDLP eine große Rolle spielen sollte. Auf diese Weise, so das Kalkül, könnte den nordirischen NationalistInnen demonstriert werden, dass eine moderate Reformpolitik mehr bewirkt als radikale Positionen.

Margaret Thatcher und die UnionistInnen lehnten den südirischen Vorstoß rundweg ab. Aber der britischen Regierung war klar, dass sie ihr Nordirlandproblem ohne Dublins Mithilfe nicht lösen konnte. 1985 schlossen beide Regierungen das Anglo-Irische Abkommen, mit dem sie eine engere Kooperation der Polizeikräfte, regelmäßige Ministertreffen und die Einrichtung eines ständigen Sekretariats der irischen Republik in Belfast vereinbarten. Für London stand dabei die Sicherheitsfrage im Vordergrund. Die bessere Koordination entlang der Grenze (regelmäßige Treffen der Polizeiführungen, intensiver Informationsaustausch, Verfolgung von Verdächtigen über die Grenze hinweg) sollte den Bewegungsspielraum der IRA einengen. Dublin ging

es dagegen mehr um eine politische Isolierung der RepublikanerInnen. Mit dem Anglo-Irischen Abkommen gewannen die irische Regierung und die mit ihr eng verbundene SDLP erstmals ein Mitspracherecht: SDLP-PolitikerInnen konnten besonders eklatante Vorfälle wie Diskriminierungen bei der Stellenvergabe oder brutale Polizeieinsätze dem Dubliner Sekretariat in Belfast melden, das wiederum die irische Regierung informierte, welche daraufhin in London vorstellig wurde. Für viele NationalistInnen war das ein großer Schritt. Zum ersten Mal hatten sie eine Anlaufstelle für ihre Beschwerden, der sie vertrauten. Die SDLP gewann auch in den republikanischen Vierteln enorm an Ansehen – bei den folgenden Wahlen verlor Sinn Féin an Boden.

Viele KatholikInnen verstanden das Anglo-Irische Abkommen als ersten Schritt in Richtung einer irischen Wiedervereinigung – und genauso sahen es die nordirischen UnionistInnen. Sie liefen Sturm: Ian Paisley betete zu Gott, dass er die »böartige, verräterische und verlogene« Premierministerin zur Hölle fahren lassen möge (und zwar sofort), und in Belfast demonstrierten über hunderttausend UnionistInnen gegen den Ausverkauf ihrer Interessen. Die unionistischen Unterhausabgeordneten traten aus Protest gegen das Abkommen geschlossen zurück (und wurden sofort wiedergewählt); die loyalistischen Paramilitärs, die sich in den letzten acht Jahren eher zurückgehalten hatten, machten wieder Jagd auf KatholikInnen. Praktisch die gesamte unionistisch-protestantische Bevölkerung forderte die sofortige Kündigung des Abkommens, das ihrer Meinung nach ein verhängnisvolles Zugeständnis an den politischen Gegner in Dublin darstellte. Doch Thatcher blieb hart. Zum ersten Mal gab eine britische Regierung den Forderungen der UnionistInnen nicht nach.

Die Todesschützen des SAS

Parallel zur politischen Initiative verstärkten Armee und RUC ihren Kampf gegen die IRA, die trotz aller Anstrengungen immer noch nicht geschlagen war. In früheren Kolonialkriegen hatten die britischen Militärs gegnerische Befreiungsbewegungen oftmals schwächen können, indem sie deren Führungskräfte ausschalteten. Zu dieser Methode griffen sie nun auch in Nordirland.

Wie das geht, hatte bereits 1982 die nordirische RUC vorgemacht: Innerhalb kurzer Zeit erschossen Polizeibeamte sechs unbewaffnete Menschen und verletzten einen schwer. Zwei der Getöteten waren Mitglieder der kleinen republikanischen Irish National Liberation Army (INLA), die anderen aber hatten mit dem bewaffneten Kampf nichts zu tun. In allen Fällen schossen die Polizisten, ohne auch nur den Versuch einer Festnahme zu machen. In der nationalistischen Bevölkerung war schnell von einer Politik der gezielten Todesschüsse (»shoot to kill«) die Rede; es bedurfte jedoch einer Intervention der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, bis London reagierte. Die britische Regierung beauftragte John Stalker, den stellvertretenden Polizeichef von Manchester, mit der Untersuchung der Vorfälle. Stalker nahm seinen Auftrag wider Erwarten sehr ernst: Er

befragte Zeugen, analysierte Protokolle, recherchierte Abläufe und arbeitete sich so langsam an die RUC-Spitze heran. Bevor er die Verantwortlichen verhören konnte, wurde ihm der Fall aber entzogen; gleichzeitig verlor er seinen Posten in Manchester: Begünstigung im Amt, lautete der Vorwurf, er habe sich in Manchester mit einem Wirtschaftsverbrecher eingelassen. Die Anschuldigung stellte sich später als eine von der obersten RUC-Etage lancierte Intrige heraus. Stalkers Nachfolger Colin Sampson ging weniger penibel vor, aber auch er kam zu dem Schluss, dass die RUC unrechtmäßig gehandelt hatte; er beantragte eine Anklage gegen elf Polizisten. Weitere Ermittlungen schloss der britische Generalstaatsanwalt Patrick Mayhew (er wurde danach Nordirlandminister) aus Gründen der »nationalen Sicherheit« aus. Spätere Untersuchungen ergaben, dass Stalker Recht hatte – es gab tatsächlich die von ihm vermutete und von oben verordnete Shoot-to-kill-Politik.

Richtig in Gang kam die Todesschussstrategie aber erst mit dem Einsatz des Special Air Service (SAS), einer im Zweiten Weltkrieg gegründeten Spezialeinheit der britischen Armee, die in den Kolonialkriegen (Burma, Borneo, Aden, Kenia, Zypern, Oman) aktiv gewesen war. Der SAS operierte meist unabhängig von der regulären Armee hinter den gegnerischen Linien und machte nur selten Gefangene. Die speziell geschulten Eingreiftruppe zerschlugen unter Führung von Frank Kitson die Kommunistische Partei Malaysias, kämpften für das weiße Siedlerregime in Rhodesien (heute Simbabwe) und tauchten – inoffiziell natürlich – überall dort auf, wo es Rebellenbewegungen zu enthaupten galt.

In Nordirland operiert der SAS seit 1971. Sein Einsatzgebiet war lange Zeit die republikanische Hochburg South Armagh, später dann die Grafschaft Tyrone. Anfangs wurde die Spezialtruppe eher sporadisch eingesetzt, doch das änderte sich Mitte der achtziger Jahre: 1986 erschossen SAS-Soldaten den IRA-Kommandanten der Grafschaft Fermanagh, Seamus McElwaine, unter bis heute umstrittenen Umständen (sie gaben keine Warnung ab). In Schwung kam ihre Mission mit dem erfolgreichen Einsatz in Loughgall (1987), als der SAS acht IRA-Freiwillige – darunter die führenden Köpfe der IRA-Brigade von East Tyrone – erschoss, die eine leer stehende RUC-Wache sprengen wollten. Im März 1988 tötete wiederum eine SAS-Einheit die IRA-Mitglieder Mairéad Farrell, Seán Savage und Danny McCann, die einen Anschlag geplant hatten, aber zum Zeitpunkt ihres Todes unbewaffnet waren, was der SAS auch wusste. Fünf Monate später erschoss eine andere SAS-Einheit drei IRA-Mitglieder, darunter den Kommandeur der Brigade Tyrone-Mitte. Im Juni 1991 starben wiederum drei erfahrene IRA-Leute aus Tyrone im Kugelhagel der SAS. Spätestens mit dieser Attacke wurde klar, dass die SAS-Einsätze System hatten (insgesamt tötete der SAS sechzig Menschen in Nordirland) – sie zielten nicht auf gewöhnliche IRA-Mitglieder (deren Namen den Behörden durchaus bekannt waren), sondern auf Führungskräfte und insbesondere auf die der renitenten IRA-Region Tyrone.

Solchen Attacken war die IRA, deren Mitglieder zumeist in einem engen Umfeld operierten und die auf dem Land oft ein normales Leben mit Familie und Arbeitsplatz führten, nicht gewachsen. Dazu kam, dass auch in Belfast die probritischen loyalistischen Paramilitärs viel genauer zielten und nicht mehr wie früher willkürlich gegen die katholische Bevölkerung vorgingen. Die britischen Geheimdienstagenten hatten ihre Hausaufgaben gemacht; die IRA geriet militärisch ins Hintertreffen und durch Attentate wie dem in Enniskillen (1987 tötete bei einer traditionellen protestantischen Parade eine IRA-Bombe elf ZuschauerInnen) auch politisch in die Defensive. Fehlschläge dieser Art (und davon gab es etliche) verunsicherten die eigene Basis und verengten den Spielraum der IRA. Die Guerilla, die in den katholischen Teilen Nordirlands wie ein Fisch im Ozean schwimmen konnte, geriet in immer seichtere Gewässer. Spätestens 1988, möglicherweise aber schon früher, kam es zu ersten Kontakten zwischen IRA/Sinn Féin und der britischen Regierung (vorläufig noch über Mittelsmänner). Londons mittlerweile gewiefte Irlandexperten verstanden die Signale, die da ausgesandt wurden, und schickten ihrerseits positive Botschaften.

Eine dieser Botschaften, die für die nationalistische Gemeinschaft besonders wichtig war, bestand in der Freilassung unschuldig Verurteilter. 1974 hatte die IRA bei Mordanschlägen auf vier Pubs in den englischen Städten Birmingham und Guildford sechszwanzig Menschen getötet. Binnen Stunden verabschiedete das britische Unterhaus ein drakonisches Antiterrorgesetz, das der Polizei erhebliche Vollmachten gab (und das bis heute in Kraft ist); kurze Zeit danach präsentierten die Ermittlungsbehörden der aufgebrachten Öffentlichkeit siebzehn willkürlich aufgegriffene IrInnen, die später aufgrund falscher Polizeiaussagen zu lebenslanger Haft verurteilt wurden. Dass die Birmingham Six, die Guildford Four und die Maguire Seven mit den Anschlägen nichts zu tun gehabt hatten, war bald erwiesen. Doch sie blieben im Gefängnis – nicht zuletzt deswegen, weil sich die ehrwürdige britische Justiz, eine der konservativsten Institutionen im Land, einen Irrtum nicht eingestehen wollte, schon gar nicht im Fall irgendwelcher dahergelaufener IrInnen. Die Guildford Four und die Birmingham Six wurden erst 1989 beziehungsweise 1991 freigelassen – nachdem das britische Innenministerium beschlossen hatte, die Fälle neu aufzurollen. Diese Entscheidung war einerseits dem wachsenden Druck einer Kampagne zu verdanken, die auch in Britannien immer mehr Unterstützung fand, andererseits passte sie den Londoner Strategen angesichts der sich abzeichnenden Annäherung in Nordirland gut ins Konzept.

Über zwei Jahrzehnte hinweg hatte die britische Regierung (unter konservativer wie unter Labour-Führung) den Krieg mit vorangetrieben und ihn, auf einen militärischen Sieg hoffend, verlängert. Solange die Troubles nicht zu viele (britische) Opfer forderten, der finanzielle Einsatz im Rahmen blieb und die westliche Welt wegschaute, konnte der Konflikt weiterköcheln. Die britische Haltung änderte sich erst Anfang der neunziger Jahre, als der Fall der Berliner Mauer das Ende des Kalten Krieges und den Beginn einer neuen Weltordnung

signalisierte. Im November 1990 verkündete Nordirlandminister Peter Brooke einer staunenden Öffentlichkeit, dass Britannien auf der irischen Insel »keine eigensüchtigen strategischen und ökonomischen Interessen« verfolge. Sein Statement wurde auf beiden Seiten des politisch-kulturellen Grabens in Nordirland heftig diskutiert. Und wie nicht anders zu erwarten war, kamen die PolitikerInnen beider Seiten zu höchst unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Die RepublikanerInnen begrüßten Brookes Ausspruch, da sie ihn als Signal für den bevorstehenden Rückzug der Briten verstanden; die UnionistInnen hingegen waren entsetzt – nun hatten die Briten nicht einmal mehr ein Interesse an ihnen. In der Aufregung vergaßen die meisten NordirInnen, eine Frage zu stellen, die sich eigentlich aufdrängte: Wenn Britannien keine »eigensüchtigen strategischen und ökonomischen Interessen« verfolgt – welche Interessen verfolgt es dann?

Kapitel 6

Im Auftrag Ihrer Majestät

Die Politik der loyalistischen Paramilitärs

Coalisland, fünf Kilometer östlich von Dungannon in der Grafschaft Tyrone gelegen, ist kein bedeutender Ort. Früher wurde in der Nähe Kohle gefördert (daher der Name), aber das ist lange her; ein Teil der sechstausend katholischen EinwohnerInnen lebt von der Sozialhilfe, viele haben ihre Häuser eigenhändig und ohne Genehmigung gebaut, und das sieht man den Gebäuden auch an. In diese Region waren nach der protestantischen Besiedlung des irischen Nordens ab dem 17. Jahrhundert viele irische Familien vertrieben worden, denn hier gab es nichts, was die neuen Herren interessiert hätte – hier wird das Land nicht in Quadratmetern, sondern in Litern gemessen. Weiter östlich kommen nur die Sümpfe am Lough Neagh, dem großen nordirischen Binnensee. Zum See hin wird die Straße immer schmaler, nach zwei Kilometern kann man in eine kleine Asphaltstraße abbiegen, die nach wenigen hundert Metern endet. Jetzt rechts ab in einen Feldweg, noch ein paar Yards auf einem Holperparcours, von dem mehrere Pfade abzweigen, dann links hinein in einen Schotterweg, und das erste Haus links liegen lassen. Das zweite Haus, auf das es einmal ankam, liegt weiter hinten links und ist längst verlassen.

Bis zum 16. Januar des Jahres 1981 war es bewohnt. An jenem Januartag stürmte frühmorgens ein Kommando der loyalistischen Ulster Defense Association (UDA) das armselige Haus der McAliskeys, drang in die Schlafzimmervor, wo Bernadette McAliskey gerade ihre Kinder ankleidete, und eröffnete das Feuer. Die Frau warf sich über die Kleinen, die Loyalisten schossen weiter, sieben Kugeln durchschiebten ihren Körper, vier Kugeln trafen ihren Ehemann, den Lehrer Michael McAliskey. Dann rannten die beiden Attentäter im Glauben, den Job erledigt zu haben, davon – und einer wie zufällig vorbeikommenden Gruppe von Fallschirmjägern in die Arme. Die Fallschirmjäger fuhren gleich danach davon, um Hilfe bei regulären Einheiten der britischen Armee zu holen, die in der Nähe stationiert waren – weder ihr Funkgerät noch das Telefon der McAliskeys habe funktioniert, sagten sie später. Die von den Fallschirmjägern alarmierten Soldaten trafen nach zwanzig Minuten ein und schafften es gerade noch, das Leben des Ehepaars McAliskey zu retten. Die Kinder waren unbeschadet geblieben.

Das Attentat und seine Begleitumstände wurden in den folgenden Wochen und Monaten immer wieder erörtert. Die Bürgerrechtlerin McAliskey war in jenen Monaten Sprecherin des nationalen H-Block-Komitees, das gegen die Haftbedingungen der republikanischen Gefangenen kämpfte (siehe Kapitel 5). »Der Anschlag war nicht allein das Werk der loyalistischen Paramilitärs«, sagt sie, als sie fast zwei Jahrzehnte später wieder vor ihrem alten Heim steht. »Wie sollten Leute aus Belfast auch hierher finden?« Eine gute Frage. Tagsüber hätte

man sich, mit einer genauen Karte in der Hand, vielleicht durchfragen können. Aber in einer dunklen Januarnacht?

Es gibt noch mehr Fragen, die nie geklärt wurden. Warum waren die Fallschirmjäger sofort zur Stelle? Und wenn sie schon in der Nähe waren: Warum sind ihnen die loyalistischen Attentäter vorher nicht aufgefallen? Dass sie selbst Ziel des Anschlags war, konnte McAliskey im Nachhinein leicht erklären: Zuvor schon waren drei prominente Mitglieder des H-Block-Komitees von loyalistischen Paramilitärs erschossen worden (darunter zwei Protestanten). Im Prozess gegen deren Attentäter sagte einer der Angeklagten später aus, er sei von Mitgliedern der britischen Sondereinheit SAS angestiftet worden. Der SAS, so der irische Historiker Tim Pat Coogan in seinem Buch »The Troubles« (London, 1995), habe unbestätigten Informationen zufolge in diesen Jahren mit dem UDA-Anführer John McMichael zusammengearbeitet und loyalistische Kommandos für Angriffe auf H-Block-AktivistInnen ausgebildet.

Einer der Attentäter auf die McAliskey-Familie, Ray Smallwoods, wurde 1982 zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung engagierte sich Smallwoods erneut in der UDA, diesmal aber als Sprecher der UDA-nahen Ulster Democratic Party (UDP). Bereute er den damaligen Anschlag? »Die IRA betrachtet jeden als Feind, der auf Seiten Britanniens steht«, erklärte er 1994 in der kleinen UDP-Zentrale in Lisburn. »Auf Seiten Britanniens stehen aber die Protestanten, also waren wir alle der Feind. Die Loyalisten vergelten nur Gleiches mit Gleichem.« Für Smallwoods und die meisten anderen Loyalisten waren (und sind) alle NationalistInnen mit schuld »am Terror der IRA, denn ohne deren Unterstützung könnten die Terroristen nicht morden«. Für ihn waren damit alle NationalistInnen legitimes Ziel im Kampf gegen einen Feind, der Nordirland in ein Gesamtirland bomben wollte. Die Verteidiger des konstitutionellen Status quo stünden doch allein in der Welt, sagte er. »Niemanden interessiert, was mit uns geschieht. Wenn ein Republikaner erschossen wird, gibt es einen Aufschrei, wenn einer von uns getötet wird, sagt keiner was.« Wohl wahr. Ray Smallwoods, der mit seiner politischen Arbeit nach der Haft viel dazu beitrug, dass die loyalistischen Paramilitärs nach dem Waffenstillstand der IRA 1994 ebenfalls eine Waffenruhe ausriefen, wurde am 11. Juli 1994, drei Monate nach dem Gespräch, von der IRA ermordet. Und niemand interessierte sich dafür.

Eine lange, fruchtbare Kooperation

Seit 1966 haben loyalistische Paramilitärs fast siebenhundert unbeteiligte KatholikInnen getötet und knapp hundert ProtestantInnen, die sie irrtümlich für KatholikInnen hielten. Nirgendwo lebte man so gefährlich wie in den nationalistischen Arbeitervierteln in Belfast. Da den Loyalisten einigermaßen gleichgültig war, wen sie umbrachten, schossen sie in Nord- oder Westbelfast häufig aus Autos heraus; die Wahrscheinlichkeit, dass sie in New Lodge oder der Falls Road eine

katholische Person trafen, war ziemlich hoch. Beliebt waren auch Attentate auf Pubs und Wettbüros in nationalistischen Bezirken.

Die Intensität loyalistischer Gewalt variierte erheblich; die Paramilitärs schlugen vermehrt dann zu, wenn sie die Union mit Britannien gefährdet sahen und die NationalistInnen politische Fortschritte zu machen schienen. Die erste große Welle loyalistischer Anschläge (mit über hundert Toten pro Jahr) währte von 1972 bis 1976, als die militanten ProtestantInnen einen Sieg der IRA befürchteten. Mit dem harten Kurs des britischen Staates gegen die Republikaner (ab 1976) sank die Zahl der Morde beständig; 1985 waren es nur noch fünf. Armee und Polizei erledigten die Arbeit, die Paramilitärs wurden nicht mehr gebraucht. Das änderte sich mit dem Anglo-Irischen Abkommen von 1985, das Dublin mehr Mitsprache in nordirischen Angelegenheiten verschaffte. Der scheinbare Verrat Londons mobilisierte die Mitglieder der verschiedenen paramilitärischen Verbände. Allerdings gingen sie dann – ausgebildet und angeleitet von den britischen Sicherheitskräften – zielgerichteter vor als in den siebziger Jahren.

Die Kooperation von oftmals loyalistischen Paramilitärs auf der einen und Teilen der britischen Armee, der protestantischen Territorialstreitkräfte und der Polizei auf der anderen Seite reicht weiter zurück. Schon im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hatten Offiziere der Armee die Freiwilligen der Ulster Volunteer Force (UVF) ausgebildet, die nach der Teilung Irlands in die neu gebildete RUC strömten und den Kern des ebenfalls neuen Polizeihilfskorps (die B-Specials) ausmachten. Als die Bürgerrechtsbewegung Ende der sechziger Jahre die protestantische Vorherrschaft herausforderte, waren die B-Specials und die 1965 neu formierte und von Gusty Spence angeführte UVF sofort zur Stelle. Die offen sektiererisch agierenden B-Specials wurden 1970 aufgelöst und durch das Ulster Defence Regiment (UDR) ersetzt. Das der Armee unterstellte UDR bestand zu fast hundert Prozent aus Protestanten, die in ihrer Freizeit Dienst an der Waffe taten (1992 wurde das dann ebenfalls in Verruf gekommene UDR in Royal Irish Regiment umbenannt). Etliche der sechstausend UDR-Soldaten waren nebenbei auch bei den Paramilitärs aktiv – sei es, weil ihnen die Armee nicht scharf genug gegen die RepublikanerInnen vorging, sei es, weil sie schon vor ihrem Eintritt in die Territorialtruppe UVF- oder UDA-Mitglied gewesen waren.

Im Unterschied zur UVF, die 1966 – kurz nach dem Anschlag vor der Malvern Bar – verboten wurde, konnte die Ulster Defence Association (UDA) über zwanzig Jahre hinweg legal operieren. Die Mitglieder der 1971 gebildeten UDA kamen wie die UVF-Angehörigen aus der protestantischen Arbeiterklasse; die große Mehrheit ging einer Lohnarbeit nach, patrouillierte abends durch die Viertel, besuchte die Zusammenkünfte der lokalen Selbstschutzgruppen und hatte mit der Organisation im Allgemeinen wenig zu tun. Verwaltet wurde die UDA vorwiegend von Arbeitslosen; die Ausbildung der Mitglieder besorgten Exsoldaten der britischen Armee, die sich auch bei der Waffenbeschaffung dienlich zeigten. Der harte Kern der UDA operierte

ab 1973 auch unter dem Decknamen Ulster Freedom Fighters (UFF), der immer dann in Anwendung kam, wenn sich die Paramilitärs zu einer Bluttat bekannten. Das Nordirlandministerium akzeptierte das Doppelspiel von illegaler UFF und legaler UDA, obwohl die Identität beider Organisationen bald klar war; die UDA wurde erst 1992 verboten.

Britanniens Mann im Untergrund

»Es gibt nur einen Weg, ein Gebiet zu kontrollieren, in dem Terroristen und Aufständische Schutz finden – und der besteht darin, die Bevölkerung all dem Horror einer terroristischen Kriegsführung auszusetzen«, schrieb 1976 ein UDA-Kommandant in der loyalistischen Zeitschrift »Combat«. Mit dieser Strategie passten die Paramilitärs haargenau ins Konzept der britischen Aufstandsbekämpfung. Die Loyalisten waren jedoch nicht bloßes Werkzeug der britischen Dienste – sie agierten durchaus eigenständig, handelten zuweilen mit einer Brutalität, die selbst hartgesottene Geheimdienstlern zuwider war, und betonten immer wieder, dass sie notfalls auch gegen die britische Regierung kämpfen würden. Das war jedoch nie nötig.

Es gibt zahllose Belege für die Zusammenarbeit der britischen Counter-Insurgency-Strategen mit den loyalistischen Kommandos. Anfangs hatte die Kooperation von Staat und Paramilitärs noch unter dem unkoordinierten Vorgehen der einzelnen Geheimdienste gelitten: Der für Inlandaufklärung zuständige MI5 operierte unabhängig vom MI6, der für Ausland- und Gegenspionage verantwortlich zeichnete; beide wiederum wollten nichts von den Geheimdienstabteilungen der britischen Armee wissen, die ihrerseits den Agenten der RUC nicht trauten. Erst Ende der achtziger Jahre fanden die britischen Nachrichtendienste zusammen. In diese Zeit fiel auch die Agententätigkeit von Brian Nelson.

Nelson hatte in den siebziger Jahren als Soldat in der britischen Armee gedient, war danach der UDA beigetreten und kommandierte eine UDA-Einheit in Westbelfast. Anfang der achtziger Jahre bot er sich dem britischen Geheimdienst an. Als seine Offerte abgelehnt wurde, ging er für zwei Jahre nach Deutschland. Von dort holte ihn 1987 eine Armeeabteilung namens Force Research Unit (FRU) zurück. »Wir hatten damals zu wenig Kenntnisse über die loyalistische Seite«, erinnerte sich später sein FRU-Offizier in einem BBC-Interview. Die Loyalisten »töteten einfach Menschen und kümmerten sich nicht darum, wen sie trafen«. Nelson akzeptierte das Angebot, trat wieder der UDA bei und stieg innerhalb kurzer Zeit zum Chef der UDA-Aufklärung auf, deren Aufgabe es war, Informationen über Zielpersonen zu beschaffen. Nelson informierte seine Führungsoffiziere über geplante loyalistische Attentate und erhielt von ihnen dafür Namen, Adressen und Fotos von verdächtigen RepublikanerInnen. Manchmal reagierte die FRU auf Nelsons Hinweise und vereitelte einen Anschlag, meist aber tat sie

nichts. Nelson aber verteilte die Listen, die ihm zugespielt worden waren.

Zahllose Namen kamen so auf die Todeslisten der UFF-Killerkommandos, darunter auch die von Menschen, die in dem Konflikt noch nie eine Rolle gespielt hatten. Von 1988 bis zu Nelsons Verhaftung 1990 wurden rund zwei Dutzend Menschen erschossen. Die Zahl der Anschläge nahm auch deswegen zu, weil die loyalistischen Paramilitärs plötzlich über neue Waffen verfügten: 1988 hatte Nelson unter Mitwissen und Mithilfe der FRU vom südafrikanischen Geheimdienst eine Ladung Pistolen, Gewehre, Munition und Sprengstoff gekauft und ins Land geschmuggelt. Das prominenteste Opfer seiner Agententätigkeit war der angesehene Anwalt Pat Finucane, der 1989 von der UFF erschossen wurde. Seine Ermordung geschah nicht zufällig. Nur wenige Tage zuvor hatte ein Staatssekretär im britischen Innenministerium Finucane als »IRA-Anwalt« denunziert.

Die Todeslisten, die Nelson im Auftrag der FRU an die UFF, die UVF und kleinere Abspaltungen wie die Red Hand Commandos weitergab, kursieren immer noch. Sie trugen mit dazu bei, dass die Paramilitärs Anfang der neunziger Jahre gezielt vorgehen konnten. Die Opfer waren nun seltener zufällige PassantInnen, sondern ehemalige republikanische Gefangene, IRA-Mitglieder, Sinn-Féin-Abgeordnete oder deren Angehörige. »Die IRA hat sich immer als Schutzmacht der nationalistischen Gemeinschaft verstanden«, erzählt Gary McMichael, der nach Smallwoods' Tod die Führung der UDA-nahen Ulster Democratic Party (UDP) übernahm. Anfang der neunziger Jahre hätten »die loyalistischen Paramilitärs den Nationalisten aber gezeigt, dass sie von der IRA nicht mehr geschützt werden können und für jeden IRA-Anschlag bezahlen müssen.« Sie bezahlten allerdings auch ohne IRA-Anschlag: Bis zum Waffenstillstand 1994 hätten seine Leute »in drei aufeinander folgenden Jahren mehr Leute ausgeschaltet als die IRA«, sagt Gary McMichael nicht ohne Befriedigung.

Common Sense

Gary McMichael ist der Sohn von John McMichael; der wiederum war schon lange vor seinem Tod (durch eine IRA-Bombe 1987) eine legendäre Figur, weil er neben militärischen Fähigkeiten auch ein politisches Gespür besaß. 1985 – die UnionistInnen waren gerade durch das Anglo-Irische Abkommen aufgeschreckt worden und fürchteten nun den Rückzug der Briten – verfasste John McMichael »Common Sense«, eine Art politisches Programm. Darin plädierte er für eine Regionalregierung unter Einbezug der gemäßigten nationalistischen Kräfte (»power-sharing«), gleichzeitig sprach er sich für ein unabhängiges Nordirland aus, sollten die Briten die Union aufkündigen. Unabhängigkeit, so McMichael, sei immer noch besser als eine Vereinigung des Nordens mit der irischen Republik. »Common Sense« war das erste politische Papier auf loyalistisch-unionistischer Seite, das sich nicht an der Vergangenheit oder am Status quo orientierte. Mit ihm begannen die loyalistischen Paramilitärs, sich auch politisch zu

artikulieren und eine Lösung des Konflikts zu suchen. Ray Smallwoods und Gary McMichaels folgten dieser Initiative.

Von McMichaels Vision eines unabhängigen Nordirland halten die politischen Vertreter der kleineren UVF hingegen gar nichts. Einer der wichtigsten UVF-Politiker ist David Ervine, der Anfang 1994 in einem seiner ersten Interviews im Nebenzimmer einer Ostbelfaster Kneipe die Position der UVF-nahen Progressive Unionist Party (PUP) umriss. Auch er wolle den Frieden, sagte Ervine damals, »aber nicht um jeden Preis«. Allen, auch den Republikanern, müssten die gleichen demokratischen Rechte zugestanden werden – »allerdings im Rahmen des Vereinigten Königreichs«. Wie der nordirische Staat früher mit der nationalistischen Minderheit umgegangen sei, »war durch und durch falsch und durch nichts zu rechtfertigen«. Eine beachtliche Aussage: Zu diesem Zeitpunkt hatte noch kein einziger unionistischer Politiker der beiden großen Parteien UUP und DUP diese Erkenntnis geäußert. Und noch beachtlicher war ein weiteres Statement des ehemaligen Paramilitärs (Ervine saß fünf Jahre wegen Waffenbesitzes ein): Er könne sich eine Regierungsbeteiligung von Sinn Féin durchaus vorstellen, sofern die Republikaner das Selbstbestimmungsrecht der nordirischen Bevölkerung (und damit das Entscheidungsrecht der unionistischen Mehrheit) anerkannten.

Damit waren die Loyalisten den politischen VertreterInnen der unionistischen Parteien meilenweit voraus. Diese hielten eine Machtbeteiligung von Sinn Féin für schlicht unvorstellbar. Ein halbes Jahr nach dem Interview – kurz nach der IRA-Waffenstillstandserklärung im August 1994 – verkündete das Gemeinsame Kommando der loyalistischen Militärs ebenfalls eine Waffenruhe: Ihr Kampf sei beendet, denn »die Union ist sicher«. Gusty Spence verlas die Erklärung, Gary McMichael und David Ervine waren ebenfalls anwesend. Auch die Aufkündigung des IRA-Waffenstillstands Anfang 1996 konnte Ervine nicht erschüttern. Dass die IRA wieder militärisch operiere, sei auch die Schuld der britischen Regierung und unionistischer Politiker wie David Trimble und Ian Paisley; diese hätten mit ihrer Forderung nach Entwaffnung den politischen Fortschritt blockiert, sagte Ervine, der zu diesem Zeitpunkt bereits Vorsitzender der PUP war und Interviews nicht mehr in Hinterzimmern von Pubs gab, sondern in der frisch renovierten Parteizentrale an der Belfaster Shankill Road.

Am linken Rand der Volksgemeinschaft

Ervine stieg noch weiter auf. Sein drittes Gespräch mit der WoZ (im Frühjahr 2000) fand in noch vornehmerer Umgebung statt: im PUP-Fraktionsbüro auf Schloss Stormont. Ervine war nach der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens 1998 in die neue nordirische Versammlung gewählt worden. Während draußen heftige Diskussionen tobten und vor allem die unionistische Partei UUP mit großem Trara die sofortige Entwaffnung der IRA forderte und zeitweise den Verhandlungsprozess aussetzte (siehe Kapitel 10), blieb Ervine

gelassen. Die Abrüstungsforderung an die IRA sei an den Haaren herbeigezogen, sagte er: »Es gibt nur ein wirkliches und dauerhaftes Mittel gegen die Waffen der Paramilitärs – Rost. Sollen die Waffen doch vergraben bleiben.« Das war nicht ganz uneigennützig gesagt: David Ervine hat in diesem Punkt die gleichen Probleme mit der Basis wie Gerry Adams von Sinn Féin. Die Nüchternheit, mit der die Führungen der loyalistischen Parteien »solche über alle Maßen aufgeplusterten Scheinprobleme« beurteilen, ist auch Ausdruck ihres gewachsenen Selbstbewusstseins. Niemand hat den politischen Verhandlungsprozess der letzten Jahre so vorbehaltlos unterstützt wie UDP und PUP, und keine andere Partei – außer der konfessionsübergreifenden Frauenkoalition – hat sich bei den Verhandlungen zum Karfreitagsabkommen und auch später so entschieden für das Recht der Frauen auf Abtreibung, die Belange von Schwulen oder die Interessen von Behinderten eingesetzt wie die loyalistische PUP.

PUP und UDP sind mittlerweile anerkanntermaßen die Parteien der protestantischen Arbeiterklasse von Belfast. Ihre Vertreter leben in den heruntergekommenen Vierteln, sie wissen um die Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit und nennen sich teilweise selber »Sozialisten«. Ervine zum Beispiel sagt, dass er in Britannien wohl Mitglied der Labour-Partei wäre – der »alten« Labour-Partei, versteht sich, denn die von Tony Blairs New Labour abgeschaffte Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist weiterhin zentraler Bestandteil des PUP-Programms.

Von einem »linken Loyalismus« kann dennoch keine Rede sein. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der PUP entspringt eher einem diffusen Labourismus, der die britische Arbeiterbewegung geprägt hat: Auch die Lohnabhängigen sollten einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erhalten. Faire Löhne, Berücksichtigung der Bedürfnisse der Belegschaften und etwas weniger Ausbeutung bitte. Mit solchen wirtschaftspolitischen Vorstellungen mögen die loyalistischen Arbeiterparteien zwar links von der europäischen Sozialdemokratie stehen, in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen spielen sie aber weiterhin keine Rolle. Die nordirischen Gewerkschaften waren für sie immer nur Vehikel für einen anderen Zweck.

Beim Generalstreik gegen das Sunningdale-Abkommen von 1974 etwa spielten loyalistische Betriebsräte eine entscheidende Rolle; besonders die Belegschaften der Elektrizitätswerke trugen erheblich zum Erfolg dieses politischen Streiks bei. Als die Thatcher-Regierung in den achtziger Jahren aber die Stromwerke privatisierte, die Gewerkschaft entmachtete und die meisten Elektrizitätsarbeiter auf die Straße setzte, gab es keinen nennenswerten Widerstand. Was die loyalistischen Arbeiterkomitees in einer politischen Streitfrage mühelos geschafft hatten, wollte auf einem klassischen gewerkschaftlichen Kampfgebiet partout nicht gelingen – vielleicht auch weil die Umstrukturierung von der britischen, also »ihrer« Regierung veranlasst worden war. Eine überwältigende Mehrheit der protestantischen Arbeiterklasse hängt immer noch der Idee einer Volksgemeinschaft an, in der alle –

ArbeiterInnen, Angestellte, kleine Selbständige und Unternehmen – klassenübergreifend zum Wohle des protestantischen Volkes agieren. Eine ähnliche Volksgemeinschaftsideologie bildete einen zentralen Bestandteil des deutschen Nationalsozialismus, und in mancherlei Hinsicht können die loyalistischen Verbände mit dem linken Flügel der SA im Deutschland der dreißiger Jahre verglichen werden. Dass vielen Loyalisten rassistische Überzeugungen, faschistische Herrenmentalität und völkische Gesinnung nicht allzu fern sind, zeigen auch die engen Kontakte einiger Paramilitärs zu rechtsradikalen und Neonazigruppen in England und auf dem Kontinent.

Der Großmut der Sieger

Der Krieg in Nordirland war ein Krieg der Arbeiterklassen, sagt Ervine. »Wir haben gekämpft und dafür bezahlt, auch die nationalistischen Arbeiter haben gekämpft und bezahlen müssen.« Von Siegern und Verlierern könne man nach einem so langen Kampf kaum sprechen, aber es sei schon gut, dass die IRA nun die Entscheidung der nordirischen Mehrheit über den Verbleib Nordirlands in der Union mit Britannien akzeptiere. Nur darauf komme es an, alles andere – wie die Waffenfrage – sei nebensächlich. David Ervine verkörpert wie kein Zweiter die große Gruppe der Selbstsicheren unter den Loyalisten: Die Union, davon ist er überzeugt, ist heute weniger gefährdet als je zuvor. Mit dieser Gewissheit lässt es sich gut großzügig sein. Die verängstigten Mitglieder der unionistischen Parteien und des Oranier-Ordens zum Beispiel können solchen Großmut nur schwer aufbringen.

Allerdings sind auch nicht alle Mitglieder der loyalistischen Paramilitärs der gleichen Meinung wie ihre Parteiführer. 1997 zum Beispiel gründeten UVF-Mitglieder in der Region von Portadown eine neue Organisation, die Loyalist Volunteer Force (LVF). Diese LVF setzte die Tradition willkürlicher Angriffe und gezielter Attentate fort. Ihr Führer Billy Wright protzte gern damit, über ein Dutzend Menschen eigenhändig umgebracht zu haben (Wright wurde Ende 1997 im Gefängnis von Long Kesh von Häftlingen der republikanischen INLA ermordet). Auch in der UDA sind viele Mitglieder skeptischer als die Spitze ihrer Partei UDP; die UDA ist zudem weniger hierarchisch strukturiert als die UVF und daher nicht so diszipliniert. Manchmal operieren UDA- und LVF-Killer auf eigene Faust und verwenden Namen wie Red Hand Defenders, Orange Volunteers oder Loyalist Volunteers. Ende der neunziger Jahre wurden die ohnehin schon komplexen Beziehungen zwischen den verschiedenen loyalistischen Gruppen durch geschäftliche Rivalitäten noch verwickelter. Die LVF, Teile der UDA und einzelne Mitglieder der UVF widmen einen Großteil ihrer Aufmerksamkeit mittlerweile dem Drogenhandel und der Schutzgelderpressung und kommen sich dabei gegenseitig in die Quere. Im August 2000 lösten innerloyalistische Auseinandersetzungen um die Kontrolle des protestantischen Westbelfast eine Fehde aus, die drei Menschenleben kostete (dieser Bandenkrieg wird wahrscheinlich durch

Waffengewalt beendet, jedenfalls sprechen die Paramilitärs selber von der absehbaren großen Schlacht).

Der Streit der loyalistischen Kommandos ist allerdings auch ein Indiz dafür, wie optimistisch sie die aktuelle Lage einschätzen: Wann immer sie die Bindung an Britannien gefährdet sahen, rückten die Paramilitärs eng zusammen – derzeit können sie sich offensichtlich den Luxus interner Konflikte leisten. Dennoch bleiben sie auf alle Eventualitäten vorbereitet. Sollte es wider Erwarten zu einer Annäherung zwischen Nord- und Südirland kommen und sollte die Sinn-Féin-Führung mit ihrer Behauptung von der bevorstehenden irischen Vereinigung Recht behalten, dann stehen die Kommandos bereit. Der Krieg würde dann in den Süden, in die Republik getragen. Das hat die UVF schon einmal getan: Am 17. Mai 1974, kurz bevor der Generalstreik das Sunningdale-Abkommen endgültig zu Fall brachte, detonierten in Dublin und Monaghan-Stadt vier Autobomben. Sie zerfetzten 33 Menschen, 120 wurden teilweise schwer verletzt. Solche Aktionen, behaupten die Loyalisten, könnten sie jederzeit wiederholen: Wenn es der mit ein paar hundert Freiwilligen vergleichsweise kleinen IRA gelingen konnte, die große britische Militärmacht in Atem zu halten, dann würden sie das mit der unbedeutenden irischen Armee ebenfalls schaffen. Eine kühne Behauptung, zumal so langsam durchsickert, dass auch bei den Dublin-Monaghan-Bomben britische Agenten ihre Finger im Spiel hatten, die Loyalisten mithin nicht aus eigener Kraft zuschlugen. Aber wer möchte es schon darauf ankommen lassen?

Kapitel 7

Die Holperstrecke zur Verständigung

Das britische Modell setzt sich durch

Begonnen hatte der Friedensprozess Mitte der achtziger Jahre, als sich die Schwierigkeiten für die republikanische Bewegung zu häufen begannen. Das von London und Dublin 1985 mit dem Ziel einer politischen Schwächung von Sinn Féin verabschiedete Anglo-Irische Abkommen zeigte Wirkung. Bei der Unterhauswahl 1987 konnte Gerry Adams zwar sein Mandat in der republikanischen Hochburg Westbelfast verteidigen, aber der Stimmenanteil von Sinn Féin ging um zwei Prozent zurück; die SDLP hingegen, die die bewaffnete Verteidigung der katholischen Viertel und den gewaltsamen Kampf gegen den nordirischen Staat immer abgelehnt hatte, konnte ihren Stimmenanteil steigern: Die gemäßigten NationalistInnen vertraten damit wieder unangefochten die katholische Minderheit. Die Parlamentswahl im Süden (Februar 1987) endete für Sinn Féin sogar in einer mittelschweren Katastrophe – die RepublikanerInnen hatten sich erst im Jahr zuvor zu einer Teilnahme an Wahlen in der Republik durchgerungen, nun gewannen sie mit unter zwei Prozent der Stimmen nicht einmal einen Sitz. Der andauernde Kampf der IRA, so schien es, blockierte Sinn Féins Aufstieg zur politischen Kraft. Gleichzeitig schrumpfte auch das Umfeld, das die IRA für ihre Operationen brauchte. In den Anfangsjahren war die IRA eine Art Volksarmee. Es herrschten fast demokratische Zustände: Die Offiziere wurden zum Teil gewählt und die Freiwilligen bewegten sich offen durch ihre Viertel. Die Umstrukturierung, die durch das Einschleusen britischer Spitzel notwendig geworden war, machte aus der IRA jedoch zunehmend eine nach außen abgeschottete Geheimorganisation, deren Entscheidungen und Aktionen selbst viele SympathisantInnen oftmals nicht mehr nachvollziehen konnten.

Auch auf internationaler Ebene gerieten die militanten RepublikanerInnen in die Isolation. Die finanziell und logistisch wichtige Unterstützung der irisch-amerikanischen Gemeinschaft in den USA ließ merklich nach. Die Waffeneinkäufer hatten zunehmend Mühe, Geld und Material aufzutreiben, das FBI war ihnen häufig auf den Fersen. In großem Stil lieferte nur noch Libyen – dessen Staatspräsident Muammar al-Gaddafi rächte sich damit für die britische Unterstützung der US-Luftangriffe auf Tripolis und Bengasi im Jahre 1986. Als im Oktober 1987 der mit libyschen Waffen voll gepackte Kutter »Eksund« vor Frankreichs Küste gekapert wurde (es handelte sich um die vierte oder fünfte Lieferung aus Tripolis), schien auch dieser Weg versperrt. Ein militärischer Sieg war völlig außer Reichweite gerückt. Die IRA operierte zwar weiter mit Granaten, Bomben und Sprengsätzen, eine Perspektive hatte die Freiwilligenarmee aber nicht mehr. Es blieb ihnen nur die Wahl, wieder einmal die Waffen wegzulegen oder einen Krieg fortzusetzen, der zu nichts führte.

In dieser Situation veröffentlichte Sinn Féin ein »Scenario for Peace« (»Szenarium für den Frieden«). Dieses im Mai 1987 publizierte Memorandum wiederholte zwar nur bereits bekannte Positionen (wie die Forderung eines Abzugs der Briten innerhalb einer Legislaturperiode), es zeigte aber auch, dass sich Sinn Féin und IRA wieder mit politischen Ansätzen beschäftigten. Dann geschah etwas, das die Annäherung der beiden Parteien der katholischen Bevölkerung, SDLP und Sinn Féin, einen großen Schritt voranbrachte: Während einer Gedenkveranstaltung für die Gefallenen beider Weltkriege detonierte in Enniskillen, County Fermanagh, eine IRA-Bombe, die elf protestantische ZivilistInnen tötete; das Massaker erschütterte das ganze Land. Am Tag der Beerdigung stand zeitweise das öffentliche Leben still – auch in Dublin. Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams erklärte erstmals öffentlich, dass man nun auch über »Formen des unbewaffneten Kampfes« nachdenken müsse. Einer, der Waffengewalt immer schon abgelehnt hatte, verstand das Signal: Zwei Monate nach Enniskillen traf John Hume, Vorsitzender der SDLP, erstmals mit Adams zusammen. Diese Unterredung, für die Hume sehr viel Prügel einstecken musste, war der Beginn des Friedensprozesses.

Rätselraten um die britischen Interessen

Es folgten weitere Verständigungsgespräche: Verfolgten die Briten weiterhin eigene Interessen in Nordirland (wie Sinn Féin vermutete)? Oder spielten sie die Rolle eines neutralen Vermittlers (wie Hume meinte)? Die Positionen lagen weit auseinander. Die SDLP warf Sinn Féin vor, dass den Republikanern die Mittel doch längst heiliger seien als das Ziel, die irische Vereinigung. Und dass der von der IRA geforderte schnelle Abzug der britischen Truppen Nordirland nur in ein Chaos stürzen und eine loyalistische Gegenoffensive provozieren würde. Die republikanische Seite erwiderte, dass ein solcher Abzug, um ein größeres Chaos zu verhindern, eben schnell vonstatten gehen müsse und dass der militärische Kampf für ein vereinigtes Irland schon deswegen gerechtfertigt sei, weil alle anderen Mittel versagt hätten.

Die Gespräche dauerten bis September 1988 und trugen der SDLP bei den Kommunalwahlen 1989 einen weiteren Wahlerfolg ein, sie konnte ihren Vorsprung vor Sinn Féin ausbauen. Die IRA, noch lange nicht vom Nutzen des politischen Dialogs überzeugt, weitete ihre Angriffe aus und nahm insbesondere Firmen und Arbeiter ins Visier, die mit den britischen Sicherheitskräften zusammenarbeiteten (und Militärinstallationen wieder aufbauten, die von den RepublikanerInnen zerstört worden waren). Im Juli 1990 zündete die IRA eine Bombe in der Börse von London, die erheblichen Sachschaden anrichtete; zehn Tage später tötete ein Sprengsatz den Thatcher-Vertrauten Ian Gow; im Oktober schickten die RepublikanerInnen erstmals eine »menschliche Bombe« los. Sie nahmen eine katholische Familie als Geisel und zwangen so den angeblich mit den Briten kollaborierenden Vater, ein mit Sprengstoff bepacktes Auto zu den britischen Armeeposten zu fahren; er ging mit der Bombe hoch. Die IRA wiederholte diese Taktik

noch etliche Male, stellte sie aber bald ein: Die nordirische Bevölkerung war empört, und allzu viel Kritik aus den eigenen Reihen konnte sich die Organisation nicht mehr leisten (ein Anschlag im Mai 1990, bei dem versehentlich zwei Australier erschossen wurden, hatte den RepublikanerInnen viel Sympathie bei der irischstämmigen Bevölkerung in Australien gekostet).

John Hume hatte seine Gespräche mit Adams zwar als Privatperson geführt, aber es dauerte nicht lange, bis die irische Regierung (mit der die SDLP von jeher engen Kontakt pflegte) und danach auch London über den Inhalt informiert waren. In Kenntnis der Verhandlungsbereitschaft von Sinn Féin hielt der damalige Nordirlandminister Peter Brooke seine Aufsehen erregende Rede, in der er betonte, dass die britische Regierung nurmehr vermitteln wolle und in Nordirland keine eigennützigen Ziele mehr verfolge. Wenn die Mehrheit der nordirischen Bevölkerung Veränderungen wünsche, wolle London nicht im Wege stehen. Aber eines machte Brooke damals auch klar: Der Gewalt der IRA würde man niemals nachgeben.

Die strategischen Ziele

Brookes Statement verblüffte die Öffentlichkeit. Jahrhundertlang hatte Britannien aus militärischen Erwägungen an seiner irischen Kolonie festgehalten, und noch 1951 hatte die Londoner Regierung in einem Papier gewarnt: »Ein neutrales vereintes Irland, auf dessen guten Willen und Kooperationsbereitschaft man sich nicht hundertprozentig verlassen kann, würde ein großes Problem für die Verteidigung des Vereinigten Königreichs und Westeuropas darstellen.« 1982 bekräftigte der Vizeadmiral und ehemalige Natomarinekommandant Sir Ian McGough diese Bedenken: »Die strategische Bedeutung der Insel Irland kann kaum überschätzt werden. Die gegenwärtigen Unruhen in Nordirland haben daher ernsthafte Auswirkungen auf die Stärke und die Einheit der nordatlantischen Allianz.« Sein Fazit: »Sollte sich Britannien im Krieg – besonders mit der Sowjetunion – befinden, könnte es keine militant linke Regierung in Irland akzeptieren.« Es herrschte der Kalte Krieg, und in London ging die Sorge vor einer IRA um, die auch im Süden die Verhältnisse umkrempeln könnte. Ein »keltisches Kuba« vor der eigenen Küste konnte Britannien, das Nordirland zu einem wichtigen militärischen Natoposten ausgebaut hatte, nicht akzeptieren.

Dies änderte sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre. Nordirland verlor seine Bedeutung für das westliche Bündnis und kostete nur noch Geld. Seit dem Niedergang der einst kriegswichtigen Belfaster Industriebetriebe (die die britische Handels- und Kriegsmarine mit Schiffen und die britischen Truppen in Übersee mit Uniformen versorgt hatten) war Nordirland ein Zuschussgeschäft, in das London Jahr für Jahr rund fünf Milliarden Pfund pumpete. Nordirland war also ein teures Ärgernis, das zudem noch dem Ruf Britanniens schadete – kein westeuropäisches Land wurde so häufig wegen Folter und Entzug demokratischer Rechte vor dem

Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angeprangert wie Britannien.

Schlecht fürs Image war auch die Kampagne des Friedensnobelpreisträgers Sean MacBride. Der ehemalige IRA-Stabschef, spätere Außenminister und langjährige Präsident von Amnesty International hatte Anfang der achtziger Jahre eine Reihe von Leitlinien entwickelt, welche die Diskriminierung auf dem nordirischen Arbeitsmarkt beenden sollten: Wer in Nordirland investierte, sollte (bis zur Erfüllung der Quote) bevorzugt KatholikInnen einstellen und auch für deren Sicherheit auf dem Arbeitsweg und im Betrieb sorgen. Vor allem die irisch-amerikanische Lobby in den USA griff die Idee auf, 1993 hatten dreizehn US-Bundesstaaten (trotz einer teuren Gegenkampagne der britischen Regierung) die MacBride-Prinzipien in ihre Gesetzbücher aufgenommen.

Lästig waren auch die IRA-Bomben in der Londoner City, die ganze Bürohäuser zerstörten, die Finanzwelt erschreckten, den Ruf des Geldzentrums ramponierten und beträchtlichen Sachschaden anrichteten. Die Börsenmakler, Versicherungsexperten und Bankiers waren auch wenig erfreut über die scharfen Sicherheitsvorkehrungen, denen sie beim Betreten und Verlassen der Londoner City unterzogen wurden. Die Herren des Geldes mögen keine Belagerung.

Es sprach also einiges dafür, das Abenteuer Nordirland zu beenden. Allerdings gab es da noch zwei Faktoren, die nicht unterschätzt werden durften: das empfindsame Gemüt einer früheren Weltmacht, die fast alle Besitzungen in Übersee verloren hatte, und die möglichen Auswirkungen, die ein Ausscheiden Nordirlands aus dem Vereinigten Königreich auf die anderen britischen Nationen haben würde. Wie wichtig selbst unbedeutende Flecken Erde für die britische Öffentlichkeit sind, zeigte der Krieg um die Falkland-Inseln 1982, als sich Argentinien dieses Relikt des Empires vor seiner Küste einverleiben wollte. London reagierte pompös, schickte eine mächtige Flotte in den Südatlantik und ruhte nicht eher, als bis die unwirtlichen Inseln zurückerobert waren; nach dem Sieg gewann die damals politisch schon stark angeschlagene Margaret Thatcher die nächste Unterhauswahl mit Bravour. Man kann sich vorstellen, welche innenpolitischen Konsequenzen ein Abzug aus Nordirland für die jeweilige Regierung haben würde – vor allem dann, wenn dieser Abzug als Niederlage im Kampf gegen Terroristen interpretiert werden konnte.

Der zweite Faktor ist ebenfalls kaum kalkulierbar. Das Vereinigte Königreich ist kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat, in dem zentrifugale Kräfte wirken. Ein Teil der schottischen Bevölkerung verlangt seit Jahren die Unabhängigkeit Schottlands; auch für die walisischen NationalistInnen könnte die Entlassung Nordirlands aus dem Königreich ein willkommener Anlass sein, sich vom Vereinigten Königreich zu verabschieden. Und das wollen weder Tories noch Labour.

Ruhe für die Investoren

Am Ende des Kalten Krieges war nicht nur die Großmacht Sowjetunion zusammengebrochen, sondern auch ein Gesellschaftssystem. Übrig blieb das liberal-kapitalistische Modell, das sich ab Anfang der neunziger Jahre fast überall auf der Welt auszubreiten begann und für dessen Siegeszug die alten Konflikte eher hinderlich waren. Der Krieg, den Britannien zwei Jahrzehnte lang bereitwillig geführt hatte, um einen militärisch-strategisch wichtigen Abschnitt der Nato-Flanke zu sichern, wurde zum Störfaktor. Bomben, Schießereien und Straßenschlachten sind dem kapitalistischen Geschäft wenig dienlich.

Zur Durchsetzung der »Neuen Weltordnung« musste ein Übergang vom Krieg in den Frieden gefunden werden, der keine neuen politischen Verwerfungen produzierte und die Dominanz der neoliberalen Variante des Kapitalismus sicherstellte. In Nordirland herrschten Anfang der neunziger Jahre auch nach elf Jahren Thatcher noch vor-thatcheristische Zustände. Anders als in England, Schottland und Wales betrieb der britische Staat hier noch sozialen Wohnungsbau und Wirtschaftsförderung, das Gesundheitswesen war weitgehend intakt geblieben, und die umstrittene Poll-Tax – eine für Millionäre wie Arbeitslose gleich hohe Kommunalsteuer – wurde in Nordirland gar nicht erst eingeführt (es hätte sich wohl auch niemand gefunden, der sie hier hätte eintreiben wollen).

Freilich herrschte keine Einigkeit darüber, wie diese neue Ordnung durchgesetzt werden konnte. Eine Option bestand darin, kurzerhand reinen Tisch zu machen (die Mittel waren vorhanden, die Gesetze teilweise auch, Internierung ohne Gerichtsurteil stand immer noch im Gesetzbuch). Viele UnionistInnen forderten eine solche Offensive, aber sie kam aus nahe liegenden Gründen nicht in Frage – die massiven Menschenrechtsverletzungen eines Krieges waren akzeptabel, solange sie sich gegen die irakische Bevölkerung richteten oder auf dem Balkan begangen wurden, in Nordirland hätte die westliche Öffentlichkeit (und vor allem die vierzig Millionen irischstämmigen US-AmerikanerInnen) eine solche Maßnahme jedoch nicht geduldet. Da die loyalistischen Paramilitärs und die UnionistInnen für den Fall eines britischen Rückzugs den Bürgerkrieg angekündigt hatten (und die erschöpften RepublikanerInnen Kompromissbereitschaft signalisierten), wählten die britischen Strategen die ruhigste Option: Sie entschieden sich für ein (modifiziertes) Festhalten am Status quo und beschlossen, Sinn Féin und die IRA, die sie nicht ausgrenzen konnten, längerfristig einzubinden.

Stillstand nach dem ersten Schritt

Die Sinn-Féin-Führung reagierte schnell auf Peter Brookes Rede. Wenn es denn so sei, dass Britannien »keine eigennützigen strategischen und ökonomischen Interessen« verfolge, könnten ja nun alle nationalistischen IRA-Kritiker beweisen, dass auch ein friedlicher Weg zu einem vereinten Irland führe. Doch danach bewegte sich nicht viel;

die britische Regierung, die einen Versuchsballon hatte steigen lassen, war erst einmal mit sich selber beschäftigt: Zwei Wochen nach Brookes Rede stürzte die konservative Partei ihre Vorsitzende Thatcher; Ende November 1990 wurde John Major zum neuen Premierminister gewählt. Im Februar 1991 missglückte der IRA nur knapp ein Anschlag auf den britischen Regierungssitz in Downing Street 10, wo gerade das Golfkriegskabinett tagte. Im Oktober 1991 nahm der britische Außenminister Douglas Hurd die Aussage Brookes wieder zurück: Es gehe nur darum, wie »Nordirland innerhalb des Vereinigten Königreichs« besser verwaltet werden könne. Das war ein Affront gegen Dublin: Im Anglo-Irischen Abkommen hatten beide Seiten explizit den Begriff »Nordirland innerhalb des Vereinigten Königreichs« vermieden. Dublin konnte einer solchen Formulierung auch kaum zustimmen, denn noch erhob die irische Verfassung in den Artikeln 2 und 3 Anspruch auf die gesamte irische Insel.

Den nächsten Schritt machte die IRA. In ihrer Neujahrsbotschaft 1992 verkündete die Irisch-Republikanische Armee, dass sie »den erforderlichen Mut und die nötige Führungsstärke« zeigen werde, sollte Britannien künftig die Unionisten davon überzeugen, dass deren Interessen in einem vereinten Irland bestens aufgehoben seien. Das klang ganz anders als frühere Neujahrserklärungen, in denen von einem »Krieg bis zum Ende« die Rede war. Im IRA-Armeerat hatte sich offensichtlich die Auffassung durchgesetzt, dass Britannien in Nordirland tatsächlich keine eigenen Interessen mehr verfolge und das lästige Thema Nordirland gern los wäre. Die IRA-Führung war allerdings gespalten, was den Termin und die Umstände einer Aufgabe des Kampfes anbetraf. Neben die bisher übliche Bedingung (zuerst müsse Britannien verbindlich den Abzug erklären, dann würde die IRA den Kampf einstellen) trat nun eine neue Forderung: Britannien müsse das Recht auf irische Selbstbestimmung anerkennen.

Was damit gemeint war, wurde im Februar 1992 deutlich. Das auf dem Sinn-Féin-Parteitag verabschiedete Papier »Towards a Lasting Peace« (»Einem dauerhaften Frieden entgegen«) zeigte, wie weit die interne Diskussion in der republikanischen Bewegung vorangeschritten war. Der Partei war aufgegangen, dass die fortwährenden IRA-Anschläge die UnionistInnen in ihrer Kompromisslosigkeit nur bestärkten und dass sich eine Million ProtestantInnen nicht einfach in ein vereintes Irland bomben ließen. Die protestantische Bevölkerung sah in jeder republikanischen Attacke auch dann einen Angriff gegen sich, wenn der IRA-Anschlag klar »den Briten« galt. Viele, die von der IRA als »legitimes Ziel« bezeichnet wurden, gehörten der protestantischen Gemeinschaft an – die PolizistInnen waren protestantisch, auch die UDR-Mitglieder, die Gefängniswärter, die Richter, die Bauarbeiter und ebenso viele der zufälligen Opfer.

Mit »Towards a Lasting Peace« skizzierte die Sinn-Féin-Führung einen Ausweg aus diesem Dilemma. Das Dokument richtete sich passagenweise direkt an die irische Regierung in Dublin – eine Lösung des Konflikts sei nur mit der Unterstützung aller nationalistischen Kräfte und insbesondere Dublins denkbar, denn nur die irische

Regierung habe »den politischen und diplomatischen Zugang zu den Machtzentren der Welt«. Falls Dublin bereit sei, »eine konstruktive Rolle« zu spielen, könne Sinn Féin ihrerseits »Flexibilität« in Aussicht stellen. Die Parteiführung erhoffte sich von Irland eine Mobilisierung der politischen Vertreter von »Irish America«; eine pan-nationalistische Front von den Belfast Hinterhöfen über Dublin bis ins Weiße Haus würde, so das Kalkül, den für eine positive Lösung notwendigen Druck erzeugen.

Weitere republikanische Zugeständnisse

Während die RepublikanerInnen bei der irischen Regierung anfragten, ob sie zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit sei, übten die USA und die Europäische Union sanften Druck auf London aus: Es sei an der Zeit, das Problem politisch zu lösen, hieß es in Washington und Brüssel. Die gleiche Meinung vertrat 1990 der gerade aus der Haft entlassene ANC-Führer Nelson Mandela

(er empfahl der britischen Regierung, Gespräche mit der IRA

aufzunehmen), sein Rat wurde damals in London als ungebetene Einmischung zurückgewiesen. Inoffiziell jedoch gab es spätestens 1990 die ersten Unterredungen zwischen britischen Unterhändlern und den republikanischen Organisationen. Die Geheimgespräche, die 1993 publik wurden, seien – so erzählte die britische Regierung der Öffentlichkeit – auf Bitten der IRA zustande gekommen. Die RepublikanerInnen hätten um Hilfe ersucht, da sie den Kampf beenden, aber nicht als VerliererInnen dastehen wollten. Die IRA entgegnete, dass es genau andersherum gewesen sei. Wahrscheinlich stimmen beide Versionen, denn fest steht, dass beide Seiten ein Interesse daran hatten, das Terrain für eine Kampfeinstellung ohne Gesichtsverlust zu sondieren. Ebenfalls 1990 nahmen Dublin und die IRA-Führung Geheimgespräche auf, in denen eine mögliche punktuelle Zusammenarbeit diskutiert wurde.

Im April 1992 riefen London und Dublin die nordirischen Parteien zu einer ersten offiziellen Gesprächsrunde zusammen. Eingeladen waren die großen Parteien SDLP, UUP, DUP und die interkonfessionelle nordirische Alliance Party. Damit saßen zum ersten Mal seit siebenzig Jahren die politischen Hauptakteure an einem Tisch, mit Ausnahme von Sinn Féin: Diese dürfe erst dann teilnehmen, so die beiden Regierungen, wenn die IRA die Waffen niedergelegt habe. Das Ziel der Verhandlungen war, mögliche Strukturen und Partizipationsmodelle in Nordirland zu diskutieren, das Verhältnis zwischen Nord- und Südirland zu klären und schließlich die Beziehung zwischen den beiden Regierungen in London und Dublin neu zu definieren.

Doch es wurde nichts daraus, die Vorstellungen der TeilnehmerInnen waren unvereinbar. Vor allem die UnionistInnen von UUP und DUP verfolgten klare Ziele, von denen sie sich nicht abbringen ließen. Sie forderten die Suspendierung des Anglo-Irischen Abkommens von 1985, mit dem Irland ein Mitspracherecht in nordirischen Angelegenheiten

zugesichert worden war, und verlangten, dass die Republik Irland ihre Artikel 2 und 3 aus der Verfassung streiche. Die gemäßigten NationalistInnen der SDLP und die irische Regierung hingegen postulierten als Übergangslösung in Richtung vereinigtes Irland eine weit gehende Reform des nordirischen Gemeinwesens, an dessen Verwaltung alle großen Parteien, also auch die der katholischen Minderheit, beteiligt sein müssten. Für sie war zudem klar, dass Sinn Féin an künftigen Verhandlungen beteiligt werden müsse – nur so könne der Krieg beendet werden. Allein schon die Vorstellung, mit Sinn Féin am Verhandlungstisch zu sitzen, war für die Unionisten jedoch unerträglich. Im November 1992 zogen sich die UnionistInnen demonstrativ aus den Gesprächen zurück. Der Verhandlungsprozess war vorläufig gescheitert.

Auf ihrem Parteitag 1993 signalisierte Sinn Féin daraufhin weitere Kompromissbereitschaft. Martin McGuinness, bis dahin großer Skeptiker der neuen, reformorientierten Parteilinie, formulierte in einer Grundsatzrede die Bereitschaft zu Offenheit, Flexibilität und »kühner Initiative«. Die alte republikanische Forderung nach einem britischen Abzug tauchte nicht mehr auf. Ingeheim ging Sinn Féin sogar noch einen Schritt weiter. Im gesamten Verhandlungsprozess hatten London, Dublin, die SDLP und die unionistischen Parteien die Position vertreten, dass eine Mehrheit der nordirischen Bevölkerung konstitutionelle Veränderungen gutheißen müsse. Der irische Republikanismus hatte dies mit dem Hinweis auf die Geschichte jedoch immer abgelehnt. Wenn die RepublikanerInnen vom Selbstbestimmungsrecht sprachen (und das taten sie ab Ende der achtziger Jahre immer häufiger), dann gingen sie selbstverständlich von der territorialen Einheit ganz Irlands aus. Für sie hatte die gesamte irische Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht inne, also konnten auch nur alle IrInnen gemeinsam (die im Norden wie die im Süden) dieses Recht ausüben. Diese Position machte den Kern des irischen Republikanismus aus. Wer sie aufgab, verabschiedete sich von einer langen Tradition und vom Republikanismus. Aber genau das tat die Führung von Sinn Féin, als sie 1992 Dublin ein Dokument zukommen ließ, in dem sie die Bereitschaft zur Aufgabe alter Grundsätze signalisierte.

Der Weg zur ersten Waffenruhe

Die Basis wusste davon jedoch nichts und kämpfte weiter für das alte Ziel einer irischen Vereinigung. Im April 1992 sprengte eine IRA-Bombe das Gebäude der Baltic Exchange in der Londoner City (drei Tote, achthundert Millionen Pfund Sachschaden), im März 1993 töteten IRA-Bomben im Einkaufszentrum von Warrington (England) zwei Kinder, im April 1993 zerstörte ein Sprengsatz gleich mehrere Banken in der Londoner City (Gesamtschaden über eine Milliarde Pfund). Zwei ähnlich mächtige Bomben, die am selben Tag vor Downing Street 10 und Scotland Yard abgestellt wurden, detonierten nicht.

Ebenfalls im April 1993 begaben sich John Hume und Gerry Adams in eine zweite Gesprächsrunde. Wieder ging es um die Frage, ob der

gesamten irischen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht zukomme oder nur der nordirischen mit ihrer protestantischen Mehrheit (das so genannte »unionistische Veto«). Das Ergebnis der Gespräche ist bis heute nicht veröffentlicht worden, sicher ist aber, dass die Sinn-Féin-Führung erstmals das »unionistische Veto« konzidierte. Allein die Tatsache, dass Hume und Adams zusammensaßen, versetzte die loyalistischen Paramilitärs aber in helle Aufregung. Innerhalb kurzer Zeit ermordeten sie mehrere katholische ZivilistInnen. Die IRA beantwortete den Terror mit Gegenterror – im Oktober 1993 trugen zwei IRA-Mitglieder eine Bombe in eine Fischhandlung an der Shankill Road, über der sie ein Treffen der loyalistischen Führungsspitze vermuteten; doch der Sprengsatz detonierte zu früh und tötete neun unbeteiligte ProtestantInnen (und einen der Bombenleger).

Im Dezember 1993 griffen London und Dublin den Ball auf, den Hume und Adams ihnen zugespielt hatten. In einer gemeinsamen Erklärung, der Downing-Street-Deklaration, bekräftigten Dublin und Irland, dass Britannien keine eigennützigen Interessen mehr verfolge und dass eine Veränderung des Status von Nordirland nur mit Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit in Frage käme. Die Sinn-Féin-Führung erbat sich Bedenkzeit, in

der IRA regte sich Opposition gegen die weit gehenden Zugeständnisse, die London und Dublin da verlangten (dass die Sinn-Féin-Führung die Downing-Street-Deklaration mitverfasst hatte, wusste damals noch niemand). Nach einiger Überzeugungsarbeit hatten Adams und McGuinness ihre Basis jedoch so weit: Am

31. August 1994 erklärte die IRA einen Waffenstillstand, dem sich sechs Wochen später die loyalistischen Paramilitärs anschlossen. Die nationalistische Bevölkerung von Westbelfast tanzte auf den Straßen: Endlich schien der Durchbruch geschafft, endlich war die ersehnte irische Einheit in greifbare Nähe gerückt. Dass die IRA der britischen Regierung keinerlei Konzessionen abringen können, sondern im Gegenteil große Zugeständnisse gemacht hatte, begriff die katholische Bevölkerung erst nach und nach.

Auch Sinn Féin begriff einiges erst später. Nur nach einer Waffenruhe der IRA dürften Sinn-Féin-Vertreter am Verhandlungstisch Platz nehmen, hatten britische Regierungsvertreter vor der Waffenruhe erklärt, aber jetzt, da die Waffenstillstandserklärung vorlag und die Waffen ruhten, genügte das Britannien nicht mehr. Erst müsse die IRA erklären, dass der Waffenstillstand für immer und ewig gelte, hieß es in Downing Street 10. Und dann zog London eine neue Vorbedingung aus der Tasche, die von den unionistischen Politikern schon immer gefordert worden war: Wenn es die republikanische Bewegung wirklich ernst mit dem Frieden meine, müsse die IRA ihre Waffen abgeben.

Wieder die alte Forderung nach Kapitulation

Die Absicht war unverkennbar: London und den Unionisten ging es nicht um die Waffen, denn eine zum Kampf entschlossene Gruppe, das wusste jeder, kann sich jederzeit neu ausrüsten. Die Zutaten für die meisten IRA-Bomben und -Granaten bestanden ohnehin aus frei erhältlichen Chemikalien. Es ging ihnen also um die Geste: Die IRA sollte kapitulieren. Die Entwaffnungsforderung der britischen Regierung blockierte jeden Verhandlungsfortschritt. Die IRA hatte zwar ihre Ziele zurückbuchstabiert, aber demütigen ließ sie sich nicht. London musste das wissen und die irische Regierung auch, doch dort amtierte seit Dezember 1994 nicht mehr das tendenziell republikanisch gesinnte Fianna-Fáil-Kabinetts von Albert Reynolds, sondern der in der nationalen Frage eher probritische John Bruton (Fine Gael). Ein Jahr lang stand der Friedensprozess still – sehr zum Missfallen der US-amerikanischen Regierung von Bill Clinton, der seine Pax Americana gefährdet sah. Erst im November 1995 einigten sich Major und Bruton auf die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Lösung der Waffenfrage, mit deren Leitung sie den ehemaligen US-Senator und Clinton-Vertrauten George Mitchell beauftragten. Ende Januar 1996 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht. Mitchell schlug zweierlei vor: Einerseits sollte die Entwaffnung nicht mehr Voraussetzung für die Verhandlungsteilnahme sein (es genüge, wenn die paramilitärischen Organisationen ihre Waffen schrittweise, also parallel zum Verhandlungsfortschritt abgaben), andererseits empfahl er, dass sich alle Verhandlungsparteien zu »demokratischem und gewaltlosem Vorgehen« verpflichten und die Verhandlungsergebnisse akzeptieren müssten. Anders ausgedrückt: Wer die Mitchell-Prinzipien unterschrieb, konnte keinen bewaffneten Kampf mehr führen.

Die Sinn-Féin-Führung signalisierte Zustimmung, doch bevor sie ihrerseits die Einwilligung der Basis hatte, lehnte der britische Premierminister Major den Bericht ab. Kurz danach zündete die England-Abteilung der IRA eine Bombe in den Londoner Docklands, wo gerade ein neues Finanz- und Wirtschaftszentrum entstand. Der Waffenstillstand war damit vorbei. Die IRA, so die Botschaft, würde weiterkämpfen, bis Sinn Féin einen Platz am Verhandlungstisch erhalte. Aber eine Rückkehr zum Krieg war dieser Kampf nicht: Es detonierten zwar noch einige Bomben (unter anderem im Stadtzentrum von Manchester), aber der alte Schwung war dahin.

Die politische Blockade löste sich erst im Mai 1997, als Labour die Unterhauswahl so hoch gewann, dass die neue Regierung von Tony Blair nicht mehr auf die Stimmen der unionistischen Abgeordneten angewiesen war. Fünf Wochen später besiegte die prorepublikanische Fianna Fáil bei der Parlamentswahl in der irischen Republik die regierende Fine Gael. Im Juli 1997 erklärte die IRA den zweiten Waffenstillstand (diesmal herrschte kein Jubel auf Belfasts Straßen), Sinn Féin unterzeichnete die Mitchell-Prinzipien. Da die neue britische Regierung die Vorbedingung ihrer Vorgängerin aus dem Weg räumte und Sinn Féins Gesprächsteilnahme nicht mehr von der Entwaffnung abhängig machte, saß die Sinn-Féin-Führung ab September 1997 mit am Tisch.

Das Karfreitagsabkommen

Die Verhandlungen zogen sich bis Ostern 1998 hin. Die UnionistInnen drohten immer wieder mit dem Abbruch der Gespräche, und Ian Paisleys Democratic Unionists marschierten gelegentlich aus dem Saal, kehrten aber stets zurück. Die politischen Organisationen der Paramilitärs auf beiden Seiten standen derweil in ständigem Kontakt mit ihren inhaftierten Mitgliedern. Etwa sechshundert IRA-Gefangene saßen zu jener Zeit in Long Kesh ein und ebenso viele Gefangene aus den loyalistischen Gruppierungen. In ihren Organisationen hoch angesehen, war deren Zustimmung für den Fortgang der Verhandlungen von entscheidender Bedeutung. Für Sinn Féin wie für die loyalistischen Parteien PUP und UDP war die vorzeitige Freilassung ihrer inhaftierten Mitglieder daher auch eine nicht verhandelbare Grundbedingung.

In den Morgenstunden des 10. April 1998 unterzeichneten die Delegationen von zehn Parteien und zwei Regierungen schließlich ein Abkommen, das den Vorstellungen und Interessen beider Bevölkerungsgruppen Nordirlands gleichermaßen gerecht zu werden versprach. Was wie die Quadratur des Kreises anmutete, schien endlich gelungen zu sein: Die bestehende Union mit Britannien sollte erhalten bleiben, gleichzeitig stand aber auch einer engeren Anbindung an Dublin nichts im Wege, sollte die nordirische Bevölkerungsmehrheit dies für gut befinden.

Das Vertragswerk, das bald den Namen Karfreitagsabkommen erhielt und inzwischen teilweise umgesetzt ist, konzipierte im entscheidenden konstitutionellen Teil neue Strukturen auf drei Ebenen. Auf der untersten (nordirischen) Ebene erhielt Nordirland erstmals seit 1972 wieder eine begrenzte Selbstverwaltung. Das Konzept sah (wie von vielen UnionistInnen gefordert) die Bildung eines Regionalparlaments und einer Regionalregierung vor mit Kompetenzen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Wirtschaftsentwicklung, Umwelt und Finanzen. Über die Zusammensetzung dieser Regierung entscheidet die nordirische Bevölkerung durch die Wahl des Regionalparlaments, das aufgrund eines ausgeklügelten Proporzsystems die Regierung mit VertreterInnen aller großen Parteien beider Bevölkerungsgruppen besetzt.

Auf der zweiten (gesamtirischen) Ebene vereinbarte das Karfreitagsabkommen eine Kooperation zwischen der neuen Belfaster Regionalregierung und der Regierung der irischen Republik. Ein regelmäßig tagender Nord-Süd-Ministerrat berät seither über eine gemeinsame Politik in Bereichen wie Handel, Fremdenverkehr, Transport, Landwirtschaft und Energie. Für die NationalistInnen war dies der wichtigste Abschnitt des Abkommens, da sie sich von grenzüberschreitenden Gremien ein Zusammenwachsen der beiden Teile Irlands versprechen. Auf einer dritten (britisch-irischen) Ebene vereinbarten die VertragspartnerInnen die von einigen UnionistInnen vorgeschlagene Einrichtung eines anglo-irischen Rats der Inseln, der halbjährlich zu Konsultationen zusammentrifft und sich aus

VertreterInnen der Parlamente von Westminster, Edinburgh, Cardiff, der Isle of Man, der Kanalinseln sowie von Dublin und Belfast zusammensetzt.

Ferner vereinbarten die Vertragsparteien die Bildung mehrerer Ausschüsse. Ein Komitee wurde beauftragt, Empfehlungen zur Reform der nordirischen Polizei RUC auszuarbeiten, ein weiteres sollte Vorschläge zur Neustrukturierung der nordirischen Justiz überprüfen. Neu geschaffen wurde auch eine international besetzte unabhängige Abrüstungskommission, die – nach dem Mitchell-Plan von 1996 – die Abgabe der Waffen bis zum festgelegten Stichtag im Mai 2000 kontrollieren sollte. Eine (Teil-)Abgabe vor diesem Termin wurde nicht vereinbart. Weitere Kommissionen sollten sich mit der Einhaltung von Menschenrechten und mit der Förderung der Chancengleichheit beschäftigen. Das Abkommen regelte die neue Verwaltung bis ins Detail.

Um zu verhindern, dass ein Bevölkerungsteil den anderen politisch ausschalten kann, wurde die »qualifizierte Mehrheit« eingeführt: Ein Antrag im Regionalparlament (der »Versammlung«) gilt danach nur dann als angenommen, wenn ihm neben einer Mehrheit der Abgeordneten mindestens vierzig Prozent der einen wie der anderen Seite zustimmen. Die unionistischen Abgeordneten sind demnach immer darauf angewiesen, dass ihnen mindestens vierzig Prozent der nationalistischen ParlamentarierInnen zustimmen (und umgekehrt). Diese Regel verhindert eine Majorisierung der Minderheit, festigt andererseits aber die nationale Definition von Politik und zementiert so den Graben zwischen den beiden Gemeinschaften, da keine politische Gruppierung umhin kommt, sich der einen oder anderen Seite zuzuordnen. Und noch eine Besonderheit wurde eingeführt: Die zehn Minister der Regionalregierung und der Erste Minister als Vorsitzender des Kabinetts agieren weitgehend autonom – weder das Kabinett noch die Versammlung können ihre einmal getroffenen Entscheidungen korrigieren. Die »bessere Verwaltung«, auf die es abzielte, war eine Verwaltung von oben nach unten.

Im Mai 1998 entschieden die StimmbürgerInnen von Nord- und Südirland in zwei Referenden über das Abkommen. Im Norden akzeptierten rund 71 Prozent der Bevölkerung das Vertragswerk – allerdings fiel die Zustimmung höchst unterschiedlich aus: während die protestantischen KatholikInnen zu 96 Prozent mit Ja votierten, befürworteten nur 55 Prozent der protestantischen ProtestantInnen das Abkommen (für eine Ablehnung warben vor allem Paisleys DUP, kritische Teile der UUP, der Oranier-Orden und eine Reihe kleinerer unionistischer Parteien wie die United Kingdom Unionist Party). Im Referendum, das am gleichen Tag in der Republik Irland abgehalten wurde, entschieden sich 94 Prozent der WählerInnen für die Revision der Verfassungsartikel 2 und 3, in denen bis dahin die Republik Anspruch auf die sechs Grafschaften von Nordirland erhoben hatte (die Aufhebung dieser Paragraphen war eine der wichtigsten Forderungen der nordirischen UnionistInnen gewesen). Damit akzeptierte eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der Republik Irland, dass

Nordirland so lange Teil des Vereinigten Königreichs bleibt, bis die nordirische Bevölkerung anders entscheidet.

Damit war das »Sunningdale für Spätentwickler« (wie der SDLP-Vize Seamus Mallon das Abkommen umschrieb) angenommen. Mallons Charakterisierung traf den Kern: Das Sunningdale-Abkommen von 1974 hatte wesentliche Teile des Karfreitagsabkommens (etwa die Machtteilung und grenzüberschreitende Gremien) bereits enthalten, war aber am erbitterten Widerstand der UnionistInnen und an der Ablehnung von Sinn Féin und IRA gescheitert. Im Juni 1998 entschied die nordirische Bevölkerung über die Zusammensetzung ihrer neuen Versammlung, und auch in dieser Wahl stimmte eine Mehrheit für Parteien, die das Karfreitagsabkommen befürworteten. SDLP und Sinn Féin erzielten gute Ergebnisse, vor allem Sinn Féin machte mit fast 45 Prozent Stimmenanteil im nationalistischen Bevölkerungsteil einen großen Schritt nach vorn. Auf der unionistischen Seite hingegen konnte sich die UUP, deren Vorsitzender David Trimble das Abkommen unterschrieben hatte, nur knapp gegen die Front der KritikerInnen behaupten, die von Paisleys DUP angeführt wurden. Da das Wahlergebnis zugleich die Aufteilung der Ministerposten festlegte, stand die Zusammensetzung der neuen Regierung damit fest: Jeweils drei Minister wurden von UUP und SDLP gestellt, jeweils zwei von DUP und Sinn Féin. Dazu kamen der Erste Minister David Trimble (als Vorsitzender der größten Fraktion) und Seamus Mallon von der SDLP als dessen Stellvertreter.

Diese Regierung hätte ab Juli 1998 amtierend sein können, wären da nicht auf unionistischer Seite viele Vorbehalte gewesen. Denn das Abkommen – darauf beruht gerade seine breite Akzeptanz – bot allen genau das, was sie herauslesen wollten. Die einen sahen die Union mit Britannien gesichert, da die Zustimmungspflicht der nordirischen Bevölkerung gesetzlich vorher nicht festgeschrieben war. Die anderen konnten aufgrund größerer Mitsprachemöglichkeiten des Südens auf eine Aufweichung der britischen Souveränität hoffen. Beide Lesarten wiederum konnten die KritikerInnen des Abkommens als Argumente für ihre Ablehnung heranziehen. Vor allem die pessimistisch gestimmten UnionistInnen beäugten die Zugeständnisse an die katholische Seite äußerst misstrauisch, sie sahen sich klar auf der Verliererstrecke. Sprach nicht schon allein die Tatsache Bände, dass sie seit Beginn des Friedensprozesses an immer weniger Orten ihre Paraden abhalten durften?

Kapitel 8

Nordirische Marschordnung

Die jährliche Inspektion des Frontverlaufs

Am Ufer des Lagan im Südbelfast Stadtteil Ballynafeigh blühen die ersten Osterglocken. Ihr Gelb ist der einzige Farbtupfer in diesen frühen Morgenstunden des Ostermontags, sonst dominiert trostloses Grau.

Grau der Himmel, aus dem der Nieselregen fällt, grau die Häuser, grau das Wasser des Flusses, grau auch die 22 gepanzerten Polizeifahrzeuge, mit denen die RUC die Brücke über den Lagan verriegelt hat. Und still ist es an diesem Morgen; bis um halb acht die ersten Frauen aus den Häusern kommen, mit grauen Gesichtern und einem riesigen schwarzroten Plakat. »Ballynafeigh – No to Re-Routing«, steht da in klaren Lettern: Ballynafeigh sagt Nein zur Umlenkung der Parade. Denn Ballynafeigh ist ein vorwiegend protestantisches Viertel, und dass sich niemand ihren Jungs in den Weg stellen darf, ist Ehrensache. Die KatholikInnen von der benachbarten Lower Ormeau Road sollen sich nicht so anstellen. Schließlich gehe das Ganze nur sieben Minuten, redet eine 35-Jährige auf einen der vielen grau uniformierten Polizisten ein. Ihre nackten Füße stecken in Plastiksandalen, gegen die Kälte hat sie sich einen Anorak übergeworfen. Seit über neunzig Jahren werde hier marschiert, fällt ihre Nachbarin mit ein, »und jetzt dürfen wir dort plötzlich nicht mehr durch«. Dort, das ist ein Stück die Straße hinunter, am Ende der Brücke, wo die Lower Ormeau Road beginnt, ein nationalistisches Viertel mit rund tausend EinwohnerInnen. Auch die anderen Frauen sind empört. »Schaut mal, die haben eine ausländische Fahne aufgezo-gen«, sagt eine Langmähnige in schwarzen Lederhosen und deutet auf die irische Trikolore am anderen Ufer, eine Beleidigung sei das für alle nordirischen Protestanten. Dann sind plötzlich Trommeln und Flöten zu hören, das Geschimpfe verstummt.

Und schon marschieren sie die Straße herunter auf die Lower Ormeau Road zu. Vorneweg der Verein der Apprentice Boys of Derry Walkers Club, Sektion Ballynafeigh – sechzig Herren in Sonntagsanzügen samt Bowlerhut und lila Schärpe, gefolgt von Flötisten, Trommlern, einem einsamen Paukisten und etlichen Fahnenträgern. Ihr Banner zeigt die Krone, einen Union Jack und die Rote Hand, das Symbol der irischen Provinz Ulster. Dann kommen die Mitglieder des Apprentice Boys of Derry Campsie Club – Total Abstinence Branch, aber nicht alle, die da in Viererkolonnen dahermarschieren, sehen wie Abstinenzler aus. Danach ziehen die Apprentice Boys of Derry, Sektion Murray, vorbei und ein weiterer Spielmannszug, grün uniformiert und goldbetresst. Insgesamt haben die Apprentice Boys of Derry rund zwölf-tausend Mitglieder (sie sind somit der kleinste der protestantischen Orden). Heute sind etwa zweihundert da, um wieder einmal des Ereignisses zu gedenken, dem sie ihren Namen verdanken: der Heldentat einiger Lehrlinge (»apprentice boys«), die am 12. August 1689 den Einmarsch des katholischen Königs Jakob II. in das protestantische Derry verhindert hatten. Der Ostermontagszug ist der erste Marsch der alljährlichen Paradensaison – und ausgerechnet der stößt seit einigen Jahren auf Hindernisse.

Auf ihrem Weg zur Brücke hüpfen aufgeregt ein paar Buben um die marschierenden Männer herum; Mädchen sind keine dabei, und auch die Frauen haben – wie meistens bei protestantischen Märschen – gebührenden Abstand zu halten. Dann kommt der Zug zum Stehen, an den Polizisten am Ende der Brücke führt kein Weg vorbei. Für Sandy Geddis, einen kleinen Mann mit Schnurrbart, Goldbrille und grauem Haar, ist das ungeheuerlich, doch er hat es schon vorher gewusst. So sei

das also mit dem Friedensprozess, sagt er, wobei er das Wort Friedensprozess mit in die Luft geschriebenen Gänsefüßchen garniert. Die Briten und Iren wollten sie wohl strangulieren (auch das weiß er mit den Händen zu deuten). Geddis ist Sprecher der Apprentice Boys von Ballynafeigh und steht vermutlich nicht zum ersten Mal vor der Absperrung, trotzdem fragt er die Polizisten empört, warum sie den Weg versperren: »Ihr gehört doch zu uns!«, appelliert er an sie und seine Ordensbrüder nicken dazu. Die Polizei sei nicht mehr ihr eigener Herr, sagt einer. Anders können sich die Apprentice Boys die Entscheidung der Polizeiführung nicht erklären, ihnen immer wieder den Durchmarsch zu verbieten. Offensichtlich haben nun die »Terroristen da drüben« das Sagen, ist die einhellige Meinung.

Es war im Frühsommer 1992, als den AnwohnerInnen der nationalistischen Lower Ormeau Road der Geduldsfaden riss. Im Februar jenes Jahres hatte ein UFF-Kommando das Wettbüro von Sean Graham überfallen und fünf Katholiken erschossen. Im darauf folgenden Juli zogen dann während eines Oranier-Marsches etliche Mitglieder mit dem Victory-Zeichen an dem Wettbüro vorbei, um ihre Genugtuung über diese Mordtat auszudrücken. Seither versucht die Bevölkerung an der Lower Ormeau Road, die Paraden durch ihre Straße zu verhindern. Gelegentlich wird sie dabei von der Polizei unterstützt, die seit der Waffenruhe 1994 ein bisschen darauf achten muss, dass die Bevölkerungsteile nicht zu heftig aneinander geraten.

Den Apprentice Boy Sandy Geddis kümmern die Beweggründe der Katholiken jedoch nicht, er verliest vor der Polizeisperre eine Protestnote, stellt den Polizisten routinemäßig ein paar belanglose Fragen, dann machen die Marschierer kehrt und ziehen sich in geordneten Reihen ein paar hundert Meter zurück. Hier wollen sie auf die Verstärkung warten, die im Laufe der nächsten Stunden eintreffen soll. Irgendwann müsse man sich doch endlich gegen die durchsetzen, sagt ein Alter im Regenmantel und stößt mit dem Regenschirm ein paar Löcher in Richtung Lower Ormeau Road in die Luft. Und dann werden es immer mehr. Es hat sich herumgesprochen, dass in Ballynafeigh wieder kein Durchkommen ist, und so rücken sie an, die Apprentice Clubs aus Ost- und Westbelfast mit ihren Musikgruppen. Sie formieren ihre Züge und marschieren geschlossen zur Polizeisperre, um dort ihren Protest zu hinterlegen. Die Fortsetzung des Marsches auf einem anderen Weg, wie es die Polizei angeboten hat, kommt für sie nicht in Frage; gegen die eigene Staatsmacht vorzugehen, um sich den Weitermarsch zu erzwingen, allerdings auch nicht. Diese war ja bisher immer auf ihrer Seite. Und so endet die stolze Parade, wie in den letzten Jahren auch andere Paraden in anderen Städten immer wieder zu enden pflegten: Ein paar Jugendliche beginnen Steine und Molotowcocktails in Richtung des Polizeiaufgebots zu schleudern, Schaufenster gehen zu Bruch, eine Werkstatt brennt aus. Die Polizisten stürmen (nun mit Schlagstöcken, Helmen und Schutzschildern ausgerüstet) auf die Menge ein, bis sie sich auflöst und ratlos nach Hause zieht. Nur die Kids machen den Polizisten noch etwas zu schaffen. Doch auch sie werden bald müde und ziehen ab. – Wie bekämpft man als staatstreuer Bürger die Hüter des Gesetzes? Die RepublikanerInnen sind in der Rebellion gegen einen

Staatsapparat groß geworden, der nicht der ihre ist. Die ProtestantInnen dagegen haben nur ihre ohnmächtige, aus Angst und Enttäuschung gespeiste Wut.

Sommerpause für die Politik

Der Ostermontag ist in Nordirland ein besonderer Tag: Die protestantische Marschaison beginnt, die bis Ende September andauern wird. Während dieser Zeit steht in Nordirland die Politik so gut wie still. Initiativen werden zurückgehalten, Debatten verschoben – dies erklärt auch, weshalb politische Prozesse hier manchmal etwas länger brauchen als anderswo. Die Paraden der Apprentice Boys am Ostermontag machen den Anfang. Am Osterdienstag ziehen in Belfast und der Grafschaft Antrim die Logen des Oranier-Ordens durch die Straßen, um sich Ende April erneut zu Paraden in Belfast zusammenzufinden. Vierzehn Tage später marschieren in Nordirland die schottischen Verbände der Apprentice Boys auf. Dann geht es Schlag auf Schlag: Ende Mai reklamieren die Jugendsektionen der Oranier-Logen die Straßen von Armagh, South Tyrone und Fermanagh für sich. Am ersten Freitag im Juni halten die Oranier von Nordbelfast ihre Mini-Twelfth-Parade ab, eine Taschenausgabe der wichtigsten Parade am 12. Juli. Am Tag darauf blockieren erneut die Apprentice Boys Belfasts Straßen, und ein Wochenende später feiern die Oranier in der Küstenstadt Carrickfergus die Anlandung ihres Königs Wilhelm im Jahr 1689, derweil die Oranier von Portadown ihren eigenen Mini-Twelfth begehen. Dann folgen die Mini-Twelfth-Paraden in Nordbelfast, Westbelfast und Antrim, was bis zum 1. Juli landesweit in Gottesdiensten, Kranzniederlegungen und Umzügen im Gedenken an die Schlacht an der Somme (1916) gipfelt (der Marsch der Oranier-Loge Nummer 1 in Portadown ist dabei einer der wichtigsten). Danach gibt es weitere Somme-Paraden in Ballynafeigh, im südirischen Donegal, in Schottland, und so weiter.

Und dann ist endlich der 12. Juli da, der Tag, an dem für die nordirischen ProtestantInnen Weihnachten, Fastnacht und Sommersonnenwendfeier zusammenfallen. Auf diesen Tag bereiten sich die rund siebzigtausend Mitglieder des Oranier-Ordens jedes Jahr besonders gründlich vor. Da werden Hemden gestärkt, die schwarzen Bowlerhüte und die orangefarbenen Schärpen entstaubt, die Anzüge geplättet. Am jenem Zwölften, dem Jahrestag des Sieges ihres Helden Wilhelm von Oranien über Jakob Stuart, ziehen nur Sieger durch die Straßen, die Besiegten bleiben besser zu Hause. RentnerInnen sichern sich rechtzeitig Plätze auf Parkbänken, andere bringen ihre Campingstühle mit; die fahrbaren Imbissbuden sind mit dem Union Jack und der Ulster-Fahne drapiert, einige Röcke haben die Farben und Muster des Union Jack, selbst die Bordsteine sind wieder frisch blau-weiß-rot gestrichen; und am Abend konkurrieren die protestantischen Viertel um den größten und prächtigsten Holzstoß, der dann, oft mit einer irischen Trikolore auf der Spitze, angezündet wird.

Für den Oranier-Orden ist dieser Höhepunkt gleichzeitig das Ende der Saison, doch die anderen Verbände marschieren weiter. Der 13. Juli gehört der Royal Black Institution, einer Mitte des letzten Jahrhunderts gegründeten Vereinigung mit etwa dreißigtausend Mitgliedern. Die politisch nicht so offen agierenden, aber mit den Oranieren eng verbundenen Royal Blacks sind noch den ganzen August unterwegs. In diesen Monat fällt auch der zweite Höhepunkt des Marschkalenders, der 12. August, an dem die Apprentice Boys die Verteidigung von Derry zelebrieren. Ende September klingt die Marschsaison dann allmählich aus.

Die Wagenburgen der SiedlerInnen

»Der Oranier-Orden wurde 1795 drei Meilen nördlich von Drumree gegründet«, beginnt David Jones, der Sprecher der ältesten Oranier-Truppe der Welt, seinen Geschichtsunterricht. Schon damals sei die Gefahr groß gewesen, weil irische Katholiken protestantische Siedler einfach niedergemetzelt hätten. Als Antwort darauf mussten die den Geheimbund der Oranier gründen; die Loyal Orange Lodge No. 1 sei also in Portadown entstanden. Danach habe sich der Oranier-Orden in der ganzen Provinz ausgebreitet und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Unionistische Partei mitgegründet. Früher seien Grundbesitzer und Pächter, Fabrikherren und Lohnarbeiter, Bürgermeister und Handwerker einträchtig nebeneinander gesessen, erzählt Jones, sie hätten die Logensitzungen mit einem Gebet und einem Bibelspruch begonnen und wären wirkliche Brüder gewesen. Gebet und Bibelspruch stünden immer noch am Anfang einer jeden Sitzung, aber seit zwei, drei Jahrzehnten hätten sich die wirtschaftlich stärkeren Kreise zurückgezogen, was dem Orden wenig geschadet habe. »Jetzt kehren wir Gott sei Dank wieder zu unseren Wurzeln zurück«, sagt Jones, der als Pressesprecher der Oranier von Portadown zu einer weitherum bekannten Person wurde. Der Orden sei wie im letzten Jahrhundert eine Organisation von Bauern, Handwerkern und Arbeitern geworden.

»Unser Grundprinzip ist die Durchsetzung bürgerlicher und religiöser Freiheit.« Natürlich auch die Freiheit der anderen, sagt Jones, »niemand darf getötet werden, nur weil er Katholik ist. Wir sind keine antikatholische Organisation.« Eine erstaunliche Aussage – immerhin dürfen dem Männerbund weder Katholiken noch Kinder aus Mischehen noch Ehemänner katholischer Frauen beitreten. Außerdem sind alle Mitglieder verpflichtet, sich stets »der bibelwidrigen, abergläubischen, götzenhaften Anbetung der Kirche von Rom« zu widersetzen. Sie haben laut Statut auch dafür zu sorgen, dass die protestantische Thronfolge in ihrem Königreich gewahrt bleibt.

Angehörigen der eigenen Volksgruppe gegenüber gilt solche Rücksicht nicht. David Trimble, der Held der Oranier-Märsche von 1995 und von 1996, ist längst zur Hassfigur geworden: Weil er 1998 einer katholischen Trauerfeier beiwohnte, wollten ihn seine Ordensbrüder sogar ausschließen (die Oranier-Regeln untersagen den Besuch katholischer Messen). Von den Verrätern im eigenen Lager aber

abgesehen, sollen alle »nach ihrer Fassung selig werden«, sagt Jones. Voraussetzung sei allerdings die Existenz eben jener »bürgerlichen und religiösen Freiheit« (mit diesem Begriffspaar umschreiben die ProtestantInnen ihre Weltanschauung in Abgrenzung zur »unfreien« katholischen Lehre) – und diese Freiheit sei bedroht, wenn freie Menschen nicht mehr frei durch die Straßen ziehen dürfen. Schlimmer noch: Durch das Verbot der Umzüge habe der Staat die »illegalen Proteste der Katholiken« legalisiert und die legale Parade kriminalisiert. Dagegen müsse man als freier Bürger doch rebellieren! »Grundrechte sind prinzipiell nicht verhandelbar«, sagt David Jones; also seien Verhandlungen nur Zeitverschwendung. Kompromisse hätte es schon viel zu viele gegeben – und schließlich könnten sie doch nichts dafür, wenn sich »immer mehr Republikaner an unserer Marschrouten ansiedeln«.

Kurz nachdem der Oranier-Orden im Jahr 1795 gegründet worden war, fanden bereits die ersten Märsche statt. Es war eine Zeit der Unruhen: Der Kampf der unterdrückten Iren um ein paar Flecken urbares Land wurde von den eingewanderten protestantischen Siedlern als Attacke auf ihr Leben, ihre Religion, ihren Besitzstand verstanden, der ihnen von der Krone doch übereignet worden war. Ende des 18. Jahrhunderts hatte es zahlreiche Gemetzel zwischen irischen Landarbeitern und protestantischen Bauern gegeben; nach einer dieser Schlachten, der Battle of Diamonds, schlossen sich Bauern in der Nähe von Portadown zu einem Geheimbund zusammen, den sie wie die Freimaurer in Logen und Großlogen organisierten. Die Geheimorganisation zielte schon damals darauf ab, die Siedlergemeinschaft gegen den äußeren Feind, die irischen UreinwohnerInnen, und gegen potenzielle Verräter im Innern zu verteidigen. Wie die SiedlerInnen in Nordamerika oder Südafrika, so hatten auch die englischen EinwanderInnen im Laufe der Auseinandersetzungen in Irland eine ausgesprochene Wagenburgmentalität mit den üblichen Begleiterscheinungen entwickelt: ein autoritäres Regime im Innern, strikte Abschottung nach außen und eine ständige Alarmbereitschaft, die in eine mittelschwere Paranoia mündete.

Viele Siedlergemeinschaften besiegten die Menschen, in deren Regionen sie eingewandert waren, und rotteten sie aus; in Irland geschah dies aus praktischen Erwägungen nicht, denn erstens gab es zu viele UreinwohnerInnen und zweitens waren diese als Arbeitskräfte von Nutzen. Die Bedrohung, welche die IrInnen in den Augen der protestantischen SiedlerInnen darstellten, war folglich allgegenwärtig; höchste Wachsamkeit schien ratsam. Auch die Geografie spielte dabei eine wichtige Rolle: Nordirland ist nur ein kleiner Teil einer kleinen Insel, die Schweiz zum Beispiel ist dreimal größer als die sechs Grafschaften. SiedlerInnen und Urbevölkerung konnten einander nicht ausweichen, dazu war das Territorium zu begrenzt. Diese Enge machte den Konflikt so dauerhaft.

Die Botschaft der ständigen Markierung

Die bäuerlichen Oranier waren im 19. Jahrhundert nicht die Einzigen, die über Wege und Felder zogen, um ihr Terrain abzustecken: Auch irisch-katholische Landarbeiter hatten sich in Geheimgesellschaften zusammengeschlossen, wie etwa den Ribbonmen, deren Mitglieder in grünweißen Gewändern und mit Trommeln und Pfeifen das Land abmarschierten. Die Ribbonmen hatten sich bei ihren Symbolen, Ritualen und bei ihrer Organisationsstruktur ebenfalls von den Freimaurern inspirieren lassen. Auch die Freimaurer pflegten den Brauch der Paraden, genauso wie kirchliche Gruppen und andere Vereinigungen, wie jene der Abstinenzler. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sorgten die vielen Paraden immer wieder für Aufruhr, so dass die Obrigkeit des Öfteren alle Umzüge verbot. An den Märschen der Oranier beteiligten sich bis ins späte 19. Jahrhundert hinein nur Kleinbauern, einfache Handwerker und die arme Landbevölkerung; das änderte sich erst, als protestantische Politiker das Potenzial des Oranier-Ordens für die Abwehr der von den irischen NationalistInnen angestrebten Home Rule erkannten. Von dieser Zeit an beteiligten sich auch Angehörige der Mittelschicht an den Umzügen – der Oranier-Orden wurde honorabel (im Gegenzug gründeten irische NationalistInnen den Ancient Order of Hibernians, ein katholisch-konservatives Pendant zum Oranier-Orden, und zogen vor allem am Feiertag des irischen Heiligen St. Patrick und an Mariae Himmelfahrt umher).

Parallel zu den Märschen entstanden andere Formen zur Markierung der Territorien, und auch sie haben sich bis heute erhalten. Die Paraden sind zwar ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges, zu dem ganze Dorf- und Stadtteilgemeinschaften zusammenströmen, um sich selber zu feiern; aber sie dauern nur einen Tag. Dauerhafter sind da schon die Symbole, die auch Unbedarften anzeigen, auf wessen Gebiet sie sich gerade bewegen – die Fahnen zum Beispiel, die kurz vor den jeweiligen politischen Feiertagen frisch aufgezogen werden und dann das ganze Jahr über hängen, oder die Wimpel und die Bordsteinbemalungen (blau-weiß-rot in den einen, grün-weiß-orange in den anderen Bezirken). Und natürlich die Wandbilder (»murals«), auf denen King Billy noch immer gegen die irischen Rebellen reitet oder republikanische Märtyrer die Passanten mahnen, den Kampf für die Freiheit nicht aufzugeben. Je spannungsgeladener Konflikte sind, desto bedeutsamer werden diese Wandbilder, die der Erinnerung, aber auch der Abgrenzung dienen – die Fehde zwischen loyalistischen Gruppen im Sommer 2000 entzündete sich unter anderem an einem Wandbild, das Mitglieder einer UDA-Gang an der Shankill Road »King Rat«, dem bekanntesten Dissidenten der konkurrierenden UVF, widmeten.

Die Markierungen wurden auch deswegen wichtig, weil sich in den letzten Jahrzehnten die Wohngebiete und deren Grenzen verschoben haben. Sie symbolisieren den Beharrungswillen der jeweiligen Gemeinschaft, signalisieren Verteidigungsbereitschaft und zeigen den Status quo. Die Paraden hingegen demonstrieren manchmal alte Ansprüche, und in solchen Fällen sind sie heute ein Problem. Der Konflikt hat viele Quartiere homogenisiert; Gebiete, in denen zuvor Angehörige beider Gemeinschaften lebten, wurden im Laufe der

Auseinandersetzungen entmischt: KatholikInnen, die von ProtestantInnen bedroht wurden, zogen in sichere, also rein katholische Viertel um – und umgekehrt. Diese Bevölkerungsverschiebung veränderte wiederum bestehende Siedlungsmuster: Die katholischen Quartiere konnten den Zuzug und das eigene Bevölkerungswachstum auf Dauer nicht verkraften und drängten über die alten Gemarkungsgrenzen hinaus. So entstanden mit der Zeit katholische Enklaven, wo zuvor nur ProtestantInnen lebten. Um diesem Vordringen Einhalt zu gebieten, marschieren die protestantischen Verbände – altes Wegerecht reklamierend – auch durch Straßen, an denen längst die irische Trikolore weht.

Auch die RepublikanerInnen halten Paraden ab (rund dreihundert im Jahr): Sie erinnern im Januar an den Blutsonntag von Derry 1972, im Frühling an den Osteraufstand von 1916, im August an den Beginn der Internierung 1971 und (bei runden Jahreszahlen) an andere einschneidende Ereignisse ihres Kampfes wie die Hungerstreiks von 1981. Sie gleichen manchmal Trauerzügen, sind aber meist politische Demonstrationen; alle dürfen daran teilnehmen, eine Marschordnung gibt es nicht, und außer den MusikantInnen trägt hier niemand eine Uniform.

Im Unterschied dazu kommen viele protestantische Paraden als Triumphmärsche daher. Die Oranier und die Apprentice Boys zelebrieren historische Siege, die RepublikanerInnen dagegen historische Niederlagen. Die zur Schau gestellte Selbstgerechtigkeit der Ordensmitglieder lässt sie selbstsicherer erscheinen, als sie sind; Außenstehende begreifen ihre Rituale genauso wenig wie ihre Weigerung, die wenigen umstrittenen Paraden (es handelt sich nur um ein Dutzend) auf anderen Wegen fortzusetzen. Dass sie jede erzwungene Umleitung als Angriff auf ihre protestantische Kultur und Identität verstehen, ist nur im Kontext des Verhandlungsprozesses nachzuvollziehen, den ein großer Teil der protestantisch-unionistischen Bevölkerung mit verbissenem Misstrauen verfolgt. Ihr Weltbild hat sich trotz der neuen Ordnung – mit dem Karfreitagsabkommen 1998, der neuen nordirischen Versammlung und der Bildung einer Regionalregierung unter einem unionistischen Regierungschef – kaum verändert. Wie weit ihre Skepsis reicht, lässt sich auch an der Anzahl der Paraden ablesen: Mitte der achtziger Jahre gab es 2450 Märsche, 1999 waren es schon 3400. Einige dieser Märsche gerieten nach den Waffenstillstandserklärungen von 1994 in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung. Besonders die wenigen Umzüge, die von der Polizei und der 1997 im Zuge der politischen Gespräche gebildeten unabhängigen Paradekommission verboten wurden, waren bald ein Gradmesser der protestantischen Befindlichkeit. Und nirgendwo kann diese besser abgelesen werden als an der Lower Ormeau Road in Südbelfast – und in Portadown unterhalb der Kirche Drumcree.

Kapitel 9

Drumcree. Die letzte Bastion

Protestantische Passionsspiele in sechs Gängen

Von der Kirche Drumcree bis zum oberen Ende der Garvaghy Road sind es zu Fuß zwölf Minuten, von dort bis in die Stadt nochmals zehn. Unten, wo die Teppichfabrik Ulster Carpets steht (690 Beschäftigte, davon neunzig katholisch), wird die Straße enger und führt, nun auf loyalistischem Territorium, unter dem Autobahnzubringer und der Bahnlinie Belfast–Dublin hindurch ins Stadtzentrum von Portadown (siehe Karte auf Seite 292). Der Begriff »Stadt« ist vielleicht etwas übertrieben – 22 000 Menschen leben in Portadown – und auch das Wort Zentrum ist zu hoch gegriffen. Zwei Shoppingcenter, ein riesiger Parkplatz, dahinter die Hauptstraße mit Filialen der großen Ladenketten, dazu eine Kirche, deren Glocken den Schlag von Big Ben intonieren. An der Ecke Market Street wird letzte Hand an ein paar frisch renovierte Häuser gelegt. Den Auftrag haben die örtlichen Handwerker der Continuity IRA, einer Abspaltung der IRA, zu verdanken, die hier Anfang 1998 vier Häuser in die Luft gejagt hatte. Die zu drei Viertel protestantische Einwohnerschaft weiß jedoch nicht erst seit diesem Anschlag, dass sie einen Vorposten der Zivilisation darstellt, denn mitten durch Portadown fließt der Fluss Bann, der Nordirland in zwei Hälften teilt. Zur Staatsgrenze im Süden ist es nicht weit, das überwiegend republikanische South Armagh liegt ebenfalls nur ein paar Kilometer entfernt. Aber der Außenposten wurde vom Zentrum immer gut versorgt: Die Autobahn führt fast bis zur Stadtgrenze, der Staat bezuschusste Investitionen stets großzügig, und die Beschäftigungsquote ist die zweithöchste von Nordirland. In Portadown leben nur »anständige, gesetzestreue und fleißige« Leute, das sagt die protestantische Bevölkerung jedenfalls selbst von sich; und deswegen fällt hier auch besonders das auf, was fehlt – an einem Sonntag zum Beispiel jedes Leben: Die Freizeiteinrichtungen haben geschlossen, der öffentliche Nahverkehr ruht, die Straßen sind verlassen, nur ein Inder wurstelt in seiner Kebab-Bude vor sich hin. Am Sonntag geht man zum Gottesdienst und dann wieder heim. Für gewöhnlich.

Über mangelnden Besuch kann sich John Pickering, der Pastor von Drumcree, zurzeit wirklich nicht beklagen. Zweihundert Sitzplätze kann er bieten, und über zweihundert Erwachsene und Kinder haben sich an diesem Sonntagmorgen eingefunden, um Choräle zu singen, dem Chor des Müttervereins zu lauschen und Pickerings Predigt zu hören. Ein normaler Gottesdienst in einer schlichten Kirche, deren Schiff – wie viele protestantische Gotteshäuser – mit Fahnen geschmückt ist; zwei wurden von Veteranen der Britischen Legion gestiftet, eine weitere mit der Aufschrift »Girls Regiment – Drumcree Parish Company« gehört den Pfadfinderinnen der Pfarrgemeinde; auch zwei Flaggen des Vereinigten Königreichs sind zu sehen, eine neue und eine zerschlossene, die, wie einer der Kirchgänger mit Stolz bemerkt, 1915 in Belgien und Frankreich im Einsatz war.

Die Predigt ist kurz an diesem Sonntag, am Ende des Gottesdienstes eilt John Pickering zum Ausgang und verabschiedet alle mit einem kräftigen Handschlag. Dann streben die meisten Männer, Frauen und Kinder zu den Autos, die in langer Reihe an der Straße vor der

Auferstehungskirche von Drumcree parken, und fahren heim. Was das? Sollten diese harmlosen Kirchgänger jene militante Kraft darstellen, die Juli für Juli Nordirland ins Chaos stürzt? Aber nach zwanzig Minuten sind die Männer und Jugendlichen wieder da, jetzt ausgerüstet mit Mänteln gegen den Regen und mit Schärpen gegen den Feind. Pünktlich um ein Uhr mittags formiert sich die Menge vor der Kirche von Drumcree und marschiert wie jeden Sonntag in Reih und Glied den Hang hinab und auf die gepanzerten Polizeifahrzeuge zu, die ebenfalls jeden Sonntag an der kleinen Brücke am Fuß des Hügels warten. Die Prozession dauert nur drei Minuten und kommt vor einem einzelnen Polizisten zum Stehen. Er habe kein Recht, ihnen den Weitermarsch zu verwehren, sagt ein Sprecher der kleinen Demonstration; jeder anständige Bürger dürfe sich auf den Straßen Ihrer Majestät bewegen, wann und wo es ihm beliebt. Dann überreicht er dem Beamten ein Protestschreiben, senkt sein Haupt und betet ins Megafon, dass der Herr doch »die Herzen unserer Führer öffnen« möge, »auf dass sie die richtigen Entscheidungen treffen«. Der Polizist betet mit. Danach machen die Männer wieder kehrt.

Seit über zwei Jahren geht das schon so. Sonntag um Sonntag versammeln sich die Kirchgänger von Drumcree nach dem Gottesdienst, um endlich ihre Parade vollenden zu können, die 1998 an der kleinen Brücke gestoppt worden ist – »auf höhere Anweisung«, wie ein älterer Mann auf dem Rückweg sagt. Seitdem die katholische Regierung in Dublin und die Terroristen von Sinn Féin das Sagen hätten, dürften ordentliche Leute wie er nicht einmal mehr angestammte Rechte wahrnehmen. Ob der Journalist auch schon bei »denen da unten« gewesen sei und sich deren Lügen angehört habe, will ein anderer wissen. Die an der Garvaghy Road stünden nämlich ganz unter der Fuchtel eines IRA-Kommandanten, und mit so einem dürfe man nicht reden. »Wir jedenfalls reden nicht mit Mördern«, betont der sorgfältig gekleidete und sauber gekämmte Mann. Aber das nächste Mal würden sie es schon schaffen. Im Juli kämen hunderttausend Brüder hierher, um den Verrätern zu zeigen, dass man mit rechtschaffenen Christenmenschen so nicht umspringen kann. Mit deren Hilfe würden sie endlich die Polizeisperre überwinden und durch die Garvaghy Road marschieren. Und nicht nur einmal, sagt er noch, sondern gleich zweimal. Und wenn man es genau bedenke, müssten sie sogar dreimal durch die Garvaghy Road ziehen – die Parade von 1998 hätten sie ja noch nicht zu Ende geführt, die von 1999 auch noch nicht, und nun stünde der Umzug des Jahres 2000 an. Ein klarer Fall von Triebstau.

Nicht immer verliefen die Kurzdemos nach dem Kirchgang so freundlich und gesittet wie an diesem Sonntag im Frühjahr 2000. Zwischen Juli 1998 und Juli 1999 gab es über zweihundert Kundgebungen und Demonstrationen, um die achthundert Meter Asphalt zurückzugewinnen, die ihnen seit dem 5. Juli 1998 verwehrt bleiben; manchmal nahmen fünfzig, dann wieder fünfhundert oder gar fünftausend Menschen daran teil, und mitunter endeten sie in kleineren Scharmützeln mit der Polizei oder in veritablen Straßenschlachten mit Steinen und Brandflaschen, Hartplastikgeschossen und Knüppeleinsatz.

Jährliche Belagerung

Die Garvaghy Road, durch die die ProtestantInnen unbedingt marschieren wollen, ist eine breite Straße, viel zu breit für das bisschen Verkehr einer Kleinstadt. Die irische Trikolore, die an allen Laternenpfählen hängt, signalisiert, wer in den billigen Sozialbauten beidseits der Einfallstraße wohnt. Rund 1500 katholische Familien leben hier, manche sind erst in den letzten Jahren dazugekommen, weil sie aus anderen Stadtteilen in Portadown vertrieben wurden: Das Armenviertel am nördlichen Rand der wohlhabenden Stadt wächst beständig, obwohl die Menschen hier kaum ein Auskommen finden; rund die Hälfte der Erwerbsfähigen steht ohne Arbeitsplatz da, die meisten haben die Suche nach einem Job längst aufgegeben.

Nur siebeneinhalb Minuten würde der Marsch durch diese Straße dauern, sagen die Oranier. Siebeneinhalb Minuten pro Jahr – dagegen könne doch nur sein, wer ganz andere Absichten im Schilde führe. Sean Dunbar, 43 Jahre alt, Vater von drei Kindern und seit zwanzig Jahren arbeitslos, sieht das ganz anders. Dunbar arbeitet im winzigen Büro der Garvaghy Road Residents' Coalition (GRRC) im Gemeindezentrum der katholischen Quartierbevölkerung. Das Community Center ist von einem hohen Zaun umgeben und dient als Kneipe, als Bingohalle, als Zentrum des Mietervereins, als Versammlungsort einer Behindertengruppe und als Treffpunkt von Jugendlichen, die hier nachmittags Billard spielen. »Von wegen siebeneinhalb Minuten«, sagt Sean Dunbar. »Auf jeden Protestanten, der hier durchmarschieren will, kommt ein Polizist. Und auf jeden Polizisten kommen zwei Soldaten. Das sind dreitausend Sicherheitsleute, die schon am Abend zuvor alle Straßen und Hauseingänge abriegeln.« Mindestens einen Tag lang stünde das ganze Viertel unter Hausarrest. Nicht mal in die Kirche gehen könne man an so einem Tag.

Und so sei es schon immer gewesen, fügt Breandán Mac Cionnaith hinzu. Mac Cionnaith ist Sprecher der GRRC und eben jener Mann, mit dem die Oranier auf keinen Fall verhandeln wollen. 1982 hatte er in Portadown eine Bombe im Gebäude der Royal British Legion deponiert und war dafür mehrere Jahre im Gefängnis gesessen. »In den letzten hundertzwanzig Jahren hat sich die nationalistische Bevölkerung immer wieder Märschen widersetzt«, sagt er, »viele von uns haben noch nicht vergessen, dass Anfang der siebziger Jahre maskierte loyalistische Paramilitärs im Zug der Oranier mitmarschiert sind.« Die Auseinandersetzung um die Paraden, so Breandán Mac Cionnaith, sei von der protestantischen Seite immer dann verschärft worden, wenn politische Änderungen anstanden: Ende des 19. Jahrhunderts zum Beispiel, als das britische Parlament über Home Rule für Irland diskutierte, oder zu Beginn der zwanziger Jahre, als der Süden die Teilsouveränität gewann, oder Mitte der achtziger Jahre, als die Unionisten das Anglo-Irische Abkommen zu Fall bringen wollten. Und jetzt, im Zuge des Friedensprozesses, halt wieder. »Im Grunde genommen geht es nicht um den Durchmarsch durch die Garvaghy

Road, sondern um das Karfreitagsabkommen.« Zumal sich die Oranier bislang auf keinen Kompromiss eingelassen hätten: »Auf dem Weg von der Stadt zur Kirche Drumcree ziehen die Oranier ohnehin schon an einem nationalistischen Gebiet vorbei«, erzählt Mac Cionnaith, der seit zwei versuchten Mordanschlägen nur noch mit schusssicherer Weste außer Haus geht, »deshalb haben wir ihnen vorgeschlagen, den gleichen Weg zurückzugehen, dann wären sie zweimal immerhin an einem katholischen Viertel vorbeimarschiert, aber eben nicht mittendurch. Sie haben abgelehnt.« Die Oranier jetzt nur noch einmal und dann nie wieder durchzulassen, wie immer wieder gefordert wird, kommt für die AnwohnerInnen nicht in Frage. »Das haben wir doch schon gemacht«, sagt Mac Cionnaith, »das war die Grundlage des Kompromisses von 1995, aber die wollten von ihrer Zusage hinterher nichts mehr wissen.« In jenem Jahr war der Konflikt weit über die Stadtgrenzen von Portadown hinaus bekannt geworden, weil die Medien sich plötzlich für das Thema interessierten und die Bilder von der Sitzblockade der Garvaghy-AnwohnerInnen in allen Abendnachrichten zu sehen waren.

Erst ein Versprechen, dann die Randalen

Einen Tag lang blockierten im Juli 1995 die KatholikInnen von der Garvaghy Road den Oranieren bei Drumcree den Weg – und zum ersten Mal war die RUC nicht sofort gegen die BlockiererInnen vorgegangen: Im Herbst zuvor nämlich hatte die IRA eine Feuerpause verkündet, und da wollte es sich die Regierung in London nicht gleich mit den RepublikanerInnen verderben. Der unionistische Volkstribun Ian Paisley war jedoch sofort zur Stelle, und auch David Trimble, damals noch einfacher Unterhausabgeordneter der Region Portadown, forderte lautstark das Wegerecht ein (er stritt so energisch für den Durchmarsch, dass später die Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelte). Erste Versuche, einen Kompromiss auszuhandeln, scheiterten, weil die Marschierer keine Zugeständnisse machen wollten: Tausend Polizisten traten zehntausend Oranieren in den Weg. In mehreren Städten kam es daraufhin zu Auseinandersetzungen, der Fährhafen von Larne wurde zeitweise lahm gelegt, und in Portadown scharte der örtliche UVF-Anführer Billy Wright seine Paramilitärs um sich. In der Nacht, Polizei und Oranier standen sich noch immer gegenüber, verhandelte die Polizeiführung mit Paisley, Trimble, dem UUP-Unterhausabgeordneten Jeffrey Donaldson und Harold Gracey, dem District Master des Oranier-Ordens von Portadown. Wie sich später herausstellte, hatten alle vier Mitglieder des Oranier-Ordens zu verstehen gegeben, dass sie nur noch dieses eine Mal durch die Garvaghy Road ziehen wollten. Die Polizeiführung akzeptierte den Deal, von dem die Unionisten danach behaupteten, dass es ihn nie gegeben habe. Am nächsten Morgen jedenfalls stimmten die Oranier einen achthundertstimmigen Choral und »God Save the Queen« an und marschierten anschließend schweigend und unter der Führung von Harold Gracey durch die Garvaghy Road – um vor der Orange Hall in der Carleton Street, dem Ziel ihres Zuges, diesen Sieg dann ordentlich zu feiern. Trimble und Paisley fassten sich gerührt bei den Händen und rissen sie siegreich

über ihre Köpfe. Zwei Monate später wurde der bis dahin kaum bekannte Trimble zum Vorsitzenden der UUP gewählt. Die Marschierer erhielten eine Verdienstmedaille.

Im darauf folgenden Jahr, am 7. Juli 1996, wollten sie das schöne Erlebnis natürlich wiederholen. Doch die RUC trat diesmal entschlossener auf und verweigerte den Oraniern den Durchmarsch. Zwar hatte die IRA inzwischen ihre Waffenruhe aufgekündigt, doch in Erwartung einer erneuten Konfrontation war viel ausländische Presse zugegen. Einen Tag lang standen die Oranier wild gestikulierend und schimpfend vor der Polizeisperre. Als in der Nacht jedoch in der Nähe von Portadown der katholische Taxifahrer Michael McGoldrick erschossen wurde und die Polizei auch weiterhin stur blieb, eskalierten die Oranier die Auseinandersetzung. Am nächsten Tag herrschte Aufruhr in Nordirland. Überall kam es zu Straßenschlachten und Blockaden; in Drumcree, Ballymena und Nordbelfast feuerte die Polizei mit Plastikgeschossen in die Menge; schließlich entsandte London tausend Soldaten, da die RUC dem Aufstand nicht Herr wurde. In Nordbelfast flüchteten mehrere Dutzend katholische Familien aus ihren Wohnungen, protestantische DemonstrantInnen blockierten die Hauptstraße nach Dublin, Zufahrten zu den Häfen, wichtige Brücken in Belfast und Derry und den internationalen Flughafen von Belfast.

Währenddessen traf sich der neue UUP-Chef Trimble mehrmals mit Billy Wright, der »King Rat« genannt wurde und nach seinem Rauswurf aus der UVF die Loyalist Volunteer Force (LVF) gegründet hatte. Was Trimble mit Wright besprach, ist nie bekannt geworden; wahrscheinlich bat Trimble um Zurückhaltung. Doch Wright hatte seine eigenen Vorstellungen und ließ oben bei der Kirche von Drumcree einen Bagger vorfahren, der – so behaupteten jedenfalls die LVF-Mitglieder – mit Benzinfässern beladen war. Als sie damit drohten, das Schaufelfahrzeug mit der explosiven Ladung Richtung Polizeisperre rasseln zu lassen, verlor die RUC-Führung die Nerven: »Um Schlimmeres zu verhindern«, genehmigte sie den Marsch (das war am vierten Tag der Konfrontation). Die Polizisten wendeten sich nun gegen die demonstrierenden NationalistInnen und prügelten sie von der Straße. Danach gehörte die Garvaghy Road den Oraniern. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die UnionistInnen in Nordirland randaliert, nun revoltierten die NationalistInnen. Ihr Aufruhr hielt ebenfalls vier Tage an, wobei ein katholischer Demonstrant von einem gepanzerten Polizeiwagen niedergewalzt wurde. Die Parade 1996 hatte damit zwei Menschenleben gekostet; doch die UnionistInnen blieben stur.

Der Robert-Hamill-Tanz und ein Brand

Im Jahr darauf dauerte die Belagerung der Garvaghy Road nur wenige Stunden: Die gerade frisch gewählte Labour-Partei wollte eine ähnliche Konfrontation vermeiden. In den frühen Morgenstunden des 6. Juli 1997 besetzte ein Großaufgebot der RUC gewaltsam die nationalistischen Wohngebiete um die Garvaghy Road (hundertsechzig BewohnerInnen mussten anschließend in Krankenhäusern behandelt werden); danach wurden die Oranier hinter Sichtblenden und

Polizeiabsperungen durch die Straße geschleust. Ein Durchmarsch der Oranier würde weniger Unruhe provozieren als eine erneute Auseinandersetzung zwischen Polizei und nordirischer Bevölkerungsmehrheit, rechtfertigte sich der neue Polizeichef Ronnie Flanagan. In den folgenden Tagen versuchten republikanische Jugendliche, diese Einschätzung zu widerlegen: Wie schon im Jahr zuvor wurden in vielen nordirischen Vierteln Autos in Brand gesteckt, Barrikaden errichtet, Polizisten mit Brandflaschen beworfen.

Die Empörung der KatholikInnen von Portadown war 1997 besonders groß, denn drei Monate zuvor hatten loyalistische Schläger Robert Hamill ermordet. Der 25-jährige Vater zweier Kinder (seine Frau erwartete gerade das dritte) hatte den Abend mit einem Freund und zwei Kusinen beim Tanz in der St. Patrick's Hall verbracht; als sie danach vergeblich auf ein Taxi warteten und in der Nähe ein voll besetztes Polizeiauto sichteten, wiegten sie sich in Sicherheit und beschlossen, das Stadtzentrum zu Fuß zu durchqueren – es waren ja nur fünfhundert Meter bis zum sicheren Gelände. Aber sie schafften es nicht: Nach ein paar Schritten wurden sie von einem Dutzend Loyalisten angegriffen; sie schlugen Hamill und den Freund nieder, traten mit Stiefeln auf sie ein und sprangen ihnen auf den Kopf. Die Polizisten, die das Geschehen aus ihrem Wagen heraus verfolgen konnten, schritten erst ein, als die Ambulanz eintraf. Robert Hamill starb nach zwölf Tagen im Koma. (Im März 1999 sprach ein Gericht den letzten Tatverdächtigen mangels Beweisen frei und kritisierte die Polizei – diese habe bei ihren Ermittlungen eine »merkwürdige Ineffizienz« an den Tag gelegt.) Einige Tage nach der Beerdigung sah Hamills Familie auf benachbartem, loyalistischem Gebiet eine gespenstische Aufführung. Jugendliche inszenierten auf offener Straße einen Tanz, bei dem sie die Todestritte imitierten. Die AnwohnerInnen der Straße standen dabei und klatschten.

Für 1998 baute die Labour-Regierung vor. Im Zuge der Friedensverhandlungen, die an Ostern 1998 im Karfreitagsabkommen gipfelten, setzte London eine paritätisch besetzte Kommission ein, die nach Abwägung aller Fakten und Anträge (jeder Marsch muss achtundzwanzig Tage vorher beantragt werden) Genehmigungen erteilen, Änderungen vorschreiben oder Verbote verhängen konnte. Da der Oranier-Orden von Portadown wiederum Verhandlungen mit der GRRC ablehnte, untersagte die Kommission den Marsch durch die Garvaghy Road. Die Staatsgewalt blieb diesmal standhaft, schließlich war sie nun weisungsgebunden. Wieder riefen Harold Gracey und die anderen Oranier-Führer von Portadown alle Brüder nach Drumcree, wieder versammelten sich Tausende auf dem Hügel bei der kleinen Kirche, wieder wurde von Baggern gemunkelt, die man gegen die Polizeisperre fahren lassen könne, und wieder standen in Nordirland katholische Häuser in Flammen. Fünf Tage dauerte die Belagerung in Drumcree, und Harold Gracey brüstete sich damit, dass weitere hunderttausend Brüder bereits im Anmarsch seien. Doch dann steckten Loyalisten im fernen Ballymoney das Haus der Familie Quinn in Brand, drei Buben kamen in den Flammen ums Leben. Viele ProtestantInnen, die bislang bedenkenlos nach Drumcree gepilgert waren, wendeten sich

entsetzt ab. Die angekündigten Hunderttausend blieben zu Hause, die Scham über das Attentat war größer als die Marschbereitschaft. Bei einigen hielt die Scham jedoch nicht allzu lange vor. Besonders eine Hardlinergruppe innerhalb der UUP, die sich schon zuvor als The Spirit of Drumcree einen Namen gemacht hatte, wollte nicht klein begeben. Und so gingen Einzelne zum Dauerprotest über – Harold Gracey ließ einen Wohnwagen neben die Kirche stellen und schwor, seine Mahnwache so lange fortzusetzen, bis er und seine Mannen hinuntermarschieren dürften.

Er war nicht viel allein. In den folgenden Monaten kam es rund um seinen Wohnwagen immer wieder zu Kundgebungen und zu Scharmützeln mit der Polizei. Laufend marschierten Oranier aus Portadown hinauf nach Drumcree, um trotzig Appelle an das schwarze Brett zu heften, den Union Jack und die Ulster-Fahne zu hissen und sich zur verfolgten Mehrheit im Lande zu erklären. Frauengruppen aus Belfast pilgerten herbei, Jung-Oranier aus Tyrone, selbst Abordnungen von australischen Oranier-Logen bekundeten vor Ort ihre Solidarität.

Aber auch die KatholikInnen zeigten sich entschlossener denn je: Im März 1999 fiel die renommierte Anwältin Rosemary Nelson einem Sprengstoffattentat zum Opfer. Sie hatte sich vor allem in Menschenrechtsfragen einen Namen gemacht und in über hundert Verfahren die Belange der Leute von der Garvaghy Road vertreten. Nelson hatte auch den Fall Hamill recherchiert und die öffentliche Untersuchung des Mordes an ihrem Kollegen Pat Finucane gefordert. Kurz vor ihrem Tod kursierte in Portadown ein Flugblatt, das sie der Beteiligung an einer jesuitischen Verschwörung beschuldigte. Anfang März detonierte unter ihrem Wagen eine Bombe. Die Vermutung, Polizisten hätten bei ihrem Tod die Finger im Spiel gehabt, wollte sogar die RUC-Führung nicht ganz von der Hand weisen – ihr lagen mehrere Beschwerdebriefe vor, in denen die Anwältin Aufklärung über Morddrohungen einzelner namentlich genannter Polizeibeamten ihr gegenüber gefordert hatte. Die Ermittlungen im Mordfall Nelson stießen jedoch auf ähnliche Schwierigkeiten wie die von John Stalker Mitte der achtziger Jahre, der die Todesschusspolitik der RUC untersuchen sollte: Wichtige Zeugen wurden bis heute nicht gehört und die Forderung nach einer öffentlichen Untersuchung des Falls stößt bei den britischen und nordirischen Behörden weiterhin auf Ablehnung. Die Stimmung war also aufgeheizt, und alles schien gerüstet für die nächste Schlacht.

Doch die fiel zum Erstaunen aller aus. Wieder war Polizei aufgezo- gen, da die Paradekommission erneut den Marsch untersagt hatte. Harold Gracey aber blies an der Polizeisperre zum Rückzug. Wie erst viel später bekannt wurde, hatte Tony Blair in Geheimverhandlungen den Oranieren einen Marsch innerhalb der nächsten Monate zugesichert, wenn es an diesem Sonntag im Juli 1999 ruhig bliebe. Sie vertrauten ihm; denn dass ein Premierminister ihres Vereinigten Königreichs sein Versprechen brechen könnte – auf diese Idee kamen Gracey und seine Brüder nicht. Und dennoch war es so.

Drumcree Nummer 6

»Viel zu lange haben Nordirlands Protestanten auf den Knien gelebt, aber jetzt liegen sie auf dem Bauch; wenn wir nicht endlich aufstehen, ist dieses Land verloren!« – Harold Gracey rührte auch im Juli 2000 die Werbetrommel, doch obwohl die Oranier gleich zwei Paraden beantragt hatten und beide verboten wurden, blieb der große Aufmarsch aus. Zwar hatten sich in den Tagen zuvor mehrere Dutzend loyalistische Hardliner aus ganz Nordirland, die ihrer auf den Verhandlungskurs eingeschwenkten Führung nicht trauten, in Portadown versammelt, Rache geschworen und Warnschüsse in die Luft abgegeben; zwar wurde ein von Portadowns Oranieren ausgerufen vierstündiger Geschäftsboykott auch weitgehend befolgt; zwar kam es in ganz Nordirland wieder zu Straßenblockaden und Vertreibungen (die Behörden zählten über dreihundert Angriffe auf Polizei und Armee und vermeldeten Schäden an rund hundert Häusern) – aber die angekündigten »Hunderttausend« tauchten wieder nicht auf. Einige wollten sich – trotz ihrer Empörung – nicht auf eine Konfrontation einlassen, in der auch gewaltbereite Paramilitärs mitmischten (die britische Regierung hatte vorsorglich ein Großaufgebot von zweitausend Soldaten einfliegen lassen, die rund um Drumcree Schützengräben aushoben). In Wirklichkeit aber war ihnen der Auftritt von der IRA versaut worden. Diese hatte nämlich zwei Monate zuvor die unionistische Forderung nach Waffenabgabe weitgehend akzeptiert und nur wenige Tage vor dem ersten Marschtermin (am 2. Juli 2000) einen Teil ihrer Waffenlager von internationalen Beobachtern inspizieren und versiegeln lassen – der alte Feind war militärisch aus dem Spiel. Für viele Oranier hatte der Kampf um Drumcree somit an Bedeutung verloren, jedenfalls für den Augenblick.

Doch die Aufrechten am Fuße des Kirchleins Drumcree werden weiterkämpfen, sie werden das schwarze Brett mit Appellen vollhängen, in- und ausländische Gleichgesinnte empfangen und jeden Sonntag an der Polizeiabsperrung für die Erleuchtung ihrer Politiker beten. Sollte Nordirland dereinst in Richtung irische Republik driften, werden alle wiederkommen, dann werden es vielleicht sogar hunderttausend sein, wer weiß. Pastor John Pickering braucht sich jedenfalls keine Sorgen um leere Kirchenbänke zu machen.

Kapitel 10

Zwischen Arroganz und Misstrauen

Die UnionistInnen deuten ihren Sieg

Als David Trimble am 10. Dezember 1998 für seine Bemühungen im Friedensprozess gemeinsam mit John Hume den Friedensnobelpreis entgegennahm, blieb es merkwürdig still in Trimbles Wahlkreis Upper Bann – in Portadown und Umgebung war niemandem nach Feiern zumute. Harold Gracey zum Beispiel, Großmeister des örtlichen Oranier-Ordens, zeigte sich wenig beeindruckt; er schaute sich die Preisverleihung im Fernsehen nicht einmal an. Von Trimble, dessen engagiertester Wahlkampfhelfer er einmal war und den er wegen seines Einsatzes für die Marschierer von Drumcree 1995 und 1996 noch hoch verehrt hatte, will Gracey nichts mehr wissen. Für ihn hat Trimble mit der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens einen großen Verrat am protestantischen Volk begangen.

Trimbles Wandel vom unversöhnlichen Loyalisten zum kompromissbereiten Staatsmann ist tatsächlich erstaunlich. 1973 noch wollte er als Mitglied der faschistoiden loyalistischen Dachorganisation Vanguard alles tun, um die »Mörder und Kollaborateure« daran zu hindern, »Ulster zu zerstören«; fünfundzwanzig Jahre später saß er mit eben diesen »Mördern« zusammen und gilt bei den hartgesottenen Oranieren selbst als Kollaborateur. 1974 half er dem loyalistischen Ulster Workers Council noch, das Sunningdale-Abkommen zu stürzen; 1998 unterzeichnete er ein Abkommen, das Sunningdale verblüffend ähnlich sah. Er war Berater loyalistischer Paramilitärs (nur in Rechtsfragen, wie er hinterher betonte), ziemlich sicher auch Mitglied des paramilitärischen Vanguard Service Corps, das den Vanguard-Chef William Craig zu seinen aufhetzenden Versammlungen eskortierte. Trimble unterhielt gute Beziehungen mit UDA-Führern wie Andy Tyrie und John McMichael, die den gebildeten und für ihre Begriffe eloquenten Akademiker schätzten, und engagierte sich ab Mitte der achtziger Jahre in den Ulster Clubs, die gegen den Ausverkauf Ulsters, gegen das Anglo-Irische Abkommen von 1985 und gegen jede Umleitung loyalistischer Paraden vorzugehen versprachen. Nach seinem Auftritt bei Drumcree 1995 wurde Trimble zum Vorsitzenden der UUP gewählt, er gab sich auch noch im folgenden Jahr kompromisslos. Doch allmählich entfernte sich Trimble, der ohnehin nie ein Volkstribun à la Paisley gewesen war, von seiner Basis und richtete sich – wie so mancher seiner Vorgänger an der UUP-Spitze – im politischen System ein. Er besuchte die Sitzungen seiner Oranier-Loge immer seltener und konzentrierte sich lieber auf seine Arbeit als UUP-Fraktionssprecher in London; das britische Unterhaus wurde zu seinem wichtigsten Betätigungsfeld.

Verrenken musste sich David Trimble bei der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens nicht, wesentliche Teile entsprachen seinen politischen Vorstellungen: Schon 1972, als die britische Regierung die

Selbstverwaltung Nordirlands aufhob, hatte sich Trimble gegen die britische Direktherrschaft ausgesprochen. Diese brachte zwar eine engere Anbindung an Britannien, barg jedoch eine Gefahr: Man war vom guten Willen der jeweiligen Regierung in London abhängig, und der Labour-Partei, die ab 1974 wieder in Westminster amtierte, trauten die UnionistInnen nicht über den Weg (schließlich stand in deren Parteiprogramm die Wiedervereinigung Irlands). Trimble forderte deshalb schon früh eine begrenzte Autonomie und die Rückkehr zur Selbstverwaltung. Seine Unterstützung für das Karfreitagsabkommen ist unter den UnionistInnen jedoch nur bedingt mehrheitsfähig; denn es gibt auch noch andere Vorstellungen, wie die Zukunft Nordirlands aussehen könnte.

Integration, Dezentralisierung, Unabhängigkeit

Von 1921 bis 1972 waren die Machtverhältnisse in Nordirland noch klar: Die Unionistische Partei war Herr im Haus, sie erließ Gesetze gegen die manchmal rebellierende irisch-nationalistische Minderheit, manipulierte Wahlen und verwaltete das Land nach Gutsherrenart. Nordirlands Premierminister waren, abgesehen von dem Textilfabrikanten Brian Faulkner, allesamt Großgrundbesitzer mit riesigen Ländereien und zahllosen (zumeist katholischen) LandarbeiterInnen. Sir Basil Brooke zum Beispiel, der von 1943 bis 1963 regierte, behandelte Nordirland wie seinen Privatbesitz und nahm es dabei mit den Gesetzen nicht so genau. Sein Nachfolger Terence O'Neill gehörte ebenfalls dem Landadel an; zum Zeitpunkt seiner Ernennung saßen zwei seiner Vettern als Abgeordnete im nordirischen Stormont-Parlament (einer davon war Fraktionsvorsitzender der Unionistischen Partei), zwei weitere repräsentierten nordirische Unterhauswahlkreise in Westminster. Einer dieser Cousins – James Chichester-Clark – löste später den Reformier O'Neill ab. Diese wohl arrangierte Welt geriet erst in den sechziger Jahren mit der Wirtschaftskrise und dem Aufkommen der Bürgerrechtsbewegung in Unordnung; die Direktherrschaft Londons 1972 zog dann endgültig einen Schlussstrich.

Seither beherrscht den politischen Unionismus vor allem eine Frage: Wie kann die unionistisch-protestantische Dominanz in Nordirland aufrechterhalten und die Bindung an Britannien gesichert werden? Die unterschiedlichen Antworten spalten die UnionistInnen in mehrere Lager. Die AnhängerInnen einer vollständigen Integration vertreten die Ansicht, dass Nordirland noch stärker an Britannien gebunden gehöre und den anderen Teilen des Vereinigten Königreichs (England, Schottland, Wales) gleichgestellt werden müsse. Besonders engagierte VerfechterInnen dieses Modells plädieren sogar für eine Auflösung der bestehenden politischen Organisationen zugunsten der großen britischen Parteien: Mit Labour, der Konservativen und der Liberalen Partei anstelle der unionistischen und nationalistischen Parteien würden – so die Überlegung – in Nordirland bald britische Verhältnisse einziehen. Doch alle bisherigen Versuche, die Tories oder Labour zu

einer politischen Kraft in Nordirland zu machen, scheiterten schnell. Für viele UnionistInnen ist das Integrationsmodell die beste aller Lösungen, und da die 1972 eingeführte Direktherrschaft eine Variante dieses Modells darstellt, gab und gibt es für sie keinerlei Notwendigkeit für Reformen und Kompromisse. Mit einem britischen Statthalter an der Spitze der nordirischen Verwaltung hatten Paisleys DUP, die Mitglieder der kleinen United Kingdom Unionist Party (UKUP) und eine Minderheit der UUP genau was sie wollten. Etwa der Hälfte der protestantischen Bevölkerung teilt diese Position.

Die andere Hälfte hingegen liebäugelt mit der begrenzten Autonomie und einem nordirischen Staat innerhalb des Vereinigten Königreichs. Dieses Modell ist in mehreren Ausfertigungen denkbar – etwa in der einfachen Bauart von 1921 bis 1972, als die UnionistInnen das Sagen hatten. Mit dieser Variante wären auch viele DUP-Mitglieder einverstanden, die nichts sehnlicher wünschen als eine Rückkehr zu den alten Strukturen. Auch die Führung der UUP hätte im Prinzip nichts gegen eine Rückkehr zur alten Herrlichkeit einzuwenden gehabt, aber sie wusste um die Vergeblichkeit einer solchen Hoffnung und rang sich schließlich zum Power-Sharing durch, also zu der im Karfreitagsabkommen gefundenen Formel, nach der nationalistische und unionistische Parteien nun proportional zum Wahlergebnis VertreterInnen in die gemeinsame Regierung entsenden.

Manche UnionistInnen verfechten eine dritte Variante – die eines unabhängigen Nordirland. Dieses Modell hatte im Laufe der letzten drei Jahrzehnte immer wieder AnhängerInnen gefunden; auch Trimble hatte für den Fall eines britischen Abzugs diesen Ausweg erwogen, ihn aber wieder fallen gelassen, da er unweigerlich zu einer Teilung Nordirlands geführt hätte. Die territoriale Aufteilung in protestantische und katholische Gebiete wurde zwar vereinzelt in Betracht gezogen, aber aus praktischen Gründen nie weiterverfolgt – denn wo sollten die Grenzen verlaufen? Die israelisch-palästinensische Variante eines durchlöcherten Staatsgebildes mit zahllosen Enklaven schien ihnen dann doch nicht machbar.

Noch weniger Unterstützung findet das für den Katastrophenfall gedachte Modell von Conor Cruise O'Brien. Überzeugt davon, dass Sinn Féins Einfluss weiter wachsen und Britannien Nordirland verlassen würde, entwickelte der katholische Unionist und frühere irische Postminister das Konzept vom selbstbestimmten Einstieg in ein vereintes Irland: Die unionistischen Parteien sollten sich in Verhandlungen mit Dublin rechtzeitig weit gehende Zugeständnisse sichern (wie etwa ein Vetorecht und eine feste Anzahl Sitze für protestantische Politiker im irischen Parlament). Doch dieses Modell des konservativen Politikers geht der überwiegenden Mehrheit der UnionistInnen (von einigen Geschäftsleuten abgesehen) entschieden zu weit.

Wer ist schuld am Bauernsterben?

Nur ein Teil der unionistischen Bevölkerung hat sich bislang definitiv für eine der verschiedenen Versionen entschieden. Eine große Minderheit schwankt zwischen der Integrationsvariante und dem Power-Sharing-Modell des Karfreitagsabkommens. So hat sich die Haltung der protestantischen Bevölkerung zum Karfreitagsabkommen immer wieder geändert. Im Referendum 1998 stimmten noch 55 Prozent zu, im Frühjahr 1999 hielten Umfragen zufolge nur noch 41 Prozent den Vertrag für eine gute Idee, und im Sommer 2000 war schließlich eine Mehrheit von 51 Prozent davon überzeugt, über den Tisch gezogen worden zu sein. Für diesen Stimmungsumschwung gibt es eine ganze Reihe von Gründen; maßgebend jedoch ist die tiefe Verunsicherung der UnionistInnen angesichts der veränderten wirtschaftlichen Situation.

Der politische Unionismus früherer Jahre basierte auf zwei Pfeilern: einerseits auf der Kontrolle der einheimischen Industrie, die unglücklicherweise gerade in jenen Sektoren stark war (Textil und Schiffbau), die sich im Zuge der internationalen Arbeitsteilung schon früh aus Europa wegbewegten, und andererseits auf der Landwirtschaft, die tief greifenden Veränderungen unterworfen war. Der Großgrundbesitz, der über Jahrzehnte hinweg den Unionismus politisch dominiert hatte, konnte zwar einigermaßen überleben, die mittleren und kleinen Höfe jedoch nicht. Wer vor 25 Jahren 15 Hektar bewirtschaftete, fand ein gutes Auskommen; heute ernährt dieselbe Grundfläche eine Bauernfamilie nur noch knapp. Die Gründe für diesen Wandel sind nicht nordirlandspezifisch: Kapitalisierung der Landwirtschaft, intensive Anbaumethoden und die Agrarpolitik der Europäischen Union zwangen auch anderswo viele Kleinbauern zur Aufgabe. Nordirlandspezifisch ist aber die Wahrnehmung dieser Umwälzung: Die protestantische Landbevölkerung führt das Bauernsterben zumindest teilweise auf den wachsenden Einfluss katholischer Mittelschichten auch auf dem Land zurück – und sie liegen damit nicht so falsch.

Die zu Wohlstand gelangten katholischen Geschäftsleute, Bauunternehmer, ÄrztInnen und BeamtInnen kaufen in der Tat Häuser, Land und manchmal ganze Höfe, die einst ProtestantInnen gehörten. Der manchmal absurde Landerwerb – wozu braucht ein Anwalt zehn Hektar Boden und zwei Kühe? – ist Resultat einer agrarischen Perspektive, die den neuen Mittelstand noch prägt: Reichtum wird in den ländlichen Gebieten nicht in Geld gemessen, sondern in Grundbesitz. Also erwerben die aufstrebenden MittelständlerInnen Grundstücke und Villen und stellen die protestantischen Nachbarn damit vor ein Problem: Selbst wenn diese gegen die neue katholische Konkurrenz ideologisch nichts einzuwenden hätten, so sinkt doch der Wert ihres Besitzes. Der Rassismus sitzt tief in der unionistischen Gesellschaft. Während sich früher die Bauern vom nationalistischen Feind bedroht sahen, dabei aber recht gut lebten, fühlen sie sich jetzt nicht nur umzingelt, sondern auch ihrer Existenz beraubt. Dass weder die IRA noch eine den Nationalisten gegenüber vermeintlich nachgiebige britische Regierung den Kollaps vieler Höfe verursachte, ist nur jenen bewusst, die die Gesetze des Marktes verstehen. Das sind

jedoch nur wenige. An den Sitzungen der Oranier-Logen, die vor allem auf dem Land gut besucht sind, werden ökonomische Abläufe nur selten debattiert.

In den Industrieregionen ist es um das protestantische Selbstbewusstsein nicht besser bestellt. Die internationalen Konzerne scheren sich nur noch selten darum, in welcher Kirche ihre Lohnabhängigen getauft wurden. Das mittlere Management, die Freiberufler, die Einzelhändler, also das Rückgrat des urbanen Unionismus, verloren ihre dominante Stellung. Je mehr sie an Macht einbüßten und je stärker die unionistische Sozialpartnerschaft unter Druck geriet, desto heftiger drängte das althergebrachte Überlegenheitsgefühl an die Oberfläche und umso deutlicher wollten sie sich von der Minderheit absetzen. Lediglich die politisch bewussteren Teile der arbeitslosen und armen Schicht der unionistischen Gemeinschaft teilten diesen Dünkel immer weniger: So erklärt sich auch, dass die gewalttätigen loyalistischen Paramilitärs eher den Dialog mit den Gegnern suchten als die Mittelschichten.

Ihnen wie den bürgerlichen Schichten macht allerdings ein Widerspruch zu schaffen, den sie nicht lösen können. Die nordirischen UnionistInnen und LoyalistInnen begreifen sich als Untertanen Ihrer Majestät, als BürgerInnen des Vereinigten Königreichs und als britisch. In Britannien aber gelten sie aufgrund ihres Dialekts, ihrer Kultur, ihrer Religiosität und ihrer Halsstarrigkeit als Iren. Da der englische Rassismus seinerseits ebenfalls keine feinen Unterschiede kennt, kommt es vor, dass protestantische NordirInnen in England nicht besser angesehen sind als irisch-katholische RebellInnen.

Der Spalter der unionistischen Bewegung

Die Verunsicherung der ProtestantInnen von Ulster hatte zuerst die protestantische Arbeiterklasse erfasst (siehe Kapitel 3) und sich dann Schicht um Schicht nach oben gearbeitet – unter der tätigen Mithilfe von Ian Paisley, der nun seit bald einem halben Jahrhundert den Ausverkauf Nordirlands prophezeit. Die Ökumene und der Liberalismus führten schnurstracks in den Untergang, polterte er schon in den sechziger Jahren und bemerkte nicht, dass vor allem er es war, der einen Keil in die protestantische Gemeinschaft trieb und die drei Pfeiler des nordirischen Staates (den Presbyterianismus, den Unionismus und den Oranier-Orden) untergrub, indem er eine eigene Kirche und eine eigene Partei gründete und auch den Orden zu spalten versuchte.

Der monolithische unionistische Block bekam allerdings schon Ende der sechziger Jahre Risse: Ein nordirischer Premierminister nach dem anderen stürzte über die Renitenz der unionistischen Hardliner. Der innerparteiliche Streit um das Sunningdale-Abkommen stellte die Organisation vor eine Zerreißprobe, die sich gegenüberstehenden Fraktionen rangen um den rechten Weg. Während die Führung der Unionistischen Partei unter Brian Faulkner eine vorsichtige

Annäherungspolitik wagte, stellte sich die Bevölkerung gegen sie: Bei den Unterhauswahlen im Februar 1974 erlitten die kompromissbereiten Unionisten eine schwere Niederlage. In den neunziger Jahren wiederholte sich der Machtkampf nach dem gleichen Muster: Der seinerseits nun pragmatisch operierende Trimble konnte sich bei Abstimmungen im Unionisten-Parteirat meist knapp durchsetzen, hatte aber immer mit einer starken, kompromisslosen Minderheit zu kämpfen, die zusammen mit Ian Paisleys Truppe oft eine Mehrheit der unionistischen Bevölkerung hinter sich wusste.

Es ist müßig, lange darüber zu spekulieren, wie Paisleys Politik ausgesehen hätte, wäre er jemals eingebunden gewesen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte auch er einen beachtlichen Pragmatismus an den Tag gelegt. Als Unterhausabgeordneter kümmert sich der religiöse Fanatiker jedenfalls sehr wohl auch um die sozialen und ökonomischen Interessen der NationalistInnen seines Wahlkreises. Als Oppositioneller kam er jedoch nie in die Verlegenheit, seine rabiaten Sprüche auch umsetzen zu müssen. Der DUP-Vorsitzende und Sektenführer überlebte im Laufe seiner politischen Karriere (bisher) elf NordirlandministerInnen und fünf UUP-Vorsitzende. Paisley beherrscht wie kein anderer Politiker das Repertoire des zivilen Ungehorsams: Er initiiert Demonstrationen, organisiert Märsche, führt Sitzblockaden an, leitet Besetzungen, und wenn das nicht genügt, malt er das Menetekel drohender paramilitärischer Aktionen an die Wand (von deren Gewalttaten er sich hinterher aber immer distanziert). Auch als EU-Parlamentarier nutzt er jede Gelegenheit zur Agitation. Als Johannes Paul II. erstmals im Straßburger EU-Parlament zu Gast war, konnte dieser seine Rede erst beginnen, nachdem man Paisley aus dem Saal geschleift hatte. In Nordirland schleift ihn niemand weg.

Lange Zeit hatte der politische Kirchenführer Paisley eine Art Ein-Mann-Show unterhalten, doch auf Dauer konnte er nicht beides sein: rabiaten Politiker für die beunruhigten ArbeiterInnen und fundamentalistischer Prediger für seine verängstigten Freien PresbyterianerInnen. Während die protestantischen Armen von ihm handfeste politische Führerschaft im »Bürgerkrieg« verlangten, interessierte sich seine Kirchengemeinde eher für das Seelenheil. Die Parteiarbeit litt darunter, die DUP galt in den Arbeitervierteln Ostbelfasts als zahnlose Kirchenpartei – bis Peter Robinson auftauchte. Robinson, Jahrgang 1948, seit 1980 stellvertretender DUP-Vorsitzender, hielt den Kontakt zu den Paramilitärs, verwandelte die Kirchenpartei DUP in eine schlagkräftige moderne Organisation und machte sie für proletarische Wählerschichten attraktiv. Der Politiker aus Ostbelfast, der 1982 in Israel intensiv die antipalästinensischen Unterdrückungsstrategien studiert hatte, entwickelte für die DUP ein neues, weniger muffiges Image. Die Freien PresbyterianerInnen besaßen ja nur wenig Anziehungskraft für Arbeiter, die gerne zechen, zocken und beispielsweise gar nicht verstehen wollten, weshalb Paisley 1958 gegen die Teilnahme der Mannschaft von Nordirland an der Fußballweltmeisterschaft in Schweden wettete (der Grund: Es wurde auch sonntags gespielt!). Robinson und Parteisprecher Sammy Wilson (der im Jahr 2000 wieder zum Belfaster Bürgermeister gewählt wurde)

begannen in den Belfastser Arbeiterquartieren eine säkulare Kommunalpolitik zu betreiben; inzwischen erzielt die DUP bei den Belfastser Gemeinderatswahlen mehr Stimmen als die UUP. »In konstitutionellen Fragen rechts, in sozialen Fragen links«, hieß einmal der Leitspruch der DUP. Den ersten Teil dieses Programms hat die Partei erfüllt.

Die Reform der UUP

Mit allen Mitteln hatte die DUP das Karfreitagsabkommen zu verhindern versucht und die Verhandlungsrunde immer wieder demonstrativ verlassen – vergebens. Trimble konnte seinen Kurs trotz heftiger Kritik auch aus der eigenen Partei durchsetzen. »Die irische Regierung, die Nationalisten und die Republikaner haben die Legitimität von Ulster anerkannt«, sagte er nach der Unterzeichnung des Abkommens bei einem Rundgang durch Derry. Damit sei auch für sie »die Bogside so britisch wie Bangor oder Bournemouth«. Das katholische Viertel Bogside in Derry, dessen Bevölkerung im August 1969 die Polizei des alten Stormont-Regimes gestoppt und dann ihr »Free Derry« ausgerufen hatte, so britisch wie das protestantische Bangor an der nordirischen Ostküste und das südenglische Bournemouth? Trimble, der als Rechtsdozent Verträge zu lesen versteht, hatte schnell begriffen, welche großen Chancen das Vertragswerk den UnionistInnen bot: Darin akzeptierte Sinn Féin zum ersten Mal Nordirland als legitimes Staatsgebilde. Außerdem versprachen die RepublikanerInnen, an der Reformierung Nordirlands mitzuwirken, das sie nie für reformierbar gehalten hatten. Und als Zugabe verzichtete der Süden auch noch auf seine in der Verfassung festgeschriebenen Ansprüche. Für Trimble und seine Vertrauten an der UUP-Spitze (Reg Empey und Ken Maginnis zum Beispiel) war der Preis für das Karfreitagsabkommen (etwa die Freilassung der Gefangenen und die Reform der RUC) nicht zu hoch. Die Waffenfrage, da waren sie sich sicher, ließe sich zu einem späteren Zeitpunkt lösen. Trimble setzte darauf, dass Sinn Féin den Zug, der mit der Unterzeichnung des Abkommens in Gang gesetzt war, kaum noch verlassen konnte: Die IRA-nahe Partei würde weitere Zugeständnisse machen müssen, wollte sie das Projekt nicht zum Stillstand bringen.

Das Abkommen war ja nicht von gleich starken Partnern ausgehandelt worden. Die UnionistInnen konnten auf den Deal jederzeit verzichten (und sie zeigten das auch bei jeder Gelegenheit). Gar keine Regionalregierung wäre für einige zwar bedauerlich, aber zu verkraften gewesen, da es dank der britischen Rückendeckung als ebenfalls passable Alternative eine Rückkehr zur britischen Direktverwaltung gab. Die Führung von Sinn Féin und IRA hingegen brauchte unter allen Umständen einen Erfolg der Verhandlungen, wenn sie ihren Kurs fortsetzen wollte.

Dass sie selbst auch gewisse Gegenleistungen erbringen sollten, betrubte die Unionistenchefs nicht allzu sehr: Solange der Staat an sich erhalten blieb, war an einer Reform des Staates, der Justiz und der

Polizei nichts auszusetzen. Zumal die neue Weltökonomie ohnehin nach einer an Rentabilitätskriterien ausgerichteten Gesellschaft und nach einem modernen, dem globalen Wettbewerb genügenden Staat verlangte. Schließlich sollte auch die UUP selbst reformiert werden, um den neuen Anforderungen gewachsen zu sein: Trimble will sie in eine säkulare, offene, besser führbare Partei umwandeln, die auch für KatholikInnen wählbar ist – fürwahr kein leichtes Unterfangen. Bislang versammelt die ehemalige Staatspartei alle Strömungen des Unionismus unter einem Dach und gleicht eher einer locker organisierten Bewegung als einer schlagkräftigen Partei. Der Vorstand entscheidet über die Tagespolitik, die Richtlinien legt jedoch der Parteirat fest. In diesem 860 Köpfe umfassenden Rat stellen einige Gruppen ein festes Kontingent – so verfügt der Oranier-Orden (der die Unionistische Partei gegründet hatte) über 120 Delegierte, die teilweise nicht einmal der UUP angehören. Auch den stramm konservativ ausgerichteten Jung-Unionisten stehen mehrere Dutzend Mandate zu. Ende 1999 initiierte Trimble eine Strukturdebatte mit dem Ziel, diese Blöcke aufzulösen; aber er kam mit seinen ersten Vorstößen nicht allzu weit.

Demokratische Organisationen haben für ihre Führungen manchmal den Nachteil, dass sich die Basis anders entscheidet. London, Dublin und die UUP-Spitze wussten, was nach der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens 1998 bevorstand, und warben mit einem gewaltigen PR-Aufwand für Zustimmung. Dennoch stimmten nur 55 Prozent der unionistischen Bevölkerung für das Abkommen. Viele störten sich vor allem an den Begleitererscheinungen: der Freilassung der inhaftierten Paramilitärs, der ungeklärten Waffenfrage, der Reform der Polizei; und auch dass Sinn-Féin-Mitglieder an die Regierung kommen würden, stieß vielen sauer auf.

Das Abkommen irritierte auch ihre Selbstwahrnehmung – schon die Tatsache, dass ihre RUC Verhandlungsgegenstand war, konnte eigentlich nur zweierlei bedeuten: Entweder opferte ihre Führung eine bewährte Polizeitruppe, nur um den RepublikanerInnen schönzutun, oder ihre tapferen Polizisten waren tatsächlich Mitursache des Problems. Der Begriff »Appeasement« (Beschwichtigung) machte schnell die Runde, und er wurde bewusst in seinem historischen Kontext gebraucht (Appeasement betrieb die britische Regierung unter Arthur Neville Chamberlain, als sie 1938 die nazideutsche Okkupation des Sudetenlandes hinnahm). Im Einvernehmen mit der »faschistischen IRA«, so Paisley und viele andere, sollten nun also »alle Mörder wieder frei durch unsere Straßen laufen«. Die im Karfreitagsabkommen beschlossene (und mittlerweile vollzogene) Amnestie und die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Reform der RUC traumatisierte einen großen Teil der protestantischen Bevölkerung. Dass der frühere Chefstrategie der Tories und heutige EU-Kommissar Chris Patten und damit ein ausgewiesener Konservativer die Leitung der RUC-Reformkommission übernahm, beruhigte nur wenige: War Patten nicht Katholik? Na also.

Die protestantische Bevölkerung reagierte (und reagiert) auch deshalb so irritiert auf das Abkommen, weil sie sich keiner Schuld bewusst ist.

Von einzelnen Ausnahmen (wie den politischen Vertretern der loyalistischen Paramilitärs) abgesehen, vertreten bis heute praktisch alle UnionistInnen die Meinung, dass vor 1969 alles gut war: Es habe keine staatliche Repression gegeben, keinen Wahlbetrug, keine Diskriminierung, keine Bigotterie. Erst als die Republikaner auf die Barrikaden gestiegen seien, hätten die Probleme begonnen. Warum sollten sie sich nun auf die zubewegen?

Zwei Ereignisse bestärkten die ProtestantInnen in ihrer Skepsis: Nach dem Karfreitagsabkommen im April, dem Referendum im Mai und der Wahl zur neuen Versammlung im Juni 1998 untersagte die zuvor eingesetzte Paradekommission im Juli 1998 den Marsch der Oranier von Portadown durch die Garvaghy Road. Und im August explodierte im belebten Stadtzentrum von Omagh eine Autobombe republikanischer Dissidenten. Die Detonation tötete neunundzwanzig Menschen. Es war (an der Opferzahl gemessen) der verheerendste Einzelanschlag in der Geschichte der Troubles – und das mitten im vermeintlichen Frieden. Hätte die neu gegründete Real IRA die Bombe in einem protestantischen Ort wie Bangor gezündet und nicht im überwiegend nationalistisch-republikanischen Omagh, wäre am 15. August 1998 auch der Friedensprozess gestorben.

So aber rückte die Waffenfrage wieder in den Vordergrund. David Trimble, mittlerweile zum Ersten Minister einer künftigen Regionalregierung gewählt, konnte und wollte die Forderung nicht länger ignorieren. Nach der Bombe von Omagh vertrat er das Prinzip »no guns, no government« – solange das IRA-Waffenarsenal nicht ausgehändigt sei, gebe es für Sinn Féin keinen Platz in der Regionalregierung. Zur geforderten Kapitulation war die IRA jedoch nicht bereit; die Sinn-Féin-Spitze, die mit einer ähnlich widerspenstigen Basis zu kämpfen hat wie Trimble, konnte nur jonglieren. Sosehr Gerry Adams und Martin McGuinness auch wollten: Die von den Unionisten geforderten Garantien konnten sie nicht bieten. Trimble wiederum wusste, was mit seinen allzu nachgiebigen Vorgängern geschehen war. So begann ein Lavieren auf beiden Seiten. Die Sinn-Féin-Chefs hatten ihre eigene Basis im Auge, als sie gegen das unionistische Veto wetterten, das den Republikanern den ihnen zustehenden Platz in der Regierung verwehre. Die UUP-Politiker wiederum versicherten ihrer Basis, dass beim Waffenthema ein Nachgeben unter keinen Umständen in Frage käme. Der politische Prozess stand damit still und konnte auch von Tony Blair nicht wieder in Gang gebracht werden. Überzeugt davon, dass er das Karfreitagsabkommen überhaupt auf den Weg gebracht hatte, setzte der britische Premier den nordirischen Parteien ein Ultimatum (erst Ostern 1999, dann Juni 1999). Wer aber tatsächlich Einfluss auf die nordirischen Parteien hatte, das wurde erst im Herbst 1999 klar, als Washington seinen Karfreitags-Vermittler George Mitchell erneut nach Belfast schickte.

Schützenhilfe aus London

Der anhaltende Waffenstillstand aber hatte das Klima verändert. NationalistInnen aus Nord- oder Westbelfast, die zuvor nie die

Stadtmitte gesehen hatten, fuhren nun zum Einkaufen ins Zentrum und durften erstmals legal vor dem Rathaus demonstrieren. Die Sicherheitskontrollen waren verschwunden, die britischen Soldaten trugen statt Stahlhelmen Mützen und zogen sich in die Kasernen zurück. Die Menschen auf beiden Seiten des politischen Grabens atmeten auf. Es gab keine Bombendrohungen mehr, die Paramilitärs waren mit sich selbst und dem wachsenden Rowdytum in den jeweiligen Ghettos beschäftigt. Die Politiker von Sinn Féin und den loyalistischen Parteien PUP und UDP wurden im Weißen Haus empfangen und gingen in Downing Street 10 ein und aus. Die Erstmals-Ära war angebrochen: Erstmals seit dem irischen Bürgerkrieg (1921–1923) reichten sich ein irischer Taoiseach (Premierminister) und ein amtierender Sinn-Féin-Präsident die Hand, erstmals empfing ein britischer Premier ehemalige republikanische Staatsfeinde in seinem Amtssitz, erstmals traf sich ein unionistischer Politiker von Rang (Trimble) mit dem Führer der Gegenseite (Adams). Und erstmals konnten führende Unionisten in die Republik Irland reisen, ohne dass sie deswegen in den eigenen Reihen angefeindet wurden.

Die große Erleichterung beseitigte auf unionistischer Seite jedoch nicht die Zweifel. Im Unionistenrat sank die Zustimmung für Trimbles Politik von Parteitag zu Parteitag. Dennoch konnte der US-Unterhändler Mitchell im November 1999 tatsächlich eine Vereinbarung durchsetzen: Trimble, der ohnehin längst davon überzeugt war, dass die IRA ihren Krieg für immer aufgegeben hatte, wagte einen von den Medien entsprechend gefeierten »großen Sprung« und akzeptierte die Installierung der Regionalregierung vorbehaltlich eines ersten Abrüstungszeichens der IRA Ende Januar 2000 – und kam im Parteirat knapp damit durch, allerdings nur dank der schriftlichen Zusage, sofort zurückzutreten, sollte die IRA die UUP-Forderung nicht erfüllen. Nirgendwo im Karfreitagsabkommen ist ein Zeitpunkt für die Entwaffnung der Paramilitärs festgehalten; doch die britische Regierung bestärkte die UnionistInnen in ihrer Position, indem sie deren Fahrplan übernahm.

Anfang Dezember 1999 nahm die Regionalregierung erstmals ihre Tätigkeit auf – und wurde zehn Wochen später vom britischen Nordirlandminister Peter Mandelson wieder suspendiert. Die IRA hatte den von Trimble genannten Stichtag fast verstreichen lassen und erst in den Nachmittagsstunden der Internationalen Abrüstungskommission eine Absichtserklärung überreicht, in der sie ihre Entwaffnungsbereitschaft signalisierte; doch damit war sie für Mandelson zu spät gekommen, der sich mit Feuereifer auf die Seite der UnionistInnen schlug. Mit der Suspendierung der Regionalregierung im Februar 2000 war alles wieder offen. Die unionistischen Hardliner, denen die Anwesenheit der beiden Sinn-Féin-Mitglieder Bairbre de Brún und Martin McGuinness in Trimbles Kabinett ohnehin nie gepasst hatte, sahen sich bestätigt.

London verhinderte zwar Trimbles Sturz, der parteiinterne Machtkampf war damit jedoch nicht entschieden. Ende März entging Trimble im Parteirat nur knapp einer Abstimmungsniederlage – Martin Smyth, ein

ehemaliger Großmeister des Oranier-Ordens, hatte den Parteivorsitzenden herausgefordert und dafür (obwohl ihn kaum jemand für befähigt hielt) 43 Prozent der Delegiertenstimmen erhalten – ein ziemlich harter Schlag für den Protagonisten des Karfreitagsabkommens, das ohne eine schnelle Lösung der gegenseitigen Blockade nun schwer gefährdet war. Und wieder kam der nächste Schritt zur Bewältigung der Krise von republikanischer Seite: Anfang Mai 2000 erklärte sich die IRA damit einverstanden, ihre Waffenlager regelmäßig von einer internationalen Kommission (bestehend aus Cyril Ramaphosa, dem ehemaligen Generalsekretär des südafrikanischen ANC, und Martti Ahtisaari, dem früheren finnischen Präsidenten und Kosovo-erfahrenen Krisendiplomaten) inspizieren zu lassen und damit »dauerhaft außer Gebrauch zu setzen«. Die britische Regierung versprach daraufhin, die nordirischen Institutionen nie wieder einseitig zu suspendieren, die Armeepräsenz unverzüglich zu reduzieren, die Empfehlungen der Patten-Kommission zur RUC-Reform vollständig umzusetzen und die Regionalregierung wieder zu installieren. Doch zuvor musste der Unionistenrat sein Placet geben. Trimble bekam die Zustimmung, aber erst, nachdem er die Sitzung des Rats um eine Woche verschoben hatte. Die achthundertsechzig Delegierten mussten zuerst bearbeitet werden: Die Alternative zum Karfreitagsabkommen sei eine Direktverwaltung, bei der London Dublin sehr viel mehr Mitsprache als bisher einräume, drohte die UUP-Spitze. Die politische Dauermassage gelang ganz knapp: dreiundfünfzig Prozent des Unionistenrates stimmten einer Wiedereinsetzung der Regionalregierung auf der Basis des IRA-Angebots zu. Anfang Juni wurde die Suspension von Versammlung und Regionalregierung aufgehoben; und Anfang Juli ließ die IRA eine Reihe von Waffenlagern inspizieren und versiegeln. Damit war eine weitere Klippe umschifft, aber es war nicht die letzte.

Die neuen Forderungen

Innerhalb von nur zwei Jahren war die Zahl der GegnerInnen des Karfreitagsabkommens in der vergleichsweise moderaten UUP von knapp dreißig auf siebenundvierzig Prozent angewachsen. Die DUP frohlockte; der Kampf gegen das Karfreitagsabkommen werde nun eben in der Versammlung fortgesetzt. Die DUP hatte bei der Wahl zum Regionalparlament (1998) zwanzig Sitze gewonnen; die ebenfalls gegen das Abkommen eingestellte UKUP hatte fünf Mandate errungen; drei unabhängige unionistische Abgeordnete lehnen ebenfalls das Karfreitagsabkommen ab. Das macht zusammen achtundzwanzig Stimmen. Die UUP ihrerseits erzielte achtundzwanzig Sitze, die PUP zwei und die Alliance Party sechs. Da nach dem Abkommen in wesentlichen Fragen immer mindestens vierzig Prozent der unionistischen und vierzig Prozent der nationalistischen Seite zustimmen müssen, genügt die Stimmverweigerung nur eines Drittels der UUP-Abgeordneten, um die Arbeit der Regierung erheblich zu stören.

Ob es der DUP gelingen wird, in entscheidenden Abstimmungen genügend UUP-Dissidenten zu mobilisieren, war bei Drucklegung dieses Buches noch nicht klar – die Regierung ging nur wenige Wochen nach ihrer Wiedereinsetzung und kurz vor den Höhepunkten der Marschaison in die Sommerpause. Aber sie amtierte lang genug, um künftige Konfliktfelder sichtbar werden zu lassen. So entzündete sich eine heftige Diskussion über die Weigerung von Erziehungsminister McGuinness und Gesundheitsministerin de Brún (beide Sinn Féin), die britische Fahne über ihren Ministerien flattern zu lassen. Groß ist auch das Unbehagen vieler unionistischer Familien mit schulpflichtigen Kindern. Er jedenfalls habe Bedenken, seine Kinder einem IRA-Bildungsminister zu unterstellen, sagte der UUP-Hardliner Jeffrey Donaldson – und sprach damit nicht nur für sich. Wie unheimlich vielen ProtestantInnen die neue Lage ist, zeigte auch eine Nachwahl, die durch den Tod eines UUP-Unterhausabgeordneten notwendig geworden war. Der Wahlkreis South Antrim galt bis dahin als Hochburg der UUP, deren Mehrheit stets so überwältigend ausgefallen war, dass man – einer Anekdote zufolge – die Stimmzettelnicht mehr zählte, sondern nur noch wog. Im September 2000 aber verlor die UUP diesen sicheren Sitz an die DUP, und das, obwohl der UUP-Kandidat ebenfalls als Gegner des Karfreitagsabkommens bekannt war.

Die IRA durch die politische Einbindung von Sinn Féin ruhig zu stellen – dieses von London verfolgte Konzept stößt bei der unionistischen Bevölkerung also unvermindert auf große Skepsis. Hatte Ian Paisley nicht doch Recht, als er die Regionalregierung mit einem Trojanischen Pferd verglich, in dem die IRA sitze? Und ist es von daher nicht am sichersten, jede Art von Zusammenarbeit mit den BefürworterInnen eines vereinten Irland abzulehnen? Jahrelang war die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation der IRA in Form einer sofortigen Abgabe aller Waffen ein probates Mittel – ohne Waffen keine Vorgespräche, ohne Waffen keine Verhandlungen, ohne Waffen keine Regierung. Damit blockierten die UnionistInnen zuerst den Verhandlungsprozess, dann die Umsetzung des Karfreitagsabkommens. Mit ihrem Inspektions- und Versiegelungsangebot vom Mai 2000 erfüllte die IRA diese Bedingung. Doch die Hardliner mussten nicht lange suchen, um neue Forderungen aufzuwerfen: Jetzt verlangen sie die Auflösung der IRA und die Beibehaltung ihrer RUC. London signalisierte in beiden Fällen Verständnis für das Begehren. Mit einer solchen Macht im Rücken kann man fröhlich weiter Ansprüche stellen.

Kapitel 11

Die vielen Gesichter der Rebellion

Dogmatische, militärische, demokratische Traditionen

Die Straßen sehen aus wie frisch gewaschen, an den Lichtmasten hängen neue Trikoloren, grün-weiß-orangene Girlanden leuchten über dem Asphalt – es ist Ostersonntag in Westbelfast, der wichtigste Feiertag der irisch-republikanischen Bewegung. An Ostern 1916 hatten

ein paar hundert Aufständische eine Revolte gegen das britische Kolonialregime gewagt, ihre blutig niedergeschlagene Rebellion wurde zum historischen Vermächtnis, an das jedes Jahr zu Ostern mit über fünfzig Umzügen und Gedenkfeiern erinnert wird. Der Westbelfaster Friedhof Milltown zieht die meisten Menschen an, denn hier liegen mehr republikanische Helden als anderswo begraben. Und so marschieren an jedem Ostersonntag gleich mehrere Gruppierungen die Falls Road hinauf zum Friedhof – zeitlich versetzt und in gebührendem Abstand, denn die republikanische Ecke des katholischen Friedhofs fasst nicht alle gleichzeitig, und angesichts der zum Teil gegensätzlichen Auffassungen wäre ein gemeinsamer Aufzug aller Organisationen auch kaum ratsam.

Die Mitglieder und SympathisantInnen der kleinen Republican Sinn Féin (RSF) sind die Ersten, die sich an diesem Morgen gegen elf Uhr auf dem Friedhof eingefunden haben, mit Trommeln und Fahnen und schwarzen Baretts. Die RSF brach 1986 mit Sinn Féin, weil sich die Mehrheit der IRA-nahen Partei für den parlamentarischen Weg entschieden hatte. Rund hundert Menschen stehen an den Gräbern der IRA-Freiwilligen, wo die Unabhängigkeitserklärung von 1916 verlesen wird und Parteichef Ruairí Ó Brádaigh eine Rede hält, die im Wesentlichen eine Botschaft vermittelt: Der Kampf werde weitergehen, »bis Irland endlich frei ist«. An Sinn Féin, die er von 1970 bis 1983 selbst angeführt hatte, lässt Ó Brádaigh kein gutes Haar – die größte republikanische Partei habe die Ziele von 1916 für ein Linsengericht aufgegeben. Mit der RSF eng verbunden ist die Continuity IRA, die als einzige paramilitärische Gruppe keine Waffenruhe verkündet hat und weiterhin Anschläge verübt.

Gegen Mittag stehen die Mitglieder der Irish Republican Socialist Party (IRSP) parat, rund zweihundert Personen samt Musikkapelle und Fahnenträgern scharen sich um das Denkmal für die Gefallenen ihres militärischen Flügels, der Irish National Liberation Army (INLA). »Für das große Ziel einer vereinigten sozialistischen irischen Republik sind viele gestorben«, sagt der Hauptredner, nachdem erneut die Unabhängigkeitserklärung von 1916 verlesen worden ist. »Der sozialistische Gedanke ist so lebendig wie eh und je«, gemahnt IRSP-Sprecher Paul Little und entschuldigt sich für die vielen Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden seien; vor allem habe man die Verdienste der Frauen im republikanischen Kampf nie richtig gewürdigt. Aber aus solchen Fehlern wolle man in diesem neuen Jahrtausend lernen. Dann wird neben der irischen Trikolore eine rote Fahne und der Starry Plough gehisst – das blaue Sternenbanner der linken Arbeitermiliz von James Connolly, die am Aufstand 1916 teilgenommen hatte.

Während RSF und IRSP nacheinander einsam über die Falls Road heimwärtsziehen, macht sich Sinn Féin im nationalistischen Quartier Beechmount für ihren Ehrengang bereit. Hinter Fahnen und mehreren Musikgruppen ziehen zuerst Parteifunktionäre, Abgeordnete, Hinterbliebene von getöteten IRA-Volunteers und Veteranen die Straße hoch, dann folgen die einfachen Mitglieder, die AnwohnerInnen und

viele Jugendliche: Rund dreitausend Leute drängen sich schließlich zwischen den Gräbern um das zentrale Mahnmal für die IRA-Gefallenen der Grafschaft Antrim. Eine junge Frau verliest die Unabhängigkeitserklärung, dann trägt ein junger Mann das diesjährige Oster-Statement von Oglagh na hEireann (so nennt sich die IRA auf Gälisch) vor. In ihm ist wie immer von Opfermut die Rede, von Leidenschaft und Entschlossenheit und davon, dass die vielen Volunteers nicht umsonst gestorben seien. Und wie seit Jahren betont die IRA ihre Bereitschaft zu Flexibilität und »fantasievollen Schritten«. Die Menge klatscht. Danach appelliert Caoimhghin Ó Caoláin, Sinn Féins einziger Abgeordneter im südirischen Parlament, an die britische Regierung und die unionistischen Parteien, das Karfreitagsabkommen zu respektieren und die Forderung nach einer Entwaffnung der IRA endlich fallen zu lassen. »Die Waffen sollen in Frieden vor sich hin rosten«, sagt er. Großer Beifall. (Einen Monat später verkündet die IRA, dass sie ihre Lager versiegeln werde.)

Eine halbe Stunde danach taucht schließlich die rund dreihundertköpfige Marschkolonnen der Workers' Party auf, die sich in den sechziger und frühen siebziger Jahren noch Official Sinn Féin nannte. Ihr Versammlungsplatz auf dem Friedhof ist ein besonders bizarrer Ort – eine riesengroße Totenstätte mit siebzig Plätzen, aber nur ein Grab ist belegt. Ihre militärische Organisation, die Official IRA, hat bereits drei Jahre nach Beginn der Troubles einen einseitigen Waffenstillstand verkündet, da war die große Grabstelle aber schon angemietet. Auch hier präsentieren uniformierte Männer mit schwarzen Baskenmützen und Sonnenbrillen die irische Trikolore, die Fahnen der vier irischen Provinzen und den Starry Plough. Nach der Unabhängigkeitserklärung, vorgetragen von einem Jugendlichen, lobt Parteichef Tom French den Friedensprozess und fordert mehr Staatsausgaben für Bildung, Wohnungen, Arbeitsplätze und den öffentlichen Verkehr. Nur so könne die Zukunft erfolgreich gemeistert werden.

Sinn Féin, Republican Sinn Féin, IRSP und die Workers' Party erweisen ihren Toten Jahr für Jahr hier die Ehre. Nur zwei weitere Strömungen der irisch-republikanischen Bewegung sind bei der jährlichen Zeremonie auf dem Milltown-Friedhof nicht vertreten: Das eng mit der Real IRA verbundene 32 County Sovereignty Committee hält sich mit öffentlichen Auftritten noch zurück; die verheerende Bombe von Omagh, für die ihr militärischer Arm verantwortlich war, ist noch nicht vergessen. Und auch die lockere Gruppierung linker RepublikanerInnen, die ebenfalls das Karfreitagsabkommen kritisieren, fehlt; sie verfügen weder über eine Organisationsstruktur noch einen Namen.

Kleine Geschichte der vielen Spaltungen

Nirgendwo sonst ist die tiefe Spaltung der republikanischen Bewegung besser zu sehen als zu Ostern auf dem Belfaster Milltown-Friedhof. Und nirgendwo sonst lässt sich die Geschichte ihrer Zellteilung besser

ablesen. Die 1905 von dem gemäßigten irischen Nationalisten Arthur Griffith gegründete Organisation Sinn Féin (»Wir selbst«) ist die Mutter aller irischen Parteien. Aus ihr gingen (siehe Kapitel 1) nach der Teilung Irlands die beiden großen konservativ-katholischen Parteien des Südens (Fine Gael und Fianna Fáil) hervor und indirekt auch die Progressive Democrats (die sich 1985 von Fianna Fáil abgespaltete).

Ein weiteres Schisma erfolgte Ende 1969, als sich innerhalb von Sinn Féin zwei Flügel herausbildeten: die so genannten Officials, die den Mitte der sechziger Jahre eingeschlagenen (linken) Kurs der Parteispitze fortsetzen wollten, und die Provisionals, die eine »Politisierung« der Organisation ablehnten. Die Sinn-Féin-Führung hatte ungeachtet der unionistisch-loyalistischen Pogrome 1969 weiter auf eine Annäherung zwischen nationalistischen und unionistischen ArbeiterInnen gesetzt: Nur der gemeinsame Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten auf beiden Seiten des politischen Grabens könne, so die Überzeugung der von der irischen KP beeinflussten Parteileitung, das Los der nationalistisch-katholischen Arbeiterklasse verbessern. Dagegen argumentierten eher traditionalistisch ausgerichtete RepublikanerInnen mit der Geschichte: Die Erfahrung habe gezeigt, dass »die Briten« nur mit Gewalt zu vertreiben seien. Dem stimmten auch jene zu, die sich im Kampf gegen die britische Armee und die loyalistischen Paramilitärs bereits an vorderster Front befanden: die Verteidiger der bedrängten nationalistischen Wohnquartiere. Zur Spaltung der Bewegung in einen politisch orientierten, sozial fortschrittlichen, reformistischen Teil (Official Sinn Féin beziehungsweise Official IRA) und einen militärisch orientierten, sozial konservativen, traditionalistischen Teil (Provisional Sinn Féin beziehungsweise Provisional IRA) kam es aber erst in der republikanischen Grundsatzfrage nach der Anerkennung aller Institutionen, die aus der Teilung Irlands hervorgegangen waren. Da sich die republikanische Bewegung als Erbin der 1916 ausgerufenen Republik verstand, lehnte sie die Regierungen und Parlamente in Nord- und Südirland als illegitime Einrichtungen ab, für die man konsequenterweise auch nicht kandidieren durfte. Als IRA-Chef Cathal Goulding vorschlug, sich künftig an Wahlen zu beteiligen, brach er mit alten Überzeugungen; die Provisionals spalteten sich ab.

Von linken Ansätzen wollten die Provisionals partout nichts wissen. Für sie begann gerade eine neue Phase des irischen Befreiungskampfes, der auf die Unterstützung aller Kräfte angewiesen war – auf die Unternehmer und die Lohnabhängigen, auf die Kleinhändler und die Arbeitslosen, auf die Großbauern und die LandarbeiterInnen. Klassenkampf würde den nationalen Befreiungskampf nur untergraben. Und die Officials hatten sich gerade mit einem britischen Teilstaat auf irischem Boden abgefunden. Die kleine nordirische Linke, die im Zuge der Bürgerrechtsbewegung stärker geworden war, konnte sich mit beiden Positionen nicht identifizieren. Und so gründeten einige Linke zusammen mit unzufriedenen Mitgliedern der Officials 1974 die Irish Republican Socialist Party (IRSP). Ihrem Ziel eines zweifachen Kampfes (gegen den Kapitalismus und gegen die britische Kolonialmacht) kamen sie jedoch nie nahe, auch deswegen, weil sich

die Partei bereits 1975 einen militärischen Flügel – die Irish National Liberation Army (INLA) – zulegte und dann nur noch auf militärischem Gebiet operierte.

Schon die Spaltung in Officials und Provisionals hatte zu einer blutigen Fehde geführt, der viele RepublikanerInnen zum Opfer fielen. Gegen IRSP- und INLA-Mitglieder gingen die Officials besonders hart vor (ihre Waffenruhe ab 1972 bezog sich nur auf die britischen Sicherheitskräfte, nicht aber auf ehemalige GenossInnen). 1977 erschoss ein Kommando der Official IRA den politischen und militärischen Kopf der linken Republikaner, Seamus Costello. Bald danach degenerierte INLA zu einer Gangsterbande. Freiwillige, die von der Provisional IRA nicht akzeptiert wurden, kamen bei INLA immer unter – und wohl auch so mancher Agent provocateur der britischen Geheimdienste. INLA operierte weiter, sie blieb jedoch immer im Schatten der Provisional IRA (die nach dem Abgang der Officials zumeist nur noch IRA genannt wurde). Von einigen spektakulären und fragwürdigen Anschlägen abgesehen – zum Beispiel auf den konservativen Politiker und Thatcher-Vertrauten Airey Neave 1979 (er wurde beim Verlassen des Unterhauses in die Luft gesprengt) oder auf ein nordirisches Pub 1982 (siebzehn Tote) – war INLA vornehmlich mit externen und internen Fehden beschäftigt. Die soziale Revolution, welche die IRSP anstrebte, hatte keine Chance gegen den militaristischen Kurs der INLA. Einige Mitglieder wechselten in den achtziger Jahren zu den Provisionals, die plötzlich ganz andere Töne von sich gaben, von einem »sozialistischen Irland« sprachen und sich aktiv um die sozialen Belange der Ghettobevölkerung zu kümmern begannen. Die Raison d'être der IRSP war damit entfallen, übrig blieb eine Organisation, die vor allem mit dem eigenen Überleben beschäftigt war. Mitte der neunziger Jahre verlor INLA bei internen Flügelkämpfen binnen weniger Monate ein Dutzend Mitglieder; der letzte große Anschlag gelang ihr im Gefängnis Long Kesh: Im Dezember 1997 erschossen INLA-Gefangene unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen den ebenfalls inhaftierten LVF-Anführer »King Rat« Billy Wright. Ende 1998 erklärte die INLA (von der IRA unter Druck gesetzt) einen Waffenstillstand.

Mitte der achtziger Jahre kam es zur nächsten Spaltung. Bis 1976 hatte die Führung der Provisionals ihren Sitz in Dublin; die im Norden kämpfenden IRA-Mitglieder wurden also von Leuten kommandiert, die mit dem Alltag der damals rund achthundert IRA-Freiwilligen im Norden wenig zu tun hatten. Nach einer organisationsinternen Revolte wurden die meisten aktiven IRA-Einheiten schließlich dem Nordkommando unterstellt (dem unter anderen auch Gerry Adams und Martin McGuinness angehörten). Schon damals war erkennbar, dass die IRA nicht nur organisatorisch aus unterschiedlichen Gruppierungen bestand. Die »Kampfzone« im Norden verlangte ganz andere Fähigkeiten von den Freiwilligen als der Süden, der vor allem dem Rückzug und der Logistik diente (Kriegshandlungen im Süden waren aus politischen Gründen verpönt). Im Norden kämpften vor allem Angehörige einer urbanen Arbeiter- und Arbeitslosenklasse direkt gegen einen Feind (die britische Armee, die loyalistischen Paramilitärs,

die unionistische Übermacht), im Süden agierten die Freiwilligen für ein Ideal (Irlands Freiheit) und damit viel stärker auf Grundlage eines Prinzips.

Der latente Konflikt zwischen handlungsorientiertem Vorgehen und grundsätzlicher Haltung brach Mitte der achtziger Jahre erneut auf, als sich die Doppelstrategie von bewaffnetem und parlamentarischem Kampf durchsetzte und die Vertreter des Nordens (Leute wie Gerry Adams, Martin McGuinness, Jim Gibney, Joe Austin, Tom Hartley, Danny Morrison) ihren ersten Konflikt mit der Dubliner Sinn-Féin-Führung unter Ruairí Ó Brádaigh gewannen: Der Parteitag 1983 wählte Adams an Stelle von Ó Brádaigh zum neuen Präsidenten. Drei Jahre später kam es zum Bruch – wieder in der Grundsatzfrage, ob die parlamentarischen Einrichtungen anzuerkennen seien oder nicht. Als sich die Mehrheit auf dem Parteitag 1986 für den parlamentarischen Kurs entschied und ihren traditionellen Abstentionismus aufgab, verließ eine Minderheit unter Ruairí Ó Brádaigh Sinn Féin und gründete eine neue Organisation: die Republican Sinn Féin (RSF).

Neuer und alter Republikanismus

Auch die IRA war nie eine monolithische Organisation. Die IRA-Mitglieder von Belfast verband mit den Freiwilligen der ländlichen Gebiete lediglich dasselbe Ziel (die Vertreibung der Briten). Schon die physischen Umstände waren völlig verschieden: In den Stadtteilen Ballymurphy, Andersonstown, Beechmount oder Ardoyne verlief der Guerillakampf nach anderen Regeln als zwischen den Hügeln von South Armagh, auf den Feldern von Tyrone oder bei den Seen von Fermanagh. Auf dem Land hatte die IRA auch eine andere soziale Basis: Dort engagierten sich Kleinbauern, Handwerker, Bauarbeiter, während in der Stadt vorwiegend Arbeitslose zur Waffe griffen. Dazu kam, dass die Bedingungen in allen vier Zentren des republikanischen Widerstands (Belfast, Derry, Tyrone und South Armagh) unterschiedlicher kaum hätten sein können. In Belfast lebte eine in Ghettos zusammengepferchte große nationalistische Minderheit praktisch Tür an Tür mit der loyalistisch-unionistischen Mehrheit, deren Paramilitärs katholische Opfer nicht lange suchen mussten. In Derry waren die RepublikanerInnen viel seltener sektiererischen Angriffen ausgesetzt, hier verfügte die nationalistische Bevölkerung über die Mehrheit. Die Kleinstädte von North Armagh und Tyrone wurden dagegen oftmals von den UnionistInnen dominiert, während sich die Dörfer und Gehöfte zumeist fest in nationalistischer Hand befanden. Wieder anders waren die Verhältnisse im rein nationalistischen South Armagh, wo sich nur die IRA und britische Truppen gegenüberstanden.

Diese soziale und geografische Heterogenität (sie spielte bei der Durchsetzung des Friedensprozesses eine wichtige Rolle) wurde durch unterschiedliche Vorstellungen verstärkt. Er selbst habe keinerlei Ahnung vom traditionellen irischen Republikanismus gehabt, sagt beispielsweise das ehemalige IRA-Mitglied Anthony McIntyre, der in der nationalistischen Enklave an der Belfastser Ormeau Road

aufgewachsen war und achtzehn Jahre im Gefängnis verbrachte: »Der Osteraufstand hat uns Jugendlichen nichts bedeutet, wir waren damals nicht geboren, wir hatten damals nicht gekämpft, 1916 interessierte uns einen Dreck.« Die nationalistische Bevölkerung musste sich gegen die britische Repression und die loyalistischen Paramilitärs verteidigen und die britische Armee vertreiben – darum ging es und um nichts anderes. Vor 1969 lebten in Belfast zwar einige republikanische Familien, aber eine republikanische Tradition gab es nicht. Die 69er, wie die neue Generation genannt wurde, kämpften in erster Linie gegen die Briten und die Loyalisten und erst in zweiter Linie für den alten Traum der irischen Freiheit. Mit dem ihrer Meinung nach eher nostalgischen Republikanismus früherer Generationen konnten die jungen ArbeiterInnen und Arbeitslosen von Belfast wenig anfangen: Sie verstanden sich als Teil einer allgemeinen Bewegung gegen eine Macht, die der nationalistischen Bevölkerung elementare Rechte vorenthielt. Anders dagegen die Situation auf dem Land. Dort waren die Herrschaftsverhältnisse seit Jahrzehnten, wenn nicht sogar Jahrhunderten, allgegenwärtig – schon ein Blick auf die Bodenqualität genügte, um protestantisches Siedlergelände von irisch-katholischem Grund unterscheiden zu können. Agrarrebellionen und Revolten hatte es hier schon immer gegeben und auch Großeltern, die von früheren Kämpfen der IRA erzählten.

Ihr Republikanismus speiste sich aus der Hinterlassenschaft früherer Generationen – sie sollten vollenden, was die Vorfäter begonnen hatten. Und Vorfäter gab es viele: Die republikanische Ahnenreihe reicht bis zu Wolfe Tone und den United Irishmen Ende des 18. Jahrhunderts. Wolfe Tone und die seinen hatten mit den Ideen der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der Französischen Revolution im Kopf die Verbindung zu Britannien kappen und eine freie, gerechte, egalitäre Republik etablieren wollen. Die Vorstellungen vom »Anrecht auf Glück«, das die amerikanische Unabhängigkeitserklärung versprach, und von Liberté, Egalité, Fraternité prägten diese Strömung des irischen Republikanismus. Der war allerdings nur selten frei von den dumpferen Tönen des irischen Nationalismus. Der Republikanismus kannte, wie viele andere Befreiungsideologien im kolonialen Kontext, zwei Dimensionen – eine kulturell-ethnische und eine bürgerrechtliche. Die eine Seite hob kulturelle Zugehörigkeit, irische Identität und die Besonderheiten Irlands hervor; die andere betonte allgemeine Grundsätze wie Gerechtigkeit und Gleichheit, die in einem vereinigten Irland ohne Einmischung einer fremden Macht durchgesetzt werden könnten. Im Laufe der Geschichte sog der irische Republikanismus diverse und einander zum Teil widersprechende Ideologien auf. Welche der Ideen jeweils in den Vordergrund rutschte, hing auch von den international vorherrschenden Denkströmungen ab – in den dreißiger Jahren beispielsweise ein diffuser Faschismus, in den Siebziger die internationale Revolution.

So hatte sich nach dem Unabhängigkeitskrieg 1919–1921 ein Teil der IRA mit dem Freistaat begnügt und einen klerikal-reaktionären Staat aufgebaut, der von den Zielen der Französischen Revolution nicht das Geringste wissen wollte. Die NationalistInnen von Cumann na

nGaedheal (der ersten südirischen Regierungspartei) schlossen sich Anfang der dreißiger Jahre mit der konservativen United Irish League und den faschistischen Blauhemden zu Fine Gael zusammen. Die Blauhemden wurden vom vormaligen IRA-Offizier und späteren irischen Polizeiminister Eoin O'Duffy angeführt; sie marschierten in ähnlichen Uniformen wie Mussolinis Schwarzhemden durch die Straßen, salutierten mit dem Faschistengruß und zogen 1936 auf Francos Seite in den Spanischen Bürgerkrieg. Die politisch ebenfalls konservative Fianna Fáil des IRA-Veteranen Eamonn de Valera nannte sich in den dreißiger und vierziger Jahren republikanisch, da sie weiterhin für ein unabhängiges Gesamtirland eintrat und den Austritt aus dem Commonwealth verlangte. Ihr Republikanismus entsprang aber einem schlichten antibritischen Reflex; mit den rationalen, aufklärerischen und säkularen Vorstellungen eines Wolfe Tone oder eines James Connolly konnte De Valera wenig anfangen. Der deutsche Nationalsozialismus fand bei den vehement antibritischen IrInnen einige Sympathie (nach dem Muster: der Feind des Feindes ist mein Freund), ohne dass sie allerdings Faschisten wurden (die irischen Blauhemden zerfielen, bevor Faschismus und Nationalsozialismus auf dem Kontinent ihre ganze Macht entfaltet hatten).

Connollys NachfolgerInnen hingegen hatten es viel schwerer. Ihr Ziel einer gesellschaftlichen Umwälzung, die neben der nationalen Befreiung auch die soziale Befreiung der Lohnabhängigen bringen sollte, wurde von den beiden irischen Staaten erbittert bekämpft – wobei die Regierung des Freistaates noch brutaler gegen jede republikanische Opposition vorging als die nordirischen Unionisten. Linke Inhalte schoben sich erst in den sechziger und siebziger Jahren nach vorne. Begünstigt durch revolutionäre Bewegungen im Trikont und massive Proteste in den Metropolen kursierten auch in Irland wieder die Ideen der Aufklärung und der Ruf nach Sozialismus. Entscheidend war aber der Angriff des britischen Staates auf die Bürgerrechtsbewegung und die Arbeiterviertel im Norden, der Anfang der siebziger Jahre zu aufstandsähnlichen Verhältnissen führte. »Damals kämpften wir nicht nur gegen die Briten, sondern auch für eine bessere Gesellschaft«, sagt zum Beispiel Tommy McKearney (siehe Kapitel 4), »für mich standen wir in den siebziger Jahren mitten in einer Revolution.« Linke wie er waren unter den RepublikanerInnen der Provisionals genauso zu finden wie bei den Traditionalisten, aber sie blieben immer eine kleine Minderheit.

Gegensätze: Belfast, Tyrone und South Armagh

Dass die TraditionalistInnen und auch die Linke einem Abkommen kaum zustimmen würden, das Britanniens Einfluss weiterhin sichert, war abzusehen. Die eher pragmatisch eingestellten RepublikanerInnen der Städte hingegen hatten gegen einen Kompromiss zumindest prinzipiell nichts einzuwenden. Die größte Opposition gegen den Friedenskurs der Sinn-Féin-Führung würde, so stand zu erwarten, vermutlich aus Tyrone kommen – und das aus mehreren Gründen. Die

größte Grafschaft im Herzen von Ulster konnte auf viele Revolten zurückblicken; sie war während des Unabhängigkeitskrieges (1917–1920) ein Zentrum des irischen Aufstandes gewesen und galt in den dreißiger Jahren als wichtigste Bastion der IRA. Auch nach Beginn der Troubles war Tyrone (neben South Armagh) eine Hochburg des republikanischen Kampfes; die Führer der IRA-Brigaden von Tyrone sprachen oft auch im Namen der Einheiten von Derry-Land, Donegal, Fermanagh, Monaghan und North Armagh, wenn die vom Land wieder einmal im Streit mit den Städten lagen. Die RepublikanerInnen von Tyrone operierten autonom, ließen sich von denen in Belfast nicht viel sagen und waren selbstbewusst. Die Selbstsicherheit schwand jedoch unter den massiven Schlägen der britischen Kräfte. Von den über hundert IRA-Mitgliedern, die von 1983 bis 1992, also im Jahrzehnt vor dem ersten Waffenstillstand, von Armee, Polizei und loyalistischen Paramilitärs getötet wurden, agierten drei Viertel in Tyrone. Weshalb sich die britischen Militärs auf Tyrone und nicht auf Derry oder Belfast konzentrierten, lässt sich mit Sicherheit erst sagen, wenn die britische Regierung Einblick in ihre Unterlagen gewährt (sofern die Dokumente je freigegeben werden). Gewiss aber ist, dass die Briten nicht zufällig die gesamte IRA-Führung von Tyrone ausschalteten (siehe Kapitel 5). Eine ganze Reihe von RepublikanerInnen sind jedenfalls fest davon überzeugt, dass der Waffenstillstand von 1994 ohne die vehemente Attacke auf Tyrone kaum die Zustimmung der ländlichen Gebiete gefunden hätte.

Damit blieb nur noch South Armagh. Das kleine Gebiet (rund zehn mal fünfzehn Meilen groß) nimmt von jeher eine Sonderrolle ein: Es liegt direkt an der Grenze zur Republik, ist fast ausschließlich von KatholikInnen besiedelt und gehört kulturell, politisch und landschaftlich eher zu den Grafschaften Louth und Monaghan als zum Rest der Grafschaft Armagh – South Armagh wirkt wie ein Stück des Südens, das vom Norden gekapert wurde. Gut bewacht wird es auf jeden Fall: Auf den Hügeln im Westen, Süden und Osten stehen kleine, dafür zehn Meter hohe Wachhütten, Soldaten beobachten alle Bewegungen, jeder größere Ort ist mit einer Kaserne versehen, irgendein Helikopter ist immer in der Luft. Trotz dem Waffenstillstand, der auch hier strikt eingehalten wird, hat sich am äußeren Erscheinungsbild von South Armagh wenig geändert. Für die britischen Militärs sind die feuchten Wiesen und kargen Äcker zwischen den Hügeln immer noch das »Banditenland«, in dem sich außerordentlich erfahrene und erfolgreiche IRA-Einheiten fast ungehindert bewegen konnten.

In der Freien Volksrepublik South Armagh, wie das »Banditenland« von den Republikanern auch genannt wurde, kämpfte die IRA unter idealen Bedingungen. Es war ein klassischer Guerillakrieg: ortskundige und hoch motivierte Partisanen, die von der Bevölkerung unterstützt wurden, gegen eine fremde Besatzungsarmee, die sich in ihren Kasernen und Beobachtungsstationen eingegipelt hatte, sich kaum noch auf die Straße traute und aus der Luft versorgt wurde. Die IRA hatte wenig Verluste zu beklagen, war über die Bewegungen des Gegners stets gut informiert; und ihre Aktionen forderten – anders als in Belfast,

wo Bomben auch unbeteiligte ZivilistInnen zerrissen – selten unbeabsichtigte Opfer. Die bewaffneten RepublikanerInnen blieben populär, auch deswegen, weil sich die Loyalisten nicht oft hierher trauten. In Belfast konnten die protestantischen Paramilitärs die nationalistische Bevölkerung unter Druck setzen, in Derry ebenfalls, auch in manchen Gegenden von Tyrone – aber nicht in South Armagh. Hier kämpfte die IRA ausschließlich gegen die britische Armee und behielt die Oberhand.

Dass die IRA gewinnen würde, stand für viele hier außer Frage. Schon nach dem ersten Waffenstillstand herrschte zwischen Crossmaglen, Forkhill, Bessbrook und Newtownhamilton allgemein die Überzeugung, die Briten würden in allernächster Zeit abziehen. Wie sich die Stimmung veränderte, war besonders gut in Paddy Shorts Pub beim Marktplatz von Crossmaglen zu verfolgen. 1994 herrschte allgemeine Euphorie, 1996 war die Zuversicht noch immer groß, 1998 votierten knapp 99 Prozent der Bevölkerung für das Karfreitagsabkommen. Doch 2000 war das Hochgefühl verschwunden. Früher habe man wenigstens unbehelligt durch die Straßen laufen können, sagen die Leute (die Armee bewegte sich vorzugsweise in der Luft, um IRA-Anschläge zu entgehen); seit dem Waffenstillstand aber würde man ständig von Soldaten und Polizisten angehalten. Noch immer führt Toni Carragher, Sprecherin des South Armagh Farmers' and Residents' Committee, BesucherInnen durch ihre Region und zeigt ihnen die vielen Militärinstallationen, die trotz der langen Waffenruhe nicht abgebaut werden. Aber vom Karfreitagsabkommen, dem sie begeistert zugestimmt hatte, ist sie enttäuscht. Den Bauern hat es bisher nur Ärger und wenig Frieden gebracht. Henry McElwoy zum Beispiel, dem Nachbarn der Carraghers, ist schon so manche Kuh verreckt, weil – so sagt Bauer McElwoy – Hubschrauberpiloten aus Spaß oder Langeweile das Vieh jagten. Jetzt hat ihn ein Schreiben des nordirischen Tierschutzverbandes erreicht, das ihn der Tierquälerei bezichtigt, da er sein Vieh in der Nähe eines Hubschrauberlandeplatzes weiden lasse. Dabei habe ganz sicher nicht er den Beobachtungsposten bei seiner Farm eingerichtet, sagt McElwoy, und er befehle auch nicht das Dutzend Flüge am Tag. Die Briten wollten immer noch einen militärischen Sieg, glauben viele in South Armagh. Und manch einer fügt hinzu: Wenn die Krieg suchen, sie können ihn haben.

Die Kritik der TraditionalistInnen

Waren also die Hoffnungen zu groß gewesen? Oder brechen die Bedenken, die es vorher schon gab, auf? Die Führung von Sinn Féin und IRA hat ihrer Basis viel versprochen, aber nie den schnellen Erfolg. Ein vereintes Irland sei »in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren nicht zu erwarten«, sagte 1994 Rita O'Hare, damals Sinn-Féin-Direktorin für Öffentlichkeitsarbeit. Sechs Jahre später ist immer noch von zehn bis fünfzehn Jahren die Rede. Solange dauere der Übergangsprozess, der mit dem Karfreitagsabkommen eingeleitet worden sei. Es brauche eine Weile, bis der politische Prozess eine Dynamik entfalte, die am Ende

aber alle in ein gemeinsames Irland führe, hatte Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams immer wieder betont. Es sind daher auch weniger die Dauer des Prozesses und die vielen politischen Blockaden, die bei manchen Besorgnis wecken. Sie fragen sich vielmehr, wo der Prozess überhaupt hinführt, der da eingeleitet wurde.

»Jedenfalls nicht in ein vereintes Irland« – davon ist Francie Mackey seit langem überzeugt. Mackey war über zwanzig Jahre lang Mitglied von Sinn Féin und wurde ausgeschlossen, als er sich dem 32 County Sovereignty Committee anschloss. Jetzt ist er Sprecher dieser losen Vereinigung von Leuten, die für die Souveränität eines 32 Grafschaften umfassenden Irland streiten. Das Komitee war Ende 1997 nach einer weiteren Spaltung entstanden – im Herbst 1997 hatte eine Reihe von zum Teil hochrangigen IRA-Mitgliedern (darunter der für die Lagerung und Verteilung von Waffen zuständige Quartiermeister) die Organisation aus Protest gegen die Politik der Führung verlassen. Wieder ging es um Wahlteilnahme – diesmal nicht im Süden (wie 1986), sondern im Norden. Die Sinn-Féin-Führung habe mit dem Karfreitagsabkommen den britischen Anspruch auf Nordirland anerkannt und die Teilung Irlands akzeptiert, sagt Krankenpfleger Mackey im Gebäude des Bezirksrats von Omagh, dem er seit fünfzehn Jahren angehört – das sei ein Verstoß gegen alle republikanischen Grundsätze. »Ist Bobby Sands etwa für grenzüberschreitende Gremien gestorben?«, fragt er. Von Bobby Sands, dem bekanntesten der vielen republikanischen »Märtyrer«, ist im Umfeld des 32er-Komitees viel die Rede – Sands' Schwester Bernadette Sands-McKevitt, die in der Bewegung großes Ansehen genoss, hat das 32er-Komitee mitbegründet. Aber welche Alternative sieht er denn? Weiter gegen die Briten kämpfen, antwortet Francie Mackey; die Geschichte habe doch gezeigt, dass das britische Establishment freiwillig nicht gehe, sondern zum Rückzug gezwungen werden müsse, notfalls mit Gewalt. Niemand könne im Ernst erwarten, dass Dublin, die SDLP oder Washington den Republikanern die Kohlen aus dem Feuer holten. Den Kampf müssten sie schon selber führen – und »wenn es nochmals dreißig Jahre dauert«.

Welcher Kampf da geführt werden müsse, will Bezirksrat Mackey nicht näher erläutern. Aber es ist kaum anzunehmen, dass er sich eine Wiederholung der Bombe von Omagh wünscht, die im August 1998 neunundzwanzig Menschen tötete und das 32er-Komitee schwer in die Defensive brachte. Zu der Bombe hatte sich eine von den Medien als Real IRA (»wahre IRA«) getaufte Gruppe bekannt (sie selbst nennt sich Oglagh na hEireann, also IRA). Die Real IRA gilt als militärischer Arm des Komitees. Der Kern der neuen paramilitärischen Gruppierung besteht zum großen Teil aus IRA-Dissidenten von South Armagh und der irischen Grafschaft Louth um die Stadt Dundalk – also dem Grenzgebiet. Nach dem Massaker von Omagh hatte die Real IRA zwar einen Waffenstillstand erklärt, aber ein Jahr später die Kampfhandlungen wieder aufgenommen und Militärbasen in Fermanagh und South Armagh mit Granaten beschossen, eine in Russland hergestellte Rakete auf eine Polizeikaserne in Tyrone abgefeuert, Bomben vor Armeeposten in der Grafschaft Derry und vor die Residenz des Nordirlandministers in Hillsborough (bei Belfast)

gelegt. Mit einem Sprengsatz unter der Brücke von Hammersmith und einem Raketenangriff auf die Zentrale des britischen Geheimdienstes MI6 hat sie gezeigt, dass ihre Einheiten auch in London operieren. Ein Teil der Anschläge missglückte zwar oder verfehlte die beabsichtigte Wirkung. Zudem gelangen der südirischen Polizei und der RUC einige spektakuläre Waffenfunde (wohl mit Hilfe der IRA, welche die Aktivitäten der Dissidenten unterbinden will), dennoch zweifelt niemand daran, dass die Real IRA zu einem mächtigen Anschlag fähig ist.

Mackeys Kritik an der Verhandlungspolitik von Sinn Féin deckt sich weitgehend mit den Vorbehalten von Geraldine Taylor, lange Zeit Sprecherin von Republican Sinn Féin in Belfast. So viel Leid habe die nationalistische Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten ertragen müssen, sagt sie in ihrem heruntergekommenen Reihenhaus in Twinbrook, dem Stadtteil, wo – wie sie hervorhebt – auch Bobby Sands aufgewachsen war. In Irland lastete das Gewicht der Toten schon immer auf den Lebenden. Die Menschen in ihrem Viertel seien müde und erschöpft, aber ein Abkommen wie das von 1998 hätten sie nicht verdient. Zumindest eine britische Abzugserklärung hätte die Sinn-Féin-Führung aushandeln können, sagt die 55-Jährige. »Gerry Adams und andere haben etwas getan, was den Briten nie gelungen wäre – sie haben die IRA gestoppt und den Krieg für die Briten beendet.« Jetzt müssten bedauerlicherweise künftige Generationen erneut in die Schlacht ziehen. »Wir dachten, der Kampf sei ein für alle Mal vorbei. Jetzt stehen wir wieder am Anfang.« Und das nur, »weil ein paar Leute dachten, sie könnten die Briten mit Konzessionen zu Zugeständnissen zwingen«. Geraldine Taylor ist keine Revolutionärin. Ihr geht es um ihre Kinder, Nichten, Enkel und Großneffen, denen ihrer Meinung nach nun all das bevorsteht, was sie und ihr Mann Tommy durchgemacht haben. »Ein neuer Krieg ist eine schreckliche Sache, und es ist auch schrecklich, davon reden zu müssen – aber er ist das einzige Mittel, um die britische und die unionistische Vorherrschaft zu beenden.« Aber ist ein vereintes Irland so viele Tote wert? »Wir hatten immer Tote«, sagt sie, »wann immer wir uns gegen die britischen Besatzer erhoben, hat es Tote gegeben, auf beiden Seiten.«

RSF-Mitglieder und die VertreterInnen des 32er-Komitees sind sich in einem Punkt einig: Die IRA, so sagen sie, sei nicht besiegt worden; sie sei bis zum Schluss intakt und handlungsfähig gewesen und hätte weiterkämpfen können. In dieser Auffassung wurden die DissidentInnen ausgerechnet von jener Sinn-Féin-Führung bestärkt, die sie des Verrats bezichtigen. Denn hatte diese ihrer Basis nicht selbst immer wieder versichert, der bewaffnete Kampf könne jederzeit wieder aufgenommen werden?

Kapitel 12

Nette Kandidaten, wendige Partei

Sinn Féins Weg in den Parlamentarismus

Der Termin war geschickt gewählt. Am Montag, dem 10. Juli 2000, verkündete Nordirlands neue Gesundheitsministerin die Schließung der Notaufnahme im Krankenhaus von South Tyrone. Monatelang hatte sich die Bevölkerung von Dungannon und Umgebung gegen die Stilllegung der Abteilung gewehrt; eine solche Maßnahme würde im Notfall viel zu weite Wege erfordern, hatte beispielsweise die Sinn-Féin-Ortsgruppe von Dungannon argumentiert. Als die Gesundheitsministerin ihre Entscheidung bekannt gab, blieben größere Proteste jedoch aus, da niemand den Beschluss zur Kenntnis nahm: Ganz Nordirland schaute gespannt nach Drumcree, wo am Tag zuvor die alljährliche Auseinandersetzung um den Oranier-Marsch durch die Garvagh Road begonnen hatte; außerdem stand der Höhepunkt der Marschaison unmittelbar bevor. Und noch ein Faktor dämpfte den Widerspruch: Zuständig für die Sparmaßnahme war nicht etwa ein hartherziger Unionist, den die Menschen in diesem vorwiegend nationalistisch besiedelten Landstrich wenig interessierten, sondern Bairbre de Brún, Sinn-Féin-Ministerin der neuen nordirischen Regierung. Sie habe sicher das Beste versucht, kommentierte ein enttäuschter Bewohner spitz, die Kündigungen würden jetzt sicherlich auch in Gälisch ausgestellt.

Die kleine, aber aufschlussreiche Episode zeigt, wie kurz der Marsch durch die Institutionen sein kann und wie begrenzt die Autonomie der nordirischen Gremien ist. Im fiskalischen Bereich zum Beispiel haben Parlament und Regierung in Belfast kaum einen Spielraum; sie dürfen die Grundsatzentscheidungen des Londoner Schatzkanzlers den nordirischen Verhältnissen anpassen, aber ändern können sie sie nicht. Wer welches Amt inne hat, ist aufgrund der strikten britischen Vorgaben fast schon nebensächlich, und es macht auch keinen großen Unterschied, wie stark Sinn Féin in den Gremien vertreten ist. Bei der Wahl zur nordirischen Versammlung 1998 erzielte Sinn Féin 18 der insgesamt 108 Mandate und stellt damit die viertgrößte Fraktion (UUP erhielt 28, SDLP 24 und DUP 20 Sitze, die kleineren Parteien – Alliance, Frauenkoalition, PUP und drei unionistische Gruppierungen – kamen auf 18 Sitze). Nach den Regeln des Karfreitagsabkommens standen den RepublikanerInnen damit zwei der zehn Ministerposten zu; und als die UnionistInnen Ende November 1999 ihre Blockade lockerten und der Bildung der nordirischen Regierung endlich zustimmten, machten sich Martin McGuinness und Bairbre de Brún mit »Elan, großer Freude und Kompetenz« ans Werk (so berichteten es jedenfalls die Medien). Anfang Dezember 1999 beendete das Londoner Unterhaus die britische Direktverwaltung und setzte das Britisch-Irische Abkommen in Kraft, mit dem auch die grenzüberschreitenden Gremien installiert wurden: Mitte Dezember versammelte sich der Nord-Süd-

Ministerrat zur ersten Plenarsitzung in Armagh, kurz danach traf sich erstmals der Britisch-Irische Rat der Inseln.

Vor allem auf den Ministerrat hatte die SF-Führung ihre Hoffnungen gesetzt; dank seiner Arbeit, so das Kalkül, würden beide Teile Irlands einander näher rücken. Die UnionistInnen, die genau dies befürchteten, hatten gemeinsam mit London jedoch Vorarbeit geleistet – das für die Umsetzung der Ministerratsbeschlüsse bereitgestellte Geld kommt überwiegend unumstrittenen Projekten zugute. Ein Drittel der 36 Millionen Pfund, die für das erste Jahr bewilligt wurden, dient dem Unterhalt und der Verbesserung des irischen Kanalsystems. Die neue Institution sei eine »verblüffend gute Sache für den Unionismus«, freute sich Trimble-Berater Stephen King in aller Öffentlichkeit, einen Ausbau der Wasserwege wünschten sich die UnionistInnen schon lange. Ein harmloseres Projekt könne man sich kaum vorstellen; die Idee, so etwas »könne den Unionismus in eine irische Einheit locken, ist abstrus«.

Anfang Februar 2000 suspendierte die Londoner Regierung die Institutionen (Versammlung und Exekutive und damit auch den Nord-Süd-Ministerrat). Sie hielt den RepublikanerInnen erneut das Stöckchen hin und verlangte die Entwaffnung der IRA. Das Karfreitagsabkommen war dem Kollaps nahe, und keine der großen Parteien protestierte so vehement für die Wiedereinsetzung der nordirischen Gremien wie Sinn Féin. In Westbelfast rief die Organisation sogar zu einer Demonstration auf, die mangels Beteiligung jedoch wenig Eindruck hinterließ – dies war für die nationalistische Bevölkerung dann doch zu viel: Sie war es gewohnt, gegen und nicht für diesen Staat auf die Straße zu gehen. Verzweifelt bat die SF-Führung ihre vermeintlichen BündnispartnerInnen in Washington und Dublin um Intervention, vergeblich. Die Verzweiflung war nicht gespielt. Der Prozess musste vorankommen, die Parteispitze brauchte vorzeigbare Ergebnisse (wie die Regierungsbeteiligung), um ihre skeptische Basis bei der Stange zu halten. Für sie stand viel auf dem Spiel. Adams, McGuinness und der Rest des Vorstandes hatten nie mit einem Scheitern des Prozesses gerechnet und deswegen auch keinen Reserveplan parat. Sie hatten ganz auf die pannationalistische Allianz gesetzt und gedacht, dass ihre enorme Kompromissbereitschaft von London und den UnionistInnen irgendwann honoriert würde. Sinn Féins Strategie beruhte auf der Einschätzung, dass der politische Unionismus viel von seiner Schärfe, seinem Antinationalismus und Antikatholizismus verlieren würde, wenn es zu einer Zusammenarbeit zwischen republikanischen und nationalistischen Parteien kommen würde. Erste Anzeichen schienen die These auch zu bestätigen: Die modernen UnionistInnen um Trimble und Reg Empey verloren rasch ihre Abwehrhaltung und entwickelten sehr schnell ein geschäftsmäßiges, teilweise sogar freundliches Verhältnis zu den Sinn-Féin-SprecherInnen. Doch die Unionistische Partei folgte dem Beispiel nicht und die DUP schon gar nicht. Dabei hatte Sinn Féin einen viel längeren Weg zurückgelegt als die UnionistInnen.

Zwei Versionen und die große Taktik

Um die Wegstrecke ermessen zu können, die seit Beginn des Friedensprozesses vor fast fünfzehn Jahren bewältigt wurde, muss man sich vor Augen führen, welche Grundsätze die RepublikanerInnen zu Beginn der achtziger Jahre noch vertraten. Damals galt noch, dass die britische Herrschaft über einen Teil der irischen Insel die Ursache aller Übel sei; dass der nordirische Staat – weil nicht zu reformieren – zerschlagen gehöre; dass das unionistische Veto gebrochen werden müsse und dass die Parlamente nur anerkennen könne, wer sich mit der Teilung abgefunden habe. Zur ersten Abweichung kam es Mitte der achtziger Jahre, als sich Sinn Féin für die Doppelstrategie von Waffe und Stimmzettel entschied. Am militärischen Vorgehen würde festgehalten, versicherte die neue Führung, die Beteiligung an Wahlen diene lediglich einer politischen Offensive, um dem Gegner die Stärke der republikanischen Bewegung vorzuführen. Das Argument überzeugte nicht alle, doch die Wahlergebnisse gaben Adams und McGuinness recht, das politische Engagement zahlte sich aus – die Basis akzeptierte die neue Politik. Das Ansehen von Adams und McGuinness wuchs beständig und war Anfang der neunziger Jahre so groß, dass niemand nachfragte, was bei den Hume-Adams-Gesprächen hinter verschlossenen Türen eigentlich verhandelt wurde. Die britische Regierung müsse endlich das politische Mandat anerkennen, das Sinn Féin bei den Wahlen gewonnen habe, und Verhandlungen aufnehmen – diese Botschaft klebte in den republikanischen Hochburgen an jeder zweiten Hauswand. Was Sinn Féin in solchen Verhandlungen anbieten wollte, war ebenso wenig bekannt wie die Tatsache, dass solche Verhandlungen im Geheimen schon stattfanden. Die konspirative Natur der Bewegung erleichterte dieses Vorgehen ungemein. Weder Sinn Féin noch IRA waren demokratisch strukturiert, wie in jedem anderen Krieg auch gab eine kleine Führungsspitze das Kommando, dem die Truppen zu folgen hatten. Auf die Loyalität ihrer Freiwilligen konnte sich der IRA-Armeerat verlassen, jedenfalls solange die republikanischen Grundpositionen gewahrt blieben.

Rückblickend steht fest, dass der Friedensprozess nicht weit gekommen wäre, hätten Adams und McGuinness ihre neue politische Strategie, die spätestens zu Beginn der neunziger Jahre ausformuliert war, der Basis gegenüber offen erklären müssen. Während die Regierungen in London und Dublin genau Bescheid wussten, tappten die Mitglieder, die den entbehrungsreichen Kampf so lange mitgetragen hatten, im Dunkeln. In der Downing-Street-Erklärung (1993) akzeptierte die britische Regierung das »Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung«, aber nur unter einer Voraussetzung: Das Selbstbestimmungsrecht müsse für beide Teile gelten, also auch für die nordirische Bevölkerung mit ihrer unionistischen Mehrheit. Die Sinn-Féin-Führung forderte mehr Klarheit und bat sich Bedenkzeit aus, »um die Basis konsultieren zu können«. Dass Sinn-Féin-Unterhändler indirekt – über die irische Regierung – an der Abfassung der Erklärung mitgewirkt hatten, erzählte sie bei den »Konsultationen mit der Basis« nicht – denn dann hätte sie ja zugeben müssen, dass sie das unionistische Veto akzeptieren wolle. Sinn Féin wies die Erklärung nicht zurück. Damit standen die Grundlagen des

Verhandlungsprozesses und alle folgenden Schritte fest. Andere denkbare Modelle einer politischen Lösung (ein vorübergehend autonomes Nordirland unter britischer und irischer Hoheit zum Beispiel) wurden danach nicht mehr diskutiert.

Während des gesamten Verhandlungsprozesses griffen Partei- und IRA-Spitze immer wieder auf zwei Techniken zurück – auf mehrdeutige Aussagen und auf den Trick, die Aufgabe von Grundsätzen als taktische Manöver zur Schwächung des Gegners auszugeben. Schon die Hume-Adams-Initiative wurde der Basis in einer höchst abstrakten, phrasenhaften Sprache erläutert. Begriffe wie Flexibilität, Mut zu fantasievollen Vorstößen, Friedensbereitschaft, Versöhnungswille gehörten bald zum Standardrepertoire der Sinn-Féin-Zeitung »An Phoblacht/Republican News« und aller Sonntagsreden. Besonders feinsinnig wurden die Begrifflichkeiten, als Adams, McGuinness und die anderen den Waffenstillstand ansteuerten. Das Konzept trug die Abkürzung TUAS. Die Buchstabenreihe, so erinnert sich der irische Journalist Ed Moloney, habe der Sinn-Féin-Führung erlaubt, dem Publikum zwei entgegengesetzte Versionen zu bieten. TUAS stehe für »Totally Unarmed Strategy«, für den völlig unbewaffneten Kampf, sei die Botschaft an die neuen Freunde in Dublin, Washington und London gewesen. Als »Tactical Use of Armed Struggle«, also als taktischer Einsatz des bewaffneten Kampfes, wurde es den alten Freunden in der republikanischen Bewegung verkauft: Falls die politische Initiative scheitere, könne man immer noch zum bewaffneten Kampf zurückkehren.

Der Trick klappte, obwohl fast alle Beteiligten wussten, dass die Rückkehr zu militärischen Operationen nach einer längeren Waffenruhe kaum möglich ist. 1975 hatte ein fünf Monate währendender Waffenstillstand die IRA an den Rand des Zusammenbruchs getrieben: Viele AktivistInnen scherten aus und zogen sich ins Privatleben zurück, während die Geheimdienste Informationen sammeln und Spitzel einschleusen konnten. Doch die Kriegsmüdigkeit war stärker als der Wunsch, zu militärischen Aktionen zurückkehren zu können; außerdem war das Vertrauen in die Führung groß – so groß, dass niemand nachfragte, warum vor der Verkündung der ersten Waffenruhe keine IRA-Konferenz abgehalten wurde, obwohl dies die Statuten eindeutig verlangen. Die erste Waffenruhe dauerte von September 1994 bis Februar 1996, danach operierte die IRA vor allem in England, seit Juli 1997 ist endgültig Schluss.

Heute denkt in IRA-Kreisen niemand mehr an eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf. Die alten Kader wären dazu auch gar nicht in der Lage – spätestens seit 1994 treten der IRA kaum noch Jugendliche bei, warum sollten sie auch? Der Organisation fehlen damit die Fußtruppen. Während in den siebziger Jahren die Aktivisten etwa zwanzig, die lokalen Kommandanten knapp dreißig und die Führungsspitze zwischen dreißig und fünfzig Jahre alt waren, liegt das Alter der örtlichen IRA-Kommandanten, die für die meisten Operationen zuständig sind, inzwischen bei vierzig bis fünfzig Jahren. In diesem Alter aber lässt naturgemäß jene Aggressivität nach, die eine erfolgreiche Armee

gemeinhin ausgezeichnet und bei der IRA in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre noch vorhanden war. Eine Rückkehr zum allgemeinen, breit angelegten Angriff auf die britische Armee würde – darin sind sich alle einig – schnurstracks in eine Niederlage führen. Wohl auch deswegen hat die republikanische Basis die Finessen ihrer Führung bereitwillig akzeptiert und die schrittweise Aushöhlung republikanischer Grundsätze hingenommen.

Und doch schwelte in der Bewegung der Konflikt zwischen neuer Linie und Prinzipientreue; die Führung musste behutsam vorgehen, um eine Spaltung zu vermeiden, und setzte auf Zeit. Bereits 1996 versprach Sinn Féin öffentlich, die IRA zur Waffenabgabe zu überreden; intern wurde dieser Schritt wieder als taktische Maßnahme einer langfristigen Strategie verkauft. Doch einzelne IRA-Führungsmitglieder sperrten sich dagegen. Sie erinnerten an die Überfälle vom August 1969, als eine schutzlose Bevölkerung dem loyalistischen Mob ausgesetzt war, und lehnten eine Aushändigung des Arsenal rundweg ab. Schon der Gedanke an eine Waffenübergabe – etwa vor laufenden Kameras, wie es die UnionistInnen am liebsten gehabt hätten – drehte nicht nur Militaristen den Magen um. Eine solche Kapitulation und (schlimmer noch) das Eingeständnis, von Anfang an unrecht gehandelt zu haben, kam nicht in Frage. »Wenn etwas abgerüstet wird, dann ist es die britische Herrschaft über Irland«, sagte zum Beispiel Brian Keenan, einer der militärischen Führer der Bewegung. Die republikanische Basis war so auf das Waffenthema und ihre Würde fixiert, dass sie wie beiläufig die Zustimmung ihrer Führung zum Karfreitagsabkommen abnickte. Dass Sinn Féin mit dem Abkommen die irische Teilung akzeptierte, schien weniger schlimm als die Vorstellung, das einzige Druckmittel aus der Hand zu geben, das der Bewegung geblieben war. Die Frage, wozu eine nordirische Regierungspartei in spe überhaupt noch eine bewaffnete Abteilung braucht, stellten sich nur wenige.

Mit der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens hatte Sinn Féin den großen Schritt getan. Die RepublikanerInnen seien »nunmehr bereit, die britische Herrschaft in Irland in absehbarer Zukunft zu verwalten«, sagte Sinn-Féin-Sprecher Francie Molloy in aller Offenheit, »das Prinzip der Teilung ist akzeptiert«. Doch die UnionistInnen dankten den Kurswechsel nicht: Vor dem nächsten Schritt müsse die IRA nun wirklich ihre Waffen abgeben, wiederholten sie die alte Forderung. Und damit begann das gleiche Spiel. Intern versuchte die Sinn-Féin-Führung, die Selbstentwaffnung als geschickten Schachzug zu verkaufen, mit dem die Gegenseite der Weltöffentlichkeit als uneinsichtige Hardliner vorgeführt und Stimmung für die irische Einheit gemacht werden könne. Öffentlich erklärte sie, ihre Basis ließe sich nicht weiter strapazieren; Trimbles UUP müsse die Forderung zurücknehmen. Doch die UUP verwies nur bedauernd auf die Hardliner in den eigenen Reihen. Und so gab Sinn Féin Stück um Stück nach.

Im Frühjahr 2000 setzte sich die SF-Führung in der Waffenfrage schließlich durch: Die IRA erklärte sich im Mai zur Inspektion ihrer Lager bereit. Dies sei nur ein kühner Schritt zur Bloßstellung der unionistischen Dickköpfe, hieß es nach innen, auf inspizierte und

versiegelte Arsenale könne man im Notfall immer noch zurückgreifen. Als im Juni 2000 die beiden internationalen Waffeninspektoren Cyril Ramaphosa und Martti Ahtisaari ihre erste Inspektionsreise unternahmen, waren sie mit Sicherheit nicht allein. Die Geheimdienste müssen heutzutage nicht mehr direkt beschatten, um herauszufinden, wo welches Auto länger stehen bleibt. Auch die militärische Option ist damit endgültig begraben.

Die Alternative der linken RepublikanerInnen

Die Führung von Sinn Féin und IRA hatte ihre Basis endlich da, wo sie sie haben wollte. Es gebe keine Alternative zum eingeschlagenen Kurs, wiederholt die Führungsscrew um Adams und McGuinness seit Jahren. Eine kleine Gruppe linker RepublikanerInnen ist da ganz anderer Meinung. Es hätte durchaus Alternativen gegeben, meinen die KritikerInnen, die meist selbst der IRA angehört und lange Jahre im Gefängnis verbracht hatten. Tommy Gormann, Anthony McIntyre, Tommy McKearney und John Nixon zum Beispiel hatten am langen Häftlingsprotest Ende der siebziger Jahre teilgenommen; McKearney und Nixon waren am ersten Hungerstreik 1980 beteiligt; ihnen konnte niemand vorwerfen, zu wenig für die republikanische Sache getan zu haben. Alle vier sind Mitglieder der Irish Republican Writers' Group, die seit Anfang 2000 die Vierteljahresschrift »Fourthwrite« herausbringt.

Anders als die traditionellen Militaristen des 32er-Komitees und der RSF, die den militärischen Kampf fortsetzen, hält die republikanische Linke den Waffenstillstand nicht für falsch – im Gegenteil, er hätte schon viel früher kommen müssen. Beim großen Aufruhr 1981, als die britische Regierung zehn Republikaner verhungern ließ, wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, sagt Tommy McKearney; »die Menschen waren mobilisiert, sie zogen durch die Straßen, jeder Zweite schien zum Aufstand bereit – hier hätte man den politischen Kampf weiterführen und die Waffen weglegen müssen. Doch die Führung ist einfach wieder zur Tagesordnung übergegangen.« Ähnliche gute Gelegenheiten hätten sich bereits 1969 und nach dem Blutsonntag 1972 geboten: »Die nationalistische Bevölkerung kochte vor Wut – sie bauten Barrikaden, errichteten freie Zonen, betrieben eigene Radiosender, verteilten eigene Zeitungen, gründeten Stadtteilkomitees zur Verwaltung der Viertel, organisierten ihr eigenes politisches Leben. In den nationalistischen Quartieren existierte faktisch eine Doppelherrschaft.« Anfang der siebziger Jahre übten sich viele zudem in Mietstreiks und Gebührenboykotts. Auch die Regierung der Republik schien die Kontrolle zu verlieren. »Neben dieser politischen Auflehnung gab es leider auch den Zwang zur militärischen Verteidigung«, erinnert sich McKearney, »und dadurch rückte die IRA in den Vordergrund. Der Kampf der Bevölkerung wurde durch militärische Aktionen einiger weniger ersetzt, statt einer Revolution gab es Krieg.«

Auch heute sei eine zivile Erhebung nicht ausgeschlossen, sagt McKearney und denkt dabei an die vorwiegend nationalistischen

Grafschaften wie Fermanagh oder Tyrone. »Wenn hier die Bevölkerung dem Staat die Zustimmung entzieht, sich nicht mehr regieren lässt, Steuern und staatliche Einrichtungen boykottiert und ihr Gebiet von Nordirland so abspaltet, wie die Unionisten vor achtzig Jahren Nordirland von Irland abgespalten haben, würde die Diskussion um eine politische Lösung schnell in ganz anderen Bahnen verlaufen.« Es wäre zwar ein hartes Stück Arbeit, bis man die Bevölkerung mobilisiert hätte, aber im Sinne des republikanischen Projekts allemal erstrebenswerter als der Parlamentarismus, dem sich die Sinn-Féin-Führung verschrieben habe.

Auch Anthony McIntyre kritisiert den Kurs der Partei. Ihm hat der Krieg achtzehn Jahre Gefängnis eingebracht, aber seine Teilnahme bedauert der 42-Jährige nicht, trotz der vielen Jahre, die er dadurch verloren hat. »Schwer zu verkraften ist nur, dass so viele sterben mussten, um ein so jämmerliches Ergebnis zu erzielen«, sagt er. Mit dem Karfreitagsabkommen sei weniger erreicht worden als mit dem Sunningdale-Abkommen, das die britische Regierung 1973 angeboten hatte. Das Sunningdale-Modell sah für die grenzüberschreitenden Gremien in mehr Bereichen weit reichende Kompetenzen vor und verlangte vom Süden auch nicht, auf Nordirland zu verzichten. »Zweitausend Tote später stehen wir mit viel weniger da.«

Aber hätte es angesichts der Aussichtslosigkeit überhaupt eine Alternative gegeben? »Wenn die Führung von IRA und Sinn Féin ehrlich gewesen wäre, hätte sie ihrer Basis offen sagen müssen, dass der bewaffnete Kampf nicht zum Ziel führen kann«, sagt McIntyre. »Sie hätte erklären können, dass sie ab sofort eine radikale Massenpolitik verfolgen und auf das Geld amerikanischer oder europäischer Geschäftskreise verzichten will.« So hätte man wenigstens seine Eigenständigkeit bewahrt. »Die republikanische Bewegung hätte sagen können: Unserer Einschätzung nach ist dieser Staat nicht reformierbar, aber wir erlauben jetzt all jenen, die an die Reformierbarkeit glauben, dies zu beweisen. Damit hat die britische Regierung die Möglichkeit, Bedingungen zu schaffen, die die Waffen, die wir vergraben haben, überflüssig machen. Wenn der Versuch fehlschlägt, kann die nächste Generation, so sie will, die Waffen wieder ausgraben.« Man müsse doch nicht gleich mit dem Feind ins Bett, nur weil man ihn nicht besiegen kann.

Das Gegenargument, man habe schließlich auch an die Gefangenen denken müssen, lassen diese Kritiker nicht gelten. Erstens seien die politischen Gefangenen in dem Moment von den Briten zu Geiseln gemacht worden, als die Führung von Sinn Féin und IRA ihre Bereitschaft zur Teilnahme am Verhandlungsprozess signalisierte. Und zweitens – auch da haben sie Recht – sei der letzte Häftling des Grenzkrieges 1956–1962 siebzehn Monate nach Einstellung der Kampfhandlungen wieder freigelassen worden.

Die linken Republikaner haben viele Fragen. Wie konnte es kommen, dass eine kampferfahrene Führung Unterstützung bei Leuten sucht, die die IRA immer bekämpft hatten? Glaubte sie wirklich, die

konservativen Regenten des Südens würden sich plötzlich für ein demokratisch-republikanisches Geamtirland einsetzen? Warum baten sie ausgerechnet Irisch-Amerika um Unterstützung, dessen Vertreter mehrheitlich am rechten Rand politisieren? War es ein instinktiver Reflex, der die SF-Führung dazu trieb, auf die nationalistische Karte zu setzen? Warum akzeptierten sie so schnell das britische Karfreitagsmodell, obwohl man andere Vorschläge – ein föderales Irland, eine irische Konföderation, ein vorübergehend unabhängiges Ulster – zumindest hätte diskutieren können? Glaubte die Sinn-Féin-Spitze wirklich, die in Aufstandsbekämpfung so erfahrenen Briten austricksen zu können? Und woher kommt es, dass der irische Republikanismus immer dann aufhört revolutionär zu sein, wenn die Waffen weggelegt werden?

Einige Antworten liegen auf der Hand. Sinn Féin war nie eine linke Partei. Sie galt zwar eine Zeit lang als sozialistische Organisation, aber dies nur, solange Leute über Einfluss verfügten, die während ihrer Haftzeit die marxistischen Klassiker studiert und Vergleiche mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gezogen hatten. Damals (Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre) entdeckte die Partei in der britischen Labour-Linken um Tony Benn und Ken Livingstone einen Bündnispartner. Als deren Bedeutung schwand, gewann der Pragmatismus des im Kern nationalistischen Republikanismus von Belfast und Derry die Oberhand. Dazu kam der durch den militärischen Kampf verstärkte Führungsanspruch. Die IRA degradierte ihr Umfeld zu Wasserträgern: Unterstützt uns, wir besorgen den Rest. Diese Haltung übertrug sich auch auf Sinn Féin, die der militant-nationalistischen und republikanischen Bevölkerung signalisierte: Wählt uns, dann werden wir schon richten. Die Basis akzeptierte die ihr zugedachte Rolle. Das irische Rebellentum hatte sich im Laufe der Geschichte auf meist nur kurzzeitige Erhebungen beschränkt (die Troubles waren die bei weitem längste Revolte), danach folgte immer eine lange Phase der Anpassung. Eine kleine Gruppe blieb zwar den alten Auffassungen treu, aber sie spaltete sich (wie die Geschichte von Sinn Féin zeigt) spätestens gegen Ende der nächsten Rebellion erneut in einen pragmatisch-opportunistischen und einen fundamentalistischen Flügel. Zwischen den Waffengängen entschuldigten sich alle für alte Taten, gelobten Besserung und entsorgten in kollektiver Amnesie die Lehren der Vergangenheit. So konnte jede Generation die gleichen Fehler begehen. Die Erfahrungen flossen nie in einer Theorie zusammen, die AktivistInnen reagierten immer nur auf die jeweils aktuelle Form der Unterdrückung. Wohl auch deswegen blieb die radikale Linke stets in einer kleinen Minderheit.

Zu jeder Zeit hatte man auch immer versucht, die KritikerInnen der jeweiligen Hauptströmung mundtot zu machen. So auch jetzt: Die Sinn-Féin-Führung ließ mit Hilfe der IRA Diskussionszirkel auflösen (vereinzelt wurden Dissidenten auch verprügelt) und initiierte Rufmordkampagnen: Der eine habe offensichtlich den Tod seiner Brüder nicht verkraftet, der zweite sei mental instabil, der dritte habe irgendwann einmal Spenden für die Hungerstreikkampagne nicht ordnungsgemäß abgeführt und die vierte sei halt verrückt geworden aus

Sorge um ihre Tochter. Seit McIntyre, McKearney und andere ihre Zeitschrift »Fourthwrite« veröffentlichen, die sich mit den Veränderungen in der republikanischen Bewegung auseinandersetzt, gelten sie ohnehin nur noch als »Schätzchen der britischen Medien«.

Manchmal greift aber auch die Staatsmacht höchstpersönlich ein – wie im Fall von Bernadette McAliskey. Die prominente linke Republikanerin hatte schon 1993 den Friedensprozess und die Politik von Sinn Féin kritisiert. Während der entscheidenden Verhandlungsphase aber war sie aktionsunfähig. Im November 1996 wurde ihre Tochter Róisín von der RUC verhaftet und danach unter dem Vorwurf festgehalten, im Juni 1996 an einem Anschlag auf die britische Kaserne im deutschen Osnabrück beteiligt gewesen zu sein – obwohl es keinen einzigen Beleg und jede Menge entlastende Zeugenaussagen gab. Róisín McAliskey wurde nach England gebracht, trotz Krankheit und Schwangerschaft in Einzelhaft gesperrt und misshandelt. Psychisch derangiert kamen sie und ihre im Mai 1997 geborene Tochter erst im März 1998 (kurz vor Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens) wieder frei. Die Sorge um Róisín, der weite Weg bei Gefängnisbesuchen und die Organisation der Kampagne zu Róisíns Freilassung absorbierten Bernadette McAliskey völlig; für das Karfreitagsabkommen blieb da wenig Zeit.

Die Position der radikaldemokratischen RepublikanerInnen sei nun noch schwieriger geworden, sagt sie. »Wir müssen jetzt nicht nur gegen die nationalistische Bourgeoisie, die irische Regierung, die katholische Kirche und den Militarismus antreten, sondern auch noch gegen Sinn Féin argumentieren.« Früher, fügt sie hinzu, »hatten wir klare Forderungen. Wir haben politische und soziale Gleichheit für alle verlangt, egal welcher Religion oder Abstammung.« Heute hingegen fordere die republikanische Mehrheit »Gleichheit in der Wertschätzung« (das wurde im Karfreitagsabkommen so formuliert) und die »Förderung der irischen Kultur«: »Wenn wir 1968, 1969 nur das gefordert hätten, wäre es nie zum Krieg gekommen.«

Die parlamentarische Strategie

Als sich Anfang der neunziger Jahre die republikanische Führung für den parlamentarischen Weg in die irische Einheit entschied, war klar, dass nicht alle diesen Weg mitgehen würden. Um bei künftigen Wahlen erfolgreich zu sein, musste Sinn Féin neue Wählerschichten erschließen. Ein großer Teil der neuen katholischen Mittelschicht würde sich durchaus für eine gemäßigt republikanische Partei gewinnen lassen, vorausgesetzt, die Partei wird das schlechte Image einer gewalttätigen Organisation los. Dagegen sei, so Sinn Féins Wahlkampfdirektor Tony Catney, doch gar nichts einzuwenden: »Die begüterte Schicht, die es früher vorgezogen hat, anonym zu bleiben, findet Sinn Féins Forderung nach gleicher Wertschätzung und Chancengleichheit attraktiv«, analysierte er. Dem »catholic new money«, wie er es nennt, gefalle es

durchaus, dass sich jemand der »unionistischen Oligarchie« widersetze. Der Kurs berge natürlich Gefahren, so Catney, auf Dauer könne die Partei nicht zugleich auf »Arbeiterwiderstand und auf das katholische Geld« setzen, da seien die Widersprüche zu groß.

Bis zu Beginn des Friedensprozesses hatte die Social Democratic and Labour Party (SDLP) in Nordirland doppelt so viele Stimmen erzielen können wie Sinn Féin. Das änderte sich ab Mitte der neunziger Jahre: Bei der Unterhauswahl 1997 erzielte Sinn Féin vierzig Prozent der nationalistischen Stimmen, bei der Wahl zur nordirischen Versammlung 1998 waren es bereits vierundvierzig Prozent. Die SDLP hat zunehmend Mühe mit der aufstrebenden Kraft, und nicht nur, weil diese ihr die Inhalte raubt – sie leidet auch unter dem Image einer verstaubten Altherrenpartei, die dem medienerfahrenen Apparat von Sinn Féin wenig entgegensetzen kann. Ihr Vorsitzender John Hume ist derzeit der beliebteste nationalistische Politiker Nordirlands, doch er ist alt und krank. Sollte er abtreten, ist klar, dass Gerry Adams an diese Stelle treten wird. Sinn Féin wird die SDLP in den nächsten Jahren als stärkste nationalistische Partei ersetzen; sollte der nationalistische Bevölkerungsteil tatsächlich weiter anwachsen (was einige Optimisten vorhersehen), könnte Sinn Féin sogar zur stärksten politischen Kraft des Nordens werden.

Die soziale Basis für die neue Sinn-Féin-Politik wächst zum Beispiel an der Queen's University Belfast heran, deren StudentInnen mittlerweile zu 67 Prozent nationalistisch sind. Bis vor wenigen Jahren stellten altgediente IRA-KämpferInnen die überwiegende Mehrheit der Stadt- und Bezirksratsmitglieder von Sinn Féin, doch deren Zeit läuft ab; die Partei verabschiedet sich von ihrer Vergangenheit. Derzeit stehen Frauen hoch im Kurs, das verleiht der Partei ein modernes Antlitz; doch es ist abzusehen, dass sie in der nächsten Runde den jetzt heranwachsenden professionellen Politikern Platz machen müssen, die gut ausgebildet und ohne jede Vorbelastung in die Parlamente ziehen werden.

Die Neuorientierung der Partei ist allenthalben sichtbar. Die SF-PolitikerInnen haben Pullover und Jeans eingemottet, tragen Anzug und residieren in schönen Büros. Auch das alte Vokabular haben sie abgelegt, sie verlangen nach Law and Order und gehen wieder vermehrt in die Kirche. Wer vor fünfzehn Jahren Sinn-Féin-Mitglieder über ihre Gläubigkeit befragte, wurde ausgelacht; nur eine Minderheit besuchte regelmäßig und eher verstohlen die Messe. Heute will die Prominenz beim Kirchgang gesehen werden, sie benutzt den Haupteingang und betet – wie Gerry Adams – auch unter der Woche einen Rosenkranz. Der Weihrauchgeruch, der die Organisation immer stärker umgibt, soll der Partei zu mehr Respektabilität verhelfen – doch es ist keine aufgesetzte Wahlkampffinte. Sinn Féin ist zu ihren Ursprüngen zurückgekehrt; sie ist nicht nur konservativ-nationalistischer, sondern auch religiöser als noch vor ein oder zwei Jahrzehnten.

Auch im Süden legte sich die Partei ein modernes Image zu. Bis zur Waffenruhe war Sinn Féin in den 26 Grafschaften eine

vernachlässigbare Größe; sie verfügte lediglich in traditionell republikanischen Gebieten wie Kerry, Tipperary, Limerick oder Monaghan über einen bescheidenen Einfluss. Beachtenswert war eigentlich nur Sinn Féins Präsenz in den Elendsvierteln der Städte, wo AktivistInnen eine engagierte, anwaltschaftliche Politik zugunsten der Armen betrieben und dafür auch gewählt wurden. Die ökonomische und soziale Umstrukturierung Irlands hat ein neues politisches Klima entstehen lassen: weg von der Landwirtschaft und dem bäuerlich-katholischen Konservatismus, hin zur Informationstechnologie und politisch liberaleren Verhältnissen. Während die großen Parteien von einem Korruptionsskandal in den nächsten stolperten, schob sich die vom Bombenlegerimage befreite Partei nach vorne. Bei der Parlamentswahl 1997 errang Sinn Féin einen Sitz. Die nächste Wahl (sie findet spätestens im Juni 2002 statt) wird, da sind sich alle einig, Sinn Féin vier bis sechs Sitze verschaffen. Und ebenso einig sind sich die meisten BeobachterInnen, dass dann eine Koalitionsregierung von Fianna Fáil und Sinn Féin zu erwarten ist. Sinn Féin wäre damit in beiden Teilen Irlands in der Regierung. Nur die Basis der einzigen gesamtirischen Partei will nicht so recht, ihr ist das Tempo, in dem der Umbau vollzogen wird, nicht geheuer. Auf dem SF-Parteitag im Frühjahr 2000 konnte die Parteiführung nur knapp einen Beschluss verhindern, mit dem eine Regierungsbeteiligung abgelehnt werden sollte. Adams plädierte erfolgreich für eine Verschiebung der Debatte, und ihm wird wenig abgeschlagen in letzter Zeit: Einer Meinungsumfrage im Sommer 2000 zufolge ist Adams der populärste Politiker der Republik Irland.

Der große konservative Konsens

Im Norden war Sinn Féin bisher vor allem in den traditionell republikanischen Gebieten stark; in den Quartieren von Nord- und Westbelfast etwa verfolgt sie eine basisnahe Politik. Wer Probleme mit den Behörden hat, und das gibt es in Beechmount und Twinbrook, Ballymurphy und Andersonstown genug, kann sich im lokalen Beratungsbüro der Partei Rat und Unterstützung holen. Sinn-Féin-Mitglieder schreiben Briefe, begleiten Arbeitslose und Alleinerziehende auf die Ämter oder mobilisieren einen ihrer Abgeordneten. Aber wie schon Wahlkampfmanager Tony Catney feststellte: Arbeitslosen- und Mittelstandspolitik vertragen sich auf Dauer nicht miteinander.

Sinn Féin nutzt den Schwung, der den katholischen Mittelstand erfasst hat. Diese neue Basis ist – streng genommen – das Produkt einer gezielten Politik der britischen und der US-amerikanischen Regierung sowie der EU. In der Erkenntnis, dass Frieden stabile soziale Verhältnisse voraussetzt, hatten die Regierungen der USA, Kanadas, Neuseelands und der EU kurz nach dem Anglo-Irischen Abkommen von 1985 Millionenbeträge in den Internationalen Fonds für Irland gesteckt, später folgten Gelder des Peace and Reconciliation-Fonds, des Europäischen Sozialfonds, der britischen Regierung usw. Mit den Finanzmitteln sollten die problembeladenen, sozial schwachen, leicht

eruptiven Gruppen besänftigt und eingebunden werden (siehe dazu auch Kapitel 13).

Zugute kam die Hilfe aber via Sozialagenturen, Wirtschaftsämter und Arbeitsvermittlungen zuerst der schnell wachsenden Gruppe von Fachkräften, die zum Beispiel als SoziologInnen, VerwaltungswissenschaftlerInnen, ÖkonomInnen Projekte aufbauten, Untersuchungen anstellten, Studien veröffentlichten. Sie verdanken ihre Karriere damit direkt oder indirekt dem Staat – eine Tatsache, die ihre politischen Ansichten wahrscheinlich nicht ganz unbeeinflusst ließ. Es gibt die (plausibel klingende) These, dass sich diese neue Mittelschicht auf der »Suche nach einem Staat« befand, da sie sich mit dem britischen und dem alten protestantischen Staat nicht identifizieren konnte. Ein reformierter nordirischer Staat unter Sinn Féins Beteiligung ist eher nach ihrem Geschmack.

Demnach hat nicht Charakterschwäche (wie die traditionalistischen RepublikanerInnen meinen) die Integration von Sinn Féin bewirkt, sondern eine politische und soziale Entwicklung, die teilweise von außen gesteuert wird. Verblüffend ist nur, wie schnell die Anpassung verlief und wie mühelos sich die neuen PolitikerInnen im parlamentarischen System bewegen. Keines der Ziele, für das die Sinn-Féin-Führer früher Bomben legten, ist erreicht, aber die alten Ziele sind auch kein Maßstab mehr; das System war stärker. »Nette Kandidaten, aalglatte Partei«, hatte die britische Sonntagszeitung »Oberserver« 1997 einen Bericht über den damaligen Wahlkampf überschrieben.

Die Partei hat Erfolg. Aber wem kommt die neue Macht zugute? Eine erste Ahnung vermittelte eine Debatte der nordirischen Versammlung im Juni 2000. Es ging um Abtreibung und die Frage, ob das liberale britische Abtreibungsgesetz von 1967 künftig auch in Nordirland Geltung haben sollte. Abtreibung ist in Nordirland nur bei Gefahr für Leib und Leben der Mutter erlaubt (und selbst dann verweigern viele Ärzte den Eingriff); also reisen jährlich Tausende nach Britannien. Die Debatte hatte ein DUP-Abgeordneter angezettelt, dem es zuvor gelungen war, 73 der 108 Abgeordneten hinter einen Pro-Life-Aufruf zu scharen, der jede Aufweichung der bestehenden Regeln verurteilte. In der mehrstündigen Diskussion schlugen sich DUP, SDLP und die Mehrheit der UUP ganz entschieden auf die Pro-Life-Seite. Die Sinn-Féin-Fraktion aber schwieg. Um ihre katholisch-konservative Wählerschaft im Norden wie im Süden und die militanten Abtreibungsgegner im strategisch wichtigen Irisch-Amerika nicht zu verschrecken, verweigert die Partei zum Missvergnügen ihrer Frauengruppen eine klare Stellungnahme. »Es gibt also doch einen Konsens in Nordirland«, schrieben einige Zeitungen anschließend, und ein Kommentator ergänzte, dass man sich angesichts der Debatte wundern müsse, weshalb sich Paisleys DUP so vehement gegen ein vereintes Irland stemme – dort herrsche schließlich genau jene Abtreibungspolitik, die die Partei von jeher befürworte.

Kapitel 13

Knieschüsse und ein Hauch von Luxus

Demilitarisierung, Demobilisierung, Demoralisierung

Das neoklassizistische Rathaus glänzt in alter Pracht, »Samson« und »Goliath« – die beiden gelben Kranbrücken der Schiffswerft Harland & Wolff – sind noch immer das weithin sichtbare Wahrzeichen der nordirischen Hauptstadt; im Crown Liquor Saloon von 1826 wird wie eh und je Ale ausgeschenkt. Rund um die alten Denkmäler wächst jedoch ein neues Belfast heran. Neben dem »Europa«, in dem während der letzten Jahrzehnte wohl mehr Sprengsätze platziert wurden als in jedem anderen Luxushotel der Welt, stehen inzwischen mehrere Bürotürme. Die Strecke vom neuen Bahnhof Great Victory bis zur Universität im Süden der Stadt nennen sie »Golden Mile«: Hier reiht sich ein teures Restaurant ans andere. Vorbei die Zeiten der Fish&Chips-Buden, vorbei auch die Jahre, in denen in einem nahe gelegenen Pub am unteren Ende der loyalistischen Sandy Row ein Schild hing mit der Aufschrift: »Das Trinken in einer römisch-katholischen Kneipe könnte Ihrer Gesundheit schaden.« Solche Anspielungen auf die Aktionen der loyalistischen Paramilitärs gegen katholische Pubs sind heutzutage eher schlecht fürs Geschäft. Gelegentlich kommt es aber auch hier, entlang der Goldenen Meile, zu Tumulten: Freitag- und Samstagnacht, wenn sich StudentInnen und junge Angestellte ums letzte Bier oder ein Taxi balgen.

Die Zahl der Großbaustellen hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre vervielfacht. Am östlichen Ende des Stadtkerns ist ein neues Geschäftszentrum entstanden: Am Ufer des Flusses Lagan haben British Telecom (BT) und die Hotelkette Hilton zwei mächtige Bauten bezogen, daneben steht die Waterfront Hall, ein großes Kultur- und Veranstaltungszentrum. Weiter östlich entsteht ein Wissenschaftspark mit Forschungseinrichtungen und Software-Firmen; auf dem brachliegenden Terrain der alten Gaswerke beim Belfast Hauptbahnhof ist ein neues Industriezentrum geplant, ein Gewerbekomplex bei den Docks steht kurz vor der Vollendung. Belfast boomt auch im Stadtzentrum: Alle großen britischen Warenhausketten haben hier eine, manchmal sogar zwei Filialen eröffnet, und die meisten Kaufhäuser sind neuer und größer als vergleichbare Niederlassungen in Leeds, Liverpool oder London. Nur die Älteren erinnern sich noch, wie trostlos das vom Bombenkrieg der IRA gezeichnete Stadtbild vor ein, zwei Jahrzehnten aussah. Die Belfast Innenstadt lebt, sie ist wieder Mittelpunkt des Ballungsraumes und Ausdruck der Überlebenskraft des Kapitalismus. Seit dem Waffenstillstand frequentieren auch jene NationalistInnen das Zentrum, die früher lieber in ihren Nord- und Westbelfastern Vierteln geblieben sind, weil sie sich in der unionistisch dominierten City nicht willkommen fühlten. Heute werden sie dort wie alle anderen KonsumentInnen empfangen.

Die schwarzen Taxis fahren noch immer. Sie waren Anfang der siebziger Jahre als Alternative zum teuren und von der unionistischen Stadtverwaltung beherrschten öffentlichen Nahverkehr entstanden. Findige Republikaner importierten in London ausgemusterte Black

Taxis, überholten Motor und Fahrgestell und bauten einen Liniendienst auf. Diese Taxis fuhren auch dann, wenn die städtischen Verkehrsbetriebe den Busverkehr durch Konfliktgebiete einstellten (weil dort gerade Barrikaden brannten), und waren der wohl sichtbarste Ausdruck einer Gegenstruktur, sie operierten autonom und bevölkerungsnah und hatten so viel Erfolg, dass Loyalisten das Konzept sofort kopierten. Die Taxigenossenschaften gibt es weiterhin, aber die Konkurrenz durch den normalen, privatwirtschaftlich betriebenen Taxidienst wird stärker. Seit dem Karfreitagsabkommen hat sich die Zahl der Taxiunternehmen verzehnfacht, und es gibt auch immer mehr Menschen, die sich »for a good night out« ins Stadtzentrum chauffieren lassen. Der Job ist auch nicht mehr so gefährlich, vor zehn Jahren noch waren katholische Taxifahrer für die loyalistischen Paramilitärs beliebt, weil einfache Ziele.

Das Elend der Ghettos

Die Modernisierung beschränkt sich nicht auf das Stadtzentrum. Nirgendwo sonst im Vereinigten Königreich hat der Staat so viel Geld in den Sozialwohnungsbau investiert wie in den republikanischen und loyalistischen Vierteln von Belfast. Die anonymen Wohnblocks an der Divis Street zum Beispiel wurden abgerissen. Wo sich einst Plattenbauten erhoben, stehen jetzt schicke Einfamilienhäuser in Ziegelbauweise und mit kleinen Vorgärten. Die dunklen feuchten Häuserzeilen wurden vielerorts demoliert, mit ihnen verschwanden freilich auch die Hinterhöfe, über die sich IRA-Aktive nach einer Operation oftmals dem Zugriff entziehen konnten. An ihrer Stelle stehen nun Einfamilienhaussiedlungen, die von überall her einsehbar sind und kaum noch Fluchtmöglichkeiten bieten, da nur Sackgassen zu ihnen führen und hohe Mauern die Rückseiten abriegeln. Auch die Dächer der Häuser wurden nach den Empfehlungen der Armee gestaltet, damit sich die Späher in den Helikoptern besser orientieren können. Obwohl die architektonische Erneuerung der Viertel teilweise der verbesserten Aufstandsbekämpfung diente, traf sie bei der Bevölkerung auf breite Zustimmung, die Wohnqualität steigerte sich erheblich.

Das Elend ist also nicht mehr wie früher am Zustand der Häuser abzulesen, es tritt oft erst gegen neun Uhr abends zutage, wenn in Ballymurphy, Poleglass, Twinbrook oder Springfield ganze Heerscharen mit gut gefüllten blauen Plastiktüten die Schnaps- und Bierhandlungen verlassen. Die älteren Männer ziehen mit dem billigen Dosenbier nach Hause, die Jüngeren trinken gemeinsam an der nächsten Straßenecke. Der Bierkonsum habe in den letzten Jahren zugenommen, sagen SozialarbeiterInnen, auch der Gebrauch anderer weicher Drogen wie Marihuana oder Ecstasy sei gestiegen. Harte Drogen wie Heroin oder Crack sind – zumindest in den nationalistischen Vierteln – erst seit Ende des Kriegs Mitte der neunziger Jahre im Umlauf. Die Paramilitärs hätten hier ein neues Betätigungsfeld gefunden und damit ein Verbrechen gegen das nächste ausgetauscht, behaupten Polizei und die Medien; für einen Teil der loyalistischen Gruppen, insbesondere der

UDA, trifft diese These auch zu – kaum jedoch für die IRA (die sich früher hauptsächlich über Spenden und durch Banküberfälle finanzierte).

Einige SozialarbeiterInnen sehen den Grund für den wachsenden Drogenkonsum auch in der plötzlichen Ruhe: Der Kampf sei ja nicht nur von den IRA-Einheiten geführt worden, das gesamte Umfeld sei miteinbezogen gewesen und damit auch die Jugendlichen in den nationalistischen Vierteln. Die standen Schmiere, überwachten die Bewegungen der Polizei- und Armeepatrouillen oder zettelten zur Ablenkung der Sicherheitskräfte kleinere Unruhen an: ein paar Steinwürfe hier, eine Brandflasche dort – Abenteuerspielplatz Westbelfast. Jetzt suchten sich die Jugendlichen eben einen neuen Kick. Andere Sozialexperten verweisen auf die Perspektivlosigkeit, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit weiterhin vorhanden ist, und auf das fehlende Selbstwertgefühl der Ghettojugend. Viele (vor allem männliche) Jugendliche betrachteten den Schulbesuch als reine Zeitvergeudung – der Großvater war schon arbeitslos, der Vater ist es ebenfalls. Nichts zu sein und nichts zu werden – dieses Empfinden dürfte auch für die Zunahme der Selbstmorde unter Jugendlichen verantwortlich sein, von der alle sprechen (die aber nicht belegt ist, da offizielle Zahlen fehlen). Und dann gibt es noch einen ganz einfachen Grund: Drogen sind heute viel leichter erhältlich.

»Es war absehbar, dass Nordirland am Ende der Troubles von einem massiven Drogenproblem überrollt wird«, sagt Ray Mullan vom Community Relations Council, einer Art Dachverband sozial engagierter Gruppen, »heute gibt es keine Schule mehr ohne Drogen.« Dank der Waffenruhe kämen die Dealer nun in Gebiete, die ihnen zuvor verschlossen waren. Die IRA – während fast dreißig Jahren die einzige anerkannte Ordnungsmacht in den Ghettos – ist dagegen weitgehend machtlos: Mit dem Ende des Krieges hat sie an Einfluss eingebüßt, die Gemeinschaftsdisziplin in den Vierteln ist teilweise zusammengebrochen. Wie sollte man den Drogenkonsum auch unter Kontrolle bringen, da sich die Ghettos geöffnet haben und die Jugendlichen ihren Stoff ebenso gut im Stadtzentrum kaufen können? So bleibt den IRA-Leuten nur, den Händlern nachzustellen.

Während Drogenkonsum und die erhöhte Selbstmordrate in den Medien kaum ein Thema sind, berichten sie regelmäßig über das Joy-Riding. Einen Stadtbus, einen Lieferwagen oder ein Privatauto zu kapern und in eine brennende Barrikade umzuwandeln, galt zur Zeit der Troubles als wichtiger Beitrag im republikanischen Kampf und als Tat, die jeder halbwegs engagierte Jugendliche einmal vollbracht haben musste. Seit es keine Barrikaden mehr braucht, haben viele Kinder und Jugendliche das Joy-Riding zu ihrer Lieblingsbeschäftigung erhoben: Ab Mitternacht werden die breiten Durchgangsstraßen von Westbelfast zum Schauplatz von Wettrennen, in denen die Autodiebe gegeneinander antreten. Aufheulende Motoren, quietschende Reifen, lautstarke Bremsmanöver und irgendwann ein großer Knall, wenn das gestohlene Fahrzeug gegen eine Mauer oder einen Laternenpfahl kracht – die AnwohnerInnen kriegen in diesen Stunden oftmals kein Auge zu.

Manchmal sind die jugendlichen Desperados, die oft nur mit Mühe über das Lenkrad blicken können, auch tagsüber unterwegs. Dann wird die Sache gemeingefährlich: In den ersten vier Monaten des Jahres 2000 wurden allein im nationalistischen Westbelfast vier Menschen von Joy-Ridern totgefahren, welche die Beherrschung über den Wagen verloren hatten.

Unfreiwillige Polizeiarbeit

Dass die Polizei die schwierigen Verhältnisse in den republikanischen Hochburgen für ihre Zwecke nutzte, ist durch zahllose Zeugenaussagen belegt. Wann immer sich die BewohnerInnen in den letzten dreissig Jahren an die RUC wandten, erlebten sie die gleiche Geschichte. Die Polizei kam, vernahm die Verdächtigen (die ihr meist genannt wurden, da sich in den engen Gemeinschaften schnell herumspricht, wer was getan hat) und liess die Rowdys wieder laufen, sofern diese versprachen, künftig Spitzeldienste zu leisten. Diese Praxis brachte selbst IRA-kritische NationalistInnen dazu, jeden Kontakt mit der RUC zu meiden. Die RUC verlor jede Legitimität; das Vakuum konnte nur von einer Organisation gefüllt werden – der IRA, die diese Funktion notgedrungenenmaßen und höchst ungern übernahm. Denn erstens band die Polizeiarbeit Kräfte, zweitens setzte sie die »Verteidiger der katholischen Bevölkerung« potenziell in Gegensatz zu einem Teil dieser Bevölkerung, drittens war sie gefährlich. Da sie über keine Gefängnisse verfügte, konnte die IRA nur drohen und, wenn dies nichts half, zu drastischen Mitteln greifen: erst Prügel, dann Knieschuss, zeitweilige oder dauerhafte Ausweisung oder Exekution. Die allermeisten IRA-Mitglieder erledigten die Aufgaben höchst ungern – nicht nur, weil das Risiko groß war, in den von allen Seiten observierten Gebieten mit einer Waffe im Handschuhfach oder in der Hosentasche erwischt zu werden. Aber dem Druck, der von der Bevölkerung ausging, konnten sie schlecht ausweichen.

Die IRA steckte in einem Dilemma: Nach außen hin ramponierte die Selbstjustiz das Bild vom hehren Freiheitskampf, nach innen aber konnte sie davon nicht lassen, wenn sie ihre Reputation nicht gefährden wollte. Die RepublikanerInnen schufen Stadtteilgerichte, die Beschuldigte anhören und für halbwegs faire Verfahren sorgen sollten, und sie organisierten (wie auch die loyalistischen Paramilitärs) so genannte »Restorative Justice«-Projekte, die »das Recht stärken« sollten – Täter und Opfer werden zusammengebracht und verhandeln über eine »Wiedergutmachung«. Diese Initiative entstand, weil sich die Bestrafungsaktionen als wenig wirksam herausgestellt hatten. Denn die staatlichen Behörden entschädigten die Opfer republikanischer Selbstjustiz mit Summen, die so manchen arbeitslosen Jugendlichen auf den nächsten Knieschuss hoffen ließen (zumal sich die Ärzte des Royal-Victoria-Krankenhauses in Westbelfast im Laufe der Zeit zu wahren Meistern bei der Operation zerschossener Kniescheiben entwickelten).

Der Friedensprozess hat das Dilemma eher noch verstärkt. Heute benutzt die IRA bei ihren Bestrafungsaktionen keine Schusswaffen mehr, da deren Einsatz die Position von Sinn Féin gefährden könnte.

Die Baseballschläger und Eisenstangen, zu denen sie nun greift, haben jedoch verheerendere Folgen, da sie die Gelenke zertrümmern. Dennoch werden diese Aktionen von den meisten NationalistInnen geduldet, da mag die Medienwelt noch so empört sein. Diese Gewalt könne gut verdammen, wer hier nicht wohne, sagen die Leute – wie sollte man denn sonst mit Joy-Ridern, Dieben und Vandalen fertig werden? Außerdem gehe die meiste Gewalt ohnehin vom Staat aus: Hatten nicht dieselben Medien Anfang 1991 den IRA-Anschlag auf Downing Street 10 verurteilt – ohne zu erwähnen, dass dort gerade ein Golfkriegskabinett über die Bombardierung der irakischen Zivilbevölkerung beriet, die weitaus mehr Opfer forderte als alle republikanischen Attentate?

Initiativen und bürgerliche Borniertheit

In den letzten dreißig Jahren waren in den nationalistischen Vierteln viele Initiativen entstanden. Die Menschen gründeten Mietervereinigungen, Frauengruppen, Kreditvereine, Kinderkrippen, Sozialberatungsstellen, Gemeinschaftszentren und organisierten irische Sprachkurse. Bis Anfang der neunziger Jahre versagte der Staat diesen Projekten jede Anerkennung; die Behörden lehnten jeden Antrag auf öffentliche Förderung ab und denunzierten sie als republikanische Tarnorganisationen. Das änderte sich erst mit Beginn des Verhandlungsprozesses. Seit Mitte der neunziger Jahre können sich die vielen Gruppierungen über mangelnde Zuwendung nicht beklagen: Fast hundert Millionen Pfund jährlich investiert London in die »Friedensarbeit«, dazu kommt das Programm für Frieden und Versöhnung der Europäischen Union (EU), das in der ersten Fünfjahresphase (1995–1999) 370 Millionen Pfund bereitstellte und für eine zweite Tranche in den Jahren 2000 bis 2004 rund 315 Millionen veranschlagte.

Um zu verhindern, dass die Mittel nach politischen Gesichtspunkten vergeben werden, betraute die EU nicht (wie sonst üblich) die Regierung mit der Geldvergabe, sondern beauftragte nichtstaatliche Organisationen wie den Community Relations Council (CRC) mit der Vergabe der Mittel. Dieser 1990 entstandene Dachverband sozialer Einrichtungen unterstützt derzeit über zweihundert katholische und protestantische Projekte. In den jeweiligen Arbeitervierteln hätten sie nicht lange nach förderungswürdigen Objekten suchen müssen, erinnert sich CRC-Sprecher Ray Mullan: »Dort gab es bereits eine Vielzahl von Gruppen, die sich darüber Gedanken gemacht haben, wie man den Hass, die Intoleranz und das Sektierertum abbauen kann.« Vor allem Frauenorganisationen hätten schnell die Initiative ergriffen. Ganz anders sehe es hingegen in den besseren Wohngegenden aus. »In den Arbeitervierteln wissen die Menschen, dass sich etwas ändern muss. In den mittelständischen Quartieren mit den schönen Autos, den hübschen Gärten und den hohen Mauern glauben sich alle gegen Bigotterie und Rassismus gefeit – die Troubles sind ein Problem der unteren Klassen, heißt es da.« Dabei hätten die Bessergestellten genauso viele Vorurteile,

sie könnten sie nur besser kaschieren. Da sich die höheren Angestellten und FreiberuflerInnen normalerweise nicht in Mietervereinigungen, Sozialhilfegruppen oder Stadtteilkomitees engagierten, seien sie nur über ihre Freizeitaktivitäten und ihren Arbeitsplatz erreichbar. In diesen Bereichen musste der CRC viel Überzeugungsarbeit leisten. Es habe Jahre gedauert, bis Sportorganisationen wie beispielsweise die Football Association zur Einsicht kamen, dass auch sie etwas tun können, sagt Ray Mullan. Der Sport habe mit Politik nichts zu tun, sei die Ansicht vieler Funktionäre gewesen, obwohl handgreifliche Auseinandersetzungen vor, während und nach den Spielen zur Tagesordnung gehören (erst 1999 verpflichtete die nordirische Football Association einen von der EU bezahlten Sozialarbeiter). »Die Mittelschichten gehen diesen Themen aus dem Weg«, sagt Mullan, »weil sie glauben, Schweigen diene der Konfliktbewältigung. Doch das Gegenteil ist richtig: Man muss die Unterschiede ansprechen.« Betriebe und Behörden wollten ebenfalls lange nicht einsehen, dass sich Respekt und Toleranz nicht dekretieren lassen; inzwischen haben zumindest öffentliche Ämter begonnen, ihre Belegschaften unter fachkundiger, EU-finanzierter Anleitung zu schulen.

In den Arbeiterquartieren mussten Mullan und seine KollegInnen niemanden überzeugen – dort gab es innerhalb kurzer Zeit mehr Anträge auf Förderung, als Mittel vorhanden waren. Viele Projekte wollten sich mit Weiterbildung beschäftigen (von Computerkursen über Diskussionsabende bis zu Veranstaltungsreihen zum Thema Konfliktlösung), andere planten die Vernetzung über den politischen Graben hinweg (etwa in der Frauenarbeit). Einige Initiativen beantragten den Bau von Gemeindezentren, manche wünschten den Einsatz von GemeinwesenarbeiterInnen, Einzelne waren schon zufrieden, wenn sie das Büro ihrer Initiative mal wieder renovieren konnten. Auch die vielen republikanischen und loyalistischen Hilfsorganisationen, die sich um eine Wiedereingliederung der Gefangenen kümmern, bekamen Unterstützung.

Keine Entschuldigung, keine Wahrheit

Manchen Leuten verhalf der unverhoffte Geldsegen sogar zu einer neuen Perspektive; Jim McCabe ist einer von ihnen. Der heute Fünfundzwanzigjährige engagierte sich erstmals, nachdem die RUC seine Frau Nora erschossen hatte. Das war im Jahre 1981 während des großen Hungerstreiks gewesen. Nora McCabe wollte sich am Morgen des 8. Juli 1981 in der nahe gelegenen Falls Road Zigaretten holen, als sie ein Hartplastikgeschoss mitten ins Gesicht traf. Am nächsten Tag starb die dreiunddreißigjährige Mutter dreier Kinder. Der Tathergang wurde offiziell nie aufgeklärt. Das Geschoss war aus einem RUC-Fahrzeug abgefeuert worden, doch die Polizei erklärte, sie habe lediglich auf randalierende Jugendliche geschossen (an jenem Tag war Joe McDonnell nach einundsechzig Tagen Hungerstreik gestorben und die Stimmung entsprechend geladen). Auf den Videobildern eines kanadischen Fernseheteams, das die Szene zufällig gefilmt hatte, waren jedoch weit und breit keine Jugendlichen zu sehen – nur der Schuss und die fallende Frau. Jim McCabe gab seinen Job bei einem Buchmacher

auf, irgendwer musste sich ja um die Kinder kümmern. Die britische Nordirlandverwaltung zahlte ihm eine Entschädigung – mit der Auflage, die Summe nie zu nennen und auf weitere juristische Schritte zu verzichten. Dass er damals übers Ohr gehauen wurde, weiß Jim McCabe; allzu gern würde er heute die Geschichte neu aufrollen lassen und so den Staat öffentlich zum Bekenntnis zwingen, das Leben unschuldiger Menschen auf dem Gewissen zu haben. Doch ihm sind die Hände gebunden.

Seine Unterschrift hinderte MacCabe damals aber nicht, die Kampagne gegen Plastikgeschosse (Campaign against Plastic Bullets) ins Leben zu rufen. Mit anderen Betroffenen malte er Plakate, organisierte Pressekonferenzen und reiste nach Britannien, Italien und Kanada, um die Öffentlichkeit über die lebensgefährlichen Geschosse zu informieren, die in den siebziger und achtziger Jahren massenhaft eingesetzt wurden. Während Armee- und RUC-Sprecher von der Effizienz dieses »an sich harmlosen« Aufstandsbekämpfungsmittels schwärmten, berichteten er und seine MitstreiterInnen von den siebzehn Toten (fast die Hälfte davon waren Kinder), von den Verletzungen (die elffache Mutter Emma Groves erblindete, weil sie ein Geschoss im Gesicht traf) und davon, dass manche Soldaten und Polizisten die Geschosse mit Rasierklingen spickten. Anfang der neunziger Jahre erlahmte die Initiative (die Geschosse wurden nur noch selten eingesetzt), Jim McCabe – inzwischen völlig veramt – verfiel in eine tiefe Lethargie. Seine Kinder waren inzwischen groß und der Älteste ins Ausland gezogen, weil er »mit diesem Nordirland nie wieder was zu tun haben« wollte. McCabe kam erst wieder auf die Beine, als sich die Organisation Relatives for Justice (RFJ) dank EU-Geldern ein Büro einrichten konnte.

Diese Gruppe, die die Interessen von Opfern staatlicher Gewalt und von deren Angehörigen vertritt, hat seit 1999 eine Anlaufstelle. Ihre Mitglieder arbeiten nun nicht mehr an Wohnzimmertischen, sondern in einem ordentlich ausgestatteten Büro mit Telefon, Computern und Sitzecke an der Falls Road. Dorthin geht Jim McCabe jetzt jeden Vormittag. Er arbeitet freiwillig, die Aufgabe macht ihm Spaß, und es ist wohl auch ein kleines bisschen Rache im Spiel, wenn er die Ratsuchenden besonders eindringlich darauf hinweist, dass sie Anspruch auf Entschädigungsleistungen haben: Wenn der Staat Opfern seiner Gewalt schon Geld für einen neuen Herd oder die Ausbildung ihrer Kinder zur Verfügung stellt, dann sollten sie auch massenhaft davon Gebrauch machen. Auf dem normalen Arbeitsmarkt findet Jim McCabe keine Stelle mehr; er ist zu alt, zu krank und (dank einiger TV-Interviews) wohl auch zu bekannt. Aber wenn die jetzt beantragten Zuschüsse bewilligt werden, könnte er im Rahmen des RFJ-Projekts eine bezahlte Stelle bekommen.

Das RFJ-Büro nutzen noch weitere Gruppen: der Bloody-Sunday-Trust (eine Stiftung zur Aufklärung des Blutsonntags von Derry), die Monaghan-und-Dublin-Gruppe (die die Hintergründe der loyalistischen Bombenattentate in Monaghan und Dublin 1974 aufdecken will), die Pat-Finucane-Initiative (die für eine öffentliche Untersuchung des

Auftragsmords an dem renommierten Anwalt kämpft), die Rosemary-Nelson-Organisation (die eine Aufklärung des Anschlags auf die Anwältin fordert), und auch McCabes alte Campaign against Plastic Bullets hat unter dem neuen Dach wieder zusammengefunden. Über dreihundert Menschen wurden während der letzten dreißig Jahre von Staatsorganen getötet, die staatlicherseits inspirierten loyalistischen Anschläge nicht mitgerechnet. »Das alles muss endlich aufgeklärt werden«, sagt Jim McCabe, und es freut ihn, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der britischen Regierung demnächst wegen der gezielten Erschießung von IRA-Verdächtigen den Prozess machen will.

In Nordirland melden sich seit dem Karfreitagsabkommen immer mehr Opfer oder deren Angehörige zu Wort, nicht nur die der staatlichen Gewalt, sondern auch die Opfer der republikanischen und der loyalistischen Organisationen. Sie fordern Aufklärung, Bekenntnisse, Entschuldigungen und Wiedergutmachung; die Verantwortlichen sollen endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Doch eine Wahrheitskommission wie in Südafrika wird es in Nordirland nicht geben, denn keine der Konfliktparteien hat auch nur das geringste Interesse, sich nachträglich in die Karten schauen zu lassen. Die südafrikanische Kommission konnte ja auch nur deshalb ans Werk gehen, weil sich alle Beteiligten in einem sicher waren: Egal, was sie aufdecken würden – der Person im Zentrum der neuen Politik konnte niemand etwas anhaben, Nelson Mandela sass ja auf Robben Island. In Nordirland hingegen gibt es keine Unschuldigen: Britische Staatssekretäre, nordirische Polizeichefs, unionistische Politiker, republikanische Parteivorstände – sie alle haben Blut an den Händen. Und so blüht derzeit in Nordirland das Geschäft der Steinmetze: Als Ersatz für die Anerkennung erlittenen Unrechts werden ständig neue Denkmäler für gefallene Republikaner und Erinnerungstafeln für die Opfer des IRA-Terrors enthüllt, jeweils zur großen Empörung der Gegenseite.

Erst das Geld, dann die Lähmung

Der Geldsegen aus dem EU-Fonds hat vielen Initiativen neues Leben eingehaucht und anderen ermöglicht, ihre Bedürfnisse überhaupt erst einmal zu formulieren. Auch aus anderen Quellen sprudelt weiter Geld, etwa aus dem von London und Dublin verwalteten und seit 1985 von mehreren angelsächsischen Staaten finanzierten International Fund for Ireland. Die Zuschüsse haben in den Arbeitervierteln auch eine Vielzahl von Community-Gruppen entstehen lassen, in denen ehemalige Paramilitärs mittlerweile ein gutes Auskommen finden. Der Karrieresprung ist manchen der neuen »community workers« schon von weitem anzusehen. Clifford Forbes zum Beispiel stand dem Verhandlungsprozess vor zwei, drei Jahren noch außerordentlich skeptisch gegenüber. Damals bezeichnete er sich als freiwilliger Sozialarbeiter, und so sah er mit seinen Jeans und dem geflickten Pullover auch aus. Forbes, der in Portadown das kleine

Gemeinschaftszentrum von Rectory Park betrieb, galt lange Zeit als rechte Hand des loyalistischen Hardliners und LVF-Gründers Billy Wright. Heute nennt sich Forbes immer noch Sozialarbeiter, fährt aber einen neuen Rover, trägt teure Lederjacken, schmückt sich mit goldenen Hals- und Armkettchen und trifft sich zum Interview im besten Hotel am Platz. Wem er seinen schnellen Aufstieg verdankt, ist nicht schwer zu erraten – auch die britischen Geheimdienste verfügen über ein Budget. »Der MI5 kauft sich die Leute, um sie stillzuhalten«, sagen Leute, die es wissen können. So ist vor allem in den republikanischen und loyalistischen Quartieren ein Netz von Community-Gruppen entstanden, deren bezahlte MitarbeiterInnen nunmehr ein großes Interesse am Fortgang des politischen Prozesses haben.

Langjährige AktivistInnen beobachten diese Entwicklung mit Misstrauen. Zwar sind auch sie froh über jede Unterstützung und die neuen Arbeitsplätze, doch die damit verknüpften Bedingungen (wie jährliche Rechenschaft und politisches Wohlverhalten) werden ebenso als Zumutung empfunden wie die Tatsache, dass sich der britische Staat von der EU nun die Arbeit in Bereichen bezahlen lässt, für die eigentlich er aufkommen müsste. Und was geschieht, wenn die Regierung plötzlich den Geldhahn zudreht, weil ihr irgendetwas nicht passt? Viele kleine Sozialeinrichtungen würden die Rückkehr zur früheren Selbstgenügsamkeit kaum verkraften. Und so können sie nun zwar professioneller arbeiten, sind dafür aber abhängig von einem Staat, dem sie nicht über den Weg trauen.

Dieses Dilemma kennen Freiwilligenprojekte auf der ganzen Welt, aber nicht überall sind so viele Basisinitiativen in unmittelbarer Gegnerschaft zum Staat entstanden wie in Nordirland. Wäre es da erstaunlich, wenn der Staat die Opposition in den Griff zu bekommen versuchte? Für Bernadette McAliskey jedenfalls steht fest, dass die britischen Verwalter eine klare Strategie verfolgen. »Sie werden die Opposition erst demilitarisieren, dann demobilisieren und demoralisieren«, sagte sie 1994. Die Demilitarisierung ist inzwischen erfolgt, und die Demobilisierung könnte schneller kommen als erwartet: Im März 2000 wurde bekannt, dass das britische Nordirlandministerium und Mitglieder der nordirischen Regionalregierung die Gelder des EU-Fonds für Frieden und Versöhnung anders verteilt sehen möchten. Das vom unionistischen Modernisierer Reg Empey geleitete nordirische Finanzdepartement will, dass ein Teil der Mittel der »ökonomischen Erneuerung« zugute kommen. Sechzig Prozent des bis 2004 veranschlagten EU-Beitrags in der Höhe von insgesamt 315 Millionen Pfund sollen künftig in die »Entwicklung der Informationsgesellschaft« fließen. Wenn sich die nordirische Regierung damit durchsetzt, müssten nach Schätzung der »Financial Times« rund die Hälfte aller lokalen Gemeinschaftsprojekte, Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftsinitiativen ihre Tore schließen. Und zwar für immer.

Kapitel 14

Im Land der Mauern

Nordbelfast kommt nicht zur Ruhe

Wenn irgendwo in Nordirland politische Funken sprühen, halten die BewohnerInnen im Norden von Belfast den Atem an. Alte Rechnungen zu begleichen und neue aufzumachen – das geht nirgendwo so einfach wie hier, denn nirgendwo sonst wohnen die Armen und Ausgegrenzten beider Gemeinschaften so dicht beieinander. Nordbelfast gleicht einem Flickenteppich: In einigen Bezirken liegen protestantische Enklaven in katholischen Wohngebieten, die ihrerseits von protestantischen Siedlungen umschlossen sind. Zwölf der insgesamt siebzehn nordirischen Grenzzäune und Schutzmauern (»Friedenslinien« genannt) ziehen sich durch Nordbelfast. Und anders als im Westen der Stadt, wo eine vergleichsweise gerade »Friedenslinie« die Viertel entlang der Falls Road von jenen an der Shankill Road trennt, verlaufen die Mauern hier im Zickzack – wie die Ränder einer schlecht verheilenden Wunde. Drei der Mauern wurden nach den Waffenstillstandserklärungen im Jahre 1994 gebaut, eine davon sogar erst nach dem Karfreitagsabkommen von 1998. Während im Rest des Landes von Frieden gesprochen wird, ist hier von Entspannung noch wenig zu spüren.

1996 war ein besonders schlimmes Jahr für die NordbelfasterInnen, jener Sommer hat sich tief ins Gedächtnis eingegraben. Es war das Jahr, in dem der Marsch der Oranier von Drumcree durch die Garvaghy Road gestoppt worden war und UnionistInnen daraufhin landesweit Straßen, Bahnlinien und Häfen blockiert hatten; es war auch zu Brandstiftungen, Überfällen und Feuergefechten gekommen. Als die Polizei den Marsch dann doch genehmigte, waren die NationalistInnen Sturm gelaufen, in Nordbelfast natürlich auch. Begonnen hatten die Auseinandersetzungen hier schon in den ersten Stunden des Konflikts bei Drumcree. Am Montag mussten vier katholische Familien das protestantische Quartier Torrens im Norden Belfasts verlassen, in das sie nach dem Waffenstillstand 1994 gezogen waren, weil sie den Frieden für gekommen hielten. Vierzehn Stunden hatte man sie in ihren Häusern festgehalten, während draußen Barrikaden errichtet, Telefonleitungen gekappt und ein Bus abgefackelt wurde. Spätabends riefen die Eingesperrten Freunde zu Hilfe und packten zusammen. Am nächsten Tag flüchteten sechzehn weitere Familien; den einen war Benzin in den Hausflur geschüttet worden, anderen flogen Steine durchs Wohnzimmerfenster, die nächsten erhielten nur die schriftliche Aufforderung, sofort zu verschwinden. Am Ende der Woche waren in Nordbelfast rund ein Dutzend Häuser niedergebrannt, zahlreiche Autos in Flammen aufgegangen und ein Tanklastwagen explodiert, zwei Schulen waren demoliert, und hundert Familien hatten das Weite gesucht – ProtestantInnen und KatholikInnen.

Die Konfrontationen hatten bereits im Juni 1996 mit dem unionistischen Umzug Tour of the North begonnen und zogen sich bis Ende September hin. Ständig passierte etwas, sagt Michael Byrnes, der damals vierzehn Jahre alt war. An einem Morgen im September etwa stand plötzlich der Zeitungsladen nebenan in Flammen. Drei Männer waren aus dem benachbarten loyalistischen Viertel Tiger's Bay kurz über die Straße in Byrnes' Viertel New Lodge gerannt, hatten den Laden in Brand gesteckt und waren auch schon wieder weg (der Besitzer überlebte schwer verletzt). So schnell und einfach geht das hier. Michael Byrnes, der ab und zu das Sinn-Féin-Büro von New Lodge hütet, hat viele solche Geschichten auf Lager, und die meisten sind jüngeren Datums. Das Eckhaus dort drüben beispielsweise sei erst vorletzte Woche angezündet worden, erzählt er, eine alte Frau habe den Anschlag nur mit viel Glück überlebt.

Zusammengepfercht und umzingelt

Der Flickenteppich Nordbelfast ist ständig in Bewegung. Das einen Kilometer vom Stadtzentrum entfernte Quartier New Lodge etwa war nicht immer ein rein nationalistisches Wohngebiet. Hier lebten einmal die vorwiegend protestantischen Arbeiter der großen Tabakfabriken, der Werften und der Docks, bis die Betriebe ihre Leute massenhaft auf die Straße setzten. So manche protestantische Familie zog weg, KatholikInnen rückten nach. Die Bevölkerungsverschiebung ist besonders gut an den Kirchen abzulesen, die Michael Byrnes beim Rundgang durch sein Viertel zeigt – eine protestantische Kirche wurde in eine gälische Sprachschule umgewandelt, eine andere beherbergt heute ein Möbellager. Aber das sind die letzten sichtbaren Anzeichen dafür, dass hier einmal auch ProtestantInnen wohnten.

Und so führt Michael Byrnes von einem republikanischen Denkmal zum anderen, von der Gedenktafel für die im Kampf gefallenen IRA-Freiwilligen von Nordbelfast bis hin zum übergroßen Wandbild an der New-Lodge-Road, auf dem alle Schurkereien der Briten festgehalten sind. Von hier aus können alle Stellen eingesehen werden, an denen im Februar 1973 innerhalb von vierundzwanzig Stunden acht Menschen umgekommen waren: Dort drüben starb ein irisch-italienischer Familienvater im Kugelhagel loyalistischer Paramilitärs, ein sechzigjähriger Protestant, der sich in der Nähe aufgehalten hatte, erlag einem Herzinfarkt. Da vorne töteten Loyalisten zwei unbewaffnete IRA-Mitglieder. Und ein Stück weiter die Straße hinab töteten britische Soldaten vier Katholiken; wie die anderen Opfer jenes Tages waren auch sie unbewaffnet. Fast ein Fünftel aller während der Troubles getöteten Menschen kamen im Umkreis von drei Kilometern ums Leben.

Die vielen Anschläge der letzten Jahre prägen ein Quartier, das sich im Umbuch befindet. Die Zweifamilienhäuser mit Vorgärten sind zwar schöner anzuschauen als die alten Reihenhäuser, doch

die Unsicherheit ist geblieben, trotz der vielen »Friedenslinien«.

Außerdem reicht der Raum nicht für alle; der Wohnungsbau kann mit dem Bevölkerungswachstum und dem ständigen Zuzug vertriebener Familien nicht Schritt halten. So fühlen sich die Menschen zusammengedrückt und umzingelt, von Behörden und PolitikerInnen allein gelassen, an den Rand der Gesellschaft gestoßen. JedeR dritte Erwerbsfähige ist ohne Job. Wer kann, verlässt die Gegend; doch die anderen nationalistischen Viertel Nordbelfasts sind genauso überfüllt. Also gibt es nur einen Weg hinaus – den des sozialen Aufstiegs.

Michael Byrnes wird diesen Aufstieg schaffen – er hat sich schon vor Jahren umfassende Computerkenntnisse angeeignet und beginnt nun ein Hochschulstudium. Der junge Mann ist in jeder Hinsicht zuversichtlich: Die irische Vereinigung werde bald kommen und alle Probleme lösen, da ist er sich sicher. Byrnes verkörpert die neue Generation von Sinn Féin – gebildet, sozial engagiert, selbstbewusst und zutiefst katholisch. Aber nicht alle Jugendlichen werden den Aufstieg schaffen. Die Kids, die gerade in einer Nebenstraße auf unterhaltsamere Zeiten warten, gehören wahrscheinlich nicht dazu. Von hier aus sind es nur ein paar Schritte bis zu Duncairn Gardens, einer langen Straße, die als Puffer zwischen New Lodge und Tiger's Bay dient. Wer weiß, vielleicht lassen sich ja am Eingang von Tiger's Bay ein paar »Prods« blicken, die man mit Steinen bewerfen kann. Hin und wieder wachsen sich die kleinen Scharmützel zu handfesten Auseinandersetzungen aus.

»Wir werden immer noch diskriminiert«, sagt Michael Byrnes und zeigt in Richtung Tiger's Bay, wo eine Reihe von Häusern leer stehen. »Bei uns müssen kinderreiche Familien jahrelang auf eine Wohnung warten, dort drüben bekommt ein Alleinstehender ohne Probleme sogar ein ganzes Haus.« Hat er schon einmal ins protestantische Nachbarghetto geblickt? Ja, nickt Byrnes, einmal sei er sogar schon drin gewesen, aber ohne zwingenden Grund gehe er kein zweites Mal hinein.

Zuerst in den Norden, dann in die See

Michael Atcheson aus dem Nachbarghetto fühlt sich in New Lodge auch nicht wohl. Der Mann von der anderen Seite kommt nur selten hierher, und wenn, dann hofft er inständig, dass sein Wagen nicht schlappmachen möge. »Zu Fuß würde ich es nicht einmal bis ans Ende der Straße schaffen«, sagt er. Elf Jahre saß der ehemalige UVF-Mann Michael Atcheson im Gefängnis. Dort hat er den Schulabschluss nachgeholt, nach seiner Entlassung (1989) studiert, später kleine Büchlein über die Geschichte protestantischer Gemeinden in Nordbelfast geschrieben und drei Jahre lang im Community Development Centre (CDC) gearbeitet, das die beiden Gemeinschaften einander näher bringen will. Heute ist er Sekretär einer kleinen, von der EU geförderten Initiative mit dem Namen Castle Cultural Studies und führt, wenn es sein muss, auch mal Journalisten durch sein Nordbelfast.

Auch seine Welt ist von Mauern umgeben. Früher sei Tiger's Bay ein lebendiges Viertel gewesen, sagt Atcheson, sechshundert Familien hätten hier gewohnt. Doch dann kam die Slumsanierung. Anstelle der alten Reihenhäuser ohne Innentoilette und Bad wurden 250 neue

Häuser und etliche Fabrikhallen errichtet – eine »ökonomische Friedensmauer«, wie es hier heißt, allerdings mit einem Schönheitsfehler: Die Fabriken stehen seit ihrem Bau vor vier Jahren leer. Wenn sie einmal in Betrieb genommen werden, da ist man sich sicher, profitieren gewiss wieder die »taigs«, die Katholiken, davon, die sich ohnehin karnickelhaft vermehren. »They are out-breeding us«, sagen nicht nur die Leute in Tiger's Bay, »sie brüten uns weg«. »Während wir zwei Kinder auf die Welt bringen, kriegen die Katholiken fünf«, glaubt auch Michael Atcheson. Die Zahlen sind zwar völlig aus der Luft gegriffen, aber der Eindruck bleibt: »Wir werden den Wohnungsbedarf der katholischen Bevölkerung nie befriedigen können«, sagt er, »egal, ob wir ihnen zweihundert Häuser anbieten oder fünfhundert – es wird nie genug sein.«

Er könne es schon verstehen, dass die katholischen Nachbarn sehnsüchtig über die Mauer in sein Viertel blickten, fügt er versöhnlich an, »auch sie brauchen vernünftigen Wohnraum – aber nicht auf unsere Kosten«. Das denken auch die BewohnerInnen der protestantischen Enklave Torrens. Dreihundert Familien hatten hier einst gewohnt, heute sind es noch hundert. Wie in Tiger's Bay ist auch hier die Hälfte der Erwerbsfähigen ohne Job, hier wie dort haben die Bagger der Slumsanierer die Bevölkerungszahl reduziert, fast jedes dritte Haus ist verbarrikadiert. Und auch auf dieser Seite enden rund ein Dutzend Straßen an der Friedensmauer, die so hoch und so nah ist, dass in den angrenzenden Wohnungen auch tagsüber das Licht brennen muss. Die Hoffnungslosigkeit treibt hier mitunter seltsame Blüten: Manchmal zünden die MieterInnen die eigene Wohnung an, damit ihnen die Sozialwohnungsbehörde irgendwo anders eine neue Unterkunft zuweist. Worte könnten die Trostlosigkeit, die Isolation und die Deprimiertheit der Menschen nicht besser schildern.

Die Behörden haben zum Niedergang des Viertels erheblich beigetragen: Bei der Sanierung wurden soziale Einrichtungen schlichtweg vergessen oder aus Kostengründen erst gar nicht in Betracht gezogen. Es gibt kein Gemeinschaftszentrum, kein Postamt, keinen Jugendclub, keinen Laden, kein Pub; nicht mal ein Chippie, ein Fish-and-Chips-Imbiss, ist vorhanden. Nur ein paar zugemauerte Bauten und jede Menge Schutt, auf dem an diesem Nachmittag ein paar Kinder spielen. An Sommerabenden warten sie auf die älteren Jugendlichen, um mit ihnen zum »interface« zu pilgern, zur Schnittstelle zwischen protestantischem und katholischem Wohngebiet. Was dort passiert, nennen die Leute hier »recreational riots«, Aufruhr als Freizeitspaß. Mehr gibt es hier auch nicht zu tun.

»Unsere Gemeinschaft stirbt«, sagt Michael Atcheson, als er rückwärts aus einer der vielen Sackgassen herausfährt, der Exodus aus Nordbelfast sei enorm. Nein, ethnische Säuberung würde er das nicht nennen, »aber da passiert etwas, das wir nicht kontrollieren können«. Mehrere Faktoren spielten eine Rolle: Einige zögen weg, weil sie anderswo eine Arbeitsstelle oder eine bessere Wohnung gefunden hätten, schließlich sei es verdammt hart, in einer Gegend zu leben, in der während fünf langer Sommermonate Fensterscheiben

eingeschmissen und Autos angezündet würden. Aber im Kern stecke die Regierung dahinter, in der ja auch die IRA sitze. Diese Regierung würde wie die Nordirlandverwaltung – davon sind viele ProtestantInnen Nordbelfasts fest überzeugt – ihre Quartiere systematisch so lange vernachlässigen, bis die protestantische Bevölkerung abgewandert sei; dann gebe es wieder mehr Platz für die sich rasch vermehrende katholische Bevölkerung. Zwar gibt es keinen Beleg für diesen Verdacht (der nordirische Wohnungsbau ist wieder fest in unionistischer Hand), aber wer braucht schon Beweise, wenn die Wahrnehmung Bände spricht? Dass sich die staatlichen Verwaltungen aber für die Lebensumstände der besitzlosen KatholikInnen genauso wenig interessieren, wissen die EinwohnerInnen von Tiger's Bay oder Torrens nicht; sie sehen nur die Abwanderung vieler ProtestantInnen aus den zentrumsnahen Vierteln in die großen protestantischen Ghettos noch weiter im Norden. Und auch das sei nur ein Zwischenhalt. Sie, die sie so energisch für diesen nordirischen Staat und für den Verbleib Nordirlands in der Union mit Britannien gekämpft hätten, würden von eben diesem Staat und der Londoner Regierung nunmehr vertrieben, zuerst gen Norden, dann in die See.

Die Unsicherheit der protestantischen ArbeiterInnen

Die Furcht der ProtestantInnen vor der wachsenden katholischen Bevölkerung hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. »Uns wurde doch nie etwas erklärt«, sagt Michael Atcheson, nicht einmal das Karfreitagsabkommen von 1998 habe jemand den Menschen erläutert. »Die Politiker haben nur gesagt, dass es Frieden bedeute, dass die Paramilitärs entwaffnet würden, dass sich der Süden nicht mehr einmische und dass wir künftig kooperieren würden.« Aber dazu sei es ja nicht gekommen. Die Paramilitärs hätten weiterhin ihre Waffen, die irische Republik dürfe mehr mitreden als je zuvor, und Kooperation – nun, »kann man das Kooperation nennen, wenn man unsere Kultur und unseren Glauben bedroht, wenn man uns weghaben will?« Er selbst habe 1998 für die Zustimmung zum Karfreitagsabkommen geworben, sagt Atcheson, aber heute würde er das kaum wieder tun: »Wir haben denen die Hand gereicht, und die haben hineingebissen.«

Michael Atcheson meint das wirklich so. Dabei ist er in seinem Viertel einer der wenigen, die eine Verständigung mit »denen da drüben« suchen. Nach seiner Haftentlassung vor elf Jahren sei er schockiert gewesen, dass immer noch junge Leute den Paramilitärs beitraten, erzählt er, »obwohl sich doch so viel geändert hat«. Das allermeiste hat sich freilich bei ihm selbst verändert: Im Gefängnis war er auch mit republikanischen Gefangenen in Kontakt gekommen und hatte die Position der Gegenseite aus erster Hand kennen gelernt. Dabei stellte er Gemeinsamkeiten fest, Gemeinsamkeiten wie etwa die Herkunft aus armen Verhältnissen. Seine politische Einstellung habe er deswegen natürlich nicht über Bord geworfen, aber er verstehe jetzt manches besser, meint Atcheson. Verständigung sei wichtig, doch dazu brauche

es ein Minimum an Selbstwertgefühl. Das aber fehle der protestantischen Arbeiterklasse.

Als ihm das aufgegangen sei, habe er Castle Cultural Studies ins Leben gerufen und die Single-Identity-Arbeit aufgenommen. Das Konzept der Single-Identity-Projekte besteht darin, den ProtestantInnen der Unterklasse ein kulturelles Wissen zu vermitteln, das sie in die Lage versetzt, den selbstbewussteren und kenntnisreicheren NationalistInnen gegenüberzutreten. »Vor kurzem sind ein paar unserer Leute von einem gemeinsamen Ausflug mit nationalistischen Arbeitern zurückgekommen«, berichtet Michael Atcheson. Es habe ihnen prima gefallen, aber nochmals würden sie da nicht hingehen, hatten sie danach erzählt, denn »die Katholiken wissen alles, und wir wissen nichts«. Wissen sei nun einmal Voraussetzung für Selbstbewusstsein, sagt Atcheson, der beruflich durch die protestantischen Viertel zieht und in Gemeinschaftszentren, Kirchen und Wohnzimmern Geschichtsunterricht erteilt. Schuld am mangelnden Selbstwertgefühl der protestantischen ArbeiterInnen sei auch der Lehrplan: An den staatlichen Schulen lernten die SchülerInnen zwar alles über die Schlacht von Hastings und die englischen Rosenkriege, über irische Geschichte hingegen erfuhren sie wenig. Die United Irishmen im 18. Jahrhundert etwa seien keineswegs katholisch gewesen, wie viele ProtestantInnen glaubten. Zum Verständnis der eigenen Kultur und der eigenen Tradition genüge es nicht, ein paar Heldentaten wie die Schlacht am Boyne oder die Verteidigung von Derry aufzählen zu können.

Störung im Funkverkehr

Wenn Selbstvertrauen die Grundvoraussetzung für Vertrauen zwischen den Gemeinschaften ist, wird es jedoch noch lange dauern, bis eine Verständigung möglich ist. Denn erstens gibt es innerhalb der unionistischen Führungsspitze in Politik und Wirtschaft nicht allzu viele, die an einer selbstbewussteren protestantischen Arbeiterklasse interessiert sind. Zweitens steht den MitarbeiterInnen von Castle Cultural Studies nicht allzu viel Zeit zur Verfügung, denn die Kurse finden nur zwischen Spätherbst und Frühling statt: »Im Sommer ist es völlig unmöglich, den Leuten etwas beibringen zu wollen«, sagt Atcheson, »sobald die Marschsaison beginnt, ist hier der Teufel los.« Drittens können größere Krisen – wie etwa die jährlich wiederkehrende Belagerung von Drumcree – die Arbeit leicht wieder zunichte machen. Und viertens sehen die protestantischen Community Workers ein weiteres Handicap, das kaum behebbar scheint: Sie sind überzeugt, dass die katholische Gemeinschaft den ProtestantInnen allein schon durch ihren ausgeprägten Kollektivgeist weit voraus ist.

Michael Atcheson erklärt dieses Phänomen religionssoziologisch. Die presbyterianische Kirche (Nordirlands größte protestantische Glaubensgemeinschaft) verzichte fast völlig auf eine vermittelnde Instanz zwischen dem Einzelnen und Gott, die Zwiesprache finde allein und im Stillen statt, der Einzelne trage die alleinige Verantwortung für

sein Tun. Das habe einen Individualismus entstehen lassen, den der Katholizismus mit der Möglichkeit zur Absolution, mit den Messen und Großveranstaltungen nicht kenne. Freilich muss man nicht unbedingt auf die Religionsgeschichte zurückgreifen, um den größeren Zusammenhalt innerhalb der katholischen Community zu erklären. Die gemeinsame Erfahrung der Unterdrückung und des Widerstands gegen die britische Macht und den protestantischen Staat hat das Kollektivbewusstsein der KatholikInnen stark gefördert. Die Solidarität beschränkte sich allerdings vorwiegend auf die BewohnerInnen der ärmeren Landstriche und die Besitzlosen in Städten, mit denen sich die Habenichtse in Tiger's Bay nun neidvoll vergleichen.

Wie anfällig der langsame Bewusstseinsprozess ist, den Atcheson und andere in Gang setzen wollen, zeigt sich seit dem Karfreitag 1998 – der Wunsch nach Verständigung hat in den protestantischen Teilen Nordbelfasts in den letzten zwei Jahren erheblich abgenommen. Die Furcht vor dem großen Ausverkauf lässt selbst politisch so harmlose Projekte wie das Mobilfunknetz des Community Development Council (CDC) wieder einschlafen. Dabei wäre gerade dieses Instrument gut geeignet, unnötige Ängste abzubauen und größere Krisen zu verhindern. Der CDC von Nordbelfast war nämlich auf Grund einer Analyse der Ereignisse von 1996 zu dem Schluss gekommen, dass es vor Ausbruch der damaligen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten genug verständigungs- und vermittlungsbereite Leute gab, die jedoch keinen Kontakt zueinander hatten. Also entwickelte der CDC in ganz Nordbelfast ein Handynetz, über das sich im Ernstfall VertreterInnen der beiden Communities verständigen konnten. 1997 wurde das Netz getestet und 1998 ausgeweitet – im Telefongespräch konnten Leute auf beiden Seiten leicht herausfinden, ob sich gerade nur ein paar Jugendliche durch Steineschmeißen die Zeit vertrieben oder ob sich ein ernsthafter Konflikt zusammenbraute; so gelang es mehrfach, Panik zu vermeiden. »Ein Anruf genügt, um Klarheit zu bekommen«, sagt Atcheson, der Mitglied dieser vom CDC bezahlten Handykette ist. »Im gegenwärtigen Klima aber sind auf unserer Seite immer weniger Leute bereit, Informationen weiterzugeben und bei den Schlägereien der Kids einzugreifen.« Sollen die da drüben doch ruhig ein bisschen Angst bekommen.

Den wachsenden Unwillen der Loyalisten, die Funkverbindung zu nutzen, spürt beispielsweise Paul McKernon. Auch er hat ein Nottelefon in seiner Tasche und weiß von guten Erfahrungen zu berichten. In letzter Zeit aber seien die Handys auf der anderen Seite meist ausgeschaltet. McKernon lebt im nationalistischen Viertel Whitewell, das sich im Dauerclinch mit der loyalistischen Enklave White City befindet. Es ist die immer wiederkehrende nordirische Geschichte: Einstmals vorwiegend von ProtestantInnen besiedelt, nimmt in Whitewell die katholische Bevölkerung rapide zu. Auseinandersetzungen stehen schon allein deshalb auf der Tagesordnung, weil die mittlerweile auf fünfhundert Menschen geschrumpfte Bevölkerung der Enklave White City nicht auf ihre Triumphparaden durch das inzwischen tausendfünfhundert KatholikInnen starke Whitewell verzichten will. Da hilft auch die 1998

vom Nordirlandministerium auf Wunsch beider Gemeinden errichtete »Friedenslinie« nichts. Die Arbeitslosigkeit ist hoch in McKernons Quartier, die nächste Kneipe befindet sich schon fast auf unionistischem Gebiet, und auch hier gibt es weit und breit kein Gemeinschaftszentrum; Wohnraum ist Mangelware. Paul McKernon, der nachts als Fahrer für ein chinesisches Take-away arbeitet, ist zutiefst skeptisch, wenn man ihn auf die nächste Zukunft anspricht. Da dürfte es noch viel Trouble geben. Aber längerfristig werde alles gut, sagt er mit der Zuversicht, die viele KatholikInnen ausstrahlen und die sich so sehr vom Pessimismus der ProtestantInnen unterscheidet. Im vereinten Irland wird es dereinst schon klappen mit dem gegenseitigen Verstehen.

Kapitel 15

Neue Jobs, alte Probleme

Keltische Tierarten und eine wachsende Unterklasse

Und schon wieder steht eine Verbindung. Dabei hat die junge Frau keinen Finger gerührt. Dass der Rechner eine halbe Sekunde zuvor die Nummer des Fernsprechteilnehmers Smith gewählt hat, erkennt sie nur an der neuen Bildschirmmaske. Was da geschrieben steht, liest sie nun vor, und zwar Wort für Wort: Guten Tag, mein Name ist Linda Higgins, ich bin Beraterin bei British Telecom. Spreche ich mit Mister Smith? So beginnt sie ihre Verkaufsgespräche, es sind immer die gleichen Sätze. Genau drei Minuten und zweiundvierzig Sekunden später verabschiedet sie sich: Thank you very much, good bye. Drei Sekunden lang kann die Teilzeitbeschäftigte im Callcenter Apollo nun aufatmen, dann hat sie den nächsten Kunden an der Leitung. Auch ihm soll Linda Higgins (Name geändert) das neue Mobiltelefonpaket von British Telecom (BT) schmackhaft machen. Der Gesprächsverlauf ist genau vorgegeben, alle möglichen Antworten sind programmiert. Die Telefonistin bewegt den Cursor in die vorgegebenen Kästchen und klickt; dann lädt das Programm automatisch die nächste Frage. Viel Zeit hat sie nicht. In der Bildschirmmitte meldet eine stets sichtbare Digitalanzeige, wie viele Sekunden seit Gesprächsbeginn verstrichen sind.

Fünf Stunden täglich arbeitet Linda Higgins inmitten einer großen Halle am südwestlichen Stadtrand von Belfast. Im Industriegebiet zwischen Autobahn und Bahnlinie hat der Kommunikationskonzern British Telecom (BT) Anfang 1999 sein neues Callcenter Apollo errichtet – es ist ein mächtiges Gebäude mit dem Charme einer leeren Schuhschachtel, an deren Boden 314 Computerarbeitsplätze festgeschraubt sind. Auf den ersten Blick bietet die Halle an der Apollo Road eine angenehme Atmosphäre – die Schreibtische, Rechnergehäuse und Trennwände sind in dezenten Farben gehalten, die Geräusche erträglich. »Es ist das modernste und mit siebenhundert Beschäftigten auch größte Callcenter Nordirlands«, sagt Michael Mulvenna. Vielleicht ist es seinem Stolz, vielleicht auch dem Einfluss der Gewerkschaftssekretärin Pauline Buchanan zu verdanken, dass Callcenter-Manager Mulvenna sich in die

Karten schauen lässt – jedenfalls führt er alle Feinheiten vor, die die Callcenter-Technik zu bieten hat.

Die meisten Feinheiten sind im Kontrollraum zu finden. Hier sorgen grün gekleidete Techniker für einen reibungslosen Telefonbetrieb, und nebenbei liefern ihre Maschinen dem Management täglich ein Protokoll sämtlicher Telefongespräche. »Hier sind die Namen aller Agenten verzeichnet«, erläutert Mulvenna und meint damit die Telefonistinnen (fast alle Frauen arbeiten Teilzeit), »daneben sind die Gesamtzahl der Gespräche, die durchschnittliche Gesprächsdauer und die Erfolgsquote vermerkt.« Eine Spalte zeigt auch, wie oft die Agentin die Pausentaste benutzt und damit den Rechner angewiesen hat, das nächste Gespräch an eine Kollegin weiterzuleiten; eine weitere listet die Gespräche auf, bei denen die Telefonistinnen mit einem Anrufbeantworter verbunden waren. In einem Fall hatte eine Agentin erst nach zwei Minuten das Gespräch abgebrochen. »Mir kann keine erzählen, dass sie so lange braucht, um zu merken, dass sie mit einem Anrufbeantworter telefoniert«, sagt Mulvenna. In so einem Fall müsse man sich natürlich fragen, ob das der richtige Job für die Dame sei.

Wer in einem Callcenter arbeitet, weiß von der Überwachung. »Die ständige Kontrolle ist der größte Stressfaktor«, sagt Pauline Buchanan, Ortsvorsitzende der Communications Workers' Union (CWU), dazu komme die permanente Anspannung. Ein Verkaufsgespräch muss – je nach Verkaufsobjekt – innerhalb von drei bis sechs Minuten abgeschlossen sein; hundert Verbindungen in einer Fünfstundenschicht sind keine Seltenheit. In der Kundendienstabteilung des Centers, in dem die Agentinnen im Auftrag von Banken, Versicherungen und Telefongesellschaften Kundenfragen beantworten, liegt der Schnitt bei 250 Telefonaten in fünf Stunden. Der Leistungsdruck herrscht rund um die Uhr, die Dienstleistungsgesellschaft verlangt auch Einsätze in der Nacht. Auch die Beschäftigten der Nachtschicht haben nur Teilzeitverträge: Bis zu zweiundzwanzig Arbeitsstunden pro Woche braucht ein Unternehmen in Nordirland keine Sozialabgaben zu zahlen. Nur die Löhne sind einigermaßen passabel.

Nachholende Thatcherisierung

So sehen sie also aus, die neuen Jobs, von denen sich die nordirischen Wirtschaftsbehörden den großen Aufschwung erhoffen: Sechs Callcenter beschäftigen derzeit in Nordirland dreitausend Arbeitskräfte; ihre Zahl soll sich, so die Anfang 1999 publizierte »Strategy 2010«-Projektion des Nordirlandministeriums, in den nächsten Jahren verdoppeln. Fünf Wachstumsbranchen haben die Wirtschaftsstrategen ausgemacht: Elektronik, Telekommunikation, Software, Gesundheitstechnologie, Tourismus. Besonders in den Bereichen Elektronik und Telekommunikation (dazu zählen die Callcenters) erwarten die Behörden eine rapide Entwicklung. Paul Rooney heißt der Mann, der für diesen Zuwachs sorgen soll. Rooney ist Investment Manager des staatlichen Industrial Development Board for Northern Ireland (IDB). Der 1982 gegründete IDB soll britische und ausländische

Unternehmen nach Nordirland locken, hat zu diesem Zweck weit gehende Vollmachten erhalten und verfügt über Grundstücke, Fabrikgebäude und einen Etat, über dessen Umfang Rooney nichts sagen darf. Dafür erläutert er ausführlich die Vorzüge, die Nordirland neuen Investoren bieten könne: qualifizierte Arbeitskräfte, loyale Belegschaften, niedrige Löhne, geringe Betriebskosten, ausreichend Immobilien, gute Verkehrs- und Kommunikationsnetze und finanzielle Anreize. 1999 habe der IDB auch dank großzügiger Mittelvergabe Investitionen in Höhe von insgesamt 417 Millionen Pfund Sterling ermöglicht, sagt Paul Rooney, dadurch würden 7000 neue Arbeitsplätze entstehen, 5000 davon im Hightechbereich. Nicht zuletzt dem IDB sei es zu verdanken, dass sich inzwischen mehrere US-amerikanische Hard- und Softwarefirmen in Nordirland niedergelassen hätten; jedenfalls habe ihre Ansiedlung auch dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit innerhalb weniger Jahre von fast zwanzig auf knapp sechs Prozent gesunken sei.

Es boomt schon länger in Nordirland. Bereits seit Ende der achtziger Jahre wissen britische Unternehmen die gut ausgebildeten, billigen Arbeitskräfte und die günstigen Investitionsbedingungen zu schätzen. Banken, Versicherungen, Handelsunternehmen und Transportbetriebe verlegten zunehmend jene Unternehmensteile nach Nordirland, die nicht standortgebunden sind und keinen direkten Kundenkontakt verlangen – wie Lohnbuchhaltung, Angebotskalkulation, logistische Koordination oder Rechnungswesen.

Dennoch wird Paul Rooney noch viele Unternehmen hofieren müssen, wenn er die Arbeitslosigkeit so niedrig halten will; denn der Niedergang der traditionellen Beschäftigungsbereiche Textil, Landwirtschaft und Schwerindustrie frisst mehr Jobs, als die Industriezweige der »new economy« bieten können. In der Landwirtschaft arbeiten derzeit noch sechs Prozent aller Beschäftigten (so viel wie in der hoch gelobten Informationstechnologie), ihre Zahl geht jedoch rasant zurück. Der öffentliche Dienst baut ebenfalls Stellen ab. Rund ein Drittel aller Beschäftigten sind beim Staat angestellt (aufgrund der Kriegssituation hatten nicht einmal die Konservativen diesen Sektor anzutasten gewagt), in vielen Bereichen wie dem Gesundheitswesen, der Sozialfürsorge und der allgemeinen Verwaltung ist nun jedoch eine Art nachholende Thatcherisierung zu beobachten. Dank der Normalisierung der politischen Verhältnisse kann jetzt Personal eingespart werden, insbesondere bei den Sicherheitskräften: Im militärischen Sektor, bei der Polizei, in Gefängnisverwaltungen und bei staatlichen und privaten Sicherheitsdiensten stehen ebenfalls Entlassungen an.

Die Stellenstreichungen werden sich auch im Handel auswirken. Dieser lebte teilweise von den BeamtInnen und den staatlichen Angestellten, deren Gehälter dem Salär ihrer britischen KollegInnen entsprachen, obwohl die Lebenshaltungskosten in Nordirland deutlich unter dem britischen Durchschnitt lagen. Ein beträchtlicher Teil der nordirischen Bevölkerung verfügte also über relativ viel Geld, was auch die die Tatsache erklärt, dass sieben der fünfzehn umsatzstärksten Firmen in Nordirland Handelsunternehmen sind.

Paul Rooney hat also eine Menge zu tun. »Wir müssen weg von den Industriezweigen mit geringer Wertschöpfung«, glaubt er. Der IDB habe sich lange Zeit auch in der Metallbranche engagiert, aber das sei nun vorbei: Im Wettbewerb der Standorte müsse sich Nordirland künftig ganz auf Branchen konzentrieren, die Wissen und Qualifikation verlangen. Sieht er sich also in Konkurrenz mit der Republik Irland? »Absolut«, sagt er, »von Irland kann man viel lernen.« Er ist nicht der Einzige, der mit einer Mischung aus Bewunderung und Neid die Entwicklung in der Republik Irland verfolgt. Vorbei sind die Zeiten, in denen nordirische ProtestantInnen keinen Fuß über die Grenze setzen wollten. Heute fahren selbst eingefleischte LoyalistInnen in die Republik, um Urlaubsreisen zu buchen, Benzintanks aufzufüllen oder größere Einkäufe zu tätigen. Der niedrige Eurowert lockt in einen Süden, der schon lange nicht mehr dem im Norden gepflegten Bild von Rückständigkeit und bitterer Armut entspricht. Dublin, früher ein zu groß geratenes Dorf, heute eine kleine reiche Weltstadt mit den dazugehörigen Elendsquartieren – dieses Dublin ist für viele UnionistInnen so attraktiv geworden, dass Anfang des Jahres 2000 sogar der Oranier-Orden auf die Idee kam, dort eine Parade abzuhalten. Das Wirtschaftswachstum in der Republik Irland liegt seit Beginn der neunziger Jahre mit durchschnittlich sechs Prozent weit über dem des Nordens und auch weit über den Zuwachsraten der anderen EU-Mitglieder. Aber ist das Wachstum des »keltischen Tigers« so nachhaltig, dass es auch über eine längere Zeit hinweg die immer noch skeptischen UnionistInnen zu beeindrucken vermag?

Der keltische Tiger

Jahrhundertlang waren Nord- und Südirland ein zusammenhängender Wirtschaftsraum gewesen – eine Kolonie im Britischen Empire, der es erging wie allen anderen Kronkolonien. »Sooft Irland auf dem Punkt (war), sich industriell zu entwickeln, wurde es niedergeworfen und in bloß agrikoles Land zurückverwandelt«, schrieb Karl Marx 1867. England verhinderte jedwede Entwicklung, die den Interessen der britischen Bourgeoisie hätte gefährlich werden können, und tolerierte nur Nischenproduktion wie etwa die Leinenfertigung im Nordosten der Insel. Eine eigenständige bürgerlich industrielle Entwicklung wurde während der britischen Herrschaft nur den Siedlern im vorwiegend protestantischen Norden gestattet. Der Süden hingegen blieb auch nach der Unabhängigkeit (1921) lange Zeit ein Agrarland, das wirtschaftlich weiterhin eng mit Britannien verbunden war. Das änderte sich erst in den dreißiger Jahren, als eine radikal protektionistische Politik einzelnen Betrieben im Bekleidungs-, Metall-, Glas- und Chemiebereich eine Überlebenschance bot. Im Unterschied zu den südostasiatischen »Tiger«-Staaten, mit denen die Republik zu Beginn der neunziger Jahre verglichen wurde, baute Irland jedoch keine Staatswirtschaft auf, die Motor einer eigenständigen Entwicklung hätte werden können. Die konservativen irischen Regierungen setzten ganz auf den Markt.

1948 gründete der Staat die Industrial Development Authority (IDA), der eine ähnliche Aufgabe zufiel wie dem später im Norden geschaffenen IDB. Die Arbeit der IDA begann jedoch erst in den siebziger Jahren zu greifen, als Irland der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten war (1973) und vornehmlich US-Konzerne der Elektronikbranche und der Pharmaindustrie Zweigwerke einrichteten, um Zugang zum europäischen Markt zu erhalten. Damit brach jedoch auch ein Teil der bis dahin durch hohe Zölle geschützten einheimischen Produktion zusammen; Investitionsgüter mussten in zunehmendem Maße wieder eingeführt werden.

In den achtziger Jahren nahm die Abhängigkeit von ausländischen Firmen weiter zu, ohne dass sich dadurch eine eigenständige irische Industrie entfalten konnte: Die mit großzügigen Anreizen angelockten multinationalen Konzerne investierten vergleichsweise wenig, zogen den allergrößten Teil ihrer Gewinne aus Irland ab und verdrängten auch noch manche irische Unternehmen, die in der Regel arbeitsintensiver produzierten. In den achtziger Jahren lag die Arbeitslosigkeit lange bei zwanzig Prozent. Irland exportierte in diesem Jahrzehnt hauptsächlich Menschen; viele gut ausgebildete Jugendliche emigrierten, weil sie keine Arbeitsplätze fanden.

Das änderte sich erst Anfang der neunziger Jahre, als Irland mit der elektronischen Revolution für transatlantische Firmen interessant wurde. Ausschlaggebend waren neben der gemeinsamen Sprache die minimalen Unternehmenssteuern, hohe staatliche Zuschüsse (bei deren Vergabe nicht immer objektive Kriterien angewandt wurden, wie die vielen aktuellen Korruptionsskandale beweisen), ein von EU-Geldern finanziertes, gut ausgebautes Verkehrs-, Kabel- und Kommunikationsnetz und – ganz entscheidend – hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Den Anstoß lieferte die Ansiedlung des US-Chip-Herstellers Intel, der sich die Niederlassung mit atemberaubenden Summen honorieren ließ – einer Schätzung zufolge kostete jeder Intel-Job den irischen Staat zwischen 75 000 und 140 000 irische Punt (etwa 100 000 bis 180 000 Euro) an Steuerausfall und direkten Beihilfen. Eine lohnende Ausgabe vielleicht, denn auf Intel folgte, wer in der Informationstechnologie (IT) Rang und Namen besaß. In diesem sich schnell wandelnden Wirtschaftsbereich zieht ein hoch spezialisiertes Unternehmen das nächste an; rasches und flexibles Handeln, Vernetzungsmöglichkeiten und Kooperationen sind Voraussetzungen für die Weiterentwicklung. Der Halbleiterfabrikation folgten PC-Hersteller, Laufwerkproduzenten, Softwareentwickler. Intel ist mittlerweile das zweitgrößte Unternehmen des Landes (gemessen an den Umsatzzahlen), die PC-Firma Dell folgt auf Platz vier. Vierzig Prozent aller in Europa verkauften Softwarepakete und sechzig Prozent aller für Unternehmen entwickelten Anwenderprogramme kommen mittlerweile aus Irland; die Republik gilt als weltweit größter Hersteller von Firmensoftware. Der Zuwachs des Bruttoinlandprodukts ging in den neunziger Jahren zur Hälfte auf das Konto transnationaler Konzerne, die fast vierzig Prozent des Inlandprodukts erwirtschaften; die Arbeitslosigkeit sank auf 5,5 Prozent (1999).

Dass diese Abhängigkeit nicht unbedingt eine nachhaltige Entwicklung fördert, zeigte sich in den achtziger Jahren, als ein plötzlicher Rückzug ausländischer Investoren das Land in eine tiefe Krise stürzte. Heute ist die irische Wirtschaft auf zwei Dutzend Unternehmen eines einzigen Industriezweigs angewiesen. Auf welchen tönernen Beinen die irische Ökonomie mit ihrem eingekauften Wachstum steht, lässt sich auch an der Investitionsrate ablesen: Diese liegt in Irland trotz des beachtlichen Wirtschaftswachstums weit unter dem EU-Durchschnitt. Irische ÖkonomenInnen haben das Problem durchaus erkannt, doch die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) und der EU lassen ein Gegensteuern kaum zu. Die gezielte Förderung (und Bevorzugung) einheimischer Betriebe gegenüber ausländischen Unternehmen ist mit den WTO- und Amsterdamer Verträgen nicht vereinbar. Aber wer denkt schon gern über die Zukunft nach, wenn die Gegenwart so schön ist? Und so kehren derzeit viele ArbeitsemigrantInnen hoffnungsfroh aus Britannien, den USA oder vom europäischen Kontinent nach Irland zurück.

Das keltische Kätzchen

Irlands Arbeitsplätze locken auch nordirische Jugendliche. Fast die Hälfte aller Graduierten, die in Nordirland IT-Fächer studiert haben, wandern nach ihrer Prüfung aus – ein Drittel davon in die Republik. Diese Entwicklung sieht Paul Rooney gar nicht gerne, steht der IDB doch in hartem Konkurrenzkampf mit dem Süden. Jedenfalls spielt für ihn die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte eine größere Rolle als die Tatsache, dass nunmehr Frieden herrscht in Nordirland. Eine friedliche Umgebung sei sicherlich nützlich, sagt er, aber langfristige Investitionsentscheidungen würden unabhängig vom aktuellen Stand der politischen Entwicklung getroffen. »Frieden allein schafft noch keine Investitionen«, der IDB sei in guten und in weniger guten Zeiten erfolgreich gewesen. Die Unternehmen plagen heute ganz andere Sorgen: der hohe Außenhandelswert des britischen Pfunds zum Beispiel oder die Weigerung Londons, einen Beitritt zur Europäischen Währungsunion auch nur ins Auge zu fassen. Das Hin und Her um die Regierungsbildung wurde von der nordirischen Geschäftswelt als störend empfunden, aber nicht etwa aus politischen Gründen, sondern weil sehnsüchtig erwartete Vorhaben wie etwa die Privatisierung des Belfast Hafens blockiert waren.

Weitgehend vergessen ist inzwischen die Tatsache, dass die Diskriminierung der Bevölkerungsminderheit auf dem Arbeitsmarkt einer der Konfliktpunkte war, die später zu bewaffneten Auseinandersetzungen und auch zu Anschlägen auf Warenhäuser, Bürogebäude und Fabriken führten. Ende der sechziger Jahre, als die Bürgerrechtsbewegung gegen die Ungerechtigkeiten aufbegehrte, lag die Arbeitslosigkeit der KatholikInnen zweieinhalbmal über der der ProtestantInnen. Von Anfang an hatten Nordirlands unionistische Unternehmer und der nordirische Staat protestantische ArbeiterInnen bevorzugt eingestellt; in Großbetrieben wie Harland & Wolff oder der

Westbelfaster Maschinenfabrik Mackie lag der nationalistische Anteil in der Belegschaft zwischen fünf und null Prozent. Und wer seinen Sohn, seine Tochter auf dem Finanzamt, bei der Sozialbehörde oder in der Stadtbücherei unterbringen wollte, brauchte nur herauszufinden, in welcher Oranier-Loge der zuständige Personalchef aktiv war; dann genügten ein paar Worte von Ordensbruder zu Ordensbruder.

An der Verteilung der Arbeitsplätze hat sich bis heute kaum etwas geändert: Auf einen erwerbslosen Unionisten kommen Untersuchungen zufolge 2,6 erwerbslose Nationalisten (bei den Frauen liegt das Verhältnis bei 1:1,7). Und das obwohl das Fair-Employment-Gesetz von 1976 und 1989 Diskriminierung unter Strafe stellt; obwohl die in Nordirland tätigen US-amerikanischen Unternehmen laut Beschlüssen vieler US-Bundesstaaten nationalistische StellenbewerberInnen bevorzugt einstellen sollten; und obwohl Großbetriebe eigentlich kein Interesse daran haben können, einen Teil der Bevölkerung nur aufgrund seiner Religion zu benachteiligen.

Viele Studien haben herauszufinden versucht, warum dieses Missverhältnis trotzdem weiterbesteht, und einige Faktoren zutage befördert, die die Chancen der katholischen Arbeitssuchenden beeinträchtigen. Sie haben festgestellt, dass die katholische Bevölkerung im Schnitt jünger ist (also mehr Jugendliche Arbeit suchen), dass verhältnismäßig mehr KatholikInnen den ärmeren Schichten angehören als ProtestantInnen (eine Tatsache, die ihrerseits eine Folge der höheren Arbeitslosigkeit ist), dass KatholikInnen eher in Problembezirken ohne entsprechendes Jobangebot wohnen und dass sie sich in einigen Bereichen wie dem Sicherheitssektor gar nicht erst um eine Anstellung bemühen. Detaillierte Analysen ergaben jedoch, dass alle Faktoren letztendlich doch nicht den Ausschlag geben: Selbst beim direkten Vergleich unter Einbeziehung aller Variablen (gleiche Qualifikation, gleicher Status, gleiches Alter, strukturell vergleichbares Wohngebiet, identische Familiengröße) fanden Angehörige der Bevölkerungsmehrheit deutlich eher eine Erwerbsstelle als die Mitglieder der Bevölkerungsminderheit. Wenn nach wie vor Religion, Kultur und Herkunft über die Chancen auf dem Arbeitsmarkt bestimmen, kommen nur zwei Erklärungen in Frage: Entweder haben Arbeitgeber selbst sektiererische Vorbehalte, oder Belegschaften lehnen es ab, mit KatholikInnen zusammen zu arbeiten (was die an der Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens interessierten Unternehmen akzeptieren).

Da die Diskriminierung fortbesteht, könnte sie unter Umständen zu einer Verschärfung des Konflikts führen. Für IDB-Manager Paul Rooney liegt der Schlüssel zur Lösung dieses Problems im Wirtschaftswachstum: Wenn sich die Konjunktur weiter so positiv entwickle, woran er nicht zweifelt, brauche es nur noch eine Qualifizierungsinitiative zugunsten der benachteiligten Schichten, und daran arbeite seine Behörde (zum Teil mit finanzieller Unterstützung des EU-Fonds). Der IDB tue jedenfalls genug: »Unternehmen, die sich in sozialen Problemvierteln ansiedeln, gewähren wir höhere Zuschüsse.«

Zwei Jobs für mehrere Millionen Pfund

Dass der IDB in sozialen Problemvierteln genug unternahme, kann Gerard McCann, Ökonom beim nichtstaatlichen West Belfast Economic Forum (WBEF), nicht bestätigen. Ein solches Problemgebiet ist der Unterhauswahlkreis Westbelfast. Er umfasst die nationalistischen Bezirke Falls, Ballymurphy, Whiterock, Andersonstown und Ladybrook sowie die loyalistische Shankill Road; fast hunderttausend Menschen leben in diesem Gebiet; die Arbeitslosigkeit liegt nach offiziellen Angaben bei vierundzwanzig, in manchen Vierteln bei über dreißig Prozent. Zwar ist in den letzten fünf Jahren die Arbeitslosenrate tatsächlich um ein paar Prozentpunkte gesunken, aber diese Verbesserung, sagt McCann, könne sich der IDB kaum zuschreiben. 1998 seien gerade einmal 2,8 Prozent aller vom IDB geförderten Arbeitsplätze in Westbelfast entstanden (»weniger als in den Jahren vor der Waffenruhe«), und weniger als die Hälfte wurde an KatholikInnen vergeben, obwohl diese fast achtzig Prozent der Westbelfaster Bevölkerung stellen. Noch magerer war das Ergebnis 1999: In diesem Jahr hat der IDB mit seinen Millionen – so ein Bericht der Lokalzeitung »Andersonstown News« – unter dem Strich ganze zwei Arbeitsplätze geschaffen. (Wofür das viele Geld tatsächlich aufgewendet wurde, ist nicht bekannt, der IDB unterliegt keiner Rechenschaftspflicht. Es ist aber anzunehmen, dass so manche Million in den Sand gesetzt oder anderweitig verbraten wurde – auch der EU-Fonds für Frieden und Versöhnung hat seine Gelder breit gestreut und beispielsweise 5,1 Millionen Pfund für eine Straßenbrücke und 3,2 Millionen für die Pferdezucht einer Firma namens Irish Sport Horse Genetic Testing Unit Ltd. ausgegeben.) Den IDB-Angaben dürfe man sowieso nicht trauen, sagt Gerard McCann: »Die posaunen immer nur Zahlen in die Welt, die sie von den Firmen übernommen haben. Zwischen 1988 und 1994 sind aber nur die Hälfte aller versprochenen Arbeitsplätze geschaffen worden – und in Westbelfast nur ein Fünftel.« Von den angekündigten Firmen des IT-Sektors ist in Westbelfast nichts zu sehen. »Wir hoffen sehr, dass die noch kommen«, sagt McCann, »das Callcenter, das vor kurzem hier hochgezogen wurde, steht jedenfalls leer. Da sind nur zwei Wachleute beschäftigt.«

Dass die Bilanz so ernüchternd ausfällt, liegt auch am begrenzten Auftrag des IDB: Das Amt hat die Aufgabe, Investoren möglichst günstige Bedingungen zu bieten; nebenbei verweist es auf das gesetzliche Diskriminierungsverbot. Eine Kontrolle gibt es ebenso wenig wie die Verpflichtung, Arbeitskräfte aus der unmittelbaren Umgebung einzustellen. Da der IDB interessierten Unternehmen jeweils eine ganze Reihe von Standorten offeriert, können sich diese für andere, aus ihrer Sicht attraktivere Gebiete entscheiden. Die angebotsorientierte Wirtschaftsförderung stößt hier an Grenzen. Denn warum sollten sich Unternehmen in einem Westbelfast niederlassen, aus dem die besser qualifizierten Schichten wegziehen, wenn sie auch bei einer anderen Standortwahl bezuschusst werden?

Die Speckgürtel-Nomaden

Die soziale Polarisierung der nordirischen Gesellschaft hat in den letzten zwanzig Jahren weiter zugenommen. Von 1979 bis 1999 stieg die Zahl der Menschen in Haushalten, die über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügen, von neun auf vierundzwanzig Prozent. Die meisten dieser Armen gehören der nationalistischen Bevölkerung an und leben vorwiegend in West- und Nordbelfast. In diesen Vierteln entsteht eine Unterklasse, während die besser gestellten Schichten weiterhin abwandern. Die ökonomischen Veränderungen lassen sich an der Bevölkerungsverchiebung der letzten Jahrzehnte gut ablesen. Während zu Beginn der Troubles die Belfast NationalistInnen fast ausschließlich im Westen und im Norden der Stadt lebten, zog die aufstrebende katholische Mittelschicht ab Anfang der achtziger Jahre in zunehmendem Maße in den wohlhabenderen Süden der Stadt, der bis dahin hauptsächlich von der protestantischen Mittelklasse besiedelt war. Der Zuzug der KatholikInnen in die Wohngebiete entlang der Malone Road und der Lisburn Road löste eine Absetzbewegung der ProtestantInnen aus. Manche gingen, weil sie die Vorstellung nicht ertrugen, neben katholischen Emporkömmlingen zu wohnen; andere verließen das Gebiet, weil sie einen Wertverlust ihrer Immobilie befürchteten.

Mitterweile ist Belfasts Süden fest in der Hand der nationalistischen Mittelschicht, der Ärztinnen und Anwälte, Dozentinnen und Ingenieure, der Medienleute und Selbständigen. Die ProtestantInnen zogen in die Vororte um. Die Umschichtung ging zügig voran – schon 1991 wohnten dreiundfünfzig Prozent der in Belfast »ökonomisch aktiven Bevölkerung« in den Vororten, dem so genannten Speckgürtel außerhalb der Stadtgrenze. In den katholischen und protestantischen Ghettos im Westen und im Norden aber blieben die SozialhilfeempfängerInnen, die unqualifizierten ArbeiterInnen, die einfachen Angestellten zurück. Während die wirtschaftliche Umstrukturierung einerseits neue Arbeitsfelder für hoch qualifiziertes Personal und UniversitätsabsolventInnen schuf, entstanden andererseits immer mehr Gelegenheitsjobs für die schlecht ausgebildeten Unterschichten, deren Angehörige sich als Türsteher, Hausmädchen, HamburgerverkäuferInnen und Parkplatzwächter verdingen können. Die McDonaldisierung der Arbeitsverhältnisse verstärkt in den Ghettos einen Teufelskreis, aus dem es kaum ein Entrinnen gibt: mangelnde Qualifikation, Langzeitarbeitslosigkeit, Depression, Sozialstaatsabhängigkeit, räumliche Isolation und Immobilität.

Die Angst vor dem Arbeitsweg

In den Belfast Arbeitervierteln ist die Immobilität besonders hoch. Während der Troubles bot die Gemeinschaft häufig den einzigen Schutz vor Überfällen, Anfeindungen und Schikanen. Nur selten verließen die Menschen ihre sicheren Gebiete; ein Besuch anderer Bezirke erschien

ihnen oft als zu gefährlich. Dort aber entstehen die neuen Jobs der Kommunikationsindustrie. Auch das BT-Callcenter an der Apollo Road liegt in einem für NationalistInnen nicht ungefährlichen Gebiet. Wer von der Falls kommend keinen absurd langen Umweg machen will, muss auf dem Weg in das neue Industriegebiet über zweihundert Meter hinweg das militant loyalistische Village-Viertel passieren: Diese Strecke nach der Abendschicht und dann auch noch zu Fuß zurückzulegen ist für NationalistInnen völlig unvorstellbar. Sie haben nicht vergessen, dass nur wenige Meter von dieser Wegstrecke entfernt vor einigen Jahren eine junge Frau auf einer Tanzparty erstochen wurde, weil sie katholisch war.

Die soziale und räumliche Immobilität der Armen steht in krassem Gegensatz zur Mobilität der besser qualifizierten und höher gestellten Schichten. Deren Flexibilität entwertet die weiterhin gängigen staatlichen Standort- und Wirtschaftsförderungskonzepte, die davon ausgehen, dass der Standort eines Betriebes auch über die Zusammensetzung der Belegschaft entscheidet. Doch das haben die britischen Planungsstrategen bis heute kaum realisiert. In Nordirland spielte die geografische Nähe von Wohnort und Arbeitsplatz ohnehin nicht immer eine Rolle, wie das Beispiel der großen Metallfabrik Mackie zeigt: Mackie lag inmitten des nationalistischen Bezirks Falls, aber fünfundneunzig Prozent der Belegschaft waren protestantisch. Dennoch glauben die Wirtschaftsförderer vom IDB, dass Unternehmen ihre Arbeitskräfte in den umliegenden Vierteln rekrutieren. Diese räumliche Klammer verflüchtigt sich jedoch mit der wachsenden Mobilität jener, die zum Pendeln in der Lage sind.

Nach einer Untersuchung im Jahre 1997 sind drei Viertel aller Arbeitsplätze in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit von Arbeitskräften besetzt, die dort nicht wohnen. Mit anderen Worten: Selbst wenn es dem IDB einmal gelingen sollte, Unternehmen in sozialen Problemvierteln anzusiedeln, garantiert dies noch lange nicht, dass die dort lebenden Menschen bei der Stellenvergabe bevorzugt werden. Es müssten also ganz neue Ansätze und Planungsinitiativen entwickelt werden, die weit über das reine Angebotskonzept des IDB hinausgehen. Dies wird jedoch so lange kaum möglich sein, wie die herrschende neoliberale Orthodoxie jede Form staatlicher Lenkung ächtet und die Politik dieses Problem ignoriert: Das Karfreitagsabkommen enthält zu diesen wesentlichen Fragen keinerlei Antwort.

Dabei drängt die Zeit. Denn die wachsende ökonomische und soziale Spaltung einer Gesellschaft, die bereits politisch, religiös und kulturell geteilt ist, könnte zu einer völligen Fragmentierung führen. Manchen politischen und militärischen Strategen in London, Belfast oder Dublin mag dies gerade recht sein – eine solche Zersplitterung lähmt, weil die soziale, politische, konfessionelle und räumliche Parzellierung nur kleinste Einheiten hinterlässt, die aus eigener Kraft kaum in der Lage sind, eine breite gesellschaftsverändernde Bewegung in Gang zu setzen. In Nordirland jedoch – wo die Dinge oftmals anders kommen, als man denkt – könnten die fortdauernde Diskriminierung, das weit verbreitete Gefühl ungerechter Behandlung und die hohe

Mobilisierungsbereitschaft marginalisierter Gemeinschaften in einigen Jahren wieder Zutaten einer explosiven Mischung sein. Es wäre ja nicht das erste Mal, dass die Menschen hier Staat und Gesellschaft herausfordern.

Die Chancen eines Umbaus sind in guten Zeiten besser als in schlechten, da sie während eines Aufschwungs eher umgesetzt werden können als in der Krise. Und die nächste Krise ist sicher. Im Callcenter-Bereich zeichnet sie sich schon ab: Die technische Entwicklung wird auch die Kommunikationsfabriken wegrationalisieren. Im Finanzbereich zum Beispiel bilden Callcenters nur einen Zwischenschritt von der persönlichen Kundenberatung in der Filiale zum Internetbanking. Die ersten Callcenters waren zu Beginn der neunziger Jahre entstanden, weil die Menschen Mühe mit dem gerade eingeführten Telefonbanking hatten. Auch Internetbanking wird anfangs noch erklärungsbedürftig sein. Aber dann kommt es fast ohne Personal aus. Und dann ist der Boom zumindest in diesem Bereich auch in Irland wieder vorbei.

Kapitel 16

In zehn Jahren die nächste Runde?

Nordirland zwischen Absturz und Normalisierung

Seamus O'Neill zieht mit Schwung eine Linie quer über den Stadtplan, den er gerade gemalt hat. »Überall hier«, erläutert der Rektor der Drumree High School von Portadown, »stehen unsichtbare Mauern.« Niemand sehe diese Mauern, und doch wüssten alle, dass es sie gibt. Diesseits leben seine SchülerInnen, die vorwiegend aus dem ärmlichen Viertel entlang der Garvaghy Road kommen; jenseits liegen das Schwimmbad, die städtische Bibliothek, das Arbeitsamt, das Freizeitzentrum und das Technische Gymnasium. »Dieses Gymnasium hat bisher kein einziger unserer Absolventen besucht«, sagt der Leiter der katholischen Mittelschule, »weil er auf dem Weg dorthin drei Orte passieren müsste, an denen in den letzten Jahren junge Katholiken getötet wurden.« O'Neills SchülerInnen meiden den Schritt über die unsichtbare Grenze in den protestantischen Teil der Stadt, »denn auf der anderen Seite könnten sie attackiert, belästigt, beleidigt oder bespuckt werden. Dort fühlen sie sich nicht wohl.«

Es gibt viele Mauern in Portadown, und nicht nur dort. »Immer weniger Jugendliche nehmen solche Verhältnisse hin«, sagt O'Neill. Wer halbwegs gute Noten erzielt, verlässt die Stadt in Richtung Belfast, Dublin oder London. Und die, die bleiben, »organisieren sich, lehnen die Obrigkeit ab, hassen Beamte in Uniform und gehen einer Schlägerei mit protestantischen Jugendlichen nicht mehr aus dem Weg«. Auch die protestantischen Kids von Portadown sehen sich marginalisiert und wollen sich »nichts mehr gefallen lassen«. Sie sitzen im Gemeinschaftszentrum von Rectory Park, einem der ärmeren Viertel der wohlhabenden Stadt, und geloben, so lange »zurückzuschlagen, wie unsere Kultur gefährdet ist«. Sie wiederholen damit zwar nur die

Sprüche ihrer Eltern, aber sie meinen es ernst. Seit zwei, drei Jahren gibt es immer Zoff, wenn sie katholischen Gleichaltrigen begegnen. Für Jugendliche im Alter zwischen acht und achtzehn sind die Troubles noch lange nicht vorbei.

Auch in anderen nordirischen Gemeinden geht der Krieg weiter, nur wird er nicht mehr von Mitgliedern paramilitärischer Organisationen geführt, sondern von Kindern und Heranwachsenden. In Rathfriland zum Beispiel, einem kleinen Ort in der Grafschaft Down, hatten die Auseinandersetzungen im Frühjahr 2000 bürgerkriegsähnliche Ausmaße erreicht: Jugendbanden zogen durch die Straßen, um ihre Viertel »zu schützen«, prügeln aufeinander ein und brachen sich gegenseitig die Knochen. Loyalisten rissen einem katholischen Jugendlichen ein Ohr ab, dafür steckte eine nationalistische Gang die Orange Hall, den Versammlungsort der örtlichen Oranier-Loge, in Brand. Politische Motive, die einst die Gewalttäter auf beiden Seiten bewegten, spielen keine Rolle mehr – es herrscht nur noch der blanke Hass.

Nordirland ist in dieser Zeit des Friedens gespaltener denn je. Von der allgemeinen Euphorie, die zu Beginn des politischen Verständigungsprozesses vorhanden war, ist nur noch wenig zu spüren. Jetzt wachsen Kinder heran, die in ihrem Alltag Bürgerkrieg spielen und in Vierteln leben, die in sich hermetisch abgeschlossen sind. Zu Beginn der Troubles hatte es ja viele Bezirke gegeben, in denen KatholikInnen und ProtestantInnen Haus an Haus wohnten; heute sind die meisten städtischen Viertel und Dorfteile entweder zu neunundneunzig Prozent katholisch oder protestantisch.

Auch im soziokulturellen Bereich schreitet eine Homogenisierung weiter voran, obwohl die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen immer geringer werden. Es ist schon paradox: Da hören die Jugendlichen auf der einen wie der anderen Seite die gleiche Musik, kleiden sich nach der gleichen Mode und jubeln über die Siege der gleichen Fußballmannschaften (Manchester United, Arsenal London, FC Liverpool), während ihre Eltern hüben wie drüben dieselben Videofilme ausleihen und dieselben Bücher lesen – und trotzdem pflegen sie mit Hingabe ihre Unterschiede. Seit dem Karfreitagsabkommen können sie das mit dem Segen von oben tun: Da die NationalistInnen die offizielle Anerkennung der gälischen Sprache, deren nur ein kleiner Teil der nationalistischen Bevölkerung mächtig ist, durchsetzen konnten, forderten die UnionistInnen die Förderung eines Pendantes. Nur woher nehmen? In dieser Situation erfanden die Politstrategen kurzerhand eine neue Sprache. Genauer gesagt – sie nahmen den nordirischen Dialekt und behängten ihn mit dem Etikett Ulster-Scots. Mit dem gleichen Recht müssten das Schwäbische oder das Berndeutsche als eigenständige Sprachen gelten. Seither ist Ulster-Scots eine staatlich geförderte Sprache mit der Folge, dass nun Stellen im öffentlichen Dienst dreisprachig (auf Englisch, Gälisch und Ulster-Scots) ausgeschrieben werden und dass demnächst die nordirischen Universitäten Kurse in dieser neuen »Sprache« anbieten. Auch so kann man Gegensätze schaffen (diesen Dialekt sprechen natürlich alle

Menschen in Nordirland; seit die UnionistInnen ihn für sich reklamieren können, reden die KatholikInnen also protestantisch)

Der lange Weg an die Fleischöpfe

Sinn Féin hat sich derweil eingerichtet im politischen System. Nach der Sommerpause 2000 verkündete der nordirische Erziehungsminister Martin McGuinness sein Konzept zur Sanierung des Bildungshaushalts: Neue Schulen dürfen künftig nur in »Partnerschaft« mit der Privatwirtschaft errichtet werden. Die Gewerkschaften sind empört. Sie sehen in einer solchen Kooperation (die Idee wurde von der britischen Labour-Partei unter Tony Blair entwickelt) den Beginn einer Privatisierung des Schulsystems. Doch mit den Gewerkschaften hat der ehemalige IRA-Kommandant nicht einmal geredet, bevor er seinen Beschluss bekannt gab.

Minister McGuinness, Ministerin de Brún, Parteichef Adams und die vielen Abgeordneten im Regionalparlament und in den Bezirks- und Gemeinderäten zeigen sich pragmatisch und flexibel, so wie es Sinn Féin immer wieder versprochen hatte. Erstaunlich ist jedoch, wie mühelos sie selbst höchste Positionen eines Staates bekleiden, den sie bis vor kurzem noch mit der Bombe in der Hand bekämpft hatten – und das, obwohl sie keines ihrer Ziele erreicht haben. Was genau den nahtlosen Übergang vom Guerilla-kampf zur hohen Politik und Geheimdiplomatie bewirkt hat, ist bisher nicht untersucht worden. Thesen gibt es jedoch genug: Die Sinn-Féin-Führung habe endlich die Vorzüge der parlamentarischen Politik und die Vergeblichkeit des bewaffneten Kampfes erkannt, sagen die einen; sie habe sich von der Aussicht auf ein angenehmeres Leben einwickeln lassen, behaupten die anderen. Beide Thesen greifen zu kurz, auch wenn das Argument vom gemachten Bett, in das sich da manche gelegt haben, fraglos zutrifft: Im Verhältnis zu den Kompetenzen sind die Diäten und Bezüge großzügig bemessen.

Doch plausibler ist eine andere Erklärung. Wie viele nationale Bewegungen im Europa des 19. und der Dritten Welt des 20. Jahrhunderts hatte auch der irische Nationalismus zwei Seiten: eine emanzipatorische, insofern als er sich gegen eine Macht wandte, die die irische Bevölkerung ausbeutete und unterdrückte, und eine reaktionäre Seite, die alle bekannten Merkmale nationaler Dünkelhaftigkeit und Überlegenheitsvorstellungen aufwies und der nur das Wohl Irlands am Herzen lag. Diese beiden Positionen waren seit der Rebellion der United Irishmen immer vorhanden gewesen, wobei in Zeiten der irischen »Freiheitskämpfe« die progressiven Bestandteile des Nationalismus stärker im Vordergrund standen. Im irischen Kontext war die Forderung nach Liberté, Egalité, Fraternité nie weit entfernt von einer dumpfen, religiös verbrämten, autoritären Blut-und-Boden-Ideologie. Bei den Provisionals überwog zu Beginn der Troubles das konservative Element, die damalige Führungsgarde bestand aus militaristischen Traditionalisten, denen die studentischen AktivistInnen in der Bürgerrechtsbewegung als viel zu links vorkamen. Diese

Ausrichtung änderte sich erst allmählich (auch dank der »Universität« von Long Kesh), die Provisionals sprachen bald nicht mehr nur von nationaler, sondern auch von sozialer Befreiung. In der Krise Mitte der achtziger Jahre jedoch, als eine große Ratlosigkeit die Bewegung ergriff (weil der militärische Kampf keinen Erfolg versprach) und die Führung nicht mehr weiter wusste, setzte sich die konservative Strömung wieder durch. Ob dies aufgrund eines instinktiven Rückfalls auf alte Positionen geschah oder eine bewusste Entscheidung war, werden einmal die HistorikerInnen herausfinden müssen.

Jedenfalls konnte der Beschluss, ein Bündnis mit der SDLP, der Dubliner Regierung und Irisch-Amerika zu suchen, nur dreierlei bedeuten: Entweder hatte die Führung bewusst alle emanzipatorischen Inhalte über Bord geworfen (denn die waren mit Dublin und Washington nicht umzusetzen), oder sie war grenzenlos naiv. Oder beides. Dass die irische Regierung beispielsweise nie eine Befreiung Nordirlands von allen autoritären Kräften, sondern immer nur dessen Befriedung im Auge hatte, war allen klar, die jemals über den Staat und dessen Aufgabe im Kapitalismus nachgedacht hatten. Für die These vom unkritischen Staatsverständnis spricht auch die Tatsache, dass die Sinn-Féin-Spitze glaubte (und immer noch glaubt), London und den Unionismus ausmanövrieren und gegeneinander ausspielen zu können. Doch das Gegenteil ist passiert: Kaum hatte sich Sinn Féin auf das britische Modell einer politischen Lösung eingelassen, verengte London Zug um Zug das Spektrum der Optionen, die den RepublikanerInnen offen standen. Zuerst forderte London einen Waffenstillstand, danach die Verpflichtung auf die Mitchell-Prinzipien, anschließend die verbindliche Zusage abzurufen (sie ist im Karfreitagsabkommen enthalten) und endlich die Abrüstung selber. Als Nächstes werden sie die Auflösung der IRA verlangen. Das ist durchaus konsequent (wozu braucht eine nordirische Regierungspartei auch eigene Waffen und einen eigenen militärischen Flügel?), aber die Abfolge zeigt, wer den Friedensprozess diktiert.

Noch ein weiterer Umstand hat die Integration der RebellInnen erleichtert (revolutionär waren die irischen RepublikanerInnen ohnehin nie gewesen). Im Verlauf der Troubles hatten sich viele NationalistInnen dank staatlicher Unterstützung in dem System eingerichtet; nach ihrem Aufstieg verspürte die katholische Mittelschicht kein großes Bedürfnis mehr, den nordirischen Staat und die Union zu zerschlagen. Überspitzt formuliert: Sinn Féin vollzog auf der politischen Ebene eine Änderung, die für so manche NationalistInnen auf wirtschaftlichem Gebiet bereits eingetreten war, und folgte diesem Teil ihrer sozialen Basis an die Fleischtöpfe. Von daher ist klar, welche Politik von Sinn Féin künftig zu erwarten ist: sicherlich keine, die den unterprivilegierten und vom Krieg am meisten betroffenen ArbeiterInnen dient.

Noch viele Stolpersteine

Die Tendenz, die oberen Schichten zu integrieren und die unteren auszugrenzen, mag kurzfristig befrieden, aber sie verringert die Chance auf eine nachhaltige Lösung. Angesichts der Gegensätze und ihrer Dauerhaftigkeit werden noch Jahre und Jahrzehnte vergehen müssen, bis eine Versöhnung möglich ist – sofern es je dazu kommt. Denn die Widersprüche werden sich nicht einfach auflösen. Solange aber nicht einmal der Versuch unternommen wird, die soziale Ungleichheit zu beseitigen, erhält der politische Konflikt auch von dieser Seite ständig neue Nahrung (viele loyalistische ArbeiterInnen sehen beispielsweise nicht etwa in Sinn Féin und IRA ihre HauptgegnerInnen, sondern in den »wohlhabenden Kriegsgewinnlern von der SDLP«).

Einige Stolpersteine liegen in unmittelbarer Nähe. So haben die unionistischen Kritiker des Karfreitagsabkommens ihre Angriffe auf die Abkommensbefürworter um David Trimble verstärkt. Da sie eine Mehrheit der protestantischen Bevölkerung im Rücken wissen, werden sie auch weiterhin versuchen, die Allparteienregierung zu kippen und Trimble zu stürzen. Eine taktische Fehlleistung, ein größeres Missgeschick oder einfach nur der nächste Streit zwischen UUP und Sinn Féin könnte den Schleudersitz auslösen; potenzielle Nachfolger für den Parteivorsitz stehen schon lange bereit. Jeffrey Donaldson zum Beispiel würde nur zu gern das Amt übernehmen. Unter Donaldson, so wird in unionistischen Kreisen spekuliert, könnte es sogar zu einer breiten unionistischen Front kommen, sobald Ian Paisley einmal abgetreten ist. Donaldson und Peter Robinson, heute noch der zweite Mann der DUP, wären für viele UnionistInnen das Dream-Team der Zukunft: Mit solchen eisernen und kompromisslosen Männern könnte man den Nationalisten schon zeigen, wo ihr Platz in Nordirland ist.

Gelegenheiten für weitere Kampfabstimmungen gibt es genügend, einige Konfliktfelder werden gerade vorbereitet oder sind schon absehbar. Die im Karfreitagsabkommen vereinbarte RUC-Reform zum Beispiel ist heftig umstritten. Den UnionistInnen geht jede Änderung zu weit: Schon dass Name und Emblem der Polizei gewechselt werden sollen, wie die Patten-Kommission empfiehlt, empfinden sie als Ungeheuerlichkeit und als »Kapitulation vor dem Terrorismus« – die RUC sei das wichtigste Bollwerk gegen die IRA gewesen; würde sie aufgelöst, hätte die IRA gewonnen. Von einer Auflösung (diese wurde einst von Sinn Féin gefordert) kann aber keine Rede sein. Es geht vielmehr um eine Dezentralisierung, um Rechenschaftspflicht, um den Zwang zur ausgewogenen Zusammensetzung und um die externe Kontrolle durch Aufsichtsgremien. So weit die wichtigsten Empfehlungen der Kommission, die danach aber im Nordirlandministerium und in der RUC weiterbearbeitet und erheblich abgeschwächt wurden. Wie viele von Pattens Ratschlägen die Feinarbeit in den Gremien überleben und was am Ende als Gesetz verabschiedet wird, ist noch offen. Aber egal, was herauskommt: Für die UnionistInnen wird es auf jeden Fall zu viel, für die NationalistInnen zu wenig Reform sein.

Gerade von der Polizeireform hängen aber die nächsten Entwaffnungsschritte ab. Sinn Féin hat ihre Versiegelungsinitiative im

Frühjahr 2000 an die britische Zusage gebunden, Pattsens Empfehlungen voll umzusetzen. Da dieses Versprechen wahrscheinlich nicht eingehalten wird, ließ die IRA über längere Zeit hinweg keine weitere Inspektion ihrer Lager zu. Die Verknüpfung von RUC-Reform und Waffenabgabe hat auch historische Gründe – schließlich war die RUC an den Überfällen und Pogromen Ende der sechziger Jahre beteiligt gewesen. Die Entwaffnungsfrage ist noch immer nicht vom Tisch, obwohl die Sinn-Féin-Führung weitere Versiegelungen angekündigt hatte: Die Kontroverse von Anfang 2000, als Trimble die Regionalregierung zu verlassen drohte, dürfte sich wiederholen.

Eine Reihe von Enthüllungen könnten ebenfalls für Zündstoff sorgen und alle politische Kräfte diskreditieren. Die explosivste Geschichte dürfte die vom Mord an Francisco Notarantonio sein. Stimmen die Recherchen des Journalisten Ed Moloney (und vieles deutet darauf hin), dann geht sie so: 1987 wurde der an den Troubles unbeteiligte Rentner Notarantonio von einer UDA-Einheit erschossen, die ihn für einen Kommandanten der IRA hielt. Der UDA war diese Information vom Armeegeheimdienst mit Wissen höchster Stellen zugespielt worden. Den loyalistischen Paramilitärs wurde der harmlose Rentner präsentiert, um sie von einer anderen Spur wegzulocken, denn das UDA-Kommando war gerade hinter einem hochrangigen IRA-Mann her, der für die Armee arbeitete und – so behaupten jedenfalls Moloneys Quellen – IRA-Aktionen im Auftrag der Armee geleitet haben soll. Der Mann mit dem Code-Namen »Steak Knife« soll zudem immer noch eine leitende IRA-Position innehaben und weiterhin für die Armee tätig sein. Diese Geschichte wurde im Herbst 2000 ruchbar, und seither gehen die Gerüchte um: Wer ist »Steak Knife«? Welche IRA-Aktionen fanden unter Mitwissen oder gar im Auftrag der Armee statt? Wie viel Menschen wurden dabei getötet, die man der IRA in die Schuhe schob? Und hatte sich »Steak Knife« in der Organisation für das Karfreitagsabkommen stark gemacht?

Da an einer Enthüllung weder die britische Regierung noch deren Geheimdienste und schon gar nicht Sinn Féin oder die IRA Interesse haben, werden die Hintergründe des Mordes an Notarantonio wohl nie offiziell untersucht. Ebenfalls eher längerfristige Folgen dürften die Zustände in der Haftanstalt Maghaberry haben. Bei der Schließung von Long Kesh waren ja nicht alle Gefangenen freigekommen – vorzeitig entlassen wurden nur Mitglieder jener Organisationen, die das Karfreitagsabkommen befürworteten. In Maghaberry sitzen weiterhin mehrere Dutzend Republikaner (vorwiegend Mitglieder von Continuity IRA und Real IRA) – und ihren Widerstand gegen die neuen Kriminalisierungsversuche (Arbeitszwang, u.a.) will die britische Gefängnisverwaltung auf die alte Art brechen. London und das Nordirlandministerium (das weiterhin die oberste Macht in Nordirland darstellt) begehen die alten Fehler – so, als hätte es die Hungerstreiks und die enorme Massenmobilisierung Anfang der achtziger Jahre nie gegeben. Auch hier glimmt eine Lunte.

Vier Varianten

Man müsse in Nordirland immer mit dem Unerwarteten rechnen, lautet eine politische Standardregel. Auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden lauern noch viele Unwägbarkeiten, auch wenn der Friedensprozess die nächsten Klippen wie die RUC-Reform und das Entwaffnungsproblem umschiffen sollte. Mindestens vier Szenarien sind für die Zukunft denkbar.

Szenario 1: Das Konzept von Sinn Féin geht auf. Die Kalkulation der größten republikanischen Organisation beruht auf einer Reihe von Überlegungen: Der Prozess löse eine Dynamik aus, die den Unionismus nachhaltig verändere, da dessen politische Substanz auf Antikatholizismus und Antirepublikanismus beruhe. Durch die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen verlöre der Unionismus diesen Kern und würde geschwächt. Außerdem entfalteteten die grenzüberschreitenden Gremien und der keltische Wirtschaftsboom eine Sogkraft, der sich die ProtestantInnen nicht entziehen könnten. Für den eingeschlagenen Kurs spreche auch die demographische Entwicklung: In zehn bis zwanzig Jahren hätten die NationalistInnen die Mehrheit und könnten dann für einen Beitritt Nordirlands zur Republik Irland votieren; das unionistische Veto wäre auf elegante Art ausgehebelt.

Dass dies eintritt, ist jedoch höchst unwahrscheinlich. Die Dynamik, mit der Sinn Féin rechnet, dürfte nicht nur die UnionistInnen erfassen, sondern auch die eigenen Organisationen, die durch die Kooperation ihren letzten Rest an republikanischer Zielsetzung verlieren. Ob eine entideologisierte Partei mit dem Namen Sinn Féin in zehn oder fünfzehn Jahren noch für ein Gesamtirland streitet, ist nicht gewiss. Das Argument von der Anziehungskraft des »keltischen Tigers« steht ebenfalls auf wackligen Beinen, das müsste Sinn Féin eigentlich wissen. Die Ökonomie spielte immer eine große Rolle, war aber nie ausschlaggebend – denn sonst hätten sich die NationalistInnen und RepublikanerInnen schon vor Jahrzehnten mit dem britischen Staat Nordirland anfreunden müssen; schließlich wies der ein weitaus besseres Sozialhilfesystem auf als die irische Republik. Auch die Hoffnung auf ein Anwachsen der katholischen Bevölkerung könnte sich zerschlagen. Die Erwartungen basieren auf einer Fortschreibung der gegenwärtigen Bevölkerungszunahme auf nationalistischer Seite. Da es keine offiziellen Zahlen über die (derzeit sicherlich unterschiedlich hohen) Geburtenraten auf der einen wie der anderen Seite gibt, bleiben nur Vermutungen. Es ist anzunehmen, dass der Zuwachs der katholischen Bevölkerung Nordirlands zurückgeht – mit der Normalisierung der Verhältnisse und der Modernisierung der nordirischen Gesellschaft dürften sich immer mehr KatholikInnen aus dem Bannkreis der Kirche lösen. Als Maßstab kann ein Vergleich der katholischen Republik Irland mit dem protestantischen Britannien dienen: In beiden Ländern lag laut amtlicher Statistik das Bevölkerungswachstum der Jahre 1990–1997 gleich hoch (0,2 Prozent), nur bei der Geburtenziffer gab es einen kleinen Unterschied (Irland:

1,3; Britannien: 1,2 Prozent). Aber selbst wenn die KatholikInnen einmal die Mehrheit stellen sollten: Wer sagt denn, dass dann alle für einen Anschluss an Irland stimmen?

Szenario 2: Der Absturz ins Bodenlose. Einige republikanische Dissidenten werden auch weiterhin militärisch operieren. Solange Britannien auf der irischen Insel präsent sei, gebe es immer Leute, die die Briten mit Waffengewalt vertreiben wollten, sagte kürzlich ein Sprecher der irischen Polizei. Ein Anschlag (à la Omagh) könnte unter Umständen alle Sicherungen durchbrennen lassen und folgende Kettenreaktion auslösen: Die teilweise ohnehin verunsicherten loyalistischen Paramilitärs kündigen ihren Waffenstillstand und attackieren wieder KatholikInnen; daraufhin greift die IRA (oder ihre Restbestände) zu den Waffen, um die nationalistischen Viertel zu verteidigen; der britische Staat nimmt dies zum Anlass und führt die Internierung wieder ein (mit den bekannten Folgen). Bei den sich dann anschließenden Auseinandersetzungen spielen politische Konzepte nur noch eine untergeordnete Rolle. Da es auch keine politische Disziplin mehr gibt, entwickelt sich eine Gewaltspirale, die von dem Wunsch nach Vergeltung und von Hass in Gang gehalten wird. Es geht dann nicht mehr um den Status von Nordirland (der steht ja dank Friedensprozess auch jetzt nicht mehr zur Debatte), sondern nur noch um den Kampf zweier Gruppierungen, die sich in einem solchen Kontext nicht mehr politisch, sondern ethnisch definieren. Dieses Element war auch während der Troubles allgegenwärtig (sichtbar in den Anschlägen auf Pubs oder den Schlächtereien der Shankill Butchers), kam aber aufgrund der politischen Ausrichtung des Konflikts nur selten an die Oberfläche. Dieses Szenario liegt im Bereich des Möglichen – Waffen und Leute, die damit umgehen können, sind genügend vorhanden. Bleibt die Frage: Was macht die Nato dann?

Szenario 3: Vorläufige Ruhe. Das Karfreitagsabkommen überlebt alle Krisen; die Institutionen bleiben intakt; das Karfreitagskabinett regiert und verfolgt (wie die meisten westeuropäischen Regierungen) einen neoliberalen Kurs; die unionistischen Skeptiker erkennen, dass die Union stabil ist; Sinn Féin, mittlerweile die stärkste nationalistische Partei, gilt als Stabilitätsfaktor und erweist sich als Ordnungsmacht. Allerdings hat die Wirtschaftskonjunktur nicht die erhoffte Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen; jedenfalls ist die Unterklasse weiter angewachsen. Ein Teil der alten Institutionen bestehen weiterhin, die RUC heißt zwar inzwischen nordirische Polizei, ist aber (weil die RUC-Reform nur halbherzig vollzogen wurde) immer noch weitgehend protestantisch besetzt. Diese Polizei tut, was Polizisten überall auf der Welt tun: Sie übt Kontrolle aus und gerät bald in Konflikt mit den Jugendlichen der trostlosen Ghettos, die feststellen, dass sich für sie nichts geändert hat. Alte Antagonismen brechen auf, zuerst in einer harmlosen Form – protestantische Polizisten maßregeln (mit Rückendeckung von Sinn Féin) arbeitslose katholische Jugendliche, die Schikanen der Ordnungshüter führen zu Handgreiflichkeiten und irgendwann zur Frage, wer eigentlich die Misere zu verantworten hat. Alle zehn bis fünfzehn Jahre wächst eine neue politische Generation heran, im Jahre 2010 wissen die dann aktiven Jugendlichen von den

Troubles und ihren Folgen nur noch das, was ihnen die Älteren erzählen. Und sie werden vielleicht zum Schluss kommen, dass die andauernde britische Anwesenheit eine der Ursachen ihres Elends ist. Waffen wird es auch dann noch geben, bei den Großstadtgangs oder in einem Erdloch. Da bis dahin die aus der langen Unterdrückung herrührende irische Kampfeslust kaum verschwunden sein wird, werden sich so manche auf die Suche nach den vergrabenen Waffen begeben und – da Sinn Féin bis dahin die eigene Geschichte und ihre Lehren entsorgt hat – die alten Fehler wiederholen.

Szenario 4: Die große Integration über den Markt. Vorstellbar und von vielen erwartet ist auch die allmähliche Beilegung des Konflikts durch globale Entwicklungen. Nach diesem Szenario lösen sich die irischen Probleme durch die weitere Integration Europas und den allmählichen Niedergang der Nationalstaaten. Überall setzen sich gleiche Verhältnisse durch, der Markt macht keine Unterschiede mehr, Grenzen verschwinden. Nationale Regierungen verlieren weiter an Bedeutung; ihre einzige Kompetenz besteht darin, die Bevölkerungen unter Kontrolle zu behalten und den Konzernen möglichst günstige Bedingungen für die Kapitalverwertung anzubieten. Der so genannte Globalisierungsprozess unterminiert die Selbstständigkeit der Staaten, die sich zunehmend über den Markt und immer weniger über die Nation definieren. Auch in der Republik Irland sind solche Tendenzen zu beobachten: Selbst Politiker von Fianna Fáil denken inzwischen laut über eine Rückkehr des Landes in den Commonwealth nach. Dieses Szenario eröffnet eine völlig neue Perspektive: Wenn sich Irland und Britannien im Rahmen eines gemeinsamen, wie auch immer gearteten staatlichen Gebildes näher kämen (Commonwealth, Staatenbund oder sogar Bundesstaat innerhalb der Europäischen Union), könnten sich auch die UnionistInnen für eine irische Vereinigung erwärmen, da diese innerhalb einer von Britannien dominierten britisch-irischen Wiedervereinigung stattfände – immerhin gab es eine solche Einheit bis 1921.

Wäre das die ideale Lösung? Für ein gemeinsames Irland innerhalb eines Staates der Britisch-Irischen Inseln besteht sogar schon ein Gremium, das auf Druck unionistischer Politiker im Karfreitagsabkommen verankert wurde: der Britisch-Irische Rat der Inseln. Gegen diese Variante spricht, dass der von solchen Gebilden ausgehende Souveränitätsverlust weltweit auf immer größeren Widerstand stößt. Das mittlerweile weit verbreitete Gefühl, keine Kontrolle mehr zu haben über das eigene Leben, wächst in dem Maße, wie die Entfernungen zwischen den eigentlichen Entscheidungsinstanzen (in Form supranationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds IWF, der Welthandelsorganisation WTO, der EU und den Konzernzentralen transnationaler Unternehmen) und der dem Markt ausgelieferten Bevölkerung zunehmen. Auch in Britannien haben nationalistische Bewegungen in Schottland und Wales dem Zentralstaat zumindest kosmetische Zugeständnisse abringen können. In anderen westeuropäischen Ländern gewinnen fremdenfeindliche und rassistische Parteien auch deswegen an Zulauf, weil sie mit dem drohenden Verlust an Souveränität argumentieren.

Man kann sich leicht vorstellen, was Kampagnen dieser Art im gesellschaftlich geteilten Nordirland bewirken würden.

So oder ähnlich könnte die Zukunft aussehen. Wie heißt es so schön? Man soll in Nordirland nie das Erwartbare erwarten. Und wer weiß, vielleicht wird ja auch alles gut. Sicher ist jedoch, dass sich Sean Dunbar von der Garvaghy Road in Portadown noch eine Weile wie ein Leuchtturm vorkommen wird. Wann immer er sein Quartier verlässt, sei der Kopf ständig in Bewegung, sagt er: »Nach links blicken, nach rechts blicken und ständig nach hinten«. Der Mann wird sich noch lange umsehen müssen.

Anhang

Glossar

Abkommen: Drei Abkommen haben im Laufe der letzten drei Jahrzehnte eine wesentliche Rolle im politischen Prozess gespielt: das → Sunningdale-Abkommen (1973), das → Anglo-Irische Abkommen von Hillsborough (1985), das → Karfreitagsabkommen (1998).

Alliance Party: Gemäßigte unionistische Partei, die seit ihrer Gründung 1970 die Verbindung zu Britannien aufrechterhalten und den nordirischen Staat reformieren will. Ihre katholischen und protestantischen Mitglieder kommen vorwiegend aus der Mittelschicht.

Apprentice Boys: Die rund 12 000 Mitglieder des protestantisch-loyalistischen Ordens gedenken allsommerlich der dreizehn Lehrlinge, die 1689 die Stadttore von Derry gegen die heranrückenden Truppen des katholischen Königs James II. verammelten. Die Struktur der Organisation ähnelt jener des Oranier-Ordens.

Anglo-Irisches Abkommen: In dem von den Regierungen in London und Dublin am 15. November 1985 unterzeichneten Abkommen wurde das Konsensprinzip festgeschrieben, nach dem nur eine Mehrheit der nordirischen Bevölkerung den Status von Nordirland ändern kann. Allerdings erhielt die irische Regierung erstmals auch ein Mitspracherecht bei der Verwaltung Nordirlands und richtete in Belfast ein Sekretariat ein. Gegen diesen Teil des Abkommens liefen die UnionistInnen Sturm.

Armeerat: Die sieben Mitglieder des Army Council kommandieren die IRA; die Armeekonferenz (Army Convention) mit Delegierten aller Einheiten trifft die Grundsatzentscheidungen.

Artikel 2 und 3: Nach Artikel 2 der irischen Verfassung von 1937 bestand das nationale Territorium Irlands »aus der ganzen Insel Irland, seiner vorgelagerten Inseln und der sie umgebenden See«. Artikel 3 legte fest, dass die Verfassung bis zur »Re-Integration« für das gesamte nationale Territorium zu gelten habe. Beide Artikel wurden im Zuge des Friedensprozesses 1998 revidiert.

B-Specials: Eigentlich Ulster Special Constabulary, 1920 gebildete paramilitärische Streitmacht des nordirischen Staates. Die bewaffnete Hilfspolizei bestand zu 100 Prozent aus Loyalisten (die ersten Mitglieder wurden aus der alten UVF rekrutiert). Die Einheiten der A- und C-Specials wurden bald wieder aufgelöst, die B-Specials waren maßgeblich an den Angriffen auf die Bürgerrechtsbewegung beteiligt. Sie wurden 1970 von der UDR ersetzt.

Black Institution: Die zweitgrößte der drei protestantisch-loyalistischen Orden (ca. 30 000 Mitglieder), weniger politisch ausgerichtet als der → Oranier-Orden.

Britannien: Sammelbegriff für England, Schottland und Wales. Nordirland gehört geografisch nicht zu Britannien, ist aber Teil des Vereinigten Königreichs von Britannien und Nordirland.

Britische Armee: Berufsarmee, seit August 1969 in Nordirland eingesetzt, wobei die einzelnen Bataillone nie dauerhaft, sondern meist für ein halbes Jahr stationiert sind. Anfang der siebziger Jahre befanden sich rund 25 000 Soldaten in Nordirland; nach der »Ulsterisierung« des Konflikts ab Mitte der siebziger Jahre waren es nur noch halb so viele. Die Armee tötete während der Troubles 300 Menschen.

Dáil Eireann: Parlament von Irland. Zuerst (1918) von Sinn-Féin-Abgeordneten gegründet, die das Londoner Unterhaus boykottierten. Ab 1921 die untere Kammer des irischen Parlaments.

Continuity IRA: Abspaltung von der → IRA (genauer der Provisional IRA). Steht der Partei Republican Sinn Féin nahe, die sich 1986 von Sinn Féin trennte; kämpft weiterhin für den Abzug der britischen Besatzer. Umfasste im Sommer 2000 rund hundert, meist ältere Mitglieder und hat als einzige paramilitärische Organisation keinen Waffenstillstand erklärt.

Democratic Unionist Party (DUP): Konservative unionistische Partei, 1971 von Ian Paisley gegründet. Die zweitgrößte unionistische Partei Nordirlands steht unter dem Einfluss der Freien Presbyterianer, einer fundamentalistischen Sekte, die 1951 ebenfalls von Paisley gegründet wurde. Gibt sich in Belfast (wo sie stärker ist als die UUP) das Image einer Partei, die sich sozial engagiert.

Direktherrschaft: 1972 löste die britische Regierung die alten Stormont-Institutionen (Parlament und Regionalregierung) auf und verwaltete die sechs Grafschaften über ein Nordirlandministerium. Die Direktherrschaft wurde im Rahmen des → Sunningdale-Abkommens 1973/1974 vorübergehend aufgegeben und im Zuge des Friedensprozesses 1999/2000 bis auf weiteres aufgehoben. Die Kompetenz in zentralen Geschäftsbereichen (Außenpolitik, Verteidigung, Finanz- und Wirtschaftspolitik) lag immer bei der britischen Regierung.

Fenier: Noch geläufige Bezeichnung für irische RepublikanerInnen. 1858 gegründeter Geheimbund zum Sturz der englischen Herrschaft in Irland (Vorbild waren die französischen Jakobiner), besonders unter den nach Nordamerika emigrierten Iren weit verbreitet; 1867 scheiterte ein Aufstandsversuch der fenischen Bewegung.

Fianna Fáil: »Soldaten des Schicksals«, größte Partei in der Republik Irland. 1926 von Eamonn de Valera als Abspaltung von Sinn Féin gegründet. Befürwortet einen milden, antibritischen Republikanismus und gehört im Europäischen Parlament der Fraktion der französischen Gaullisten an.

Fine Gael: »Stamm der Gälen«, entstand 1933 aus einem Zusammenschluss der Regierungsparteien des Freistaats mit den faschistischen Blauhemden. Deren Chef Eoin O'Duffy wurde erster

Vorsitzender, danach entwickelte sich FG zu einer probritischen, antirepublikanischen konservativen Partei. Wechselt sich mit Fianna Fáil an der Regierung ab; ihre Europaabgeordneten gehören der christdemokratischen Fraktion an.

H-Blocks: H-förmige Sicherheitstrakte im Gefängnis von Long Kesh, in denen der Deckenprotest und die Hungerstreiks stattfanden.

Hungerstreik: Das letzte Kampfmittel von Gefangenen hat in Irland eine lange Tradition. Während des Unabhängigkeitskrieges (1919–1921) starben vier republikanische Häftlinge im Hungerstreik, 1940 verhungerten zwei republikanische Gefangene im Dubliner Knast Mountjoy, 1974 und 1976 starben zwei IRA-Mitglieder in englischen Haftanstalten im Kampf um den politischen Status. Um Anerkennung als politische Gefangene ging es auch bei den Hungerstreiks 1980 und 1981. Der Hungerstreik 1980 wurde (im Glauben an einen Erfolg) nach 53 Tagen beendet; als klar wurde, dass die britische Regierung die Gefangenen getäuscht hatte, traten nacheinander mehrere Dutzend IRA- und INLA-Mitglieder in den Hungerstreik. Zehn von ihnen starben zwischen Mai und August 1981.

Internierung: Einer der vielen Versuche der nordirischen Unionisten, ihre Herrschaft zu erhalten. Begann am 9. August 1971 und endete 1975, nachdem fast 2200 Verdächtige ohne Haftbefehl, ohne Anklage und ohne Urteil durchschnittlich zwei Jahre in den Hütten von Long Kesh oder auf einem Gefängnisschiff verbracht hatten. Wurde zum Reinfall: Das Ausland kritisierte die britische »KZ-Politik«, die IRA gewann durch die Internierung viel Zulauf. Früher (1920–1921, 1922–1924, 1938–1945, 1956–1961) wurde in beiden Teilen Irlands interniert.

Irischer Freistaat: Entstand mit dem Friedensvertrag 1921, offizieller Name der 26 Grafschaften im Süden bis zur vollen Souveränität 1937.

Irish National Liberation Army (INLA): Abspaltung von der Official IRA. Die INLA-Gründer der Irish Republican Socialist Party (IRSP) kritisierten die Beendigung des bewaffneten Kampfes durch die Officials (1972) und die Provisional IRA, die ihr nicht sozialistisch genug war. Erreichte nie die Stärke der Provos, wurde durch die Kronzeugenprozesse Mitte der achtziger Jahre stark geschwächt und zerfiel danach in mehrere Fraktionen. Waffenstillstand seit August 1998.

Irish Republican Army (IRA): 1917 gegründete Guerrillaarmee, die 1919 bis 1921 den Unabhängigkeitskrieg gegen die britische Armee führte. Sie spaltete sich 1922 in zwei Fraktionen; die eine akzeptierte den Friedensvertrag (und die irische Teilung) und wurde zur regulären Armee des irischen Freistaates. Die andere wollte weiterkämpfen und behielt den Namen IRA (Oglaigh na hEireann). Nach ihrer Niederlage im Bürgerkrieg versteckte die IRA die Waffen. 1939–1940 führte sie eine Bombenkampagne in England, 1942–1944 und 1956–1962 war sie in Nordirland aktiv. Ende der sechziger Jahre engagierten sich IRA-Mitglieder in der Bürgerrechtsbewegung. Nach den Attacken der Loyalisten und der britischen Armee spaltete sich die IRA Ende 1969 erneut: Die Official IRA befürwortete den politischen Weg und rief

1972 einen Waffenstillstand aus; die Provisional IRA hingegen war überzeugt, dass der nordirische Staat zerschlagen werden müsse. Nach dem Ableben der Officials nannte sich die Provisional IRA kurzerhand IRA. Von ihr spaltete sich 1986 die → Continuity IRA ab, 1997 verließ eine weitere Gruppe (die → Real IRA) die Organisation. Ab 1970 führte die IRA einen bemerkenswert effektiven urbanen und ländlichen Guerillakrieg gegen die britische Armee, die RUC und die Territorialstreitkräfte. In ihr kämpften in der Regel 300 bis 600 Volunteers (Freiwillige), die einen eher symbolischen Sold von zehn Pfund in der Woche erhielten. Die meisten Freiwilligen schieden nach einigen Jahren wieder aus, waren aber weiter zur Geheimhaltung verpflichtet. Mit ihrem Vorgehen sorgte die britische Regierung dafür, dass die IRA nur selten Rekrutierungsschwierigkeiten hatte. Die IRA tötete während der Troubles 1770 Menschen (dabei sind allerdings IRA-Freiwillige mitgezählt, die durch die eigene Bombe umkamen).

Irish Republican Brotherhood: Revolutionäre Geheimgesellschaft, die als → Fenier 1867 einen erfolglosen Aufstand versuchte. Reorganisierte sich 1873, war für den ebenfalls erfolglosen Aufstand an Ostern 1916 verantwortlich und ging 1917/1918 in der IRA auf.

Irish Republican Socialist Party (IRSP): 1974 von Linken und von militanten Mitgliedern der Officials gegründete Partei, die sich den militärischen Flügel INLA zulegte. Die GründerInnen der IRSP versuchten, die soziale mit der nationalen Frage zu verknüpfen, waren dabei aber wenig erfolgreich (auch weil sich Sinn Féin in den achtziger Jahren nach links entwickelte). Führt ein Schattendasein.

Karfreitagsabkommen: Das Abkommen zur Lösung des Nordirlandkonflikts wurde am Karfreitag (10. April) des Jahres 1998 in Belfast von der britischen und der irischen Regierung sowie den meisten nordirischen Parteien unterzeichnet. Im Rahmen dieses Abkommens verzichtete die Republik Irland auf → Artikel 2 und 3 ihrer Verfassung, während das britische Unterhaus den Government of Ireland Act von 1920 aufhob, der die Teilung Irlands festlegte. Das Karfreitagsabkommen legte fest, dass der politische Status von Nordirland nur mit Zustimmung der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung geändert werden darf, und bildete die Grundlage für die Aufhebung der → Direktherrschaft. Mit ihm vereinbarten die Vertragsparteien die vorzeitige Freilassung der Gefangenen, eine umfassende Polizei- und Justizreform, Entwaffnung der Paramilitärs und die Einrichtung einer Menschenrechtskommission. Gleichzeitig wurde die Bildung einer Regionalversammlung und einer Regionalregierung beschlossen, der die größten Parteien angehören (derzeit: UUP, SDLP, DUP, Sinn Féin). Die Beschlüsse der Versammlung bedürfen der Mehrheit der Abgeordneten beider Konfessionen oder eines Quorums von sechzig Prozent aller Abgeordneten, unter ihnen mindestens je vierzig Prozent von beiden Seiten. Im Karfreitagsabkommen wurde auch die Bildung eines Nord-Süd-Ministerrats beschlossen, in dem Mitglieder der irischen wie der nordirischen Regierung gemeinsame Anliegen besprechen, sowie die Bildung eines Britisch-Irischen Rats der Inseln, dem die Regierungen

des Vereinigten Königreichs und der Republik Irland sowie der Regionen Nordirland, Schottland, Wales, Isle of Man und der Kanalinseln angehören. Das Abkommen wurde in zwei Referenden gutgeheißen; in Nordirland stimmten 71 Prozent der Bevölkerung dafür, in der Republik 95 Prozent.

Loyalist Volunteer Force (LVF): 1997 von Billy Wright gegründete Abspaltung von der UVF. Die mehrheitlich in der Region von Portadown lebenden LVF-Mitglieder trauen dem Friedensprozess nicht. Spielt in der andauernden Fehde der loyalistischen Paramilitärs eine zentrale Rolle.

Nationalistische Partei: Gemäßigt nationalistische, katholische Partei der BefürworterInnen eines vereinigten Irlands, galt bis zu Beginn der Bürgerrechtsbewegung als alleinige Stimme der nationalistischen Bevölkerung. Wurde 1970 von der SDLP ersetzt.

Northern Ireland Civil Rights Organisation (NICRA): Zentrale Organisation der Bürgerrechtsbewegung, 1967 gegründet.

Officials: Sammelname für Official Sinn Féin und Official IRA nach der Spaltung der republikanischen Bewegung Dezember 1969 bzw. Januar 1970. Die Officials blieben dem (offiziellen) Kurs der Parteiführung treu, die sich just in dem Moment vom militärischen Kampf verabschieden wollte, in dem die katholischen Viertel von der → RUC und dem loyalistischen Mob attackiert wurden. Sie befürworteten eine sozialistische Politik und die Teilnahme an Wahlen (in dieser Frage kam es zur Spaltung); die Official IRA rief 1972 den Waffenstillstand aus, beteiligte sich aber auch danach noch an bewaffneten Fehden (insbesondere mit der IRSP). Official Sinn Féin wechselte mehrfach den Namen und heißt seit 1982 Workers' Party.

Oranier-Orden: 1795 als protestantischer Geheimbund gegründet. Der Name bezieht sich auf das protestantische niederländische Königshaus Oranien, dessen Prinz Wilhelm 1689 zum britischen König Wilhelm III. von Oranien ausgerufen wurde. Er besiegte den von den protestantischen Briten abgesetzten katholischen König Jakob II. 1690 in der Schlacht am Boyne. Der Oranier-Orden bildete einen der zentralen Pfeiler des protestantischen Staates Nordirland. Früher war ohne Mitgliedschaft im Oranier-Orden keine politische Karriere möglich; auch heute noch gehören die meisten unionistischen Politiker diesem Orden an. Er war auch lange Zeit Ausdruck der protestantischen Volksgemeinschaftsideologie, hat aber durch seine Opposition zum Friedensprozess und dem Karfreitagsabkommen bei den oberen Schichten an Ansehen verloren. Er hat etwa 70 000 Mitglieder.

People's Democracy (PD): 1968 in Belfast gegründete linke StudentInnenorganisation, die während der Bürgerrechtsbewegung besonders aktiv war.

Progressive Unionist Party (PUP): Partei der loyalistischen → UVF.

Provisionals: Sammelname für Provisional Sinn Féin und Provisional IRA, die sich 1969/1970 von der (offiziellen) republikanischen Bewegung abspalteten, da sie dem politischen Kurs der damaligen Sinn-Féin-Führung nicht folgen wollten. Die Provisionals waren Anfang der siebziger Jahre politisch und sozial viel konservativer als die Officials; sie konzentrierten sich ganz auf den militärischen Kampf. Sie nennen sich seit dem Abgang der Officials nur noch Sinn Féin bzw. IRA.

Real IRA: Die »wahre IRA« spaltete sich 1997 von der IRA ab, da ihrer Meinung nach der Friedensprozess nicht zur irischen Vereinigung führt. Die Organisation ist vor allem entlang der inneririschen Grenze stark und erfährt trotz ihres Anschlags auf das Stadtzentrum von Omagh (1998) wieder Zulauf. Die Real IRA (eigentlicher Name: Oglagh na hEireann) verkündete nach Omagh einen Waffenstillstand. Ihr werden jedoch die meisten Anschläge der letzten Zeit zugeschrieben. Politischer Arm der Real IRA soll das 32 County Sovereignty Committee sein.

Republican Sinn Féin (RSF): 1986 vom ehemaligen Sinn-Féin-Vorsitzenden Ruairí Ó Brádaigh gegründete Partei der republikanischen Traditionalisten. Lehnt eine Beteiligung am parlamentarischen Prozess ab, da nach ihrer Überzeugung eine Anerkennung der Parlamente gleichbedeutend ist mit der Anerkennung der irischen Teilung. Ihr militärischer Flügel (Continuity IRA) kämpft weiter gegen die britische Fremdherrschaft.

Royal Irish Constabulary (RIC): Frühere, von Britannien kommandierte Polizeistreitmacht; diente ab 1830 vor allem der Bekämpfung der politischen Unruhen. Im irischen Unabhängigkeitskrieg war die RIC das wichtigste Ziel der Guerilla. Wurde mit der Teilung Irlands 1922 aufgelöst.

Royal Irish Regiment (RIR): Neuer Name der → UDR, die umbenannt wurde, weil sie durch ihr Vorgehen in schlechten Ruf geriet (UDR war übrigens der neue Name der → B-Specials, die umbenannt wurden, weil sie durch ihr Vorgehen in schlechten Ruf gerieten).

Royal Ulster Constabulary (RUC): Nachfolgeorganisation der RIC im Norden; die Polizeitruppe ist zu über 90 Prozent protestantisch und wird paramilitärisch geführt. Ihr oblag ab Mitte der siebziger Jahre die Aufstandsbekämpfung. Die RUC wurde wegen ihrer Foltermethoden vielfach kritisiert, ihre Zusammenarbeit mit loyalistischen Killerkommandos ist nachgewiesen. Ihre Umstrukturierung steht derzeit im Mittelpunkt der politischen Debatte.

Sinn Féin: Sinn Féin (»Wir selbst«) ist die größte politische Partei der republikanischen Bewegung. 1905 gegründet, stellte sie während des Unabhängigkeitskrieges die meisten Abgeordneten im Dáil. Nach der Abspaltung von Fine Gael und Fianna Fáil wurde Sinn Féin ein unbedeutendes Anhängsel der IRA; erst ab 1970 wurde sie wieder eine politische Kraft. Seit sie sich an Wahlen beteiligt, wächst ihr Stimmenanteil innerhalb der nationalistischen Bevölkerung (derzeit

liegt er bei ca. 45 Prozent). Sie stellt zwei Minister im neuen nordirischen Kabinett. Sinn Féin ist die einzige gesamtirische Partei.

Social Democratic and Labour Party (SDLP): 1970 gegründete, gemäßigt nationalistische Partei; die katholische Organisation verfolgt eine konservativ-sozialdemokratische Politik und ist derzeit noch stärkste nationalistische Partei in Nordirland. Die SDLP verfügt über beste Kontakte zur irischen Regierung und zum katholischen Klerus. Ihr Vorsitzender John Hume erhielt 1998 den Friedensnobelpreis – zu Recht: Seine Initiative und seine Gespräche mit Gerry Adams von Sinn Féin haben den Friedensprozess in Gang gesetzt.

Special Air Service (SAS): Eliteeinheit der britischen Armee, die nach dem Zweiten Weltkrieg in allen Kolonialkriegen operierte. Den Undercover-Agenten des SAS, der seit 1971 in Nordirland agiert, fielen sechzig Menschen zum Opfer.

Stormont: Schloss am Ostrand von Belfast. In ihm amtierte bis 1972 die unionistische Einparteienregierung (daher auch der Begriff Stormont-Regime). Seit dem Karfreitagsabkommen ist Stormont wieder Regierungssitz (auch die nordirische Versammlung tagt hier).

Sunningdale-Abkommen: 1973 in der Sunningdale-Konferenz von den Regierungen in London und Belfast sowie den nordirischen Parteien UUP, SDLP und Alliance vereinbarter Lösungsversuch. Das Abkommen sah die Bildung einer nordirischen Versammlung, einer Regionalregierung auf Basis einer Machtteilung (»power sharing«) und die Einsetzung eines grenzüberschreitenden Ministerrats vor. Vor allem der letzte Punkt stieß auf heftige Ablehnung der unionistischen Bevölkerung. Ein Generalstreik loyalistischer Arbeiter (Mai 1974) gegen das Abkommen war erfolgreich.

Ulster Defense Association (UDA): Größte paramilitärische Organisation der LoyalistInnen. Die UDA ging 1971 aus einem Zusammenschluss lokaler Selbstverteidigungsgruppen hervor und hatte zeitweilig bis zu 50 000 Mitglieder. Ihre Todesschwadronen ermordeten unter dem Decknamen → UFF vorwiegend katholische Zivilpersonen; erst unter Anleitung der britischen Geheimdienste gingen sie zielgerichteter gegen RepublikanerInnen vor. Die UDA wurde 1992 verboten; ihre Kommandos töteten während der Troubles 408 Menschen.

Ulster Defense Regiment (UDR): Territorialarmee mit 6000 bewaffneten Freiwilligen, die sich zum Teil auch bei den loyalistischen Paramilitärs engagierten. Trat 1970 an die Stelle der B-Specials, wurde 1992 in → RIR umbenannt.

Ulster Democratic Party (UDP): Politische Partei der → UDA.

Ulster Freedom Fighters (UFF): Tarnname der → UDA bei Killereinsätzen.

Ulster Volunteer Force (UVF): Zweitgrößte paramilitärische Organisation der LoyalistInnen. Die »alte« UVF war 1912 gegründet

worden, um als Privatarmee gegen Home Rule, die damals diskutierte begrenzte Selbstständigkeit, zu kämpfen. Trat nach Beginn des Ersten Weltkriegs geschlossen in die britische Armee ein und ging nach der Teilung Irlands in der RUC auf. Die »neue« UVF wurde 1966 gegründet und tötete im Sommer 1966 drei Menschen, danach wurde sie verboten. Während der Troubles töteten UVF-Killerkommandos 547 Menschen. Die politische Führung der UVF gehört zu den entschiedensten Befürwortern des Karfreitagsabkommens.

Ulster Unionist Party (UUP): Größte unionistische Partei Nordirlands und Nachfolgeorganisation der Unionistischen Partei, die Nordirland fünfzig Jahre lang unangefochten regiert hatte. Sie steht den britischen Konservativen nahe und stellt den Ersten Minister der neuen Regionalregierung.

Unionistisches Veto: Es bedeutet: Jede Änderung des verfassungsrechtlichen Status von Nordirland bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung. Da die Mehrheit der Bevölkerung protestantisch ist (dafür wurde bei der Teilung Irlands gesorgt) und die ProtestantInnen durchweg die Beibehaltung der Union wünschen, können sie jede Änderung blockieren.

United Irishmen: Revolutionäre demokratische Geheimgesellschaft des aufbegehrenden protestantischen Bürgertums, 1791 gegründet. Von der Französischen Revolution inspiriert organisierten die United Irishmen 1798 einen Aufstand, der jedoch niedergeschlagen wurde.

Workers' Party: Sozialdemokratische Partei, die aus den Officials hervorgegangen ist.

Zeittafel

1608: Die englische Krone beginnt mit der Besiedlung ihrer Kolonie Irland durch protestantische Bauernfamilien und LandarbeiterInnen.

1649–1651: Die britische Regierung unter Oliver Cromwell dezimiert die irische Bevölkerung.

1688–1690: Der Kampf um die englische Krone findet in Irland statt: Belagerung von Derry (1689), Schlacht am Boyne (1690).

1795: Der Oranier-Orden wird gegründet.

1798: Der Aufstand der United Irishmen scheitert.

1845–1852: Eine Million IrInnen sterben während einer Hungersnot, die gleiche Anzahl wandert aus.

1867: Der Aufstand der Fenier scheitert.

1877: Beginn der Home-Rule-Bewegung.

1916: Der Osteraufstand scheitert.

1919–1921: Unabhängigkeitskrieg der IRA. 1920 beschließt das Londoner Parlament die Teilung Irlands; Nordirland verbleibt im Vereinigten Königreich. Im Dezember 1921 unterschreibt der IRA-Führer Michael Collins den Friedensvertrag, der die Teilung festschreibt.

1922–1923: Irischer Bürgerkrieg zwischen Befürwörtern und republikanischen Gegnern des Freistaats. Die nordirischen ProtestantInnen richten ihren protestantischen Staat ein.

1939–1942: Bombenanschläge der IRA in England (1939), danach IRA-Anschläge in Nordirland.

1956–1962: Attacken der IRA entlang der inneririschen Grenze (»Grenzkrieg«).

1963: Der neue nordirische Premierminister Terence O’Neill versucht eine Öffnung gegenüber der Republik Irland und stößt dabei auf den hartnäckigen Widerstand seiner Basis.

1966: Die neu gegründete Ulster Volunteer Force (UVF) tötet drei Menschen.

1967: Die Bürgerrechtsbewegung formiert sich.

1968: Demonstrationen der Bürgerrechtsbewegung werden niedergeknüppelt, in Belfast entsteht die studentische Gruppierung People’s Democracy.

1969: O’Neill wird von James Chichester-Clark ersetzt (April). Im August kommt es zur Battle of Bogside und zum loyalistischen Pogrom in Belfast; Einsatz der Armee; »Free Derry« und »Free Belfast« entstehen. Im Dezember spaltet sich die IRA.

1970: Im Januar spaltet sich Sinn Féin in Officials and Provisionals. Es folgen weitere Demonstrationen und vereinzelt Anschläge. Gründung der Social Democratic and Labour Party (SDLP).

1971: Die Provisionals gehen allmählich von der Verteidigung in den Angriff über. Brian Faulkner löst Chichester-Clark ab (März). Beginn der Internierung (August).

1972: Blutsonntag von Derry (Januar). London führt Direktherrschaft ein (März). Bombenserie der IRA in der Belfaster City, danach besetzt die britische Armee »Free Derry« und »Free Belfast«.

1973: Die anglo-irische Konferenz von Sunningdale beschließt Machtteilung und eine Mitsprache Dublins.

1974: Sunningdale scheitert am protestantischen Widerstand. Der Krieg eskaliert.

1976: Die britische Regierung hebt den Sonderstatus der Gefangenen auf und überträgt der Polizei die »Terroristenbekämpfung«.

1978: Die republikanischen Gefangenen von Long Kesh gehen vom Deckenprotest zum Schmutzstreik über.

1980: Der erste Hungerstreik.

1981: Im zweiten Hungerstreik sterben zehn Republikaner.

1982: Todesschüsse der Polizei (»shoot to kill«).

1985: Ein neues Anglo-Irisches Abkommen erlaubt Dublin Mitsprache in nordirischen Angelegenheiten; wütender, lang anhaltender Protest der ProtestantInnen.

1986: Erneute Spaltung von Sinn Féin; TraditionalistInnen gründen Republican Sinn Féin.

1987: Der SAS beginnt seine Attentatsserie auf RepublikanerInnen. In Enniskillen tötet eine IRA-Bombe elf Menschen.

1988: Erste Gespräche zwischen John Hume (SDLP) und Gerry Adams (Sinn Féin).

1990: Beginn der Geheimgespräche zwischen IRA und London (Vorgespräche wurden schon früher geführt). John Major ersetzt Margaret Thatcher.

1992: Sinn Féin beschließt ihr Programm »Towards a lasting peace« (Februar), London, Dublin und die meisten nordirischen Parteien beginnen mit ersten Gesprächen (April).

1993: London und Dublin verabschieden die Downing-Street-Erklärung.

1994: Die IRA verkündet einen Waffenstillstand (August), sechs Wochen später folgt die Waffenruhe der loyalistischen Paramilitärs.

1995: Andauernder Disput um die Waffenfrage; erste Konfrontation bei Drumcree.

1996: Die IRA beendet ihre Waffenruhe (Februar).

1997: Tony Blair wird britischer Premierminister. Die IRA verkündet eine zweite Waffenruhe; Sinn Féin wird daraufhin zu den Gesprächen zugelassen; ein Teil der IRA gründet die Real IRA.

1998: Das Karfreitagsabkommen (April) wird im Mai in zwei Referenden gutgeheißen; im Juni folgt die Wahl zur neuen nordirischen Versammlung; die Regierungsbildung scheitert an der Waffenfrage.

1999: Im Dezember tritt erstmals das nordirische Kabinett zusammen.

2000: Die nordirische Regierung wird von London suspendiert (Februar); im Mai verspricht die IRA, dass sie ihre Waffenlager

inspizieren und versiegeln lässt; im Juni konstituiert sich die Regierung erneut.